

Karl-Heinz Ohlig

## Am Scheideweg

Es gibt noch einige Länder, die zureichenden Priesternachwuchs haben. Meistens dort, wo mit diesem Beruf auch ein sozialer Aufstieg verbunden ist. Dies gilt für weite Teile der Kirche nicht mehr. In ihnen ist der Priesternachwuchs zahlenmäßig so gering, dass schon jetzt und vor allem in der absehbaren Zukunft eine Seelsorge im herkömmlichen Sinn, getragen vom Klerus, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Das gilt nicht nur, wie die in Rom durchgeführte Amazonaskonferenz gezeigt hat, für die dortigen Länder, sondern mittlerweile auch hierzulande, z.B. in Deutschland oder Frankreich. Es ist offensichtlich, dass etwas geschehen muss, wenn die Kirche nicht radikal schrumpfen will – so wie etwa im ehemals „katholischen“ Lateinamerika, wo die Zahl der Katholiken in beträchtlicher Weise zurückgeht und evangelikale Gruppen und Gemeinden wachsen.

Die Richtung der notwendigen Veränderungen ist offensichtlich: die Kirche muss Abschied nehmen vom traditionellen Priestermodell. Das fällt nicht leicht, weil dieses seit dem zweiten Jahrhundert, in wechselnder Ausgestaltung, seit dem 11. Jahrhundert in zölibatärer Form, Verkündigung, Sakramentspendung, Pastoral, Gemeinde- und Kirchenleitung effektiv bewältigt hat. Wenn auch mit Kollateralschäden, wie der Aufteilung der Gläubigen in allzuständigen Klerus und unzuständige Laien, der Herrschaft des Klerus, der minderwerteten Rolle der Frauen usw. Aber Kirche funktionierte und konnte eine zentrale gesellschaftliche und politische Rolle spielen. Und diese Kirchenstruktur wurde dann auch theologisch begründet, im Rückgriff auf Jesus oder gleich Gott, so dass sie angeblich nicht veränderbar ist.

Dabei zeigt die wissenschaftliche Theologie schon seit längerem, dass das nicht richtig ist. Zwar ist die Kirche im Gefolge der Verkündigung und des Lebens Jesu entstanden – und kann insofern Kirche Jesu Christi genannt werden -, aber Jesus selbst hat die Kirche nicht gegründet und deswegen auch keine Anweisungen für ihre

Struktur gegeben. Die Kirche trat ohne Weisungen Jesu ins Dasein und entwickelte ihre Gestalt im Lauf der Zeit. Relativ früh wurden, hierfür ist Paulus Zeuge, verschiedene Dienste in den Gemeinden für ihr Funktionieren notwendig. Aber ein Amt zur Leitung der Gemeinden wurde erst notwendig, als diese größer wurden und sich auf eine längere Zeit einrichteten. Hierfür griff man auf ein Modell zurück, das die aus dem Judentum kommenden Christen kannten: die Leitungsstrukturen der Synagogengemeinden, mit Presbytern („Ältesten“ oder „Älteren“), also angesehenen Männern an der Spitze.

Um das Jahr einhundert wurden Presbyter auch in der Kirche tätig. Da die „Heidenchristen“ mit diesem Ausdruck nichts anfangen konnten, nannten sie die Presbyter, mit einem Begriff aus der Verwaltung der hellenistischen Städte, Episkopen („Aufseher“); beide Begriffe waren, wie die Deuteropaulinischen Briefe zeigen, gleichbedeutend. Erst im zweiten Jahrhundert wurden die beiden Begriffe unterschiedlichen Amtsträgern zugeordnet: der Episkopos war dann der verantwortliche Gemeindeleiter, die Presbyter halfen ihm – der monarchische Episkopat war entstanden. Diese Geschichte, die man noch weiter differenzieren könnte, zeigt, dass die Kirche bei der Gestaltung ihrer Strukturen autonom entschieden hat – gemäß den jeweiligen pastoralen Anforderungen. Abgesehen von der Macht tradierter Strukturen wäre sie theologisch frei, entsprechend zu neuen Situationen, diese zu ändern.

Was sie jetzt ändern müsste, liegt auf der Hand, wenn sie nicht einen schlimmen Schrumpfungsprozess erleiden will: sie muss engagierte „Laien“ mit der Seelsorge und der Gemeindeleitung beauftragen (d.h. sie „ordinieren“). Dies forderten viele Teilnehmer der Amazonassynode, dies ist auch hierzulande notwendig, wenn man nicht unter Beibehaltung des klerikalen Denkens, wie im Bistum Trier und anderswo, die Strukturen schlicht der verringerten Zahl von Priestern anpassen will und riesige Großgemeinden schafft – ein Prozess, der im Bistum Trier anscheinend von Rom gestoppt wurde.

Unter dem Begriff Laien sind – gemäß den gesellschaftlichen emanzipatorischen Umbrüchen – auch die Frauen zu subsumieren, die faktisch schon jetzt in vielen Ge-

meinden kirchliches Leben aufrechterhalten. Mit anderen Worten: Die Kirche muss jetzt die Konsequenzen aus der neuen globalen Situation ziehen. Besser: sie müsste es tun. Wie es aber aussieht, wird sie hierfür noch viel Zeit brauchen. Ob die dadurch in der Zwischenzeit entstehenden Schäden später wieder rückgängig gemacht werden können, ist noch unklar.

\*\*\*

Rudolf Uertz

## Der lange Schatten des Ersten Vatikanums

(Mehr als eine) Rezension zu dem gleichnamigen Buch von Peter Neuner: *Der lange Schatten des I. Vatikanums – Wie das Konzil die Kirche noch heute blockiert*, Freiburg i. Br. 2019, 240 S

Peter Neuner zeigt, wie das I. Vatikanische Konzil noch heute die Kirche blockiert. Vor 150 Jahren, am 8. Dezember 1869, eröffnete Papst Pius IX. das I. Vatikanische Konzil. Aus diesem Anlass hat Peter Neuner, emeritierter Professor für Dogmatik, Dogmengeschichte und Ökumenische Theologie an der Universität München, es unternommen, den Dogmen und dogmatischen Konstitutionen nachzuspüren. Dabei will er die „Wurzeln in den Konflikten und den Einseitigkeiten rund um das I. Vatikanum“ genauer in den Blick nehmen und die Wirkweisen des Konzils von 1869/70 in den Dokumenten des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) verfolgen.

Aber wer beruft sich eigentlich heute noch auf das I. Vatikanum, das in eigenartiger Weise mit dem Zusammenbruch des Kirchenstaates (754–1870) zusammenfällt? Neuner verweist zum einen auf die vier Kardinäle Walter Brandmüller, Joachim Meisner, Raymond Leo Burke und Carlo Caffara, die im September 2016 „in ihren

„Dubia“ Papst Franziskus vorgeworfen haben, er habe in der Frage der Zulassung von Geschiedenen und Wiederverheirateten zu den Sakramenten die immerwährende Lehre der Kirche preisgegeben“ (S. 10). Zum anderen nennt er jene „Kreise unter den Kardinälen, die „kaum verdeckt (...) dem Papst vor(warfen), der verbindlichen Lehre der Kirche zu widersprechen“ (S. 189) und die wie Erzbischof Marcel Lefebvre den Papst bezichtigen, dass „die Kirche des II. Vatikanums die rechte Lehre nicht mehr gewährleistet“ (S. 10).

Neuner greift die Grundlagen und Entwicklung der Dogmen und theologischen Leitbilder des Vatikanum I auf, die schließlich zum Beschluss der Unfehlbarkeit des Papstes und des Jurisdiktionsprimats durch die Mehrheit der Bischofssynode von 1869/70 geführt haben. Er verfolgt die Wirkungen der Konzilsbeschlüsse in den kirchlichen Verlautbarungen der Folgezeit und zeigt auf, wie diese nach dem „Aufbruch“ der 1960er Jahre die „konservative Wende“ in Gang setzten und die wichtigsten Reformbeschlüsse des II. Vatikanischen Konzils revidierten.

## Zur Lage des Glaubens

So konnte Kardinal Joseph Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation in seinem Buch *Zur Lage des Glaubens* (München 1985, S. 26) feststellen: „Es ist unmöglich (,für einen Katholiken‘) sich *für* oder *gegen* Trient und Vatikanum I zu entscheiden. Wer das II. Vatikanum bejaht, so wie es sich selbst eindeutig geäußert und verstanden hat, der bejaht damit die gesamte verbindliche Tradition der katholischen Kirche, insonderheit auch die beiden vorangegangenen Konzilien. (...) Jede Auswahl zerstört hier das Ganze (eben die Geschichte der Kirche), das nur als unteilbare Einheit zu haben ist.“

Neuner sieht es als seine Aufgabe an, die äußerst komplizierte und vertrackte Glaubenslehre und theologische Denkweise des 19. Jahrhunderts in dem bereits in Agonie liegenden Kirchenstaat für seine Leser plausibel zu machen. Im ersten Kapitel (*A Herausforderungen des 19. Jahrhunderts*) zeigt er, was sich als *Tradition* der Kirche und ihres Lehramts herausgebildet hat. Es ist zum einen die Abwehr der Ideen der Französischen Revolution, zum anderen

der Kampf gegen die im Juli 1789 von der Französischen Nationalversammlung angenommene *Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers*. Diese waren schon in dem Breve Pius VI. *Quod aliquantum* (1791) und im gleichen Jahr in dem Breve *Caritas* verurteilt worden, da die Prinzipien der Menschenrechte „im Widerspruch zur Lehre über den Ursprung der Staatsgewalt, die Religionsfreiheit und die gesellschaftlichen Ungleichheiten stünden“ (Roger Aubert). Nicht minder basieren die antiliberalen Grundsätze und die Verdammung der religiösen und politischen Freiheiten, insbesondere die Subjektorientierung des Menschen auf den Beschlüssen des Trienter Konzils (1545–1563) und seiner Abwehrhaltung gegenüber dem Protestantismus.

### Luthers Aufstand gegen die Autorität

Zum protestantischen Verständnis seitens der katholischen Theologie im 19. Jahrhundert bemerkt Neuer: „Luthers Aufstand gegen die Autorität, so die vorherrschende katholische Deutung der Reformation, führte dazu, dass nun jeder seiner eigenen Vorstellung folgte, jeder wurde sein eigener Kirchenlehrer und Priester und Papst. Die Aufspaltung des Protestantismus in immer neue Freiheiten und Sekten war die unabwiesbare Folge“ der Reformation (S. 19). Die Konsequenzen reichten weiter: Rationalismus, Individualismus und Subjektivismus fungierten als Deutung der gesamten neuzeitlichen Entwicklungen, die jede Ordnung, sei sie kirchlicher, sei sie weltlicher Art, in Frage stellten. Die Päpste waren bei ihren Bemühungen über die Wiederherstellung der alten Ordnung nicht alleine. Von besonderem Einfluss waren die politischen Entscheidungen des Fürsten Klemens von Metternich und des Wiener Kongresses (1814/15), dessen Restaurationsprogramm auch der Kirchenstaat (754–1870) seine Wiederherstellung verdankte.

### Die Neuscholastik: Neubetonung von Autorität und Gehorsam

Seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts kam es politisch wie kirchlich zur Neubetonung von Autorität und Gehorsam, ein geistiger Umschwung also, der sich in dem theolo-

gisch-philosophischen System der Neuscholastik niederschlug, die an der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Barockscholastik anknüpfte. Ihre Leitideen als „der Geschichte enthobene(s) Wahrheitsverständnis“ sollten „auch für die Gegenwart als verbindlich erachtet werden“. Das wichtigste Kennzeichen der Neuscholastik ist der Umstand, dass die Philosophie (d.h. die natürliche Erkenntnisfähigkeit und Sittlichkeit des Menschen) als integraler Bestandteil der Dogmatik fungierte. Die der Neuscholastik zuzurechnenden Theologen und Philosophen standen in wesentlichem Gegensatz etwa zu den liberalen katholischen Theologen der sogenannten Tübinger Schule (von Drey, Möhler, Staudenmaier, Hirscher, Kuhn u.a.) und nicht zuletzt zu Ignaz von Döllinger (+ 1890) in München, dem entschiedensten Kritiker des Unfehlbarkeitsdogmas. Die der Neuscholastik verbundenen Theologen ignorierten in ihrem scholastischen Renaissanceprogramm die bereits in der mittel- und spätmittelalterlichen Theologie und Philosophie erreichten Freiheitsideale und deuteten die unhistorisch interpretierten Normen und Leitlinien der Scholastiker (Thomas von Aquin) als „Wahrheit“, die zeitlos und unveränderlich gültig ist.

„Als Partei schreckte die Neuscholastik vor problematischen Aktionen nicht zurück. Man hat Krawalle gegen missliebige Professoren inszeniert“ und damit Bischöfen einen Vorwand geliefert, diese abzusetzen und durch Vertreter der eigenen Disziplin zu ersetzen. In diesem Klima entstanden die Dogmen, Dekrete und Kirchengesetze der katholischen Kirche, die für ein rundes Jahrhundert und darüber hinaus die Leitideen für den Katholizismus, auch in seinen kulturellen und kirchlich-politischen Ausprägungen sein sollten.

### Das Dogma als Verteidigungslinie des Glaubens

Eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Neuscholastik und ihres Einflusses auf die Formulierungen der Konzilsdekrete und Konstitutionen spielte der Jesuit Josef Kleutgen (1811–1883), Professor für Rhetorik am Germanikum in Rom und Konsultor der Index-Kongregation. „In seiner ‚Theologie der Vorzeit‘ (1853–70) stellte er ein überzeitliches, ewiges und norma-

tives Lehrsystem vor, von dem ausgehend er alle neuen theologischen Entwürfe als dem Zeitgeist verfallen bekämpfte.“ Trotz seiner „nach Kirchenrecht höchst schwerwiegenden Verfehlung“ – er war in „einem Inquisitionsprozess (...) in Rom 1862 als Häretiker verurteilt, nachdem er vielfach das Beichtgeheimnis gebrochen und Ordensschwestern in der Beichte sexuell missbraucht hatte“ – wurde er im Vatikanischen Konzil als Berater der Glaubensdeputation herangezogen und hat einen entscheidenden Beitrag zur Formulierung der Dogmatischen Konstitutionen *Dei Filius* geleistet, darunter die Unterscheidung von ordentlichem und außerordentlichem Lehramt“ (33f.). Beachtlich ist dabei, dass Kleutgen sich bei seinen Vorlagen für die Konzilskonstitutionen, näherhin dem Unfehlbarkeitsdogma auf den savoyardischen Juristen und Lientheologen Joseph de Maistre und dessen Buch *Vom Papst* (frz. Paris 1819) stützte, der das theologisch begründete System des Traditionalismus konzipiert hat, das auch in kirchlichen und kurialen Kreisen rezipiert wurde.

Das Verhältnis von Offenbarung, Glauben und Vernunft sowie Natur und Übernatur war im 19. Jahrhundert das große Thema der Neuscholastik und der vornehmlich auf der Basis ihrer Theologie definierten Dogmen. „Den Rahmen für alle Aussagen des Konzils bilden die Begriffe Autorität, Gehorsam, Souveränität (gemeint: des Papstes). Sie umgrenzen den Raum innerhalb dessen das I. Vatikanum dachte. Begriffe wie Freiheit, Autonomie, Selbstdenkertum und damit auch Personalität waren von vornherein negativ besetzt.“ Diese Begrifflichkeiten und die von ihnen geprägten heteronomen Normen und bindenden Gesetze, stellen, so Neuner, „eine Grenze dar für eine heutige Rezeption und für die Verbindlichkeit der Aussagen für die Gegenwart.“ Neuner versteht die Gegenüberstellung der konträren Wertebenen, die (päpstliche) Autorität und Souveränität einschließlich des dem Papst und der Kirche geschuldeten Gehorsams einerseits und die persönliche Freiheit, Autonomie und das Selbstdenkertum (Personalität) andererseits als didaktische Hinweise. Sie sollen dem Leser den Zugang zum Verständnishorizont des neuscholastisch-dogmatisch perfektionierten Glaubens-, Kirchen-, Moral- und Pastoral-systems des 19. Jahrhunderts erleichtern.

Das im Gegensatz zur kirchlich-moralischen Fremdbestimmung stehende „Selbstdenkertum“ meint entsprechend jene freiheitlichen Werte, die mit der Personwürde umschrieben werden – Werte also, die mit dem Ende der Neuscholastik und dem turbulenten Aufbruch in den 1960er Jahren in Kirche und Gesellschaft entsprechend auch in weiten Teilen des katholischen Klerus und insbesondere des Kirchenvolkes, Verbreitung fanden.

### Enzyklika *Humani generis* (1950) postuliert Unfehlbarkeit

Abgeschlossen wird das Kapitel (B) mit Betrachtungen zum Pontifikat Papst Pius XII., der konsequent den „im I. Vatikanum vorgezeichneten Weg weiter verfolgt“. Auch diesem Papst erschien wie seinen Vorgängern im Amt die glaubensmäßige „Einheit“ im Sinne „innerer Geschlossenheit“ als wichtigstes Anliegen der Kirche. In seiner Enzyklika *Humani generis* (1950) verurteilt Pius XII. in Übereinstimmung mit dem *Syllabus* (1864) Pius' IX. (ein Verzeichnis von 80 Irrtümern, zu denen neben wirklichen Häresien wie Pantheismus, Naturalismus u.a. auch sogenannte Zeitirrtümer gehörten) auch zeitgemäße Forderungen wie die Trennung von Kirche und Staat, das Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes im Kirchenstaat sowie die Presse- und Meinungsfreiheit.

*Humani generis* postuliert den päpstlichen Anspruch auf „Unfehlbarkeit“. Neuner kann den Ansprüchen Pius XII. nicht folgen und spricht von „Quasi-Unfehlbarkeit“. Der Dogmatiker sieht in dieser Konstruktion des *ordentlichen Lehramtes* „ein sehr problematisches kirchliches Lenkungs-instrument“, das dazu verleiten mag, dass Päpste gemäß den Konstitutionen des I. Vatikanischen Konzils persönliche theologisch-religiöse Vorlieben zu Dogmen bzw. zu dogmatisch imprägnierten Glaubenssätzen dekretieren.

Mit *Humani generis* war eben die von J. Kleutgen formulierte zweite Variante päpstlicher Unfehlbarkeit gemäß den Kriterien des „ordentlichen Lehramtes“, das keines Konzils- oder Synodenbeschlusses bedurfte, erstmals von Pius XII. praktiziert worden, mit der schlichten biblischen Begründung: „Wer euch hört, hört mich (Lk 10,16)“. Meistens gehöre auch das, so der Papst wei-

ter, „was in Enzykliken vorgelegt und eingeschärft wird, schon anderweitig zur katholischen Lehre“. Und so rechnet Neuner Pius XII. noch ungeschmälert der Lehre des Vatikanum I zu. Denn „die dort proklamierte Autorität der Hierarchie wird nun konkret im kirchlichen Lehramt“. Allein das Lehramt „hat die Vollmacht, die Rechtgläubigkeit einer Lehre zu beurteilen (...). Die theologischen Positionen des Ersten Vatikanums sind damit zu einem Abschluss gekommen.“

### Karl Rahner: Unbrauchbarkeit der Konzilsvorlagen der Kurie

Das dritte Kapitel (C) *Das II. Vatikanum im Schatten des Vatikanum I und die konservative Wende* beginnt mit Abschnitt (a) *Ein turbulenter Aufbruch*. Von einem Aufbruch ist dann aber im Text keine Rede, sieht man von einem Hinweis auf Hans Küngs euphorische Konzilsstimmung ab. Hier ist Neuner in einer Verlegenheit, insofern er, wie im Vorwort angekündigt, eigentlich nichts zum Aufbruch der 1960er Jahre beitragen möchte, weil er dazu ein eigenes Buch geschrieben hat.

Dieser Abschnitt beginnt eigentlich erst mit dem Hinweis auf die Mitglieder der vorbereitenden Kommissionen, „die aus aller Welt eingegangenen Vorschläge in ihr neuscholastisches System einbezogen“ (108). Der zum Konzilsberater berufene Karl Rahner hielt die von der Kurie vorbereiteten Texte für „unbrauchbar“. In einem Brief an Kardinal Franz König schrieb er: „Ergebnisse einer dürftigen Schultheologie: richtig, ausgewiesen mit genügend vielen Zitaten aus päpstlichen Erklärungen der letzten Jahrhunderte, die vermutlich von denselben Männern verfasst waren, aber bar jedes Charismas einer hellen, siegreichen, Geist und Herz der Menschen von heute gewinnenden Verkündigung. (...) Nein, diese Schemata (...) sind Elaborate der gemächlich Selbstsicheren, die ihre Selbstsicherheit mit der Festigkeit des Glaubens verwechseln (...)“ (S. 108f.). Johannes XXIII. hat denn auch den Textentwurf *Über das Verständnis von Offenbarung und Glaube*, der „die Irrtumslosigkeit der Heiligen Schrift in allen geistlichen und weltlichen Dingen (behauptete) und (...) die Methoden der historisch-kritischen Exegese“ verwarf, noch im November 1962

absetzen lassen. Die von ihm eingesetzte gemischte Kommission wurde von den Kardinälen Ottaviani und Bea geleitet. So kann Neuner zeigen, dass bei aller Bemühung um eine Kontinuität mit dem I. Vatikanum das II. Vatikanum „eine deutlich veränderte Konzeption vorgetragen hat. Offenbarung und Glaube erscheinen nicht mehr als Vermittlung von übernatürlichem Wissen, das dem Menschen als solchen nicht oder nur schwer zugänglich wäre, sondern sie werden dargestellt als dialogisch-personales Geschehen.“ So sieht Walter Kasper in der „Konstitution über die Offenbarung ‚im Grunde eine neue Theologie‘, die anderen Regeln folgt als die überkommene Neuscholastik“ (116 f.).

### Theologische Neuansätze des Konzils

Neuansätze sieht Neuner auch in den Vorstellungen des Konzils vom Bild von der Kirche, der Kirche als Mysterium, der Kirche als Volk Gottes. Neu ist der Blick auf ihre Ämter, ferner das Verhältnis von Primat und Kollegialität der Bischöfe sowie das Verhältnis von Ortskirche und Universalkirche. In der Lehre von der Unfehlbarkeit sieht der Dogmatiker „nicht ein persönliches Prärogativ des Papstes“, vielmehr sieht er diese Lehre im „im Glaubenssinn der Kirche“ gründen (S. 118 ff.). Wesentliche Neuansätze finden sich in der Erklärung der Religionsfreiheit *Dignitatis humanae* und nicht zuletzt in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*.

Ein neuer *Klerikalismus* zeigt sich für Neuner in der Diskussion über Fragen des priesterlichen *Zölibats* und der *Geburtenkontrolle*. Beide Diskussionsfelder wurden in der Konzilsaula nur andiskutiert – mit heftiger Kritik des belgischen Kardinals Léon-Joseph Suenens und weiterer Bischöfe an der Rückständigkeit der Kirche in sexual- und beziehungsethischen Fragen. Beide Themen wurden von Papst Paul VI. daraufhin abgesetzt. Zum Zölibat bemerkte der Papst: „Eine öffentliche Diskussion über dieses Thema, das höchste Klugheit erfordert und von so großer Wichtigkeit ist, ist durchaus nicht opportun. Es ist unsere Absicht, dieses alte, heilige und providentielle Gesetz (...) mit allen unseren Kräften zu bewahren.“

## Päpstliches und bischöfliches La- vieren in der Zölibatsfrage

Allen Erwartungen, die sich an eine Lockerung der Zölibatspflicht knüpften, „setzte Papst Paul VI. in der Enzyklika *Sacerdotialis caelibatus* (1967) ein Ende“ (S. 144f.). Das päpstliche Rundschreiben beginnt mit den programmatischen Worten, „der priesterliche Zölibat, den die Kirche wie einen strahlenden Edelstein in ihrer Krone hütet, steht auch in unserer Zeit in hohem, ehrenvollen Ansehen“, er ist eine der Kirche Christi „wesensgemäße Einrichtung“ (Nr. 1).

Immerhin: Anträge auf „Rückversetzung in den Laienstand“ hat Paul VI. „verhältnismäßig großzügig gehandhabt“. In der Bischofssynode 1971 zum Thema „Der priesterliche Dienst und die Gerechtigkeit in der Welt“ wurde, herausgefordert durch sichtbar zunehmenden Priestermangel, die Zölibatsverpflichtung dann doch thematisiert. Der Papst war nun bereit, Veränderungen vorzunehmen. Doch scheiterte diese Absicht nunmehr an den Bischöfen, die mehrheitlich gegen den Papst votierten. Kardinal Suenens kommentierte: Das „Verbot einer Diskussion über den Zölibat sei ‚reichlich spät, fünf Jahre zu spät‘ aufgehoben worden“. Der Kardinal war überzeugt, „die Weihevollmacht lege den Bischöfen auch eine ‚Weihepflicht‘ auf. Diese sei theologisch höher zu werten als die Rechtsvorschrift des Zölibats. Weihepflicht bestehe für die Bischöfe dort, wo der Priestermangel sie einfordert“ (S. 147).

Neuner merkt an, dass bei dieser Bischofssynode von 1971 noch nicht abzusehen war, dass mit dem Beginn des Pontifikats von Papst Johannes Paul II. (seit 1978) „dieses Thema kirchenoffiziell nicht mehr angesprochen werden durfte und auch die Dispenspraxis wurde seitdem sehr restriktiv gehandhabt“ (S. 147).

## Die Enzyklika *Humanae vitae* Papst Pauls VI. (1968)

Die traditionelle Ehelehre „erachtete die Zeugung gleichsam als Pflicht, die in dem ältesten, bei der Erschaffung des Menschen gegebenen, göttlichen Gebot gründet, ‚seid fruchtbar und mehret euch‘. In der Enzyklika *Casti connubii* (1930) von Papst Pius XI. erschien sie als der erste und haupt-

sächliche Ehezweck, mit dem die Verwendung empfängnisverhütender Mittel unvereinbar ist“ (S. 147f.). Die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* des II. Vatikanums „vertrat eine personale Sicht der Ehe und der menschlichen Sexualität (GS Nr. 47–52). Entsprechend erschien hier die Ehe als Liebesgemeinschaft „nicht mehr allein als Institution zur Zeugung der Nachkommen. Folglich sprach das II. Vatikanum von verantworteter Elternschaft und bejahete dabei auch die Familienplanung: Ehepaare sollen „auf ihr eigenes Wohl wie auf das ihrer Kinder ... achten“. „Doch die Aussage bezüglich der Methoden der Geburtenregelung behielt sich der Papst vor und untersagte dem Konzil eine Diskussion hierüber.“

Im Juli 1968 erschien die Enzyklika *Humanae vitae*. Mit ihrer Verurteilung der künstlichen Geburtenregelung bedeutete sie „einen Einschnitt von kirchengeschichtlichem Ausmaß. Nicht nur, dass sich die Betroffenen fast durchwegs nicht an die Anweisungen des Papstes hielten, viele Katholiken, die die Forderungen der Enzyklika nicht erfüllen konnten oder wollten, fühlen sich von der Kirche nicht ernst genommen und haben diese offen oder de facto verlassen. Kardinal Martini, der ehemalige Erzbischof von Mailand klagte: ‚Das Traurige ist, dass die Enzyklika Mitschuld daran trägt, wie viele die Kirche als Gesprächspartnerin oder Lehrerin gar nicht mehr ernst nehmen (...). Viele Menschen haben sich von der Kirche entfernt und die Kirche von den Menschen. Es ist großer Schaden entstanden““ (S. 150).

Bemerkenswert ist, dass Paul VI. (1963–1978), wiewohl er sich für die Argumente Kardinal Ottavianis innerhalb der noch von Johannes XXIII. eingesetzten Bischofskommission entschied, eine wesentlich liberalere bzw. pragmatischere Haltung in der Frage der Empfängnisverhütung vertrat, als seine Nachfolger im Papstamt.

## Rückbesinnung auf das I. Vatikanum

Im Kapitel (D) *Eine erneute Rückbesinnung auf das I. Vatikanum* in den Pontifikaten von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. konstatiert Neuner trotz aller Probleme in der Rezeption des II. Vatikanums die „Kirche als *communio* deutlich verändert“.

„Austausch, Dialog, und Bemühung um einen Konsens sind in breitem Umfang an die Stelle der Betonung gottgegebener Autorität und der Forderung nach Gehorsam getreten. Insbesondere auf der Ebene der Pfarreien sind Laien aktive Glieder der Gemeinden geworden, die das Glaubensleben am Ort in wesentlicher Weise mittragen und gestalten. Sie verstehen sich in aller Regel nicht mehr als unmündige Schafe, die den Weisungen ihrer Hirten und Oberhirten zu folgen hätten. Dialog ist zum Schlüsselbegriff in der Kirche geworden, die Freiheit eines Christenmenschen haben auch Katholiken für sich entdeckt und fordern sie ein“ (S. 163).

Doch in den Themenkreisen, die das I. Vatikanum dominierten, „also in den Problemen von Offenbarung und Glaube, sowie in den Papstdogmen“ sieht Neuner „in den kirchenoffiziellen Dokumenten die Neubestimmung des II. Vatikanums nur sehr partiell rezipiert“. Doch sind im Kodex (CIC) von 1983 und im *Katechismus der Katholischen Kirche* (1993) an zentralen Stellen genau jene Passagen festgehalten, „die das II. Vatikanum unverändert vom I. Vatikanum übernommen hat“ (S. 163). Eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe kommt zu dem Urteil: „Die Gesetzestexte selbst wiederholen im Großen und Ganzen die Formulierungen aus (der dogmatischen Konstitution über die Kirche) *Lumen gentium*, die im I. Vatikanum und dessen maximalistischer Lesart ihren Ursprung haben.“

Als weiteres Beispiel für den Einfluss des I. Vatikanums bezeichnet Neuner die „Festschreibungen der päpstlichen Vollmacht im CIC“ von 1983; diese habe in der kirchenrechtlichen Diskussion bis zu der These geführt, dass die Aussagen des II. Vatikanums ausgehend vom Jurisdiktionsprimat interpretiert werden müssten. Danach sei es nicht statthaft, die Festlegungen des Kodex daraufhin zu befragen, ob sie mit den Aussagen und dem Geist des II. Vatikanums übereinstimmen. Vielmehr sei es dem kirchlichen Gesetzgeber darum gegangen, die unbeschränkte Jurisdiktionsvollmacht des Papstes auch weiterhin rechtlich festzuschreiben (S. 163ff.).

## Johannes Paul II. Weltauftrag oder Weltbischof?

In diesem Abschnitt zeigt Neuner die Ambi-

valenzen und Widersprüche im Pontifikat Johannes Pauls II. Da ist zunächst positiv zu nennen sein intensives Engagement für die Welt, das zeige, dass er „Anstöße aus der *Pastoralkonstitution: Gaudium et spes* des II. Vatikanums uneingeschränkt aufgenommen hat“. Weiterhin zu nennen sind seine vorbehaltlose Ablehnung des Kommunismus. Durch seine Unterstützung der Bewegung bzw. Gewerkschaft Solidarność und seine besonnene politische Haltung habe wesentlich dazu beigetragen, dass „die Auseinandersetzungen in Polen ohne Blutvergießen verlaufen sind“ (S. 166).

So kann Neuner Michail Gorbatschow, den ehemaligen Generalsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion zitieren, nach dessen Urteil „der Zusammenbruch der kommunistischen Hemisphäre nicht zuletzt auch dem Engagement des Papstes zuzuschreiben ist“ (S. 166). Aber dieser positiven Bilanz, der weitere Leistungen des polnischen Papstes anzuführen wären, stehen die negativen Seiten seines Pontifikats gegenüber: die Haltung des Papstes in der Schwangerenkonfliktberatung und der Druck auf die deutschen Bischöfe, aus dieser auszusteigen.

Im Kapitel *das Amt und die Laien* schildert der Dogmatiker die Auseinandersetzung um die Formen des Priestertums, die problematische Verhältnisbestimmung von Priestern und Laien (der Priester *in persona Christi* steht mit seiner Autorität den Laien in den Gemeinden gegenüber) und schließlich die Maßnahmen und Vorschriften im Zusammenhang mit der Stärkung des klerikalen Priesterbildes.

„Besonders einschneidend und folgenreich war die Veränderung der Vorschriften zur Berufung von Theologieprofessor/innen/en.“ Denn oft genug haben Bischöfe hinsichtlich der Lehre und des Lebenswandels der Kandidaten Einwände erhoben und das *Nihil obstat* verweigert.

„Das römische ‚Akkommodationsdekret‘ von 1983 hat vorgeschrieben, dass der Bischof bei Professoren, die erstmals auf Lebenszeitstellen berufen werden sollen, die Zustimmung Roms einholen muss.“ Die Veränderung der Rechtslage erfolgte entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der deutschen Bischofskonferenz“. Inzwischen hat Papst Franziskus, so ergänzt Neuner, das massive Zentralisierungsbestreben der vatikanischen Kongregation teilweise korrigiert

und den Bischofskonferenzen größeres Gewicht zuerkannt“ (S. 180). Auch häuften sich die Fälle, in denen die römische Zustimmung ohne nachvollziehbare Gründe verweigert wurde, nicht selten offensichtlich aufgrund von Denunziation. Die Bischöfe waren ebenso machtlos wie die Kandidaten.

### Die „Kölner Erklärung“ – Für eine offene Katholizität (1989)

Die „Kölner Erklärung“ vom Frühjahr 1989 von über 220 katholischen Theologieprofessoren/innen richtete sich gegen die Praktiken in der Erteilung des Nihil Obstat, gegen vatikanische Äußerungen zu den Vollmachten des kirchlichen Lehramts, auch bezüglich der Sexuallehre der Kirche, sowie einige Bischofsnennungen, die unter offener Missachtung der Ortskirchen erfolgten. „Dieser Protest wurde von den römischen Behörden als Ungehorsam und Verstoß gegen die Grundlage der Theologie als Glaubenswissenschaft gewertet“ (S. 181).

Der frühere Papst Benedikt XVI. bezeichnete noch im April 2019 in einem Aufsatz im „Klerusblatt“ zum Missbrauchskandal diese Theologenerklärung als „Aufschrei gegen das kirchliche Lehramt“. „Konsequenz dieser und weiterer Erklärungen war eine immer weitergehende Verschärfung der Betonung des Lehramtes und der Forderung nach Gehorsam. In diesem Kontext ist die Einführung des neuen Glaubensbekenntnisses bzw. des Treueides zu sehen, der bei der Übernahme eines kirchlichen Amtes zu leisten ist.“

Ein besonderes Kapitel ist die *Professio fidei* (1989). Sie betrifft vor allem Theologen in bestimmten Diensten der Kirche. Sie enthält zunächst das Credo von Nizäa und Konstantinopel. „Der dritte Abschnitt spricht vom authentischen Lehramt des Papstes und des Bischofskollegiums, dessen Äußerungen man ‚mit religiösem Gehorsam des Willens und Verstandes‘ anzuhängen habe“ (S. 181). In einem weiteren Abschnitt heißt es: „Mit Festigkeit erkenne ich auch an und halte an allem und jedem fest, was bezüglich der Lehre des Glaubens und der Sitten von der Kirche endgültig vorgelegt wird.“ Es handelt sich demnach um Aussagen „über Glauben und Sitten, die vom Lehramt ‚definitiv‘ vorgelegt wurden,

aber nicht durch die Offenbarung gedeckt sein müssen. Im Blick waren moralische Vorschriften, insbesondere solche zur Geburtenkontrolle (181f.). Auf das Motu proprio *Ad tuendam fidem* (1998) Johannes Pauls II. und den lehrmäßigen Kommentar dazu von Kardinal Ratzinger geht Neuner nicht ein.

### Weiterführung durch Benedikt

Einen gewissen Abschluss im Prozess der zunehmenden Ausdehnung und Intensivierung des Anspruchs des hierarchischen Lehramtes brachte die römische „Instruktion über die kirchliche Berufung des Theologen“, vom 24.05.1990. Darin heißt es: „Als Nachfolger der Apostel empfangen die Hirten der Kirche vom Herrn (...) die Sendung, alle Völker zu lehren und das Evangelium jedwedem Geschöpf zu verkünden (...). Ihnen ist damit die Aufgabe anvertraut, das Wort Gottes zu bewahren, darzulegen und zu verbreiten“. Weiter heißt es: Das Lehramt muss das Volk Gottes „vor Abweichungen und Verirrungen schützen und ihm die objektive Möglichkeit garantieren, den echten Glauben jederzeit und in den verschiedenen Situationen irrtumsfrei zu bekennen“ (Nr. 14). „Diese Aufgabe betrifft nicht allein die Dogmen, sondern auch definitive Aussagen, insbesondere moralische Normen und authentische Lehrentscheide. Wenn hierarchisches Lehramt und theologische Erkenntnis nicht übereinkommen, ist der Theologe gehalten, dem Lehramt seine Schwierigkeiten vorzutragen. Auf keinen Fall wird er ‚auf die Massenmedien zurückgreifen, sondern vielmehr die verantwortliche Autorität ansprechen‘ (Nr. 30). Dass nicht unfehlbare Lehraussagen irrig sein oder irrig gewesen sein können, soll jedenfalls nicht in die Öffentlichkeit kommen“ (S. 182).

Im Kapitel (VI.) *Weiterführung durch Benedikt XVI.* zeigt Neuner, dass Kardinal Ratzinger schon bald nach seiner Wahl zum Papst im Dezember 2005 seine „Grundsätze für eine rechte Interpretation des II. Vatikanischen Konzils“ umriss: „Alles hängt ab von einer korrekten Auslegung des Konzils oder – wie wir heute sagen würden – (...) von seiner korrekten Deutung und Umsetzung“. Dabei machte der Papst eine „Hermeneutik der Diskontinuität und des Bruches“ aus, die Verwirrung

gestiftet habe. Sie müsse einer „Hermeneutik der Reform“ weichen. Der Schein von Diskontinuität konnte Neuner zufolge entstehen, „weil sich die Kirche im Konzil, wie der Papst ausführte, in ihrem Verhältnis zu den Wissenschaften, zum modernen Staat und zur religiösen Toleranz neu positionieren müsse.“ Neuner: Diese Aussagen sollten „Befürchtungen zerstreuen, die Kirche selbst habe sich verändert und bislang gültige Lehraussagen seien preisgegeben worden. Damit band der Papst die Interpretation des Konzil eng an die Lehre von der Kirche, die weithin vom I. Vatikanum (...) bestimmt war“ (S. 185).

## Gegenwärtige Problemstellungen und Kontroversen

Mit dem Neuansatz durch Papst Franziskus (E I) und den innerkirchlichen Kontroversen beginnt das Schlusskapitel; mit dem Einschub (E II) Die „Diktatur des Relativismus“ beleuchtet Neuner die „programmatische Bedeutung“ der dichotomischen Redeweise des früheren Papstes: Der entsprechende Vorwurf des Papstes reicht „bis in die Politik hinein, die nicht mehr nach Wahrheit fragt, sondern allein noch nach Machbarkeit und Mehrheiten. Dieser (atmosphärische) Relativismus stellt nach Ratzinger/Benedikt „die herrschende Philosophie der Gegenwart“ dar – eine negative Theorie, die „letztlich zur Abschaffung des Menschen“ führe (S. 193f.).

Ausführungen über den *Missbrauchsskandal und seine ekklesiologischen Implikationen* (E III), *Kontroversen über die Freiheitstheologie* (IV), *die Frage nach dem Dogma und seiner Entwicklung* (V) sowie *Fragen zum Fortschritt in der Ökumene* (VI) beschließen zusammen Überlegungen zu einer *relecture* (VII) das hier vorgestellte Werk.

## Resümee

Den dogmatisch-fundamentaltheologisch interessantesten Teil des Schlusskapitels bilden die *Kontroversen um die Freiheitstheologie*. Diese Ausführungen, bei denen sich Peter Neuner weitgehend auf Magnus Striet stützt, bilden den Kontrast zu den theologisch-dogmatischen Engführungen, von denen das Buch so zahlreich berichtet. Der Fundamentaltheologe Striet (in: Her-

der Korrespondenz 71, 2017, H. 2, S. 13ff.) und der Moraltheologe Stephan Goertz (als Vertreter der autonomen Moral) stehen auf dem Boden des Menschen als moralisches und glaubendes Subjekt und damit im Kontrast zu den heteronomen dogmatischen und moraltheologischen Normen und Leitbildern der Neuscholastik und ihrer späten Adepten. So kommt in dieser existenzialistisch-theologischen Diskussion die gegenwärtige geistig-sittliche und religiöse Situation angesichts des Zusammenbruchs der Neuscholastik und des Endes der Metaphysik anschaulich zur Sprache.

Zugleich werden in dieser aktuellen Debatte die kontroversen Positionen zwischen traditionalistisch-konservativen theologischen Positionen, die noch weitgehend auf die gekennzeichneten lehramtlichen Positionen gestützt sind (Helmut Hoping, in: Herder Korrespondenz 72, 2018, H. 4, S. 47ff.) und einer liberalen Theologie deutlich. Striet resümiert seine Gegenposition zur traditionellen, lehramtlich basierten dogmatischen Theologie:

„Der traditionell auf einer von außen ergangenen Offenbarung gegründete Glaube ist erschüttert. Das betrifft die Moral, es betrifft auch die Dogmatik. Mit der Metaphysik zerbricht die Überzeugung von einer Naturordnung, die als eine ‚von Menschen als Gottes Wille ausgegebene Schöpfungsordnung‘ sich versteht. Es entfällt die Überzeugung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, insofern sich damit vorgegebene Normen verbinden, es entfällt eine Anthropologie unter dem Vorzeichen der Sünde und eine an der Sünde orientierte Soteriologie. Der Mensch ist nicht sündig, sondern schwach“ (S. 199). Der Zusammenbruch der Metaphysik hat „der Möglichkeit eines freiheitlichen Glaubens Platz geschaffen. Gott ist nicht denknotwendig, wohl aber denkmöglich. Auch wenn man demnach in der Moderne keine Gottesgewissheit mehr erreichen kann, lässt sich doch eine ‚durchdachte und gelebte Hoffnung‘ entfalten.“ Die neuzeitliche Wende zum Subjekt und damit die Besinnung „auf die Würde des Menschen können nun zum Ausgangspunkt theologischer Reflexion werden“ (S. 200).

\*\*\*

Norbert Lüdecke

## Liturgie als inszenierte Ekklesiologie

Eine Sensibilisierung für den Zusammenhang von Liturgie und Ekklesiologie.

*Ein Disput zwischen den Liturgiewissenschaftlern Benedikt Kranemann (Erfurt) und Helmut Hoping (Freiburg) in der „Herder-Korrespondenz“ (Mai/Juli 2019) veranlasste den Bonner Kirchenrechtler Norbert Lüdecke, seinen Vortrag, den er 2004 vor der Arbeitsgemeinschaft der Liturgiewissenschaftler über den Zusammenhang von Liturgie und Ekklesiologie aus kirchenrechtlicher Sicht gehalten hat, in Thesenform kurz in Erinnerung zu rufen (in dem Blog Theosalon.blogspot.com) – und uns dankenswerterweise zum Abdruck anzubieten. Wir tun dies gerne - unter Beiseitelassung der einführenden, auf den o.g. Disput bezogenen Thesen - ab These 4. (Red.)*

4. Das II. Vatikanische Konzil hatte nie die Absicht noch die Möglichkeit, die als gottverfügt geglaubte Sozialgestalt der Kirche als ständisch gegliederte klerikale Wahlmonarchie aufzugeben. Es wollte die Laien aufwerten, sie als Getaufte ekklesiologisch sichtbar machen. Wurden sie davor als Nichtgeweihte in der Regel verschwiegen, sollten sie nun positiv in den Blick genommen und thematisiert werden. Dazu bemühte sich das Konzil um gemeinsame Aussagen über alle Gläubigen. Aus der Klerikerkirche sollte (wieder) die Gemeinschaft aller Gläubigen werden.

Laien und vor allem die Taufe so theologisch ins Wort und in die Sichtbarkeit zu heben, sollte und konnte jedoch nicht bedeuten, die beiden Stände zu leugnen oder gar aufzuheben. Dieses Missverständnis vermied das Konzil effektiv, indem es immer da, wo es Gemeinsames von allen Gläubigen aussagte, mit Hilfe bestimmter Hierarchiesicherungen den Standesunterschied miteinbaute: Bewusst wurde in der

Kirchenkonstitution das Kapitel über die Hierarchie hinter das über das Volk Gottes platziert. Allerdings war zuvor schon die göttliche Stiftung als hierarchische Gesellschaft klargestellt worden (LG 8a). Die Gleichheit aller Gläubigen hat mit der unseres Grundgesetzes nichts zu tun. Es ist vielmehr eine „wahre“ Gleichheit, die alle standes- und geschlechtsbedingten Mehr- und Minderberechtigungen durchdringt, aber bestehen lässt (LG 32c), also Würdegleichheit ohne Gleichberechtigung meint. Und um von allen Gläubigen hierarchieverträglich ein gemeinsames Priestertum aussagen zu können, wurden nicht Priester von Nichtpriestern abgegrenzt, sondern der Priesterbegriff verdoppelt und vom gemeinsamen (Tauf-)Priestertum ein wesensverschiedenes hierarchisches (Weihe-)Priestertum unterschieden (LG 10). Immer sollte bewusst bleiben, dass die kirchliche *communio* keine Gemeinschaft von Gleichen ist, sondern eine aus zwei einander hierarchisch zugeordneten Ständen bestehende *communio hierarchica*. Diese konziliare Ekklesiologie hat der geltende Codex Iuris Canonici rezipiert und rechtlich transformiert.

5. Das Gleiche geschah im Verständnis der Liturgie. Hier griff das Konzil das Anliegen der liturgischen Bewegung auf, Liturgie nicht mehr als isoliertes Klerikerhandeln zu verstehen, sondern unter dem Leitbegriff der *participatio actuosa fidelium* als gemeinsame aktive Teilnahme aller Gläubigen. Zugleich betont das Konzil aber klar, dass die Liturgie nicht nur eine gemeinschaftliche, sondern ihrer Natur nach auch eine hierarchische Handlung ist (SC 26-32). Die Kirche ist das „unter den Bischöfen“ geeinte und geordnete Volk. Deshalb kommen die Gläubigen auch unterschiedlich mit der Liturgie in Berührung, „je nach ... Stand, Aufgabe und tätiger Teilnahme“ (SC 26). Jeder soll nur das tun, was ihm aus der Natur der Sache und nach den liturgischen Regeln zukommt (SC 28). In der Liturgie, d. h. jener Form der Gottesverehrung, die im Namen der Kirche von rechtmäßig dazu beauftragten Personen vollzogen wird und von der kirchlichen Autorität gebilligt ist, wird der ganze Leib der Kirche sichtbar gemacht, dargestellt (SC 2; 7; 14; 26), und dies in herausragender Form in der Eucharistie (SC 41; cc. 834 § 1, 837 CIC).

Der hierarchische Charakter aller Liturgie zeigt sich nicht nur in der Verteilung der Ordnungskompetenz in liturgischen Fragen, sondern auch in der konkreten Vollzugsgestalt. Weil in ihr die hierarchische Zuordnung der Teilnehmenden erkennbar sein muss, verlängert sich der wesensmäßige Unterschied zwischen gemeinsamem und hierarchischem Priestertum, zwischen Klerikern und Laien, ekklesiologisch folgerichtig in die jeweils wesensverschiedene *participatio actiosa* „specifica“ der Kleriker und der Laienmänner und -frauen. Exemplarisch erlebbar ist dies in der Feier der Eucharistie als höchster Form der Kirchen-darstellung für Katholik(inn)en jede Woche, wenn sie sonntags ihre Rechtspflicht zum Messbesuch erfüllen (c. 1247; Weltkatechismus Nr. 2181). Wer nicht bis zum nächsten Sonntag warten will, kann seine liturgische Wahrnehmung und Sensibilität für den Zusammenhang von Liturgie und Kirchenbild auch mit Hilfe des Domrads und seiner Videos, etwa des Pontifikalgottesdienstes zur Priesterweihe im Kölner Dom, schärfen.

6. Wie sieht die spezifische *participatio actiosa* der Kleriker aus? Zelebrant ist einzig der gültig geweihte Priester. Er vollzieht die Eucharistie aufgrund seiner Weihe in der Person Christi des Hauptes. Er agiert in amtlicher Sicht nicht nur „im Namen“ oder „in Stellvertretung“ Jesu Christi, sondern – so die verschiedenen theologischen Verdeutlichungen – „in der spezifischen, sakramentalen Identifizierung mit dem ewigen Hohepriester“, als alter Christus, als „Abbild“ (*imago*) und „Zeichen“, als „anamnetische Figur“ und „aus Fleisch und Blut bestehende Ikone“ Christi. Konstitutiv und unersetzlich für die Feier der Eucharistie ist allein die *participatio* „specifica“ der Bischöfe und Priester. Auch die Zelebration ohne weitere Gläubige lässt die gemeinschaftliche Natur der liturgischen Handlungen unbeschadet. Der Priester repräsentiert dann Christus und die Gemeinde. Katholisch gilt: Keine Eucharistie ohne Priester, wohl aber ohne andere Gläubige. Und insofern die Kirche aus der Eucharistie lebt, sie in besonderer Weise als „elementare Ekklesiogenese“ zu sehen ist, gilt auch: Keine Kirche ohne Priester, wohl aber ohne andere Gläubige. Die besondere Stellung des durch seine Weihe Christus gleichgestellten Priesters, in dem Christus selbst

der Versammlung vorsteht, wird im Verlauf der Feier nicht nur durch seinen besonderen Platz und seine Aufgabe, sondern immer wieder auch durch Kleidung, Worte/Texte und Gesten/Gebärden deutlich.

7. Äußerlich wird die Verschiedenheit der liturgischen Akteure schon durch Kleidung angezeigt: Das für jedwede besondere liturgische Aufgabe und damit auch für Laien zulässige Gewand ist die Albe. Bei Klerikern ist sie das Untergewand; sie tragen ihre klerikalischen Textilinsignien darüber. Die Stola ist dem Priester und dem Diakon vorbehalten. Nur der Priester trägt sie ungekreuzt und gerade hängend, der Diakon von der linken Schulter quer zur rechten Seite. Nur dem Priester vorbehalten ist das mantelartige messspezifische Obergewand, die Kasel. Das den Diakon auszeichnende Gewand ist die Dalmatik. Sie ist für einfache Laien allerdings schwer von einer Kasel zu unterscheiden. Daher sollen Diakone die Dalmatik nur tragen, wenn sie einem Priester oder Bischof in der Messe assistieren. Hier sind sie durch ihre beschränkten Funktionen deutlich identifizierbar. Wo sie selbst andere Gottesdienste leiten, sollen sie nur eine Albe mit Stola oder Talar, Chorrock und Stola tragen.

Diakonen und Laien ist es verboten, in der Eucharistiefeier Gebete vorzutragen und Handlungen vorzunehmen, die Priestern vorbehalten sind. Beim Einzug ehren nur die Kleriker den Altar als Symbol für Christus durch den Altarkuss, nur der Priester ggf. durch Inzens. Dann nimmt der Priester den allein ihm vorbehaltenen Sitz ein, „und macht so deutlich, daß er damit die Stellvertretung des eigentlichen Einladenden, nämlich Christus, übernommen hat“. Der Diakon darf neben ihm Platz nehmen. Nur Kleriker dürfen die vorgesehenen Grußformeln – etwa „Der Herr sei mit euch“, den österlichen Gruß des Auferstandenen – verwenden. Die Antwort „Und mit deinem Geiste“ gilt als Anerkennung der Vollmacht des in der Person Christi Handelnden. Der Priester gibt regelmäßig die Hinweise und leitet die Gebete der Gläubigen ein und schließt sie ab. Nur ihm kommen die sog. Präsidialgebete und die sie begleitende Orantenhaltung zu. In diesen Orationen (Tages-, Gaben- und Schlussgebet) wendet sich der Priester mit ausgebreiteten Armen im Namen der ganzen Kirche und der Feiergemeinde an Gott. Das wichtigste Präsidial-

gebet ist das eucharistische Hochgebet als Höhepunkt der gesamten Feier. Hier – so die Deutungen – handle der Priester „zutiefst“ in persona Christi Capitis. Und wiederum besonders bei den Einsetzungsworten stelle der Priester „seinen Mund und seine Stimme jenem zur Verfügung, der diese Worte im Abendmahlssaal gesprochen hat“. Die verpflichtende Nennung des Papstes und des Diözesanbischofs im Hochgebet bindet die Feiernden zurück in die *communio hierarchica* der Gesamtkirche und legitimiert den Priester als authentischen Zelebranten.

Desgleichen ist es Sache des Priesters, die Verkündigung des Wortes Gottes zu leiten. Die Homilie, d. h. die Predigt in der Eucharistiefeier, ist Klerikern vorbehalten. „Es geht nämlich nicht um eine eventuell bessere Gabe der Darstellung oder ein größeres theologisches Wissen, sondern vielmehr um eine demjenigen vorbehaltene Aufgabe, der mit dem Weihesakrament ausgestattet wurde.“ Nur Kleriker sind ordentliche Kommunionausteiler. Den Schlusssegen erteilt der Priester.

Auch der Diakon ist durch seine Weihe dazu bestimmt, dem Volk Gottes in besonderer Weise zu dienen, aber nicht in persona Christi Capitis. In hierarchischer Gemeinschaft mit Bischof und Priester ist der Diakon Begleiter und Assistent des Zelebranten, insbesondere wenn dieser blind oder sonst schwach ist. Der Priester dient im Vorstehen, der Diakon dient, ohne vorzustehen. Exklusiv gegenüber Laien sind dem Diakon lediglich vorbehalten der Vortrag des Evangeliums, ggf. die Homilie im Auftrag des Zelebranten, die Einladung der Gläubigen zum Friedensgruß, der Zuruf „Geheimnis des Glaubens“ nach den Herrenworten und die Erhebung der eucharistischen Gaben im Hochgebet sowie die Entlassungsworte. Alle übrigen liturgischen Aufgaben mit Ausnahme der Lektorenfunktion kommen vorrangig dem Diakon zu und können nur ersatzweise von Laien erfüllt werden. Das Handeln des Diakons unterscheidet sich aufgrund seiner Weihe „wesentlich von jedem liturgischen Dienst ..., den Hirten den nicht geweihten Gläubigen anvertrauen können“. Der Diakon leistet dem Zelebranten „eine sakramentale und somit verbindliche, wesentliche, unverkennbare Hilfe“. Dies wird eigens betont, damit die Diakone „in ihrer wahren Identität

als Diener Christi und nicht als besonders engagierte Laien“ wahrgenommen werden (Direktorium Dienst und Leben der Diakone Nr. 28 und 40).

8. Von der spezifischen *participatio actuosa* der Kleriker und insbesondere des Priesters unterscheidet sich die der Gläubigen, die keine besondere liturgische Aufgabe erfüllen. Sie nehmen teil, indem sie durch „Amen“ oder andere Akklamationen zustimmen und auf den Gruß und die Gebetseinladungen des Priesters antworten. Schließlich kommt die aktive Mitfeier der Gemeinde zum Ausdruck im Allgemeinen Schuldkenntnis, im Glaubenskenntnis, in den Fürbitten (Allgemeines Gebet) und im Vaterunser. Die Ausdrücke „Dialog“ oder „Wechselrede“ für die liturgische Interaktion zwischen Klerikern und Laien sind insofern missverständlich, als die Initiative nur bei den Klerikern, insbesondere bei den Priestern liegt; sie sind Wortgeber und Wortführer. Laien können in der Eucharistiefeier nicht aus eigenem Antrieb das Wort ergreifen, es wird ihnen erteilt. Sie hören aufmerksam zu, lassen sich unterweisen, schließen sich im Gebet an, stimmen zu und antworten nach Aufforderung. Kennzeichen ihrer Liturgieteilnahme ist die Reaktion: Die *laikale participatio* ist *actuosa*, aber *reactiva*. Dem entspricht, dass für jene liturgischen Ämter und Aufgaben, die nicht Klerikern vorbehalten sind, aufgrund von Taufe und Firmung zwar ausnahmsweise auch Laien herangezogen werden können, aber nur, sofern Kleriker einen entsprechenden Bedarf sehen und diesen mit von ihnen als geeignet befundenen Laien decken möchten.

9. Das gilt gleichwohl für Männer und Frauen unterschiedlich. Die Konturen der liturgischen Darstellung der Kirche werden durch die Einbeziehung des Geschlechterunterschieds verfeinert: Die Ämter des Lektors und des Akolythen können auf Dauer und in einem liturgischen Akt (*institutio*) nur Männern übertragen werden. Denn übten Frauen diese Dienste in der unmittelbaren Nähe des Zelebranten amtlich und auf Dauer aus, könnten sie der – in amtlicher Sicht – Illusion erliegen, selbst zum Priestertum berufen zu sein.

Für alle übrigen liturgischen Aufgaben können Frauen herangezogen werden, müssen es aber nicht. Der katholische

Gleichheitsbegriff erlaubt dem klerikalen Rechtsanwender, auch geschlechtsneutral formulierte Normen für Männer und Frauen verschieden anzuwenden. So hat der Apostolische Stuhl für Messdiener(innen) klargestellt: Messjungen sind ohne weiteres zulässig, ihre Förderung ist verpflichtend, es soll sie geben, sie dürfen nicht abgeschafft werden. Messmädchen muss es nicht geben, ihr Einsatz muss der Gemeinde eigens begründet werden, eine Pflicht, sie zu fördern, besteht nicht. Kein Zelebrant kann verpflichtet werden, an seinem Altar Messmädchen zuzulassen. Dass hierzulande vielfach vor allem Mädchen den Altardienst versehen, verdankt sich dem jeweiligen Ermessen des Zelebranten. Auch hier gilt amtlich: Die optische Nähe zum Priester soll nicht zu einer Normalität werden, die bei den Gläubigen das Bewusstsein für die Exklusivität männlichen Priestertums abschwächen oder bei den Mädchen die Vorstellung einer eigenen Priesterberufung befördern kann.

Frauen sind in ihrer tätigen Liturgieteilnahme also im Vergleich zu den Laienmännern beschränkt. Das gilt kirchlich aber nicht als Diskriminierung, weil ihre Gleichwertigkeit mit den Männern nach katholischem Gleichheitsverständnis trotz Minderberechtigung keinen Schaden nimmt. Die *participatio actuosa* der Frauen ist also eine restriktive, aber gleichwertige.

10. Wer mit so geklärtem Blick an der Eucharistiefeier teilnimmt, wird vom Zusammenhang zwischen Liturgie und Kirchenverständnis in doppelter Weise profitieren können. Zum einen geschieht so konfessionelle Identitätsstabilisierung durch Inszenierung der ständisch differenzierten tätigen Teilnahme an der Liturgie. In der Eucharistie wird nicht nur das zentrale Glaubensgeheimnis begangen, in dem Christus als geistliche Speise genossen wird. Zugleich bildet die konkrete rituelle Vollzugsgestalt der Eucharistie als „Feier in hierarchischer Ordnung“ die *communio hierarchica fidelium* getreu ab. Weil katholisch Gottesbeziehung und Kirchlichkeit innig verbunden sind, geschieht in jeder Liturgie und besonders in der Eucharistie der Lobpreis Gottes als inszenierte Ekklesiologie, als Gottesverehrung in eins mit der Bejahung der hierarchischen Struktur der Kirche. Die Gläubigen können sich darin immer wieder neu ihres glaubensgegründeten

Lebenssinns vergewissern wie des ihnen jeweils zukommenden Platzes in der kirchlichen Gemeinschaft. Die ständisch differenzierte *participatio actuosa* fungiert als virtueller Lettner: Er schirmt nicht mehr den Altar ab, sondern hält szenisch durch Führungssymbolik, Exklusiv- und Vorrangrechte sowie durch Abwehr von Rollendiffusionen für Kopf, Herz und Auge der versammelten Gemeinde das Bewusstsein für die ständisch-hierarchische Struktur der Kirche lebendig und macht insbesondere den Wesensunterschied vor allem zwischen Priestern und Laien unmittelbar erlebbar. Jedem Stand und jedem Geschlecht wird positive Teilhabe am geschlossenen sinnhaften Ganzen der kirchlichen Gemeinschaft zugesprochen. Jeder und jede darf sich in das präfigurierte Geflecht einfügen und die vorgegebene Rolle ausfüllen. Katholiken sind vom autonomen Selbstentwurf entlastet.

11. Zum anderen kann der von der hierarchischen Spitze geordnete Akt der Gottesverehrung zugleich einen lebendigen Kirchensinn erhalten und stärken und insofern formalisierte Selbstbestätigung bewirken. Ein immer wieder gestärkter Kirchensinn ist auch dringend erforderlich, damit die Gläubigen eine erfahrungsmäßige Kluft im Glauben überbrücken können – die Kluft zwischen ihrer bürgerlich-demokratischen Existenz (mit der Koppelung von Gleichheit in Würde, Berechtigung und Partizipation) und ihrer spezifisch ständisch-monarchischen Existenz als katholische Kirchenglieder (mit der Entkoppelung von gleicher Würde einerseits und standes- und geschlechtsspezifischer Berechtigung und Partizipation im Glauben andererseits). In Staat und Gesellschaft Demokrat(in) zu sein, in der Kirche aber Monarchist(in), kann nur mit immer neuer Kirchlichkeitsaufladung gelingen. Auch dem kann der bewusste Mitvollzug der liturgischen Kircheninszenierung in der je spezifischen *participatio actuosa* dienen.

*Norbert Lüdecke ist Professor für Kirchenrecht an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn.*

\*\*\*

Norbert Mette

## „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“ (Mt 6, 33)

„Wenn die Kirche“, so hat es der ehemalige Würzburger Pastoraltheologe Rolf Zerfaß bereits vor Jahren angemahnt, „wirklich Jesu Sendung weitertragen will, darf sie sich nicht selbst zum letzten Horizont und Maßstab ihres Wirkens machen. Es geht nicht um die Präsenz der Kirche in der Gesellschaft, sondern um das Kommen Gottes in der Welt... Im Horizont der Gottesherrschaft erledigt sich alle falsche Ekklesiozentrik. Positiv gesagt: Es eröffnet sich eine weite, alles Wirken Gottes in der Welt bejahende, wahrhaft ökumenische Perspektive. Wir fixieren uns nicht länger auf den eigenen ‚Verein‘, sondern lernen uns aufrichtig zu freuen über alles, was die anderen in der Macht des Geistes Gottes – wodurch denn sonst? – zustande bringen.“<sup>1</sup> Angesichts der aktuellen tief greifenden Kirchenkrise erweisen sich diese Worte als wichtige und hilfreiche Wegweisung. Dem soll im Folgenden nachgegangen werden.

### 1. Das Reich Gottes als Zentrum der Verkündigung Jesu

Die Rede vom „Reich Gottes“ oder der „Gottesherrschaft“ bildet das Zentrum der Verkündigung Jesu von Nazaret in Tat und Wort. So stellt Markus seinem Evangelium von Jesus Christus das Summarium voran: „Der Augenblick ist gekommen, die Zeit erfüllt. Die Gottesherrschaft ist nahe gekommen! Kehrt zum Leben um und vertraut dem Evangelium!“ (Mk 1,14) In der Bergpredigt findet sich die Aufforderung, zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu suchen; dann würde alles andere dazu gegeben werden (vgl. Mt 6, 33). Im Vaterunser wird um das Kommen des Reiches gebetet (vgl. Mt 6,10). In der „Bibel in gerech-

ter Sprache“ wird der Terminus „Reich Gottes“ mit „gerechte Welt“ übersetzt.

Den Evangelien zufolge handelt es sich beim Reich Gottes um etwas, das in Gott gründet und von ihm geschenkt wird, aber als solches Entschiedenheit und Verbindlichkeit fordert und entsprechend anstößig wirken kann. Das macht einerseits der Blick auf die Praxis Jesu deutlich, der das Reich Gottes nicht nur gepredigt, sondern sein ganzes Leben aus ihm heraus und für es gelebt hat – bis hin zu der Konsequenz, dass er es sein Leben kosten ließ, weil er für die aus dem herrschenden politischen und religiösen Machtsystem Vorteil Ziehenden zum Störenfried wurde, den es ausmerzen galt. Andererseits wird das auch daran deutlich, dass die, denen von ihm primär das Reich Gottes zugesprochen wird, gerade nicht die sowieso schon Privilegierten sind. Im Gegenteil, es sind die Armen und Unterdrückten. Wo sie aus ihrem Elend und Leiden befreit werden, dort bricht dieses Reich an.

Treffend hat der Schweizer Exeget Hermann-Josef Venetz beschrieben, was sich bei der Predigt Jesu von der anbrechenden Gottesherrschaft ereignet und wodurch diese ihre Glaubwürdigkeit erlangt: „Wo Jesus auftritt, können Menschen wieder atmen, können Menschen wieder aufstehen, der Blinde kann wieder sehen, der an die Wand Gedrückte wird in die Mitte gestellt, dem Ausgestoßenen wird Gemeinschaft angeboten. Königsherrschaft Gottes zielt auf das Leben des Menschen: auf das ganze Leben des Menschen und auf das Leben des ganzen Menschen“<sup>2</sup> – und zwar, so ist zu ergänzen, in Gemeinschaft mit anderen. Eine neue Weise des Zusammenlebens auf der Basis gegenseitiger Wertschätzung wird eröffnet. Es ist eine Weise des Miteinander-Umgehens, die sich völlig anders gestaltet als die Abläufe des Zusammenlebens, wie sie nach den üblich gewordenen sozialen Mustern erfolgen: Die Rangunterschiede greifen nicht mehr bzw. wenn doch, dann sind sie auf den Kopf gestellt, wie es sich etwa in der Wertschätzung der Kinder, der Vorzugstellung der Armen gegenüber den Reichen, der gleichberechtigten Stellung von Frauen und Männern, der empathischen Zuwendung zu den Sündern und Sünderinnen, der besonderen Auf-

<sup>1</sup> Rolf Zerfaß, Die kirchlichen Grundvollzüge - im Horizont der Gottesherrschaft, in: Konferenz der bayrischen Pastoraltheologen (Hg.), Das Handeln der Kirche in der Welt von heute. Ein pastoraltheologischer Grundriß, München 1994, 32-50, hier: 39.

<sup>2</sup> Hermann-Josef Venetz, Die Bergpredigt. Biblische Anstöße, Düsseldorf/Freiburg (Schweiz) 1987,124f.

merksamkeit für die, die geläufiger Meinung nach als verloren abgeschrieben sind, u.ä.m. dokumentiert. Nicht die Konkurrenz um den ersten Platz und die damit verbundene Macht geben den Ton an, sondern gegenseitiger Dienst und Solidarität bilden die leitenden Maximen für das Zusammenleben. Eine Praxis der Gerechtigkeit setzt sich durch, die sich von der Sorge leiten lässt, dass allen das Lebensnotwendige für sie selbst und die ihnen Anvertrauten zur Verfügung steht. Gott hat sich als der erwiesen, der Partei ergreift für die, die ihrer Würde und Rechte beraubt worden sind, und ihnen Recht schafft. Entsprechend heißt, Gott zu erkennen, in Solidarität mit den unschuldig Leidenden gerecht zu handeln und Gutes zu bewirken (vgl. Jer 22, 15f).

In diesem Zusammenhang beharrte Jesus auch darauf, dass „alle noch so religiösen Einrichtungen, heißen sie nun Gesetz oder Tempel oder Sabbat oder Staat oder was auch immer, ... sich am Kommen des Reiches zu messen“<sup>3</sup> haben, und das bedeutet an der Frage, ob sie letztlich dem Wohl und Heil der Menschen sowohl individuell als auch kollektiv zugutekommen oder nicht.

## 2. Das Reich Gottes als Maßstab für die Kirche in der Nachfolge Jesu

Mit seinem viel zitierten Satz „Jesus hatte das Reich Gottes angekündigt; gekommen ist dafür die Kirche“<sup>4</sup> hat der französische Exeget Alfred Loisy nicht, wie es ihm vielfach in den Mund gelegt wird, auf eine Abfallgeschichte von der ursprünglichen Intention Jesu und der nachösterlich sich institutionalisierenden Kirche abgehoben. Sondern er wollte die Kontinuität zwischen beiden unterstreichen: Die Kirche ist die Gemeinschaft, in der und durch die Jesu Ansage der anbrechenden Gottesherrschaft kraft des ihr verheißenen Beistands des Heiligen Geistes weitergetragen wird. Das bedeutet nicht, dass die Kirche nach der Bestätigung seiner Botschaft und seines Lebens durch seine Auferweckung für sich in

Anspruch nehmen darf, das Reich Gottes zu sein. Seine Schaffung und Vollendung ist allein Gott vorbehalten. Aber die Sendung der Kirche besteht im Kern darin, dass das Reich Gottes weiterhin als Heil für die Menschen und die Welt von Gott her bezeugt und, soweit es aus dem Glauben daran möglich ist, vor aller Öffentlichkeit in Wort und Tat zur Darstellung gebracht wird.

Für das Selbstverständnis und die Praxis der Kirche ergibt sich nach Urs Eigenmann daraus, dass die Kirche sich immer selbstkritisch prüfen muss, ob sie wirklich dem Reich Gottes dient und in seiner Nachfolge steht und ob sie das bis in ihre institutionelle Verfassung hinein sich glaubwürdig bemerkbar macht.<sup>5</sup>

Die positive Verbindung zwischen Reich Gottes und Kirche zeigt sich in dem Maße, wie in der Kirche aus der Beziehung zum die Menschen vorbehaltlos annehmenden Gott heraus ein zwischenmenschliches Miteinander zum Zuge kommt, wie es in der Jesusbewegung zu praktizieren versucht worden ist. Das Miteinander-Leben in der Nachfolge Jesu wird geleitet von einer Wertehierarchie, die herrschende Vorstellungen schlicht und einfach umkehrt: Reichtum und Akkumulation werden ersetzt durch Armut, Uneigennützigkeit und Teilen; Rache und Hass durch Verzeihung und Versöhnung; Eigennutz durch den Willen zu schenken und zu teilen; Machtambitionen durch Dienstbereitschaft; Konkurrenz durch solidarischen Beistand; Gewalt durch Frieden; ungerechtes Tun durch Einsatz für Gerechtigkeit; sicheres Leben durch Verfolgung; Falschheit durch Reinheit des Herzens. In der Gruppe der Jesusjünger und -jüngerinnen soll es Jesus zufolge nicht so zugehen, wie es ansonsten in der Welt der Fall ist, nämlich dass Herrscher schalten und walten, wie sie wollen, auf Kosten ihrer Untergebenen. Das Zusammenleben der Jesusbewegung basiert genau auf jener der Umkehrung der Wertehierarchie korrespondierenden Umkehrung der Sozialbeziehungen, wie sie Jesu Reich-Gottes-Botschaft vor Augen stand: auf den Prinzipien der Geschwisterlichkeit und Gleichheit – in Absage an jeglichen Paternalismus. Frauen werden nicht länger diskriminiert, sondern sind als gleichbe-

<sup>3</sup> Hermann-Josef Venetz, Er geht euch voraus nach Galiläa. Mit dem Markusevangelium auf dem Weg, Freiburg (Schw.) 2005, 81.

<sup>4</sup> Alfred Firmin Loisy, Evangelium und Kirche, in: Carl-Friedrich Geyer, Wahrheit und Absolutheit des Christentums – Geschichte und Utopie. „L'Évangile et l'Église“ von Alfred F. Loisy in Text und Kontext, Göttingen 2010, 97-219, hier: 169.

<sup>5</sup> Vgl. Urs Eigenmann, Kirche in der Welt dieser Zeit, Luzern 2010, bes. 222-224.

rechtigte Partnerinnen anerkannt und integriert. Es ist zudem die interessante Erfahrung zu machen, dass, wo bereitwillig geteilt wird, genug für alle da ist (vgl. Mt 14,13-20 parr; Apg 2, 42-47).

### 3. Pastorale Umkehr. „Nachfolge genügt“ (Synodenbeschluss „Unserre Hoffnung“)

Das Originäre und Provokative der Reich-Gottes-Botschaft für die Kirche liegt darin, dass ihr wie in einen Spiegel blickend schonungslos ihre jeweilige Befindlichkeit vor Augen geführt wird. Wo sie diesen Blick riskiert, kann das für sie zu einer Quelle der Erneuerung werden, wie es sich mehrfach in der Geschichte ereignet hat. Der Ruf zur Umkehr gilt für die Kirche insgesamt genauso wie für jede\*n Einzelne\*n.

In diesem Sinne wirbt der derzeitige Papst seit Beginn seines Pontifikats entschieden und unablässig für eine pastorale Umkehr (*conversión pastoral*) seiner Kirche, und zwar im Sinne einer Rückbesinnung auf das Evangelium und der Vergegenwärtigung dessen froher Botschaft. Umgekehrt bedeutet das nichts weniger als einen radikalen, also an der Wurzel ansetzenden Wechsel der vorherrschend gewordenen Paradigmen im Denken und Handeln der Kirche. Sloganartig formuliert heißt das: Weg von dem ständigen Kreisen um sich selbst und hinausgehen an die Ränder der Kirche und der Gesellschaft, zu den in materiellen und existenziellen Nöten lebenden Menschen. Nicht die Sorge um ihre eigene Bestandserhaltung hat die Tagesordnung der Kirche zu bestimmen, sondern das absichtslose Sich-in-Dienst-Stellen am Aufbau des Reiches Gottes in unserer Welt. Das bedeutet, dass, wie es im Brief von Papst Franziskus „An das pilgernde Volk Gottes in Deutschland“ heißt, das Hauptaugenmerk darauf liegen muss, dass „wir uns öffnen und hinausgehen, um unseren Brüdern und Schwestern zu begegnen, besonders jenen, die an den Schwellen unserer Kirchentüren, auf den Straßen, in den Gefängnissen, in den Krankenhäusern, auf den Plätzen und in den Städten zu finden sind. Der Herr drückte sich klar aus: ‚Sucht aber zuerst sein Reich und seine Gerechtigkeit; dann wird euch alles andere dazugegeben‘ (Mt 6,33). Das bedeutet hinauszuweichen, um mit dem Geist Christi alle Wirklichkeiten dieser Erde zu salben, an

ihren vielfältigen Scheidewegen ... Das bedeutet mitzuhelfen, dass das Leiden Christi wirklich und konkret jenes vielfältige Leiden und jene Situationen berühren kann, in denen sein Angesicht weiterhin unter Sünde und Ungleichheit leidet. Möge dieses Leiden den alten und neuen Formen der Sklaverei, welche Männer und Frauen gleichermaßen verletzen, die Maske herunterreißen, besonders heute, da wir immer neu ausländischerfeindlichen Reden gegenüberstehen, die eine Kultur fördern, die als Grundlage die Gleichgültigkeit, die Verslossenheit sowie den Individualismus und die Ausweisung (im spanischen Text steht hier ‚*expulsión*‘, d.h. Abschiebung, Verstoßung in Form der Exklusion von Menschen; NM) hat.“ Das bedeutet allerdings auch, entschlossen die individuellen und strukturellen Ursachen für die verheerenden Missstände und Verbrechen aufzudecken, die in der Kirche selbst geschehen sind und geschehen.

Wo die Kirche sich in die Nähe zu den Menschen, besonders den Armen und Benachteiligten, mit ihrer Freude und Hoffnung, Trauer und Angst begibt und sich mit ihnen solidarisch für ein humaneres Leben einsetzt, da werden in der Tat viele innerkirchliche Streitthemen zweitrangig. Das heißt nicht, dass hier kein Reformbedarf bestände. Aber sie erhalten den relativen Stellenwert, der ihnen gemäß ist. Im Sinne des Reiches Gottes steht dem nicht nur nichts im Wege, sondern ist es geradezu gefordert, dass das Eucharistie-feiern-Können als höherwertig gilt als der Zölibat, dass Frauen Zutritt zu allen Ämtern in der Kirche haben, dass Wiederverheiratet-Geschiedene nicht grundsätzlich von der Kommunion ausgeschlossen werden, dass die kirchliche Sexualitätsmoral grundlegend im Licht der humanwissenschaftlichen Erkenntnisse revidiert wird, dass Macht in der Kirche transparent und kontrolliert auszuüben ist u.v.a.m.

In einer Reich-Gottes orientierten Kirche bekommt ihr caritatives bzw. diakonisches Tun einen zentralen Stellenwert. Das ist der Fall, weil es in direktem Kontakt zu den in welcher Not auch immer befindlichen Menschen steht und ihnen absichtslos neue Lebensmöglichkeiten zu eröffnen bemüht ist. Kirche realisiert sich im Sinne der Reich-Gottes-Botschaft, wo sie sich etwa uneigennützig als Lobby für Menschen

einsetzt, die ihrer Rechte beraubt werden, wo sie sich auf die Seite der Armen und Benachteiligten stellt und dafür selbst Nachteile in Kauf nimmt, wo verlassene Menschen aufgesucht und begleitet, Trauernde getröstet werden, Mahlgemeinschaft in Erinnerung an Jesus und mit ihm gefeiert wird etc. Diesem Tun muss nicht erst „von außen“ eine spirituelle Note beigelegt werden, um es als evangeliumsgemäß ausweisen zu können; sondern es ist in sich selbst ein zutiefst spiritueller Prozess, Evangelisierung „nach innen“ und „nach außen“.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Amazonas-Synode weist neue Wege für Kirche und Gesellschaft

Sobald ihr im Westen Wolken aufsteigen seht, sagt ihr: Es gibt Regen. Und es kommt so. Und wenn der Südwind weht, dann sagt ihr: Es wird heiß. Und es trifft ein. Ihr Heuchler! Das Aussehen der Erde und des Himmels könnt ihr deuten. Warum nicht die Zeichen der Zeit? (Lk 12, 54-56).

Dass die vom 6. – 27. Oktober im Vatikan tagende Amazonassynode auch hierzulande auf gesellschaftliches Interesse stieß, dafür sorgten vorab die Bilder des brennenden Regenwalds, die uns kürzlich als warnendes Signal einer weltweiten Umweltkatastrophe erreichten. Wer den Regenwald zerstört, zerstört Europa, hieß es in Hinblick auf seine klimatische Bedeutung, wird doch von ihm ein Großteil des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gebunden, und durch seine Wasserregulierung wirkt er der Dürre und Verstepfung entgegen.

Mit dem ökologischen Interesse verband sich unter Katholiken die Erwartung, die Synode werde mit der Zulassung sogenannter *viri probati* zum Priestertum grünes

Licht auch für die unter dem Priestermangel leidende Kirche in Deutschland geben. Beide Problemkreise sind Grund genug, um die Amazonassynode, ihre Ausgangslage, ihre Vorbereitung und Durchführung sowie ihre Konsequenzen näher in den Blick zu nehmen.

## Die kirchliche Ausgangslage

Das Gebiet, um das es sich handelt, ist mit 7,8 Millionen Quadratkilometern 22 mal größer als die Bundesrepublik Deutschland. Neben dem größten Land Brasilien zählen noch sieben weitere Staaten zu Amazonien, darunter Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela. In weit verstreuten Dörfern ist eine indigene Bevölkerung beheimatet. Sie seelsorglich zu betreuen, stellt die Kirche seit jeher vor Herausforderungen, denen sie mit ihrem bisherigen Personal und ihren Strukturen nicht entsprechen kann. Es dauert mitunter Jahre, ehe ein Priester nach langer, mühevoller Reise eines der Dörfer erreicht, dort die Kinder tauft, sie firmt, Beichte hört, Trauungen vornimmt und nach der Feier der Eucharistie wieder abreist; eine Pastoral gelegentlicher Visite an Stelle der erforderlichen dauerhaften Präsenz. Die Folge? Die Gläubigen fühlen sich verlassen. Diese Situation nutzen die verschiedenen Formationen der Evangelikalen. Gab es 1960 in Brasilien lediglich 4% Protestanten, so sind es gegenwärtig fast 30%. Tendenz steigend. Es gibt Dörfer, in denen nur noch die von den Bewohnern nicht mehr aufgesuchte Kapelle davon zeugt, dass es hier einmal Katholiken gab. Seit Jahrzehnten sind diese Verhältnisse Rom bekannt. Von lateinamerikanischen Bischöfen immer wieder beklagt, wurden vom Vatikan Lösungen eingefordert. Doch nichts geschah. Noch 2007 unterdrückte der vatikanische Vertreter auf der lateinamerikanischen Bischofskonferenz eine entsprechende Diskussion; dies sei weder der rechte Ort noch der rechte Zeitpunkt.

Der schien gekommen, als Papst Franziskus 2014 bei seinem Brasilienbesuch von Bischof Erwin Kräutler auf diesen pastoralen Notstand angesprochen wurde und der Papst um konkrete Vorschläge bat.

Unsere Situation ist mit der in Amazonien nicht zu vergleichen. Derart riesige Seelsorgeeinheiten gibt es bei uns nicht. Doch der Priestermangel nötigt auch unsere Bi-

schöfe zu immer größeren Pfarrverbänden. Die Zahl priesterloser Gemeinden wird weiter wachsen. Und damit auch eine zunehmende kirchliche Entfremdung der Gläubigen. Wäre es da nicht an der Zeit, die im Rahmen der Amazonas-Synode gemachten Vorschläge in Hinblick auf die eigene Situation zu prüfen?

## Die Folgen verheerender Umweltschäden

Der Priestermangel und die aus ihm resultierenden pastoralen Folgen sind nicht das einzige Thema der Synode. Nicht minder wichtig sind Brandschätzung und Abholzung des Regenwaldes, wodurch die indigene Bevölkerung direkt betroffen und in ihrer Existenz bedroht ist. Mit seiner Abholzung verfolgt vor allem die brasilianische Regierung eine Politik, Bodenschätze zu fördern sowie endlose Ackerflächen zum Anbau von Sojabohnen zu gewinnen, die der heimischen Fleischproduktion und dem Export dienen. Damit einher geht eine Beschränkung des Lebensraums der indigenen Völker. Mit brutaler Gewalt wurden und werden die vertrieben und ermordet, die ihr Land verteidigen. In den Jahren 2013 – 2017 fielen dieser Gewalt nicht weniger als 1.119 Menschen zum Opfer. Die lateinamerikanischen Bischöfe haben immer wieder ihre Stimme erhoben, die systematischen Verletzungen der Rechte der einheimischen Bevölkerung verurteilt und dabei Konflikte mit der Macht, zumal mit dem brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, nicht gescheut. Die Synode sollte ihre Haltung bekräftigen und Zeugnis für die Rettung des Regenwalds und den Schutz der indigenen Bevölkerung ablegen.

## Entstehungsgeschichte der Synode

Am 15. Oktober 2017 hatte Papst Franziskus eine Amazonassynode angekündigt. Damit kam ein zweijähriger Dialogprozess mit 260 Veranstaltungen in Gang, an denen über 80.000 Frauen und Männer teilnahmen. Das Anfang 2018 erstellte Vorbereitungsdocument wurde allen Kirchen Amazoniens zugestellt. In überarbeiteter Fassung und in allgemein verständlicher Sprache bildete es die Grundlage für die Diskussion der kirchlichen Basis. Mit deren Ergebnissen befassten sich sodann die jeweiligen Bischofskonferenzen, die ihr Pa-

pier nach Rom an die synodale Kommission weiterleiteten. Gestützt auf diesen umfassenden und stufenweisen Dialogprozess schuf diese das Arbeitsdokument „Instrumentum laboris“, mit dem sich Vertreter der kirchlichen Basis, Theologen und vaticanische Abgesandte befassten, um die für die jeweilige Kirche wichtigsten, auf der Synode zu behandelnden Punkte zu ermitteln. Diese Vorgehensweise sollte garantieren, dass sich die Bischöfe auf der Synode auf eben diese Punkte konzentrieren. Anders gesagt: In den Stimmen der Bischöfe sollte die Stimme des Gottesvolkes Gehör finden. Ob dem so ist, dafür bildet das Abschlussdokument der Synode den Prüfstein. Es enthält noch keine Beschlüsse. Die sind Papst Franziskus vorbehalten und werden in seiner noch in diesem Jahr zu erwartenden Adhortatio publiziert und rechtskräftig.

## Die Eucharistie – Quelle der Kirche

Die Eucharistie ist, so die Liturgiekonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils, die Quelle der Kirche. Stimmt dies, dann schwindet Kirche, wo diese Quelle versiegt. Die Situation in der Weite Amazoniens ist dafür ein untrüglicher Beweis.

Wenn die Amazonassynode Sinn haben soll, dann muss sie vor allem dafür sorgen, dass diese Quelle sprudelt. Daher der Wunsch, den Priestermangel durch die Weihe von *viri probati*, die nicht der Zölibatsverpflichtung unterworfen sind, zu beheben. „Instrumentum laboris“ kündigt diese Möglichkeit äußerst vorsichtig an: „Die Gemeinden können nur selten die Eucharistie feiern, weil es an Priestern fehlt. [...] Aus diesem Grunde wird darum gebeten, die Kriterien für die Auswahl der Zelebration autorisierter Amtsträger zu ändern, statt die Gemeinden ohne Eucharistie zu lassen.“ Was folgert daraus konkret? Und reicht es, wenn Rom die Weihe von *viri probati* erlauben sollte? Sind nicht tiefer greifende Reformen erforderlich? Die spricht der von 2012 – 2015 als Missionar im bolivianischen Amazonasgebiet tätige, heute an einer katholischen Universität lehrende Franziskaner Kasper Maria Kapro'n an. In einem dem „Tygodnik Powszechny“ erteilten Interview (41/2019) beruft er sich auf den deutschen, Jahrzehnte in Südafrika wirkenden, inzwischen emeritierten Bischof und Theologen Fritz Lobinger. Vor-

bild seien für ihn die in der Apostelgeschichte beschriebenen paulinischen Gemeinden mit ihren Charismen und Diensten. Wie Paulus in den Gemeinden Älteste eingesetzt habe, so sollten auch die für eine lebendige Gemeinde erforderlichen Dienste, einschließlich der Eucharistie, einem „Team of Elders“ anvertraut werden. Das Modell zölibatärer Priester bleibe insofern gewahrt, als diese, wie Paulus, die Gemeinden besuchen, durch Briefe den Kontakt zu ihnen aufrechterhalten sowie über ihre Glaubenstreue wachen.

Auf Amazonien übertragen würde dies bedeuten, in den dörflichen Gemeinden eine Gruppe angesehener Christen mit den liturgischen und sonstigen Gemeindediensten zu betrauen. Sie wären keine Priester im landläufigen Sinn, auch die Bezeichnung *virī probati* wäre für sie unpassend, denn das würde ihre Klerikalisierung fördern. Sie würden für ihren Dienst nicht bezahlt, leben mit ihren Familien, wären weiter in ihrem Beruf tätig und würden durch ihn versorgt.

Dem liegt ein Eucharistieverständnis zugrunde, wonach nicht ein Priester mit der Gemeinde die Eucharistie feiert, sondern die Gemeinde als solche. Schließlich sei, so der Franziskaner Kapro'n, der Auftrag Christi „Tut dies zu meinem Andenken“ an die Gemeinschaft seiner Jünger gerichtet gewesen. Seine Worte würden auf die eucharistischen Gaben von Brot und Wein verweisen und nicht auf die Einsetzung eines Sakraments der Priesterweihe – eine angesichts der dogmatischen Tradition gewagte theologische These. Zudem wirft dieses Modell weitere Fragen auf: Auf welche Weise wird, ohne die traditionelle Priesterweihe, das „Team of Elders“ ordiniert? Welche Kriterien gelten für seine Wahl? Wie wird diese Gruppe auf ihren Dienst vorbereitet? Wohl kaum in einem Priesterseminar. Welche Konsequenz hätte diese Form der von der Gemeinde gefeierten Eucharistie für deren liturgische Form? Es scheint jedenfalls schwer vorstellbar, dass die von den Priestern nach den geltenden liturgischen Regeln zelebrierte Form der Eucharistie auf diese Dorfgemeinden übertragbar ist. Welche Elemente indigener Kultur könnten bei der Feier der Liturgie Aufnahme finden? Und können auf Dauer nur Männer diese Dienste versehen, wo bereits jetzt in der Mehrzahl Frauen als Gemeinde-

leiterinnen fungieren, in der Vorbereitung der Synode weitgehend den Ton angaben und „Instrumentum laboris“ mit großem Nachdruck die Rolle der Frau in der Kirche betont?

## Integrale Ökologie

„Instrumentum laboris“ widmet den ökologischen Problemen einen der drei Hauptteile und unterstreicht damit die Bedeutung dieser Thematik. Und das ist angesichts der Eingriffe in das ökologische System des Regenwaldes, seiner fortschreitenden Zerstörung und der mit ihr verbundenen Missachtung des Lebensrechts der indigenen Völker nur zu verständlich. Dabei greift das Arbeitsdokument auf die Enzyklika „Laudato si“ zurück, die bereits eine ganzheitliche Ökologie zur Verhinderung einer drohenden Umweltkatastrophe fordert.

Während in unseren Breiten nach einem Jahrhundert der Ausbeutung natürlicher Ressourcen ein privates wie gesellschaftlich-politisches Umdenken als Voraussetzung der Rettung unseres Lebensraums erforderlich ist, leben die indigenen Völker Amazoniens seit je her im Bewusstsein ihrer Einheit mit der Natur. So würden die Menschen dort, wie der Franziskaner Kapro'n berichtet, die Mutter Erde um Erlaubnis bitten, bevor sie einen Baum fällen, den sie zum Leben benötigen. Gleiches geschehe bei der Schlachtung von Tieren, die nicht des Gewinnes wegen geschehe, sondern allein um des eigenen Lebensunterhalts. Dieser ständige Rückbezug auf die Natur, auf ihren Schöpfer, auf Gott, sei ein Grundelement ihrer Kultur. Ihr Bewusstsein, selbst ein Teil dieser geschaffenen Welt zu sein, entspreche dem, was Papst Franziskus unter einer integralen Ökologie versteht.

## Enteuropäisierung und Inkulturation

Lateinamerika ist seit rund 600 Jahren zwangseuropäisiert worden. Die Auswirkungen sind bis heute spürbar. Dass dieser Kontinent nicht zur Ruhe kommt, dass er immer wieder von sozialen Unruhen und Revolutionen erschüttert wird, dafür sei nach Meinung mancher Historiker und Analysten eben diese Zwangseuropäisierung einer der Hauptgründe. Weder die westlichen Ideen des Konservatismus und

Liberalismus und auch nicht die gesellschaftspolitischen Systeme des Kapitalismus und Sozialismus hätten den südamerikanischen Staaten sozialen Frieden und Stabilität verschafft. Immer noch sei man auf der Suche nach etwas Eigenem.

Was für die lateinamerikanische Gesellschaft gilt, gilt auch für die Kirche. Ihre europäische, durch die griechische und römische Kultur geprägte Erscheinungsform bestimmt bis heute ihr Bild. In dem der Synode vorausgegangenen Dialogprozess sowie in „Instrumentum laboris“ nimmt diese Problematik einen breiten Raum ein. Sie wird im dritten Hauptteil des Arbeitsdokuments ausführlich behandelt. Es liest sich wie ein umfassendes Programm der Inkulturation der Kirchen Amazoniens, die alle Lebensbereiche der indigenen Völker betrifft. Das Dokument spricht von einer „amazonisch-indigenen Theologie und Spiritualität“, die in den Schulen und Universitäten sowie in den Priesterseminaren zu fördern sei. Es sollen, wie es in den Empfehlungen heißt, „Mythen, Traditionen, Symbole, Kenntnisse, Riten und einheimische Feiern gewürdigt werden, weil in ihnen die Dimensionen von Transzendenz, Gemeinschaft und Ökologie präsent sind.“ Allein schon diese Aufzählung zeigt, vor welchen Herausforderungen nunmehr die Kirche in Amazonien steht, um diesen Empfehlungen zu entsprechen. Nicht umsonst spricht „Instrumentum laboris“ im Untertitel von Wegen. Sie müssen erst gefunden und beschritten werden, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Das verlangt Mut zum Aufbruch, Mut für Experimente. Das schließt Irrwege und Sackgassen nicht aus. Das verlangt Korrekturen, die ständige Prüfung, ob man sich noch auf dem rechten Weg befindet. Und es wird ein synodaler, durch Dialog bestimmter Weg sein müssen, der die Bewältigung zu erwartender Konflikte ermöglicht und die Einheit der Kirche in ihrer Verschiedenheit wahrt. Dass auf diesem Weg Konflikte drohen, zeigte sich bereits in der Vorbereitungsphase. Konservative Kreise äußerten die Befürchtung, das Programm einer Inkulturation würde zur Verfälschung des Glaubens führen. Sie stellten die in „Instrumentum laboris“ zum Ausdruck kommende Hochschätzung des geistigen Erbes der indigenen Völker in Frage und halten es seiner heidnischen Wurzeln wegen für ungeeignet,

kirchlich adoptiert zu werden. Entsprechend lehnen sie die Idee eines „amazonischen Ritus“ sowie eine „indigene Theologie“ ab. Diese Einstellung verrät indes ein kolonialistisches Denken, dessen Überwindung das Ziel der Synode ist, um damit die Grundvoraussetzung für die Lösung der kirchlichen Probleme in Amazonien zu schaffen.

Wie ernst dieser Konflikt zu nehmen ist, wurde in einer Begleiterscheinung der Synode deutlich. Traditionalistische Katholiken, welche die Kirche mit dieser Synode auf dem Weg zu einem Synkretismus sehen, schlichen im Morgengrauen in die nahe des Vatikans gelegene Kirche Santa Maria, wo sich aus Anlass der Synode eine kleine Ausstellung indigener Kultur befand. Sie stahlen einige Holzfiguren, die nackte schwangere Frauen darstellten, Symbole der Fruchtbarkeit und der Mutter Erde, und warfen sie in den Tiber.

## Das Schlussdokument

Mit dem von Papst Franziskus zelebrierten Gottesdienst und der Veröffentlichung des Schlussdokuments ging diese außerordentliche Synode am 27. Oktober zu Ende. Das 34 Seiten umfassende Papier enthält in 120 Einzelpunkten die Ergebnisse des zweijährigen Dialogprozesses. Gestützt auf eine breite Zustimmung fand das in „Instrumentum laboris“ entwickelte Konzept einer integralen Ökologie seine Bestätigung. Bekräftigt wurde auch der Einsatz für die Rechte der indigenen Völker, als deren Schutz sich die Kirche versteht. Zudem öffnet sie sich für ihre Kultur, die auch in einem eigenen „amazonischen Ritus“ zum Ausdruck kommen soll.

Zwei in ihrer Bedeutung weit über den Anlass der Synode hinausgehende Erwartungen betrafen die *virī probati* sowie einen möglichen Diakonat für Frauen. Beide Problemkreise waren auf der Synode umstritten. Bei 40 Neinstimmen, doch mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit sprachen sich die Bischöfe für die Zulassung verheirateter Männer zum Priesteramt aus. Dies allerdings unter Vermeidung des Begriffs „*virī probati*“ sowie als Ausnahmefall für weit entfernte Gemeinden, die nur äußerst selten einen Priester zu Gesicht bekommen. Die für ihren Dienst ausgewählten Männer sollten sich bereits als Diakone

bewährt haben, gut ausgebildet und von der Gemeinde anerkannt sein.

Auch wenn diese Entscheidung ausdrücklich auf Amazonien beschränkt bleibt, so hat die Synode damit doch einen Präzedenzfall geschaffen und gesamtkirchlich die Tür für *viri probati* einen spaltweit geöffnet. Es wird an den deutschen Bischöfen liegen, ob sie bereit sind, sich im innerkirchlichen Dialogprozess dafür einzusetzen, dass Rom angesichts des Priester mangels auch hierzulande Gleiches ermöglicht. Zu einer Entscheidung zugunsten eines Diakonats der Frau konnten sich die synodalen Bischöfe nicht durchringen. Es blieb bei Bekenntnissen zur bedeutenden Rolle, die Frauen in der Kirche zukommt. Ihnen sollen Führungspositionen offen stehen, die nicht an eine Weihe gebunden sind. Doch vom Tisch ist die Frage eines Diakonats der Frau damit nicht. Papst Franziskus hat sie zum Abschluss der Synode erneut aufgegriffen. Nachdem die 2006 zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Kommission zu keinem Ergebnis kam, soll sie nunmehr neu besetzt werden, um zu klären, ob es in der Urkirche ein Diakonat der Frau und damit ein Anhalt in der Tradition gegeben hat. Diese päpstliche Entscheidung unterstreicht noch einmal, dass mit dem Abschlussdokument kein Schlussstrich gezogen wurde, sondern dass es den Ausgangspunkt eines in die Zukunft weisenden Weges der Kirche bildet.

\*\*\*

Norbert Scholl

## Das päpstliche Veto zur Frauenordination spaltet die Bischöfe

Was ist nur mit unseren Bischöfen los? Die streiten sich auf offener Bühne über eine (angeblich „unfehlbare“) Lehre, über die sie eigentlich nach dem Willen von Papst *Johannes Paul II.* gar nicht streiten dürfen.

- Beispiel 1: Am 30. Oktober wurde der Kölner Kardinal *Rainer Maria Woelki* in

einem Interview des Magazins „Cicero“ befragt, wie er dazu stehe, dass der Münchner Kardinal *Reinhard Marx* zu Papst *Franziskus* gesagt habe, die Diskussion über das Priesteramt für Frauen sei nicht beendet: „Ist sie das wirklich nicht?“ Die Antwort *Woelkis*: „Ich muss Kardinal *Marx* da widersprechen. Diese Diskussion ist beendet. Und zwar durch eine lehramtliche Entscheidung von Papst *Johannes Paul II.* 1984 und durch eine verbindliche Interpretation der Glaubenskongregation 1995. Damit ist die Debatte über das Priesteramt für Frauen definitiv abgeschlossen. Alles andere sind Taschenspielertricks, mit denen eine trügerische Hoffnung genährt wird. So produziert man Frustrationen und vielleicht sogar Spaltungen. Menschen, denen man Unmögliches in Aussicht stellt, könnten sich dann enttäuscht abwenden.“ Zudem wandte sich der Kardinal gegen die Ansicht, die Kirche lehne mit dem Nein zur Frauenweihe die Gleichberechtigung ab. Die katholische Kirche fühle sich wie die orthodoxen und orientalischen Kirchen an den Willen Jesu gebunden, der beim letzten Abendmahl die Eucharistie und das Priestertum eingesetzt und dieses männlichen Aposteln übertragen habe.<sup>1</sup>

Tatsächlich hatte der Leiter der Glaubenskongregation, Erzbischof *Luis Ladaria*, im Mai 2018 in einem Beitrag für die Vatikanzeitung „*Osservatore Romano*“ erklärt „dass es sich um eine Wahrheit handelt, die zum Glaubensgut der Kirche gehört“. Daher sei diese Lehre „endgültig und unfehlbar“.<sup>2</sup> Sowohl *Johannes Paul II.* als auch *Ladaria* verschweigen, dass während der Herrschaft des Kommunismus in der tschechoslowakischen Untergrundkirche Bischof *Felix Maria Davídek* auch eine Frau (*Ludmila Javorová*) zur katholischen Priesterin ordiniert hatte. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hat der Vatikan diese Ordination nicht mehr anerkannt.<sup>3</sup> Ein

<sup>1</sup> <https://www.cicero.de/innenpolitik/katholische-kirche-priesterweihe-frauen-emanzipation/plus>

<sup>2</sup> [http://www.vatican.va/roman\\_curia/congregations/cfaith/ladaria-ferrer/documents/rc\\_con\\_cfaith\\_doc\\_20180529\\_caratteredefinitivo-ordinatiosacerdotialis\\_ge.html](http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/ladaria-ferrer/documents/rc_con_cfaith_doc_20180529_caratteredefinitivo-ordinatiosacerdotialis_ge.html)

<sup>3</sup> [www.rcwp.de/%C3%BCber-uns/berufungsgeschichten-der-frauen/priesterin-ludmilla-javorov%C3%A1](http://www.rcwp.de/%C3%BCber-uns/berufungsgeschichten-der-frauen/priesterin-ludmilla-javorov%C3%A1); <http://www.rcwp.de/%C3%BCber-uns/berufungsgeschichten-der-frauen/priesterin-ludmilla-javorov%C3%A1>

Brief an Papst *Benedikt XVI.* vom 12. Januar 2008 mit der Bitte um Rehabilitation und um Anerkennung der Ordination von *Ludmila Javorova* blieb unbeantwortet.<sup>4</sup>

- Beispiel 2: Nicht nur Kardinal *Marx*, auch der Essener Bischof *Franz Overbeck* ist anderer Meinung als Kardinal *Woelki*. In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung (28.10.2019) sagte Overbeck: „Kann man zum Beispiel an einem Y-Chromosom den Zugang zum Priesteramt festmachen, indem man das mit dem Willen Jesu begründet? Die allermeisten Menschen verstehen das nicht mehr und glauben es auch nicht. Ich bin ebenfalls mehr als nachdenklich.“<sup>5</sup> In seinem Amt habe er sich verändert, bekannte der 55-Jährige, der seit 10 Jahren „Ruhrbischof“ ist. „Wenn Sie mir heute bescheinigten, ich wäre noch derselbe wie vor zehn Jahren, dann empfände ich das als Niederlage.“ Und an anderer Stelle sagte er: „Das Gesicht der Kirche vor Ort ist schon jetzt ein weibliches, die Arbeit etwa der Ordensfrauen unverzichtbar. ... Die Gleichstellung wird langfristig kommen, auf welche Weise auch immer.“<sup>6</sup>
- Beispiel 3: Wie kaum anders zu erwarten, mischt sich auch der Regensburger Bischof *Rudolf Voderholzer* in den Streit ein. Auch er kritisiert die Positionierung seines bischöflichen Mitbruders *Overbeck* in der Debatte in Sachen Frauenordination. In einer Predigt zum Fest des Regensburger Bistumspatrons Wolfgang

schichten-der-frauen/priesterin-ludmilla-javorov%C3%A4. Dazu. E. Koller, H. Küng, P. Krizan (Hrsg.): Die verratene Prophetie. Die tschechoslovakische Untergrundkirche zwischen Vatikan und Kommunismus. Ed. Exodus, Luzern 2011.

<sup>4</sup> <http://womensordinationworldwide.org/letters/2014/2/10/letter-to-pope-benedict-xvi-requesting-rehabilitation-and-acceptance-of-ludmila-javorovas-valid-ordination-to-ministerial-priesthood-january-12-2008> (25.3.2018); Vgl. Erwin Koller / Hans Küng / Peter Krizan (Hg.), Die verratene Prophetie. Die tschechoslovakische Untergrundkirche zwischen Vatikan und Kommunismus, Luzern 2011; Petra Preunkert-Skalova, Die Frauen-Weihe In der tschechischen Untergrund-Kirche 1948-1989; in: *theologie.geschichte* (Universitätsverlag Saarbrücken) Beiheft 8/2013, 288-292 ([http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg\\_beihefte/article/viewFile/731/776](http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg_beihefte/article/viewFile/731/776)).

<sup>5</sup> KNA-Mitteilung 28.10.2019.

<sup>6</sup> [www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/amazonas-synode-in-rom-bischof-overbeck-ueber-priestermangel-und-zeolibat-a-1290097.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/amazonas-synode-in-rom-bischof-overbeck-ueber-priestermangel-und-zeolibat-a-1290097.html).

bezeichnete *Voderholzer* die Äußerung "einer namhaften kirchlichen Stimme" als "einigermaßen verwunderlich". *Overbeck* habe so den Blick auf die Unterschiedlichkeit von Mann und Frau auf die Genetik verengt und damit eine "Quasi-Gleichheit der Geschlechter" unterstellt - anstatt die verbindliche Lehre der katholischen Kirche zu vertreten "und vor dem Hintergrund einer philosophisch-theologischen Anthropologie nachvollziehbar zu machen", so *Voderholzer*. Und gleich noch weiter: "Sollte mit dem genannten biologistischen Argument das Argumentations-Niveau des bevorstehenden Synodalen Weges vorgezeichnet sein, dann sehe ich ehrlich gesagt wenig Sinn darin, dabei mitzumachen"<sup>7</sup>.

- Beispiel 4: Der St. Galler Bischof *Markus Büchel* setzte sich im St. Galler Pfarreiblatt öffentlich für die Frauenordination ein: „Wir müssen Schritte suchen, die dahin führen. Ich könnte mir vorstellen, dass der Diakonat der Frau ein solcher Schritt sein könnte.“ Eine Weile lang habe man über die Frauenordination nicht diskutieren dürfen. „Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir können beten, dass uns der Heilige Geist die Zeichen der Zeit erkennen lässt.“ Die Medienbeauftragte des Bistums bekräftigte: „Was Bischof *Büchel* hier sagt, meint er auch so. Für einen Bischof sind das sehr weit gehende Aussagen. Sie bedeuten einen katholischen Tabubruch. Im kanonischen Recht ist jedes ordinierte Amt auf Männer beschränkt.“<sup>8</sup>

Auch der Magdeburger Bischof *Gerhard Feige* hält die Frage einer Priesterweihe von Frauen für weiterhin offen. „Dies rigoros abzulehnen und lediglich mit der Tradition zu argumentieren, überzeugt nicht mehr“, Zugleich betonte er, momentan halte er die Möglichkeit, Frauen zu Priestern zu weihen, noch für unwahrscheinlich, da dies von zahlreichen Katholiken nicht mitgetragen und die Einheit der Kirche daran zerbrechen würde. „Andererseits aber wird dies kommen“, setzte *Feige* hinzu. „Vor einiger Zeit hätte ich das so noch nicht den-

<sup>7</sup> KNA 4.11.2019.

<sup>8</sup> <https://www.schweizamwochenende.ch/aktuell/schweizer-bischof-fuer-frauen-als-priesterinnen-131038698>

ken können.“ Unter Berufung auf Papst *Franziskus* erklärte er, die Lehre der Kirche sei nicht zu bewahren, ohne ihre Entwicklung zuzulassen.<sup>9</sup>

Der Mainzer Bischof *Peter Kohlgraf* meinte mit Blick auf die Protestbewegung *Maria 2.0*, die unter anderem einen Zugang von Frauen zu allen Ämtern in der Kirche fordert: „Das sind hoch engagierte Frauen - und auch Männer - aus der Mitte unserer Gemeinden.“ Er habe den Aktivistinnen von *Maria 2.0* versprochen, ihr Unverständnis nach Rom weiterzugeben. „Wir schauen gemeinsam in dieselbe Richtung“ Zudem müsse er „schlicht konstatieren, dass die Einwände Roms gegen die Frauenordination vielfach nicht überzeugen“<sup>10</sup>.

Und last not least bezeichnet auch der Erfurter Bischof *Ulrich Neymeyr* eine Zulassung von Frauen zum Priesteramt „theologisch denkbar“, auch wenn sie derzeit mit Blick auf die Weltkirche „absolut unvorstellbar“ sei.<sup>11</sup>

Diese Sicht hatte auch der 1988 verstorbene Bischof von Rottenburg, *Georg Moser*, geteilt: „...hier hat die Kirche Spielraum“<sup>12</sup>.

Genau das Gegenteil sagt, wie nicht anders zu erwarten, der ehemalige Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal *Gerhard Ludwig Müller*: „Da das Lehramt des Papstes und der Bischöfe keine Vollmacht über die Substanz der Sakramente hat, kann auch keine Synode mit und ohne den Papst, auch kein ökumenisches Konzil oder der Papst allein, wenn er ex cathedra spräche, die Weihe von Frauen zum Bischof, Priester und Diakon ermöglichen. Dies stünde in einem Gegensatz zur definierten Lehre der Kirche. Sie wäre ungültig“<sup>13</sup>. Papst *Franziskus* hat ihn erst unlängst gelobt: „Er

hat gute Absichten, er ist ein guter Mann. Der Papst mag ihn. Aber er ist wie ein Kind“<sup>14</sup>. Interessant in diesem Zusammenhang, dass *Fürstin Gloria von Thurn und Taxis* bei der Vorstellung von *Müllers* Buch „Römische Begegnungen“ in Washington sagte: „Die einzigen beiden Menschen auf der Welt, die uns heute Klarheit geben, sind *Donald Trump* und *Gerhard Ludwig Müller*...Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass *Gerhard Ludwig Müller* der *Donald Trump* der katholischen Kirche ist“<sup>15</sup>. Könnte es der Fürstin entgangen sein, dass *Donald Trump* eine unerschöpfliche Quelle von Fake News ist? Wie kein Zweiter nutzt er die neuen Medien, um Falschheiten und Irreführungen in die Welt zu setzen. *Trumps* Behauptungen in den sozialen Medien umfassen inzwischen Tausende nachweisbarer Falschaussagen. Derart lax ist sein Umgang mit der Wahrheit, dass Journalisten in Washington ver zweifeln. Einer äußerte sich dazu mit den inzwischen geflügelten Worten: „Das ist es, was es so schwierig macht, über *Trump* zu berichten: Was meint er, wenn er Worte sagt?“<sup>16</sup> Kardinal *Müller* - Was meint er, wenn er Worte sagt?

Die einen Bischöfe sagen: „Nichts darf sich ändern!“, die anderen: „Es muss sich etwas ändern!“ Kardinal *Woelki* sagt, Entscheidungen stünden allein der bischöflichen Autorität zu. „Damit berühren wir natürlich eine für den heutigen Mainstream schwierig zu akzeptierende Glaubensposition ... Diese ist nicht hintergebar“<sup>17</sup>. Andere „hintergehen“ die (angeblich) „unfehlbare“ lehramtliche Entscheidung *Johannes' Pauls II.* vom 22.5.1984.

Offensichtlich wissen die Bischöfe selbst nicht mehr, wo es nun langgehen soll in der römisch-katholischen Kirche. Das Zweite Vatikanische Konzil bekräftigte zwar das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit<sup>18</sup>, ging aber einen entscheidenden Schritt darüber hinaus, indem es die Unfehlbarkeit

<sup>9</sup> <https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2019-02/kirche-bischof-abtreibungen.html>

<sup>10</sup> <https://www.domradio.de/themen/reformen/2019-10-05/einwaende-roms-gegen-die-frauenordination-ueberzeugen-vielfach-nicht-mainzer-bischof-peter-kohlgraf>

<sup>11</sup> <https://www.domradio.de/themen/reformen/2019-05-18/erste-bilanz-nach-einer-turbulenten-frauenwoche-der-kirche>

<sup>12</sup> Georg Moser – unvergessen. Ein Porträt mit Texten des weltoffenen Bischofs, Ostfildern 2018, 23

<sup>13</sup> <https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2019-07/kardinal-mueller-kritisiert-kirchliche-reformprojekte.html>

<sup>14</sup> <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/papst-franziskus-ueber-kardinal-mueller-er-ist-wie-ein-kind/>

<sup>15</sup> <https://www.katholische-sonntagszeitung.de/layout/set/print/Buntes/Gloria-setzt-ganz-auf-Kardinal-Mueller-und-US-Praesident-Trump-Mittwoch-30.-Oktober-2019-10-07-00>

<sup>16</sup> <https://forum-streitkultur.de/donald-trump-fake-news-luegen-bullshit/>

<sup>17</sup> KNA 5.11.2019.

<sup>18</sup> LG 12. 18. 25.

in den größeren ekklesiologischen Zusammenhang des „Volkes Gottes“ stellte: Die Unfehlbarkeit kommt zunächst der Gemeinschaft der Glaubenden zu und dann seiner Leitung, dem Kollegium der Bischöfe unter Führung des Papstes. Ihre Irrtumslosigkeit macht diese Gemeinschaft „durch den übernatürlichen Glaubenssinn des ganzen Volkes dann kund, wenn sie ‚von den Bischöfen bis zu den letzten gläubigen Laien‘ (*Augustinus*) ihre allgemeine Übereinstimmung in Sachen des Glaubens und der Sitten äußert“<sup>19</sup>. Was gilt nun eigentlich? Offenbar sind – frei nach *Alexander Kluge* – „die Artisten in der Zirkuskuppel ratlos“. Die meisten Theologen sind sich freilich längst darin einig, dass es keine stichhaltigen Argumente für das Verbot der Frauenordination gibt. So schreibt der emeritierte Bamberger Dogmatiker *Georg Kraus*: „Fundamentale dogmatische Prinzipien zeigen, dass der Ausschluss der Frauen von der Ordination vom Glauben her nicht gerechtfertigt ist; vielmehr sprechen diese dogmatischen Prinzipien dezidiert dafür, dass die Frauen voll die geistliche Qualifikation für eine Ordination zu allen kirchlichen Ämtern besitzen.“<sup>20</sup> Die Regensburger Kirchenrechtlerin *Sabine Demel* sieht es ähnlich: „Als unfehlbar definiert ist eine Lehre nur anzusehen, wenn dies offensichtlich feststeht. ...Die lehramtliche Verkündigung hinsichtlich der Nichtzulassung von Frauen zur Priesterweihe ist nicht unfehlbar und damit angesichts neuer theologischer Erkenntnisse und rechtlicher Erfordernisse veränderbar.“<sup>21</sup> Und der emeritierte Bonner Neutestamentler *Rudolf Hoppe*, ein Schüler des unvergessenen Freiburger Exegeten *Anton Vögtle*, lässt aus biblischer Perspektive verlauten: „In der Ablehnung der Zulassung von Frauen zum Priesteramt stützt sich die Erklärung des Vatikans auf den vermeintlichen neutestamentlichen Befund. Die aus dem Neuen Testament abgeleiteten Begründungen sind freilich mehr als verwegene. Das Priesteramt direkt aus dem jesuanischen Zwölferkreis abzuleiten und darin die patriarchale

Struktur der Kirche legitimiert zu sehen, ist exegetisch unhaltbar. Offenbar haben die Verfasser der ‚*Ordinatio Sacerdotalis*‘ auch Röm 16,7 übersehen, wo eine Junia in apostolischer Funktion genannt wird. ‚Von oben‘ wird sich die Diskussion um das kirchliche Amt sicherlich nicht abwürgen lassen, hier sind meines Erachtens vor allem die Theologen zum Widerstand verpflichtet.“<sup>22</sup>

Der (nicht nur hier) offen zu Tage tretende Dissens zwischen den Bischöfen offenbart eine viel tiefer liegende und grundsätzliche Frage nach dem System des Kirchlichen Lehramts. Eine Frage, die dem gesamten Lehrgebäude gefährlich werden kann, wenn nicht ernsthaft und rasch versucht wird, eine Lösung herbeizuführen: Eine von den meisten Theologen und Exegeten längst als „fehlbar“ erkannte „Begründung“ wird für das „unfehlbare“ Verbot der Frauenordination herangezogen. Wie kann eine Erklärung bindend, endgültig sein, wenn die Begründung brüchig ist? Kann ein Papst unter Berufung auf seine „Unfehlbarkeit“ inhaltliche, wissenschaftlich fundierte Argumente einfach ignorieren? Wer das autoritäre, „unfehlbare“ Wahrheitssystem in Frage stellt, bekommt sofort zu hören, welche Lehre von welchem Papst „endgültig und definitiv“ beantwortet wurde. Inhaltliche Argumente, mögen sie theologisch-wissenschaftlich und exegetisch noch so gut untermauert sein, werden ignoriert. Vor drei Jahren hatte der inzwischen neunzigjährige *Hans Küng* an Papst *Franziskus* appelliert, eine „freie ernsthafte Unfehlbarkeitsdiskussion“ zuzulassen. „Man täusche sich nicht, ohne eine konstruktive ‚Revision‘ des Unfehlbarkeitsdogmas wird eine wirkliche Erneuerung kaum möglich sein [...] Unausgesprochen hat das Tabu der Unfehlbarkeit alle Reformen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil blockiert, die eine Revision früherer dogmatischer Festlegungen erfordert hätten.“ Der Dissens unter den Bischöfen zeigt, wie Recht der hochverdiente Theologe hat.

\*\*\*

<sup>19</sup> LG 12

<sup>20</sup> Frauenordination. Ein drängendes Desiderat der katholischen Kirche, in: *Stimmen der Zeit* 12/2011, 795-803.

<sup>21</sup> Zit. nach: *Kirchenbote*. Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück, Nr. 39 (1.10.2017), 4f.; [www.uni-regensburg.de/.../frauenordination-einordnung-procontra-bier-demel-bistum](http://www.uni-regensburg.de/.../frauenordination-einordnung-procontra-bier-demel-bistum).

<sup>22</sup> [https://bonndoc.ulb.uni-bonn.de/xmlui/bitstream/handle/20.500.11811/1022/L%C3%BCdecke\\_Lehramt.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://bonndoc.ulb.uni-bonn.de/xmlui/bitstream/handle/20.500.11811/1022/L%C3%BCdecke_Lehramt.pdf?sequence=1&isAllowed=y).

Stimmen der Zeit 12/2011, 795-803

Georg Kraus

## Frauenordination.

### Ein drängendes Desiderat in der katholischen Kirche

"Wir werden ungeschminkt ausleuchten, wie wir als Kirche in Wort und Tat mit dem Vorwurf umgehen müssen, es gebe in ihr zu wenig Transparenz und zu viele Denk- und Diskussionsverbote", erklärte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, in seinem Impulsreferat bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischöfe in Fulda am 20. September 2010. Unter dem Titel "Zukunft der Kirche - Kirche für die Zukunft. Plädoyer für eine pilgernde, hörende und dienende Kirche" gab er den Impuls zur Eröffnung eines Dialogprozesses in der katholischen Kirche Deutschlands. "Ein neuer Aufbruch der Kirche" kann seiner Meinung nach nur gelingen, "wenn wir offen und angstfrei miteinander reden. Der neue Aufbruch, den wir suchen, beginnt bei uns selbst."<sup>23</sup> Mit diesen Worten ermunterte der Vorsitzende seine Mitbischöfe.

### Denk- und Diskussionsverbot?

Ein strenges Denk- und Diskussionsverbot erließ Papst Johannes Paul II. 1994 in seinem "Apostolischen Schreiben über die nur Männern vorbehaltene Priesterweihe", wo er am Schluss kraft seines Amtes erklärte, "daß die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden, und daß sich alle Gläubigen endgültig an diese Entscheidung zu halten haben"<sup>24</sup>. Schon 1976 hatte die Kongregation für die Glaubenslehre mit Zustimmung von Papst Paul VI. festgestellt:

<sup>23</sup> Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Zukunft der Kirche - Kirche für die Zukunft. Plädoyer für eine pilgernde, hörende u. dienende Kirche. Impulsreferat von Erzbischof Dr. Robert Zollitsch bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda, 20. 9. 2010 (Bonn 2010) 16 f.

<sup>24</sup> Johannes Paul II., *Ordinatio sacerdotalis*. Apostolisches Schreiben über die nur Männern vorbehaltene Priesterweihe (VApSt 117, Bonn 1994) 6.

*"Die Kirche hält sich aus Treue zum Vorbild ihres Herrn nicht dazu berechtigt, die Frauen zur Priesterweihe zuzulassen."*<sup>25</sup>

Aber in der wissenschaftlichen Theologie ging die Diskussion auch nach 1976 und 1994 weiter. Exemplarisch vertritt - der sonst sehr zurückhaltende - Siegfried Wiedenhofer in seinem dogmatischen Werk "Das katholische Kirchenverständnis" eine Öffnung für die Frauenordination. Er regt eine Reflexion zu den Fragen an, "wieweit die einhellige Tradition der Männerordination z. B. mit der Macht eines androzentrischen Weltbildes und einer patriarchalischen Gesellschaft verbunden ist und wieweit sie die Geschichtlichkeit und geschichtliche Konkretetheit der Offenbarung Gottes in Jesus Christus zum Ausdruck bringt". Dabei kommt er zur Konklusion:

*"Wenn folglich unter den soziokulturellen Bedingungen der Gegenwart ein neuer Sinn für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Ungerechtigkeit einer androzentrischen und patriarchalischen Religion, Kultur und Gesellschaft erwacht ist und wenn eben diese Gleichberechtigung sowohl zu den Grundbestandteilen des christlichen Schöpfungsglaubens als auch der christlichen Erlösungserfahrung und der christlichen Vollendungshoffnung gehört, dann ist in dieser Korrespondenz von gegenwärtigem geschichtlichen Aufbruch und der inneren Struktur des christlichen Glaubens auch die Glaubensgeschichte noch einmal kritisch auf ihre eigentliche Intention hin zu befragen."*

Ekklesiologisch sieht er "in einem mehr pneumatologischen Amtsverständnis" eine gute Begründungsmöglichkeit für die Frauenordination<sup>26</sup>. Im April 2011 hat sich sogar ein Bischof, nämlich Markus Büchel von St. Gallen, öffentlich für die Zulassung der Frauen zur Ordination ausgesprochen. Im St. Galler Pfarrblatt sagte er zum Problem, dass man eine Weile lang nicht über die Frauenordination diskutieren durfte: "Das können wir uns heute nicht mehr leisten." Konstruktiv tritt er dafür ein, Schritte zu suchen, die zur Frauenordination führen und meint konkret: "Ich könnte mir

<sup>25</sup> Kongregation für die Glaubenslehre, *Inter insigniores*. Erklärung zur Frage der Zulassung der Frauen zum Priesteramt (VApSt 3, Bonn 1976) 5.

<sup>26</sup> S. Wiedenhofer, *Das katholische Kirchenverständnis*. Ein Lehrbuch der Ekklesiologie (Graz 1992) 227 f.

vorstellen, daß der Diakonat der Frau ein solcher Schritt sein könnte." Zum Priesteramt für Frauen äußert er: "Wir können beten, daß uns der Heilige Geist die Zeichen der Zeit erkennen läßt."<sup>27</sup>

Tatsächlich ist es - nach einem breiten Konsens in der gegenwärtigen Dogmatik - ein drängendes Desiderat der Zeichen der Zeit, dass die Diskussion über die Zulassung der Frauen zur Ordination als Diakoninnen oder Priesterinnen mit theologischen Argumenten fortgeführt wird. In diesem Beitrag wird der Fokus auf der Priesterweihe von Frauen liegen. Überblicksartig sollen wesentliche Argumente contra und pro Frauenpresbyterat dargestellt werden. Dabei ist gleich zu Beginn eindeutig festzuhalten, dass - in Orientierung an repräsentativen Dogmatikern<sup>28</sup> - die Zulassung der Frauen zur Priesterweihe dezidiert befürwortet wird.

### Gegenwärtige Ausgangssituation zum Presbyterat der Frau

Im 20. Jahrhundert hat die sehr mächtige Frauenbewegung gegen den herrschenden Patriarchalismus durchgesetzt, dass Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen die Gleichberechtigung erhielten. So entwickelte sich auch in den Kirchen eine scharfe Kritik am Patriarchalismus und zugleich ein starkes Engagement für die Zulassung von Frauen zu kirchlichen Ämtern.

Nach langen, mühevollen und spannungsgeladenen Diskussionen setzte sich in allen großen Kirchen-Gemeinschaften - mit Ausnahme der katholischen Kirche und der orthodoxen Kirchen - allmählich die Neueinführung der Ordination von Frauen durch. So ist es Faktum, dass es derzeit in lutherischen und reformierten Kirchen, in baptis-

tischen Kirchen, in der anglikanischen und altkatholischen Kirche Pfarrerinnen und auch Bischöfinnen gibt.

### Strikter Ausschluss der Frauenordination in lehramtlichen Stellungnahmen

Aus Anlass der Einführung der Frauenordination in der anglikanischen Kirche hat Papst Paul VI. eine strenge Ablehnung der Frauenordination bekundet. Dies geschah 1976 in der Erklärung der Glaubenskongregation "Inter insigniores" zur Frage der Zulassung von Frauen zum Priestertum.

Gegen den negativen Bescheid dieser Erklärung gab es innerkatholisch von vielen Seiten Widerspruch: durch Theologen und Theologinnen; durch Gruppen von Priestern und Ordensleuten, zum Beispiel durch die "Nationale Vereinigung der amerikanischen Ordensfrauen"; durch Frauenvereinigungen, zum Beispiel durch die "Konferenz für die Frauenordination WOC". In Gegenreaktion darauf hat 1994 Papst Johannes Paul II. die lehramtliche Ablehnung im Dokument "Apostolisches Schreiben 'Ordinatio Sacerdotalis' über die nur Männern vorbehaltene Weihe" bekräftigt.

Da die innerkatholische Kritik nicht verstummte, publizierte 1995 der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, mit Billigung des Papstes eine "Antwort der Glaubenskongregation auf den Zweifel bezüglich der im Apostolischen Schreiben 'Ordinatio sacerdotalis' vorgelegten Lehre". Hier wird das Nein der katholischen Kirche zur Priesterweihe der Frauen als Glaubensgut bezeichnet, das vom ordentlichen Lehramt unfehlbar vorgetragen worden ist. Doch der Widerstand an der Basis ging weiter bis hin zum Faktum, dass in einigen Regionen der katholischen Kirche trotz des Verbots die Ordination von Frauen zu Priesterinnen stattfand. Darauf reagierte im Jahr 2008 die Glaubenskongregation mit einem Dekret, das erklärte: Die ordinierten Frauen und die verantwortlich beteiligten Personen verfallen automatisch der Exkommunikation.

### Die Grundaussagen von "Ordinatio sacerdotalis" (1994)

Da dieses Apostolische Schreiben von Johannes Paul II. einen lehramtlich hochrangigen Stellenwert hat, soll sein Haupt-

<sup>27</sup> Bericht über die Aussagen des Bischofs Büchel, in: Mittelland-Zeitung, 24. 4. 2011.

<sup>28</sup> Vgl. die Befürwortung der Frauenordination durch repräsentative Dogmatiker wie: K. Rahner, Priestertum der Frau?, in dieser Zs. 195 (1977) 291-301; W. Beinert, Dogmatische Überlegungen zum Priestertum der Frau, in: ThQ 173 (1993) 186-204; P. Neuner, Ekklesiologie, in: Glaubenszugänge, Bd. 2, hg. v. W. Beinert (Paderborn 1995) 553 f.; M. Kehl, Die Kirche (Würzburg 2001) 450-459; P. Hünemann, Die Stellung der Frau in der Römisch-katholischen Kirche u. der Streit um die Frauenordination, in: Orthodoxes Forum 16 (2002) 203-212. - Aus kirchenrechtlicher Sicht plädiert für die Frauenordination: S. Demel, Ungelebte Kinder Gottes?, in: dieser Zs. 222 (2004) 157-170.

inhalt skizziert werden. In der Nummer 1 des (nur drei Seiten langen) Dokuments steht am Anfang das Traditionsargument: *"Die Priesterweihe ... war in der katholischen Kirche von Anfang an ausschließlich Männern vorbehalten." Dann wird dicht als Standpunkt der katholischen Kirche festgestellt, "daß es aus prinzipiellen Gründen nicht zulässig ist, Frauen zur Priesterweihe zuzulassen. Zu diesen Gründen gehören: das in der Heiligen Schrift bezeugte Vorbild Christi, der nur Männer zu Aposteln wählte, die konstante Praxis der Kirche, die in der ausschließlichen Wahl von Männern Christus nachahmte, und ihr lebendiges Lehramt, das beharrlich daran festhält, daß der Ausschluß von Frauen aus dem Priesteramt in Übereinstimmung steht mit Gottes Plan für seine Kirche."*

Die Nummer 2 schließt die Meinung aus, dass sich Christus nur aus sozio-kulturellen Motiven der damaligen Zeit auf Männer beschränkt hatte:

*"Wenn Christus nur Männer zu seinen Aposteln berief, tat er das völlig frei und unabhängig. Er tat es mit derselben Freiheit, mit der er in seinem Gesamtverhalten die Würde und Berufung der Frau betonte, ohne sich nach den herrschenden Sitten ... zu richten". Deshalb hat die Kirche "bei der Zulassung zum Amtspriestertum stets als feststehende Norm die Vorgehensweise ihres Herrn bei der Erwählung der zwölf Männer anerkannt."*

In der Nummer 3 führt der Papst ein mariologisches Argument an, das den Vorwurf einer Diskriminierung der Frauen in der katholischen Kirche entkräften soll:

*Denn es "zeigt die Tatsache, daß Maria, die Mutter Gottes und Mutter der Kirche, nicht den eigentlichen Sendungsauftrag der Apostel und auch nicht das Amtspriestertum erhalten hat, mit aller Klarheit, daß die Nichtzulassung der Frau zur Priesterweihe keine Minderung ihrer Würde und keine Diskriminierung ihr gegenüber bedeuten kann."*

Positiv sieht der Papst die Rolle der Frau in der Kirche "absolut notwendig und unersetzbar": So wünschte er,

*"daß die christlichen Frauen sich der Größe ihrer Sendung voll bewußt werden; ihre Aufgabe ist heutzutage von höchster Bedeutung sowohl für die Erneuerung und Veranschaulichung der Gesellschaft als auch*

*dafür, daß die Gläubigen das wahre Antlitz der Kirche wieder neu entdecken."*

In der Nummer 4 schärft der Papst ein, dass die Entscheidung des katholischen Lehramts, Frauen nicht zur Priesterweihe zuzulassen, einen definitiven und verfassungsmäßigen Charakter hat. So erklärt er kraft seines Amtes zum Schluss, "daß die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden, und daß sich alle Gläubigen der Kirche endgültig an diese Entscheidung zu halten haben".

### Problem der Rezeption des päpstlichen Lehrdekrets

Anlass und Ziel des defensiven Schreibens war es, die Rezeption der lehramtlichen Position durchzusetzen, dass die Frauen nicht zur Priesterweihe zugelassen werden können. Aber in den zwei synchronen Instanzen (*sensus fidelium* und wissenschaftliche Theologie) für die Wahrheitsfindung im Glauben ging die Diskussion sofort weiter. Zum einen widersprach der *sensus fidelium*, vor allem in vielen Frauengruppen; zum andern erhob die wissenschaftliche Theologie argumentative Einwände.

Ein Haupteinwand aus der dogmatischen Erkenntnislehre richtete sich gegen die Art, wie im päpstlichen Lehrschreiben das *Schrift- und Traditionsargument* verwendet wird. Das formale Grundproblem ist die wenig differenzierte Beachtung der Geschichtlichkeit der Glaubensentwicklung in Schrift und Tradition.

Gerade das Amtsverständnis und die konkrete Struktur der Ämter sind in einem Werdeprozess bis zur Mitte des 2. Jahrhunderts entstanden. So ist etwa die Aussage: "Maria hat nicht das Amtspriestertum erhalten" völlig anachronistisch, weil der historische Jesus zwar die Zwölf erwählt, aber noch kein Amtspriestertum eingesetzt hat. Was die Tradition in der Ämterfrage betrifft, ist immer der geschichtliche Kontext der Entstehung der Ämter und die lebendige geschichtliche Veränderbarkeit zu beachten. Eindeutig sind die Ämter in der frühen Kirche im Kontext des Patriarchalismus entstanden, und sie haben im Lauf der Kirchengeschichte ihre Ausdrucksformen immer wieder verändert. Diese Geschichtlichkeit der kirchlichen Ämter sollte das päpstliche Lehramt ernst nehmen und in der jetzigen geschichtlichen Situation

der Gleichberechtigung der Frauen den Zugang zur Frauenordination öffnen.

Ein konkreter Einwand der wissenschaftlichen Theologie richtet sich gegen die ungeschichtliche Art, wie das päpstliche Lehrschreiben *die Erwählung des Zwölfergremiums* interpretiert. Dort wird geschlussfolgert: Jesus hat zwölf Männer als Grundsteine seiner Kirche erwählt, deshalb können nur Männer ein kirchliches Amt innehaben. Aber nach dem Konsens der neutestamentlichen Exegese ist dies ein unsachgemäßer Ansatz, weil er den geschichtlichen Kontext nicht beachtet.

Denn der historische Jesus verbindet mit der Zwölfzahl eine symbolische Funktion. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass seine Botschaft dem Gesamtvolk Israel gilt. Die Zwölf repräsentieren ganz Israel, das als Zwölf-Stämme-Volk auf die zwölf Söhne Jakobs zurückgeht. Damit Jesu Anspruch in der jüdischen Gesellschaft seiner Zeit verstanden werden konnte, musste er als Repräsentanten der Söhne Jakobs ausschließlich Männer wählen. So will er mit der symbolischen Berufung der zwölf Männer nichts zur Frauenfrage sagen, denn durch die Aufnahme von Frauen in die Zwölfzahl wäre die Symbolik damals unverständlich geblieben. Aber Jesus hat Frauen als Jüngerinnen in seine Gefolgschaft aufgenommen, was eine positive Begründung dafür gibt, dass es seinem Willen entspricht, Frauen - wie in den Urgemeinden tatsächlich geschehen - besondere Funktionen in der Kirche zu geben.

Außerdem stellt die wissenschaftliche Theologie eine *Mißachtung der konkreten geschichtlichen Situation* fest, wenn das päpstliche Lehrschreiben behauptet: "Wenn Christus nur Männer zu seinen Aposteln berief, tat er das völlig frei und unabhängig." Da Apostelsein bedeutet, öffentlich für die Botschaft Jesu Zeugnis abzulegen, konnte sich Jesus in der jüdischen Umgebung seiner Zeit nicht frei und unabhängig entscheiden, was die Auswahl zur öffentlichen Zeugenschaft betrifft. Es war ja Faktum: Im damaligen Judentum hatten die Frauen kein öffentliches Zeugnisrecht. So konnte Jesus für die öffentliche Zeugenschaft keine Frauen auswählen. Jesus war vielmehr in Abhängigkeit von seiner soziokulturellen Situation gezwungen, wegen der Zeugnisfähigkeit nur Männer als öffentliche Verkünder zu berufen.

## Dogmatische Grundlegung für die Zulassung der Frauen zum Presbyterat

Um eine Verhedderung im Detail zu vermeiden, ist es am sachdienlichsten, prinzipielle Gründe für die Einführung der Frauenordination zu erörtern. Fundamentale Argumente für ein Ja zur Frauenordination sind: die Gleichwertigkeit und Komplementarität von Mann und Frau in der Schöpfungs- und Erlösungsordnung; die Teilhabe aller Getauften am Priestertum Christi; die Repräsentation Christi durch alle Getauften; ein pneumatologischer Neuaufbruch gegenüber bisheriger Tradition in der Frauenfrage.

1. *Gleichwertigkeit und Komplementarität von Mann und Frau in der Schöpfungs- und Erlösungsordnung*: Ausgangsbasis für die Zulassung der Frauen zum Presbyterat ist die Würde der Frau, wie sie biblisch in der Botschaft von Schöpfung und Erlösung grundgelegt ist.

Das tiefste Fundament für die gleiche Würde von Mann und Frau liegt in der *gemeinsamen Gottabbildlichkeit*. Diese ist eindeutig in Gen 1,27 artikuliert: "Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie." Also gilt: Mann und Frau sind zusammen Gottes Abbild; die Frau ist dem Mann nicht nachgeordnet, sondern gleichgeordnet; als Abbild Gottes haben beide, Mann und Frau, etwas Göttliches in sich. Für das Leben heißt das: Die Geschlechter sind da, um sich zu ergänzen und gemeinsam die Fülle des Menschseins darzustellen; das volle Menschsein verwirklicht sich im komplementären Zusammenwirken von Mann und Frau.

Das lässt sich entsprechend auf das kirchliche Leben anwenden: In der Gemeinschaft der Kirche sollen Mann und Frau komplementär zusammenwirken; so soll auch in den kirchlichen Ämtern die Gemeinsamkeit von Mann und Frau zum Ausdruck kommen; die volle Teilhabe der Frauen an den kirchlichen Ämtern soll verdeutlichen, dass der Mann nicht über die Frau herrscht, sondern dass Mann und Frau gemeinsam die Kirche führen.

Auch im *Neuen Testament* ist die *gleichwertige Gottabbildlichkeit* von Mann und Frau eine Grundüberzeugung. Jesus Christus vertritt in Verkündigung und Verhal-

ten die gleiche Würde von Mann und Frau. Er bezieht selbstverständlich sowohl Männer als auch Frauen in sein heilbringendes Handeln ein. Als Auferstandener erscheint Jesus zuerst Frauen und bestellt sie zu Verkünderinnen des zentralen Heilsereignisses seiner Auferstehung. In den Urgemeinden herrscht mit dem Apostel Paulus die Überzeugung: "Es gibt nicht mehr ... Mann und Frau, denn ihr alle seid einer in Christus" (Gal 3,28).

Für die Zulassung der Frauen zur Ordination bedeutet dies alles: Mann und Frau sind durch das Heilswerk Jesu Christi in gleicher Weise erlöst. So haben Mann und Frau auch eine gleichwertige Teilhabe an der Weitervermittlung des Heilswerkes Jesu Christi. Die Aufgabe des Heilsdienstes ist am besten zu verwirklichen durch das komplementäre Zusammenwirken von Mann und Frau. Für den gleichwertigen Heilsdienst ist jedoch die Zulassung der Frauen zu allen Ämtern eine notwendige Voraussetzung.

**2. Die Teilhabe aller Getauften am Priestertum Christi:** Christus ist der wahre und einzigartige Priester des Neuen Bundes. An seinem Priestertum erhalten alle Anteil, die durch die Taufe in die Kirche als Leib Christi eingegliedert sind. Alle Getauften bilden eine "heilige Priesterschaft" (1 Petr 2,5). In diesem allgemeinen Priestertum sind alle Getauften zum priesterlichen Dienst in der Kirche berufen.

Wenn nun alle Getauften die priesterliche Würde und Berufung haben, dann gilt das in gleicher Weise für die Männer wie für die Frauen. Das Priestertum aller ist kein leerer Titel, sondern eine wirkliche Befähigung zum Heilsdienst. Darum sind auch die Frauen vom allgemeinen Priestertum her ordinationsfähig. Von dieser Basis her können Frauen, die sich berufen fühlen und die nötigen Gaben mitbringen, durch die Kirche zum besonderen priesterlichen Dienst, zum Presbyterat ordiniert werden.

**3. Die Repräsentation Christi durch alle Getauften:** Da alle, die auf den Namen Christi getauft sind, "Christus angezogen" (Gal 3,27) haben und "in Christus ... eine neue Schöpfung" (2 Kor 5,17) sind, haben alle Getauften durch ihr Sein in Christus die Eignung, Christus zu repräsentieren. Im Licht dieser seinsmäßig grundgelegten Christusrepräsentation ist die traditionelle katholische Formel zu interpretieren, dass

der Priester "in persona Christi" handelt. Dieses "in persona Christi" wird traditionell als entscheidende Begründung für die nur Männern vorbehaltene Priesterweihe angeführt. Denn - so wird argumentiert - da Christus ein Mann war, können nur Männer Christus repräsentieren.

Aber beim *Personsein* geht es prinzipiell um *die spezifische menschliche Würde*, die Frauen und Männer gemeinsam haben. Auch bei der Person Jesu Christi geht es um sein Menschsein und nicht um seine Männlichkeit. Denn es heißt nicht: Der Sohn Gottes ist Mann geworden; sondern es heißt: Der Sohn Gottes ist Mensch geworden (im Credo: *homo factus est*). Da nun Mann und Frau als Menschen das Personsein gemeinsam besitzen, kann sowohl der Mann als auch die Frau "in persona" Christus repräsentieren. Insofern also auch die Frauen als Getaufte in ihrem Personsein die Person Christi repräsentieren, ist das eine tiefste Begründung dafür, dass die Frauen eine fundamentale Befähigung zum priesterlichen Repräsentieren Christi haben. Darum muss auch in dieser Perspektive den Frauen der Zugang zum ordinierten priesterlichen Dienst offen stehen.

**4. Pneumatologischer Neuaufbruch in der Frage der Frauenordination:** Die Kirche war in ihrer Entstehung eine Schöpfung des Geistes Gottes, und sie lebt durch all die Jahrhunderte aus der schöpferischen Kraft des Geistes Gottes.

Es war *das Wirken des Geistes Gottes*, das *am Pfingstfest* die konkrete Kirche ins Leben rief. Als die zwölf Apostel "zusammen mit den Frauen und mit Maria, der Mutter Jesu" (Apg 1,14) in einem Haus zum Gebet versammelt waren, ließ sich der Geist Gottes im Zeichen von Feuerzungen "auf jeden von ihnen" nieder und "alle wurden mit dem Heiligen Geist erfüllt" (Apg 2,3 f.). Petrus trat dann als Zeuge auf und deutete das Ereignis als Endzeitgeschehen nach Joel 3,1: "Ich werde meinen Geist ausgießen über alles Fleisch. Eure Söhne und eure Töchter werden Propheten sein" (Apg 2,17). Demnach waren Frauen unmittelbar bei der Gründung der Kirche dabei, und sie wurden mit dem Heiligen Geist erfüllt; in der Deutung des Petrus wurde auch Frauen ("Töchtern") ein prophetischer Dienst zugeschrieben.

*Damals* konnten die Frauen aber nicht in der Öffentlichkeit reden, da sie *kein öffent-*

liches Zeugnisrecht besaßen. Das öffentliche Zeugnis konnte also nur ein Mann, eben Petrus als Sprecher der Apostel ablegen. In der Gegenwart besteht eine ganz neue gesellschaftliche Situation, indem die Frauen die Gleichberechtigung besitzen und in allen Bereichen der Öffentlichkeit wirken können.

So muss in *unserer Zeit* aufgrund der *Gleichberechtigung der Frau* auch die Rolle der Frauen in der Kirche neu bedacht und geregelt werden. Vom Prinzipiellen her ist ja die gleiche Würde der Frau in der Schöpfungs- und Erlösungsordnung grundgelegt. Konkret bietet das Sakrament der Taufe die Ausgangsbasis für einen gleichberechtigten Heildienst der Frauen. Denn in der Taufe empfangen alle, Frauen ganz gleich wie Männer, den Heiligen Geist. So erhalten auch Frauen Anteil an allen Geistesgaben, an allen Charismen. Damit haben wir im Geistempfang der Taufe eine tiefste pneumatologische Begründung für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an allen Diensten, oder, traditionell gesagt, an allen Ämtern in der Kirche. So müssten die Frauen auch zu allen ordinierten Ämtern zugelassen werden.

Im Hinblick auf die Frauenordination brauchen wir in der katholischen Kirche *ein neues Pfingsten*, einen pneumatologischen Neuaufbruch. Die Leitung der katholischen Kirche sollte sich neu vom schöpferischen Geist Gottes erfassen lassen und der neuen gesellschaftlichen Situation entsprechend in einem großen schöpferischen Schritt die Frauenordination zulassen.

### Fazit

Aus den vorausgegangenen Erörterungen ergibt sich dogmatisch eine eindeutige positive Begründung für die Zulassung von Frauen zu allen ordinierten Ämtern. Zusammenfassend lässt sich als *Konklusion* formulieren: Fundamentale dogmatische Prinzipien zeigen, dass der Ausschluss der Frauen von der Ordination vom Glauben her nicht gerechtfertigt ist; vielmehr sprechen diese dogmatischen Prinzipien deziert dafür, dass die Frauen voll die geistliche Qualifikation für eine Ordination zu allen kirchlichen Ämtern besitzen. Es ist Zeit für die katholische Kirche, die Zeichen der Zeit in der Frage der Frauenordination zu erkennen und kreativ mit der Einführung der Frauenordination zu handeln.

Das Entscheidende in der Frage der Frauenordination ist nicht das Faktum einer sehr langen Tradition, sondern die Prüfung, ob diese Tradition in der gegenwärtigen geschichtlichen Situation *das Heil der Menschen* fördert. Nach dem Willen Jesu ist - analog zum Sabbatwort von Mk 2,27 - der Mensch nicht für die Tradition da, sondern die Tradition für den Menschen. So entspricht es dem Willen Jesu, der "Herr über den Sabbat" (Mk 2,28) und damit auch Herr über die Tradition ist, dass eine Tradition, die in ihrem Heildienst sehr umstritten ist, geändert werden kann. Wenn sich die katholische Kirchenleitung am Heilswillen des Herrn orientiert, hat sie eindeutig die Vollmacht, Frauen die Priesterweihe zu spenden.

Das Heil der Menschen muss oberstes Prinzip in der Kirche sein. Da die Ordination von Frauen ein neues, spezifisches Feld des Heildienstes eröffnet, wird in unserer heutigen gesellschaftlichen Situation das Heil vieler Menschen gefördert. Heildienst aber ist der zentrale Wille des Herrn Jesus Christus. Darf die Leitung der katholischen Kirche diesen absoluten Willen des Herrn weiterhin ignorieren?

*Tempus urget* - die Zeit drängt: Mag auch im Kontext der katholischen Kirche "Geduld" in der Frage der Verwirklichung der Frauenordination angebracht sein, so muss doch - mit Karl Rahner SJ - abschließend gesagt werden: "Diese Geduld sollte nicht überbeansprucht werden, weil die Zeit drängt und man gewiss nicht ohne Schaden für die Kirche 100 Jahre warten kann."<sup>29</sup>

\*\*\*

Irmgard Rech

## Predigt vor der Basilika St. Johann in Saarbrücken am 28.09.19

*„Gleich und berechtigt. Alle Dienste und Ämter für Frauen in der Kirche“, so heißt das neue Positionspapier der kfd (katholische Frauen Deutschlands). Mit einem*

<sup>29</sup> Rahner (A. 6) 301.

*Faltblatt „Frauen, worauf wartet Ihr?“ ruft der Verband seine Mitglieder auf, mit der Unterschrift für eine „geschlechtergerechte Kirche“ zu stimmen und damit eine Kirche zu fordern, „in der Frauen Priesterinnen, Bischöfinnen, Kardinälinnen und Päpstinne werden können“. Anlässlich der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz startete der kfd-Bundesverband eine erste Verbandsoffensive, indem er vom 23. bis zum 29. September zu einer Aktionswoche aufrief unter dem Motto: „Macht Euch stark für eine geschlechtergerechte Kirche!“ Im Dekanat Saarbrücken organisierte die kfd-Gruppe Burbach zum Auftakt der Woche einen Demonstrationmarsch durch die Innenstadt und zum Abschluss einen Protest- und Klagegottesdienst vor der Basilika St. Johann. Auf Anregung einer imprimatur-Leserin hatten die Frauen meinen Artikel aus Heft 2. 219 „Wenn doch auch du an diesem Tag erkannt hättest, was dir Frieden bringt!“ zu ihrem „geistlichen Wort“ im Monat Mai gemacht, das sie ermutigte weiterzumachen mit ihrem Einsatz für eine geschlechtergerechte Kirche. Sie baten mich, in ihrem Gottesdienst zu predigen.*

Liebe Schwestern und Brüder! Liebe Jünger und Jüngerinnen Jesu!

Wenn ich euch heute Morgen so gleichmacherisch begrüße, so weiß ich, dass diese Begrüßung, in einem katholischen Kirchraum gesprochen, eine fake News bedeuten würde. Hier müsste ich unterscheiden und sagen: „Liebe Schwestern und Brüder im Laienstand und liebe Brüder im Weihestand!“ Schwestern im Weihestand gibt es noch nicht.

Als ich 1984, also vor über 30 Jahren am Pfingstfest als Laiin und verheiratete Frau und Mutter in der ARD das „Wort zum Sonntag“ sprechen durfte, habe ich gesagt: „Den Frauen wird bis heute in der katholischen Kirche ihr Mitspracherecht verweigert. Ich frage mich, ob das im Lichte der Pfingststoffbarung nicht als Unterdrückung der fraulichen Geistbegabung gesehen werden muss, die immer noch zum Nachteil aller in unserer Kirche geschieht.“ Diese beiden Sätze hatte mir weder der katholische Rundfunkbeauftragte Pfarrer Karl-Heinz Pfeiffer noch der leitende Redakteur des Kirchenfunks Norbert Sommer aus meinem Manuskript gestrichen. Den Mut zu dieser mahnenden Klage fand ich,

weil ich den ersten Pfingstpredner, nämlich den heiligen Petrus, voll auf meiner Seite hatte. Im Brausen des Pfingststurms spürte er damals in Jerusalem nach dem Tode Jesu, dass die Zeit gekommen sei, in der beiden Geschlechtern die Geistrede zugestanden ist. Denn nun habe Gott durch Jesus die schon beim Propheten Joel versprochene Geistkraft geschickt: „Ausgießen will ich meinen Lebensgeist über alles Fleisch, und eure Söhne und Töchter werden prophetisch reden.“ (Apg. 2,17)

An diesen göttlichen Sturm- und Feuergeist für beide Geschlechter glauben Amtsträger unserer Kirche bis heute noch nicht. „Woher hat eine Frau die Berechtigung, das Evangelium in der Öffentlichkeit zu verkünden?“ So lauteten die priesterlichen Beschwerden in der Folge. Auch Bischof Spital hielt es für unangebracht, die eigene Kirche öffentlich zu kritisieren. 40 Jahre hat der Saarländische Rundfunk mir und anderen Frauen zugestanden, den christlichen Glauben mit einem kritischen Blick auf die immer zentralistischer werdende Kirche in der Öffentlichkeit zu predigen. „So? Sie sind also von diesem gottlosen Sender?“ Soll Kardinal Ratzinger einmal den hochgeschätzten, kirchenkritischen Kirchenfunk-Chef Norbert Sommer auf dem Petersplatz in Rom begrüßt haben. Dieser gottlose Sender erlaubte also Männern und Frauen, gleich ob sie geweihte Priester oder Laien waren, den Glauben in den öffentlichen Raum zu verkünden. Im Raum katholischer Kirchen ist diese Gleichheit bis heute noch verboten.

Während Wirtschaftsbosse sich Gedanken machen, dass die Wirtschaft immer weiblicher werden muss und dass mehr Frauen in die Aufsichtsräte und Vorstände gehören, verschließt sich die männliche Führung der katholischen Kirche in Rom weiterhin jeder Überlegung, Frauen gleich berechtigt an ihren Ämtern teilnehmen zu lassen. Alle Ämter, außer das Kardinalsamt, sind an die Priesterweihe gebunden. Von der Priesterweihe ausgeschlossen sind aber alle Frauen, allein aus dem Grund, dass sie keine Männer sind. „Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann.“ So ist es im kirchlichen Gesetzbuch (CIC c. 1024) festgeschrieben. In der heutigen demokratischen Gesellschaft, in der die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz als die größte Errungenschaft der

Moderne gilt, bleibt eine männerregierte Kirche hinter dem ethischen Anspruch unseres Grundgesetzes zurück und ist unseren Kindern und Enkeln nicht mehr vermittelbar. Zunehmend wächst die Empörung über eine Kirche, die Liebe und Gerechtigkeit predigt, sich jedoch immer noch an das Patriarchat klammert, das so viel Leid über die Frauen wie auch Männer gebracht hat.

Wenn wir heute als kfd-Frauen vor der Basilikakirche einen Klage- und Bittgottesdienst feiern unter der Leitfrage „Frauen, worauf warten wir?, so schließen wir uns damit den Frauen an, die vor Beginn der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda für eine geschlechtergerechte Kirche demonstriert haben. Wir beteiligen uns damit zugleich an dem Kirchenstreik der Aktion Maria, 2.0, zu der mutige Frauen in Münster aufgestanden sind. Ob die Bischöfe und der Papst wirklich ahnen, warum wir nicht mehr schweigen und die braven ergebenen Frauen sein wollen, welche die Kirchen putzen und mit Blumen schmücken, in denen uns ein Gott verkündigt wird, der uns Frauen zu zweitrangigen Wesen bestimmt hat. So soll Papst Franziskus kürzlich noch vor 850 Ordensoberinnen aus aller Welt gesagt haben, die Kirche könne nicht die Offenbarung ändern und Frauen zu Priesterrinnen weihen. Nach seiner Wahl zum Papst hat Franziskus sich geweigert, im vollen Papstornat auf der Loggia zu erscheinen, mit der Begründung, „der Karneval“ sei nun vorbei. Nun hat er vor so vielen achtenswerten Ordensfrauen bewiesen, dass er damals nur die äußeren Gewänder abgelegt hat, aber noch nicht die anmaßende innere Haltung, deren Ausdruck die Prachtgewänder sind. Indem er die männliche Machtstruktur als gottgewollt verteidigt, schiebt er Gott dieses Unrecht in die Schuhe und mutet den Frauen zu, einen Gott zu lieben, der nur Männer im Amt haben will und Frauen einen minderen Rang zuweist.

Auf die Frage, warum wir diesen Gottesdienst vor der Kirche feiern, lautet meine Antwort: Es soll ein prophetisches Zeichen dafür sein, dass eine katholische Kirche kein guter Ort des Zusammenwirkens von Frauen und Männern ist.

*Ich habe meine Predigt Bischof Stephan Ackermann zur Kenntnisnahme geschickt.*

*Er sollte wissen, wie wir Frauen unsere Rolle in der Kirche verstehen. In einem freundlichen Brief dankte er für das Vertrauen, das wir ihm gezeigt haben.*

\*\*\*

Gregor Tischler

## Der andere Missbrauch

Immer wieder ein besonderes Erlebnis, wochentags eine alte Kirche aufzusuchen, in der man, falls man Glück hat, ganz allein ist, die Kunstwerke bestaunen und die Stille, die sakrale Atmosphäre auf sich wirken lassen kann. Vor kurzem hatte ich mal wieder dieses Glück. Ich hatte in einem kleinen Ort in der Nähe zu tun, musste mich aber noch etwas gedulden. Die Viertelstunde nutzte ich, um die dortige prächtige Abteikirche, in der ich schon länger nicht mehr war, zu besuchen. In ihr findet man bei genauerem Hinsehen das eine oder andere bisher noch nicht bemerkte Detail: Welch Reichtum an Kunst, geschaffen zur höheren Ehre Gottes!

Zum Abschluss noch ein Blick auf den Schriftenstand! Doch kunsthistorische Schriften waren da nur spärlich zu finden, stattdessen aber viel Frommes, darunter ein "Beichtbüchlein für Kinder" zum Beispiel oder eine "Beichtandacht" für Erwachsene mit dem Titel: "Wie beichte ich richtig?" Meine Neugierde wuchs. 1958, gut sechs Jahrzehnte zuvor, legte ich meine "erste heilige Beichte" ab. Und alles, was davon in Erinnerung blieb, war und ist ziemlich furchtbar: Schwere Sünden gleich Todsünden, Höllenängste, der ständig mit bösen Versuchungen beschäftigte Teufel, der besonders abends, vor dem Einschlafen, äußerst aktiv war ... Aber das ist ja alles Vergangenheit. Mal sehen, was sich da seitdem geändert hat, vor allem beim interessantesten Gebot, dem sechsten!

Und nun lese ich:

"Gott will, dass wir schamhaft und keusch sind (...) Hast du dich bemüht, in deinem Wesen ganz edel und rein zu sein - deine Augen und deine Gedanken vor allem Un-

reinen zu bewahren? - Hast du daran gedacht, in Versuchungen ein Stoßgebet zu sagen? Oder warst du unschamhaft oder unkeusch: im Denken - im Reden - im Zuhören - im Anschauen - im Tun? An dir selbst oder mit anderen? (...) Hast du freiwillig schlechte Zeitschriften (z.B. 'Bravo'), Filme, Bilder angeschaut?"<sup>1</sup>

In diesem Stil geht es weiter. Fragt sich, ob 'Bravo' zu lesen noch eine lässliche oder schon eine schwere Sünde ist. Das steht hier nicht. Auch nichts von den einschlägigen Internetseiten - fast rührend, diese nostalgische Attitüde des Autors ...

Zu meiner Kindheit galten nach Angaben des Katechismus und des Katecheten alle Verfehlungen gegen das 6. Gebot, das uns nur in der verfälschten Form: "Du sollst nicht Unkeuschheit treiben!" eingebläut wurde, als Todsünden. Sexuelle Lust: eine Verführung des Teufels! Ihr zu erliegen: die Eintrittskarte zur Hölle und zu ihrer ewigen, jede Vorstellungskraft unendlich übersteigenden Qual!

Übertrieben? Lesen wir doch einmal in einer vorkonziliaren "Aufklärungsschrift", die an Jungen (wie mich) gerichtet war:

"Auf einen Missbrauch muss ich dich besonders aufmerksam machen, weil dir in den nächsten Jahren Jungen begegnen können, die diesen Missbrauch treiben (...) Es kommt vor, dass Jungen ihren eigenen Körper wegen des Lustgefühls so aufregen, dass sich der Same ergießt. Du erkennst gleich, dass das ein ernster Missbrauch ist. Gott hat dem Menschen einen Teil seiner Allmacht geschenkt und ihm das hohe Amt der Vaterschaft gegeben, und der Mensch missbraucht diese heilige Kraft in niedriger Weise zu seiner Lust. Das ist Sünde. Der Mensch, der solches treibt, raubt seinem Leibe etwas von seiner Ehre und Würde; er entweiht seine Seele. (...) Dazu kommt noch das bedrückende Gefühl der Schuld: Du hast Böses getan vor dir selber und vor Gott."<sup>2</sup>

Damit später Geborene und von ekklesio-genen Neurosen verschont Gebliebene besser nachvollziehen können, wie das damals im katholischen Milieu mit der Einstellung zur Erotik war, sei eine Episode geschil-

dert, die ich als achtjähriges Kind im Religionsunterricht erlebte. Der Kaplan wollte uns von der Bedeutung der Beichte für das ewige Leben überzeugen und erzählte uns sinngemäß folgende Horrorgeschichte: Ein Junge sei einst in eine Todsünde verfallen und gleich zur Beichte gegangen. Glücklicherweise sei er heimgekehrt, nun wieder ein "weißes Seelenkleid" bekommen zu haben. Abends aber habe er nicht einschlafen können, der Teufel habe ihn wieder in Versuchung geführt, der er wieder erlegen sei. Aus Angst vor der Hölle (leider keine "vollkommene Reue", die ihm, wie der Religionslehrer sagte, die Hölle erspart hätte) habe er sich fest vorgenommen, gleich am nächsten Morgen vor der Heiligen Messe wieder zur Beichte zu gehen. "Aber", so der Kaplan vor uns Achtjährigen mit offenen Mündern, "in dieser Nacht kam der Todesengel zu ihm, und so leidet er nun unvorstellbare, ewige Qualen in der Hölle!"

Wenn das kein Missbrauch kindlicher Seelen ist! Wenn wir heute freilich fast täglich von den Missbrauchsskandalen in der katholischen Kirche lesen müssen<sup>3</sup>, wird dabei nur selten ein Zusammenhang zwischen jener, Kindern oktroyierten Seelenqual, als ihnen Lust als Todsünde erklärt wurde, und den jetzt aufgedeckten Sexualverbrechen hergestellt. Gibt es diesen Zusammenhang überhaupt?

Ja, es gibt ihn, aber man muss schon etwas tiefer bohren, um ihn erkennen zu können. Für eine erste Annäherung an dieses schwierige Problemfeld möchte ich drei Stichpunkte, drei Begrifflichkeiten nennen, die es weiträumig umfassen: Gesetzmäßigkeiten der (nicht nur auf den Menschen bezogenen) Natur, unreife oder gereifte Sexualität, vorhandene oder mangelnde Empathie- und Liebesfähigkeit.

Naturrecht und Schöpfungsordnung: Wer definiert das?

Es ist schon merkwürdig: Bis in die Gegenwart argumentieren Moralthologen mit dem Naturrecht, das sie mit der "Schöpfungsordnung" gleichsetzen. In jüngerer Zeit ist dafür das Festhalten an der Enzyklika "Humanae vitae" von Papst Paul VI. (1968) paradigmatisch. Künstliche Emp-

<sup>1</sup> P. Martin Ramm FSSP, Mein Jesus Barmherzigkeit. Beichtbüchlein für Kinder, 10. Auflage Thalwil 2015, S. 40

<sup>2</sup> Klemens Tilmann, Was du gerne wissen möchtest, Recklinghausen 1960, S. 40f

<sup>3</sup> Allerdings kommen nun auch Missbrauchsberichte aus ganz anderen Bereichen der Gesellschaft dazu, aus Sportvereinen, reformpädagogischen Internaten, Studios usw. usf. - kurzum von überall da, wo (vor allem) Männer ihre Machtposition sexuell ausnützen können.

fängnisverhütung verstoße gegen die Schöpfungsordnung, weil die Befriedigung des Sexualtriebs grundsätzlich der Zeugung von Nachkommen - immerhin auch der Festigung ehelicher Liebe: *welch innerkirchlicher Fortschritt!* - zu dienen habe. Zweifellos entsprechen der Nahrungstrieb, die Suche nach Geborgenheit und Gemeinschaft, aber auch das Bestreben, sich gegen Gefahren zu wehren, d.h. ein angeborener Aggressionstrieb, der (menschlichen) Natur, religiös gesprochen, der Schöpfungsordnung. Warum aber soll die Erfüllung sexueller Lust dies nicht tun?

Wir wissen doch inzwischen, aufgrund unzähliger wissenschaftlicher, kaum bestreitbarer Erkenntnisse, dass Kinder, insbesondere männlichen Geschlechts, schon in frühem Alter sexuelle Lustgefühle verspüren, die auf Befriedigung drängen, obwohl doch dabei noch nicht von Zeugung die Rede sein kann.

Die traditionsfixierte, vor allem auf Augustinus zurückgehende Begründung für sexuelle Versuchungen, es handle sich hierbei um eine Folge von Adams Sündenfall, überzeugt heute wohl nicht einmal mehr die Eifrigsten unter den Kirchgängern.

Wie ist es dann, so könnte man weiterfragen, mit dem Bedürfnis, Hunger und Durst zu stillen? Auch da gab es ja schon im frühen Christentum, etwa bei den Eremiten der ägyptischen Wüste, das Bestreben, dieses Bedürfnis so weit wie möglich zu unterdrücken: Askese als Erfüllung der Sehnsucht nach dem Paradies und einem engelgleichen Leben. Aber das funktionierte ja nur bis zu einem gewissen Punkt.

Da Essen und Trinken Leib und Seele zusammenhalten, mussten selbst strengste Asketen irgendwann wieder trinken und Nahrung zu sich nehmen<sup>4</sup>. Den Sexualtrieb jedoch, den konnte, den musste man unterdrücken, um den Engeln gleich zu werden! Stimmt das wirklich?

Schöpfungstheologisch betrachtet, öffnet

<sup>4</sup> Die Auffassung, Askese sei eine besondere und höhere Form der Nachfolge Christi, steht übrigens gänzlich im Widerspruch zum Kern der Botschaft Jesu vom Reich Gottes. Vgl. Tilmann Moser, *Gottesvergiftung*, Frankfurt a.M. 1976. Ältere, streng katholisch Erzogene erinnern sich oft noch an die Gewissensbisse, die man bekam, falls man nicht drei Stunden vor Kommunionempfang "nüchtern" geblieben war. Wegen Halsweh hatte man ein Bonbon gelutscht. Durfte man jetzt noch zur Kommunionbank? Wenn man aber nicht ging, was dachten dann die anderen?

sich hier ein weites Feld für Anfragen an eine dogmatisch orientierte Moraltheologie. Warum entwickelt schon ein Kind lange vor dem Erwachsenwerden sexuelle Lustgefühle? Sind sie trotz Taufe noch ein Relikt der Erbsünde? Wie weltfremd müssen eigentlich Religionspädagogen, Priester oder Moraltheologen, Bischöfe und Päpste sein, wenn sie solche Gefühle als von Grund auf sündhaft ansehen - und daher eine zölibatäre, auf jede erotische Lust verzichtende Lebensweise als gottgewollte, dem Glauben angemessenere betrachten und verkünden? Weltfremd - oder doch auch sehr realitätsbewusst? Träfe Letzteres zu, gäbe dies allerdings Anlass zu noch größeren Bedenken, die uns geradezu in einen moralischen Abgrund blicken ließen. Und doch ist es so: Die angeblich gottgewollte Beherrschung, genauer: Unterdrückung des Sexualtriebs, ideologisch ausgerichtet auf den Gegensatz von Himmel und Hölle, die Behauptung, Sünde sei vor allem das Genießen "böser Lust" (nicht so sehr das Töten von Ketzern oder auch Feinden im Krieg), erwies sich unbestreitbar als effektives Machtmittel: Je größer das Sündenbewusstsein - und wer hätte nie erotisch-sexuelle Gefühle und Gedanken gehabt? -, umso bedeutsamer die "Gnadenmittel" der Kirche und deren Einfluss auf die Seele eines jeden...

### Angst als Erziehungsmittel

Die Angst vor Hölle und Teufel zu schüren, das war noch Jahrzehnte nach dem letzten Weltkrieg eine probate Erziehungsmethode im streng katholischen (teilweise auch im protestantisch geprägten<sup>5</sup>) Milieu. Je schlimmer die Angst vor der Hölle, umso wunderbarer die Hilfsmittel der Kirche in Form von Beichte und "würdigem" Empfang der heiligen Kommunion<sup>6</sup>.

An dieser Stelle mag ein Blick auf die Kirchengeschichte angebracht sein. Je mehr es der Institution Kirche (die wir Umgangssprachlich "Amtskirche" nennen) jeweils gelang, den Menschen die Angst vor

<sup>5</sup> Unvergessen, wie ich als Kind voll Begeisterung mitsang: "Fest soll mein Taufbund immer stehen, ich will die Kirche hören!"

<sup>6</sup> Nur auf dem Hintergrund subjektiv empfundener Höllenangst wegen vermeintlich unüberwindbarer Sündhaftigkeit wird der Ursprung der Reformation verstehbar. Einen knappen Überblick bietet: Arnold Angenendt, *Ehe, Liebe und Sexualität im Christentum. Von den Anfängen bis heute*, Münster 2015, S. 53-57.

Hölle und Teufel einzureden (wohl das passende Verb), umso größer wurde ihr Einfluss: Man denke nur, um ein Beispiel zu nennen, an den Gang nach Canossa Heinrichs des Vierten 1077! Wie viele ganz individuelle "Canossagänge" wären da noch zu nennen! Schließlich aber bot die Kirche ja auch den Weg zum Heil an: den Empfang der Sakramente, gekoppelt mit "freiwilliger Unterwerfung unter ihre Führungsgewalt"<sup>7</sup>. Fazit: Je größer die Angst vor der Hölle - und dann auch vor dem Fegefeuer, wie die Vorgeschichte der Reformation lehrt<sup>8</sup> -, umso größer auch die Macht über die Gläubigen.

Doch zurück zur "gottvergifteten" Pädagogik vorkonziliarer Zeit! Welche Höllenängste mich als Kind - und ich war sicher nicht das einzige - in den Nächten befielen, vermag ich heute nur noch zu erraten. Sie waren jedenfalls fürchterlich. Niemand half mir. Der Priester im Beichtstuhl nahm mein Bekenntnis über die Sünden der Unkeuschheit schweigend zur Kenntnis. Da alle Sünden gegen das 6. Gebot, wie es hieß, Todsünden waren, musste man auch die genaue Zahl angeben. Da schummelte ich manchmal. Hatte ich dann vielleicht doch keine Absolution für alle meine Untaten bekommen? Gewissensbisse allenthalben. Unmündigen Kindern ein schlechtes Gewissen machen - wohlgerne bei einem eigentlich natürlichen Verhalten -, ja, das konnte die Kirche damals (heute wohl kaum noch). Nicht zuletzt darin bestand ihr Machtmonopol auf die "Seelen".

Zu beachten jedoch: die Ambivalenz des Sexuellen

Dass die Abwertung sexueller Lust im Christentum so dominant wurde, liegt keineswegs in seinen Anfängen begründet. Das AT bietet reichlich Texte, nicht nur das Hohelied, in denen der Eros - und eben nicht nur die Agape als begierdefreie Wohl-

tätigkeit - gepriesen wird<sup>9</sup>. Die Abwertung der Lust finden wir dagegen im außerbiblischen Raum, vor allem in der griechischen Philosophie seit Platon. Dies ausführlicher zu erläutern würde freilich den Rahmen unserer Untersuchung sprengen. Festzuhalten ist, dass in der hellenistischen Welt, soweit sie philosophisch geprägt war, die Materie und alles, was die Seele an diese bindet, also vor allem der Lusttrieb, zugunsten des Geistigen, Immateriellen, eben des "Göttlichen" abgewertet wurde.

Das Christentum eignete sich während seiner Inkulturation in die griechische Welt aus verschiedenen Gründen eine ähnliche Betrachtungsweise der Materie und damit eine Abwertung der Lust "ideologisch" an<sup>10</sup>. Dies wurde leider zum roten Faden der christlichen Moralgeschichte - bis weit ins 20. Jahrhundert hinein.

Andererseits aber ist eine unkritische Lustbejahung bzw. -verherrlichung, nach dem Motto: "Erlaubt ist, was (mir) gefällt" - nicht weniger problematisch. In der Folge der "sexuellen Befreiung" um 1968 kam es zur verbreiteten Meinung, sexuelle Lust sei als solche schon positiv zu sehen, eben als Zeichen von Freiheit. Inzwischen sind wir eines Besseren (bzw. Schlechteren) belehrt. Sexualität, vor allem in ihrer männlichen Variante, kann auch gefährlich, lebensbedrohend, zerstörerisch und mörderisch sein. Es gibt eine gefährliche Verbindung von (spezifisch männlicher) Sexualität und lustvoller, sadistischer Aggressivität! Täglich lesen wir von Vergewaltigungsopfern, fast ausschließlich von Frauen und Kindern, und von den - mitunter prominenten - Tätern. Um es kurz zu machen: Die dem Menschen angeborene Sexualität ist wie der Aggressionstrieb unbestreitbar überlebensnotwendig, jedoch keineswegs harmlos oder potentiell ungefährlich<sup>11</sup>.

## Der falsche Weg

Sexuelles Luststreben, erotisches Begehren als Bindung an die minderwertige, vergäng-

<sup>7</sup> Ein für uns heute geradezu amüsantes Beispiel: Hieronymus, Vita Malchi (= die Geschichte von der Gefangenschaft des Mönches Malchus). Die Aussage: Lieber den Märtyrertod sterben als die Keuschheit aufgeben!

<sup>8</sup> Leider hat zuletzt Benedikt XVI. einen völlig realitätsfernen Zusammenhang zwischen den Missbrauchsfällen in der Kirche und der "sexuellen Befreiung" von 1968 herzustellen versucht. Nein, Missbrauch gab es schon Jahrhunderte zuvor, reichlich auch auf Seiten kirchlicher Amtsträger. Historiker werden da kaum widersprechen. Vgl. dazu: Johannes Röser, Der ehemalige Papst nimmt Stellung, in: CIG Nr. 17/2019, S. 179 f.

<sup>9</sup> eine Begriffsverbindung, die für eine künftige Theologie und Pastoral unverzichtbar ist, auch wenn sich, leider auch von jüdischer Seite, immer wieder Stimmen dagegen erheben. Aber sie ist theologisch, nicht historisch zu verstehen.

<sup>10</sup> s. Anm. 9!

<sup>11</sup> V.a. 1 Kor 7, 25-38 sowie Mt 19,12. Vgl. zum Gesamtzusammenhang: Herbert Haag, Katharina Elliger, "Stört nicht die Liebe". Die Diskriminierung der Sexualität - ein Verrat an der Bibel, Olten 1986

liche Materie: Dies war einst die Jahrhunderte gültig gebliebene Begründung für die Sündhaftigkeit des "Unkeuschen". Aber diese Begründung war, wie schon gesagt, keineswegs urchristlich oder gar "jüdisch-christlich"<sup>12</sup>. Das Hohelied im AT beschreibt, so die gängige Deutung, metaphorisch sogar die Liebe Jahwes zu seinem auserwählten Volk!<sup>13</sup>

Auch im NT gibt es, selbst wenn einige Textstellen eine ehelose, d.h. "lustfreie" Lebensweise hervorzuheben scheinen<sup>14</sup>, keine grundsätzliche Abwertung von Eros und Sexualität. Der (Pflicht-)Zölibat als gottgewollte, bevorzugte Lebensform ist im NT nicht begründbar.

Insofern hatten Luther und die Reformatoren recht: Wenn schon im ersten Buch der Bibel das innige Verhältnis von Mann und Frau gepriesen wird (Gen 2,23 f.), wie kann dann die kirchliche Autorität behaupten, die "jungfräuliche" Lebensweise entspreche Gottes Willen in höherer Weise? Hier gilt wiederum das Argument: Warum hat der Schöpfer dann überhaupt den Menschen als Mann und Frau erschaffen (Gen 1,27)? Und warum zitiert Jesus nach Mk 10,2-12 par. ausgerechnet Gen 2,24 ("... und sie werden ein Fleisch..."), um das Verbot der Ehescheidung zu untermauern? Und nebenbei: Ganz frei von jeglichen erotischen Gefühlen kann wohl auch Jesus nicht gewesen sein. Er ließ die Salbung seiner Füße durch eine Sünderin (Mk 14, 3-9 par.) sicherlich nicht nur zu, damit das Geschehen auf die Salbung seines Leichnams - so die nachösterliche Deutung - verweise, sondern wohl auch, weil er Gefallen daran fand...<sup>15</sup>

<sup>12</sup> In den Tagen, an denen ich an diesem Artikel arbeitete, kam mir eine kleine, sehr interessante Zeitungsmeldung vor Augen. Sie handelt von der Eröffnung eines "koscheren Sexshops" in Tel Aviv (SZ vom 16.8.2019, S. 8). Der Vater der Geschäftsführerin ist demnach orthodoxer Rabbiner in den USA und äußert sich folgendermaßen: "Im Gegensatz zu dem, was die meisten denken, hat das Judentum einen sehr gesunden und balancierten Zugang zu Sex (...) Unserer Vorstellung nach ist alles, was ein Paar näher zusammenbringt, koscher und erlaubt."

<sup>13</sup> Sogar das Naschen fiel darunter, wie man im Beichtspiegel erfuhr - und das nicht etwa aus Gründen körperlicher Fitness...

<sup>14</sup> Hier böte sich (vgl. Anm. 8) auch für die evangelische Theologie noch ein weites Feld zum Nachdenken an.

<sup>15</sup> Aus heutiger Sicht mag es amüsant erscheinen, was Klemens Tilmann in seinem "Aufklärungs-

## Zwei Arten von Missbrauch - ein Zusammenhang?

Man kann es nicht anders sagen: Die strikte, neurotisierende und heute hoffentlich nur noch wenig verbreitete Sexualerziehung, besser: Sexualunterdrückung, im katholischen Raum war ein furchtbarer Missbrauch kindlicher Seelen. Er war quantitativ weit größer als der körperliche Missbrauch durch Priester und andere in der Kirche, von dem wir heute in den Medien erfahren müssen. Freilich war und ist letzterer noch weit folgenreicher und zerstörerischer. Doch diese Feststellung relativiert nichts. Stattdessen erhebt sich nun die Frage, ob beide Formen des Missbrauchs miteinander zusammenhängen.

Der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer hat dazu in der Beilage "Christ & Welt" in der "Zeit" (Nr. 19 vom 2.5.2019) einen recht erhellenden Beitrag geliefert: Er, der katholisch, aber nicht engstirnig erzogen wurde und sich wegen der nicht lebbar Sexualmoral bald von der Kirche entfernte, sieht tatsächlich einen Zusammenhang zwischen beiden Formen des Missbrauchs. Wessen Erziehung, so der Verfasser, darauf ausgerichtet war, jedes sexuelle Verlangen zu unterdrücken, das im Kindes- und Jugendalter ja weitgehend auf den Drang zur Selbstbefriedigung beschränkt ist, kann schwerlich eine gereifte, auf Partnerschaft ausgerichtete Sexualität entwickeln. Wer so lebe, lebe daher "riskant". Es bestehe dann die Gefahr, dass "eine unreife, impulsive, nicht durch Einfühlung gemäßigte Triebhaftigkeit die Oberhand" gewinne. Womit wir wieder bei den bekannten Fällen wären ...

An dieser Stelle muss noch ein weiterer Aspekt erwähnt werden: der Zusammenhang von Triebunterdrückung, mangelndem Einfühlungsvermögen und gewaltförmiger Aggressivität. Täter entwickeln in der

büchlein" (s. Anm. 2) über den "Kampf um die Reinheit" schrieb; aber eigentlich ist es erschreckend: "...tritt dem Schmutzfink entgegen (...) Gibt er nicht nach, dann darfst du auch einmal handgreiflich werden (...) Sei dir nur klar: du bist im Recht..." (ebd., S. 43). Im "Großen katholischen Katechismus" (Imprimatur 1931) lernte meine Mutter über Unkeuschheit, dass "keine Sünde so schändlich und keine so schrecklich(!) in ihren Folgen" sei. Es muss 1935 gewesen sein, als meine Mutter das Zeugnis der Mittleren Reife bei den "Englischen Fräulein" bekam. Die schrecklichen Folgen ganz anderer Sünden waren da offensichtlich noch nicht erkennbar.

Regel keine Empathie für ihre Opfer - es sei denn eine der sadistischen Variante, die das Leiden des Opfers narzisstisch zu genießen sucht. So weit sollten wir bei der Be- bzw. Verurteilung kirchlicher Täter sicher nicht gehen. Aber wenn solche Täter Minderjährige missbrauchten, Kinder, die selbst noch hilfsbedürftig waren, zeigten sie eben keinerlei Mitgefühl und Verantwortungsbewusstsein, wohl aber den Drang zu egozentrischer Triebbefriedigung.

Nehmen wir an dieser Stelle noch einmal "das große Ganze", d.h. die gesamte Geschichte in den Blick! So streng die Kirche(n) im Lauf ihrer Geschichte mit (angeblichen) sexuellen Verfehlungen verfuhr(en), so "großherzig und tolerant" gingen sie mitunter mit dem Phänomen der Gewaltanwendung um. Kreuzzüge, Scheiterhaufen, Waffensegnungen - das ist alles längst bekannt. Zu fragen aber bleibt doch, warum die Kirchen (!) noch im 20. Jahrhundert so großzügig über die Gräueltaten eines Mussolini (Abessinienkrieg) und eines Hitler (Krieg gegen den "gottlosen Bolschewismus") hinwegsahen, weshalb sie in beiden Weltkriegen so sehr den "Heldentod für das Vaterland" priesen, ohne nachzufragen, ob der gefallene "Held" vielleicht selbst schon Menschenleben auf dem Gewissen hatte. Wie konnten sie das eigentlich mit ihrem Anspruch, nichts als den Willen Gottes zu verkünden, ohne Skrupel vereinbaren?

Was das mit unserem Thema zu tun hat? Sehr viel, wie ich glaube. Denn unter Sünde verstand die Kirche, im Schatten Augustins, vor allem Gefühle der Lust<sup>16</sup>. Diese aber lassen den Menschen erfahren, dass das Leben "lebenswert" ist.

Anders die traditionelle kirchliche Sichtweise: Gewaltanwendung, wenn sie nur eine Rechtfertigung aus dem Glauben (Stichwort "Ketzerverfolgung") oder vermeintlicher Pflichterfüllung ("Gehorsam gegenüber der Obrigkeit") fand, fiel nicht generell

unter Sündenverdacht - ganz im Gegenteil! Empfanden die marodierenden Soldaten Tillys oder Gustav Adolfs ein "Sündenbewusstsein", wenn sie Bauernhöfe überfielen oder Städte plünderten und niederbrannten? Wahrscheinlich empfanden sie dabei auch Lustgefühle - aber diese waren wohl erlaubt ... Gesündigt in "Gedanken, Worten und Werken": Das galt eher für das Schlafzimmer als für das Schlachtfeld!

Fazit: Ohne die Fähigkeit, sich einzufühlen und zärtlich zu sein, vom Anderen her zu denken und gemeinsam, im gegenseitigen Einvernehmen Lust zu genießen, ist die Gefahr der Gewaltbereitschaft, mitleidloser Gewaltanwendung, ja, sogar deren Verherrlichung zumindest virulent.

### Lebenslust und Gotteslob

Kehren wir zur Frage zurück, ob es im Gegensatz zu den genannten Irrwegen und Sackgassen kirchlicher Sexualmoral auch einen christlich begründeten, pädagogisch verantwortbaren Weg zu einer gereiften, humanen Sexualität (im Sinne Schmidbauers) geben kann, einen Weg, der zugleich zu einer gelingenden Partnerschaft führt. Der Ansatz zu einer wirklich "christlichen" Sexualethik liegt, was eigentlich schon immer eine Selbstverständlichkeit hätte sein müssen, im Grundgebot der Liebe: "Wer nicht liebt, hat Gott nicht erkannt", so lesen wir im 1. Johannesbrief (4,8). Wie aber wäre dieser Satz in einer christlichen Sexualmoral zu konkretisieren?

Am besten setzen wir bei der umfassenden Frage an, wie jeweils jede Art von Liebe konkret wird. Dazu bedarf es vor allem auch psychologischer Erkenntnisse. Danach ist Liebe ohne Sensibilität, ohne Einfühlung in die Bedürfnisse des Anderen eigentlich unmöglich. Sie bliebe eine bloße Worthülse (wie wir sie leider auch in mancher Predigt zu hören bekommen ...). Liebe will dem Anderen Freude bereiten, will dessen Glück. Humane Sexualität kann deshalb nie gegen den Willen des Partners handeln. Rücksichtsloser Egoismus im Sexualverhalten ist, wenn man diesen Begriff verwenden will, das eigentliche "Sündhafte" daran. Gewiss ist jedes Lustempfinden immer auch ego-bezogen. Lustgefühle aber, die sich aus denen des Partners entfalten, empfinden wir als lebensbejahend, bereichernd und schöpferisch. Sie stärken die Partnerschaft, lassen die Sorgen des Alltags kleiner er-

<sup>16</sup> Wie viele Frauen, die im sexualfeindlichen Milieu - nicht nur in der katholischen Kirche - erzogen wurden, haben wohl die sexuellen Gelüste des Mannes nur als Qual erlebt, als "eheliche Pflichterfüllung" - m.a.W. als Vergewaltigung? Kein Wunder, dass gerade in Zeiten eines autoritären Patriarchalismus Zärtlichkeit in der Kindererziehung verpönt war, nach der Maxime: Zärtlichkeit gleich Verzärtelung! Wie sollten auch "verzärtelte" Jungen einmal gute Soldaten werden können! Und noch eins: "Abtötung" der Sinne und der Lust galt einst als ganz besondere christliche Tugend!

scheinen - und ja, sie können zu neuem Leben führen. Wie schön, wenn wir alle sagen könnten, "Kinder der Liebe" zu sein!

Damit sei ein Zweites festgehalten: Ein lustvolles, lustbereitendes Sexualleben müsste auch als ein wichtiger, sogar zentraler Bereich der gesamten Schöpfungstheologie verstanden werden. Leider haben der Neuplatonismus, haben Plotin, Augustinus und viele in deren Nachfolge der Theologie und Pastoral diese positive Sichtweise weitestgehend verstellt - teilweise bis heute. Dabei wäre das entsprechende Leitmotiv so einfach und überzeugend: Lust und Liebe schaffen neues Leben. Und das Leben kommt von Gott!

Indes, die Fähigkeit zu Liebe und humaner Erotik hat man nicht einfach so, von selbst. Man muss sie erst lernen und, auch das gehört dazu, einüben. Davon wusste die traditionelle, lustfeindliche, nur auf Sünde und Höllenstrafe fixierte Sexualmoral anscheinend nichts. Nun ist Selbstbefriedigung im Kindes- und Jugendalter ein natürliches, um nicht zu sagen: notwendiges Mittel auf dem Weg zu einer gereiften Sexualität. Selbstbefriedigung hat im Beichtspiegel nichts verloren!

Man möge mir gestatten, an dieser Stelle etwas ganz Privates preiszugeben. Aber ich denke, es trägt zur Erläuterung dessen, was ich meine, mehr bei als alle theoretischen Erwägungen: Ich erinnere mich noch recht genau an jenes erste Mal, als ich von einem Mädchen geküsst wurde. Es geschah ausge-rechnet auf dem Heimweg von einer Kirchenchorprobe... Damals war ich schon 18 Jahre alt, und mit einem Mal tat sich für mich die Weite einer neuen Welt auf. Es war wunderbar. In der Folgezeit lernte ich nach und nach, was es heißt, sich selbst liebenswert zu fühlen. So konnte ich auch die Fesseln jener lebensfeindlichen Sexualunterdrückung abstreifen, für die damals die rigorose katholische Pädagogik in Elternhaus, Schule und Kirche stand.

Oft denke ich (und deshalb schilderte ich meine persönlichen Erlebnisse), dass genau dies unseren zum Zölibat verpflichteten Priestern fehlt: die lustvolle Erfahrung, geliebt zu werden und selbst mit allen Sinnen zu lieben. Unreife Sexualität?

### Der Pflichtzölibat ist inhuman!

Die Gefahr der Unreife ist groß, über den Zusammenhang von unterdrückter Sexuali-

tät, mangelnder Empathie und bisweilen vorhandener latenter Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, mögen sich die Psychologen streiten - wobei ich glaube, dass sie weitgehend übereinstimmen, dass da tatsächlich ein Zusammenhang besteht. Triebunterdrückung auf Dauer mag in seltenen Fällen gelingen (vielleicht bedarf es dazu der Geborgenheit in klösterlicher Gemeinschaft), die Regel ist es nicht. Trifft Machtposition auf Wehrlosigkeit - die klassische Konstellation der aktuellen Fälle -, so kann das Begehren übermächtig werden.

Die Fähigkeit, zärtlich zu sein, ist gewiss eines der großartigsten Wunder der Schöpfung. Wir wissen nicht, ob es diese Fähigkeit auch noch anderswo in den Weiten des Kosmos gibt. Wir wissen aber, dass sie das Ergebnis eines Evolutionsprozesses ist, der Milliarden Jahre auf der Erde dauerte und sich mit der Entwicklung des Brutpflegeverhaltens langsam verfeinerte. Könnte man dies nicht sogar als Variante des "teleologischen Gottesbeweises" betrachten? Zärtlichkeit, wie gesagt, eine der schönsten "Beigaben" des Lebens, verlangt aber nach Körperkontakt. Gerade dieser aber wird in der Regel dem, der im Zölibat leben muss, mehr oder weniger verwehrt.

Den Pflichtzölibat für Priester vorzuschreiben, ist daher gerade kein Zeichen eines humanen Umgangs der Institution Kirche mit den Menschen, die ihr doch besonders nahestehen und sie in hervorgehobener Weise repräsentieren sollen. Aber er ist auch nicht die Erstursache der Missbrauchsskandale, die die Kirche(n) nun so sehr erschüttern. Die Erstursache ist die Verteufelung sexueller Lust und Erotik und deren Verdammung als Todsünde.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Aspekt zu bedenken: Wer sind die jungen Männer, die sich zum Priestertum berufen fühlen und im Versprechen eines lebenslangen Verzichts auf Erotik und Geschlechtslust offenbar kein grundsätzliches Problem erkennen? Sind das wirklich die Priester, die die Kirche heute so dringend braucht? Und sind sie wirklich kompetent, über die Liebe Gottes zu predigen und sie erkennbar weiterzugeben?

Die Missbrauchsskandale der Kirche(n) empören die Öffentlichkeit gerade wegen der moralischen Fallhöhe - mehr als ähnliche Verbrechen in Sportvereinen, in der Familie oder am Arbeitsplatz. Spezifisch

"kirchlich" aber war - und ist vielleicht noch mancherorts - jener andere Missbrauch, der geistig-seelische, bei dem Lust und Zärtlichkeit zu schweren Sünden erklärt werden.

Dieser Missbrauch war da, wo es ein "katholisches Milieu" gab, flächendeckend. Die Zahl der Opfer ist unüberschaubar.

Christsein lebensfördernd oder lebensfeindlich - das ist hier die Frage.

\*\*\*

Gerhard Robbers

## Kirche – Staat – Islam.

### Neue Gefährdungen und alte Lösungen

Es ist wieder viel los. Religion und Kirche sind ständige Aufreger. Wer geglaubt hat, Religion erledige sich von selbst, der hat sich geirrt. Wer gehofft hat, Kirche spiele bald keine Rolle mehr, muss enttäuscht sein. Jeden Tag steht etwas in den Zeitungen. Allerdings nicht zum Besten.

Manche glauben, es sei am besten, Religion ganz abzuschaffen. Das hat aber noch nie geklappt. Wo Religion zurückgedrängt wird, schaffen sich die Menschen Ersatzreligionen. Und tatsächlich – Religion ist ambivalent. Religion kann furchtbar missbraucht werden. Das steht heute fast jeden Tag in der Zeitung.

Mit der Religion ist es wie mit der Liebe. Die kann zum Besten führen, was Menschen möglich ist. Und zum Schlimmsten. Für die Theaterfans sei an Othello erinnert, der bringt seine Desdemona aus Eifersucht um. Und Game of Thrones ist auch voll davon. Liebe kann in entsetzliche Eifersucht führen. In Kitzbühel ist das vor wenigen Tagen wieder passiert mit den fünf Toten. Und doch können wir die Liebe nicht abschaffen. Die Religion auch nicht. Und Liebe kann so gut sein. Und Religion auch. Vielleicht enttäuscht es Sie. Aber ich muss heute vor allem über Vertrauen sprechen.

Die Bedeutung von Vertrauen wird meist übersehen. Gerade wenn man als Jurist spricht. Jurist bin ich schließlich.

Lassen Sie mich einige Fragen ansprechen, die für viele aktuell sind im Geflecht von Staat und Religion. Welche sind das eigentlich? Das ist eine höchst subjektive Angelegenheit: Was sind die aktuellen Probleme? Die einen sagen: Die *Kirchensteuer*, das sei das aktuelle Problem – nun, wenn einem das Geld so am Herzen liegt – das sei Staatskirchenhoheit. Ist es aber nicht. Kirchensteuer zahlen nur die Mitglieder der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Ja, meist zieht der Staat sie ein zusammen mit der Lohn- und Einkommensteuer. Aber die Kirchen zahlen für diese Dienstleistung, meist 4% des Aufkommens. Das sind so an die 400 Millionen Euro im Jahr. Der Staat leistet einen Dienst und bekommt dafür erhebliche Bezahlung. Gar nichts Besonderes.

Andere sagen: Der *Religionsunterricht an öffentlichen Schulen* vermenge Staat und Kirche. Tut er aber nicht. Normalerweise. Im Gegenteil, das ist starker Ausdruck der Trennung von Staat und Kirche. Der Staat bestimmt nicht über den religiösen, theologischen Inhalt des Religionsunterrichts. Er ermöglicht nur, dass er stattfindet. Schließlich ist der Staat für die Bildung der jungen Generation zuständig. Zur Bildung der jungen Generation gehört die Religion. Nicht nur als Wissensvermittlung. Auch die Frage nach Gott. Würde der Staat diese Frage aus der öffentlichen Schule ausschließen, würde er die Religion diskriminieren gegenüber Sprache, Mathematik, Wirtschaft und Geschichte. Diskriminierung der Religion aber verstieße gegen seine religiöse und weltanschauliche Neutralität. Die Religion ausschließen ist selbst eine religiöse Entscheidung, der Staat würde sich mit seiner eigenen Säkularität in Widerspruch setzen. Aber selber lehren kann er die Religion nicht, solche Wahrheitsfragen entziehen sich seiner Beurteilungskraft. Es sei denn, er gäbe seine Säkularität auf. Der Staat darf sich weder mit einer Religion identifizieren noch mit keiner. Also muss er den Religionsunterricht in ihrem Inhalt den Religionsgemeinschaften überlassen. In Zusammenarbeit mit ihnen. Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften ist das.

Wieder andere sagen, ein aktuelles Problem seien die *Staatsleistungen an die Kirchen*. Sind sie nicht. Sie sind uralte. Meist gibt es

sie ja seit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 und davor. Da ist nach den Siegen der Franzosen in den Revolutionskriegen besonders die katholische Kirche säkularisiert worden, fast alles wurde enteignet, Gebäude, Felder, Wälder, und dann den Fürsten zugeschlagen. Die Franzosen hatten die linksrheinischen Gebiete des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation annektiert, also auch hier Wittlich und Trier. Dafür sind den betroffenen Fürsten als Ausgleich ihrer Verluste die vielen kleinen Territorien des niederen Adels im ganzen Reich zugeschlagen, mediatisiert worden. Besonders ist der kirchliche Besitz eingezogen und verteilt worden. Dafür sind den Kirchen Geldleistungen zugesagt worden, damit die Pfarrer bezahlt, die Hospitäler weitergeführt, Schulen erhalten werden konnten. Diese Geldzahlungen – so ungefähr 500 Millionen Euro pro Jahr insgesamt – sollen nach unserer Verfassung abgelöst, das heißt durch Leistung einer Gesamtsumme beendet werden. Ist dem Staat aber zu teuer, der will gar nicht, die Kirchen würden schon.

Manchen sind auch *die staatlichen Zuschüsse an die Religionsgemeinschaften* ein Dorn im Auge, Zuschüsse für Schulen, Kindergärten, Hochschulen. Da würde der Staat kirchliche Aufgaben finanzieren. Das glaube ich nicht. Bildung, Kinderbetreuung ist doch zumindest auch eine staatliche Aufgabe. Deshalb im Gegenteil – nicht der Staat finanziert hier kirchliche Aufgaben, sondern man könnte fast sagen: Die Kirche subventioniert den Staat – der müsste sonst zahlen.

Und dann gibt es noch die *Militärseelsorge*. Die Debatte hat sich aber beruhigt. Wie immer man zum Militär steht: Da gibt es Menschen, die brauchen Seelsorge. Die können aber nicht einfach mal in die nächste Kirche gehen. Also muss der Staat dafür sorgen, dass jedenfalls das Minimum erfüllt wird.

Das alles sind keine wirklich aktuellen Probleme im Verhältnis Staat und Religion. Aber selbstverständlich – die alten Fragen müssen immer wieder neu bedacht werden. Früher sinnvolle Lösungen mögen ihren Sinn verloren haben. Aus innerkirchlicher Sicht mögen sich manche theologischen Fragen immer wieder und weiterhin stellen. Der Opfercharakter des Gebens bei der Kirchensteuer, die Zusammenarbeit mit

dem Staat, das Militär. All das muss immer wieder neu befragt und gerechtfertigt werden. Neu ist das nicht.

Die aktuellen Probleme im Geflecht von Staat und Religion liegen woanders. Sie liegen in zwei Arbeitsfeldern, *zwei Herausforderungen*: Ich nenne sie *Vertrauen* und *Geduld*.

Und dann sind da noch *zwei technische Bereiche*: Die *muslimische Zuwanderung* natürlich. Und eine neue Staatskirchenhoheit, moderner: *Staatsreligionshoheit*. Auch das hat mit Vertrauen und Geduld zu tun. Was ist eigentlich der Kern des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften in Deutschland. Dieser Kern ist nicht Kirchensteuer oder Religionsunterricht oder Militärseelsorge. Kern des deutschen Systems ist das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften.

Das deutsche Religionsrecht ist gekennzeichnet vom Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften. Art. 137 Abs. 3 Weimarer Reichsverfassung, Art. 140 GG. Aber Selbstbestimmung muss man erst mal können. Und auch Subsidiarität, noch so ein Prinzip: Dass der Staat eine Aufgabe erst dann übernimmt, wenn andere, wie etwa Religionsgemeinschaften, das aus eigener Kraft nicht können, und die Aufgaben sonst gesellschaftlichen und religiösen Gruppen überlässt, im Sozialrecht etwa, bei religiösen Privatschulen und Universitäten. Selbstbestimmung, Subsidiarität, da sind wir beim Kern. Das funktioniert nur, wenn man vertrauen haben kann, dass es ordentlich funktioniert. Der kirchlichen Gerichtsbarkeit Entscheidungen überlassen, das geht nur, wenn man sicher sein kann, dass das nicht zu verrückt wird. Kirchliche Schulen zu haben, ja mit zu finanzieren, das geht nur, wenn da nichts Idiotisches gelehrt wird. Solches Vertrauen ist in unserem christlichen Kontext über Jahrhunderte gewachsen. Durch viele Konflikte hindurch. Solches Vertrauen braucht Zeit, Geduld eben. Auf beiden Seiten.

Viel Vertrauen ist verloren gegangen. Besonders wegen des vielfältigen Kindesmissbrauchs. Niemand sollte sich da zu sehr überheblich zeigen. Kindesmissbrauch gibt es auch anderswo. Aber der moralische Anspruch, den Kirche hat, auch meine eigene, die evangelische im Übrigen, verlangt nach besserem Schutz.

Vertrauen kann man nur haben, wenn man sich kennt. Wenn man weiß, dass man vertrauen kann. Viele Menschen in Deutschland wissen aber fast nichts mehr über Religion. In der Kirche sind sie nie gewesen oder nur ganz früher oder mal zu einem Fest wie Weihnachten. Einen Pfarrer kennt kaum jemand noch persönlich. Immerhin: Es gibt die flotten Nonnen im Kloster Kaltenthal im Fernsehen. Erst recht weiß kaum jemand etwas Konkretes vom Islam – wie soll man da Vertrauen schöpfen. Und Muslime fühlen sich missverstanden. Es muss mehr gegenseitige Bildung her.

Das zweite aktuelle Problemfeld hat auch mit Vertrauen zu tun. Vertrauen und Geduld. Es ist aber auch heikel. Mir scheint, wir erleben einen Hang zurück zu Elementen eines neuen Staatskirchentums, zur landesherrlichen Kirchenhoheit, zu einer *Staatsreligionshoheit*. Die gefährdet die verfassungsrechtlich gebotene weltanschauliche und religiöse Neutralität des Staates und sie gefährdet das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften.

Sichtbar wird das an ganz unterschiedlichen Stellen. Beim Asyl zum Beispiel. Wer in seinem Heimatland politisch verfolgt wird, genießt politisches Asyl. Religiöse Verfolgung kann das Recht auf Asyl auch begründen. Wer schon hier ist und Verfolgungsgründe entstehen erst hier, muss nicht erst zurück und sich der Verfolgung aussetzen, das sind die so genannten Nachfluchtgründe. Zum Beispiel: Wer als pakistanischer Muslim hier in Deutschland zum Christentum konvertiert, könnte in Pakistan wegen Apostasie verfolgt werden, dort kann die Todesstrafe drohen. Also kann er hier bleiben. Nun lassen sich manche Muslime hier taufen. Die staatlichen Stellen glauben aber nicht an jede Taufe. Die machen Christentumsprüfungen. Mit zum Teil schwierigen Fragen, ob die Konversion ernsthaft ist. Sonst wird sie nicht anerkannt, obwohl der Pfarrer sie bescheinigt. Wissen die Beamten des Staates besser, ob jemand tatsächlich Christ ist? Können sie das beurteilen, dürfen sie das? Eigentlich nicht. Staatliche Gerichte nehmen bisweilen auch in Anspruch zu entscheiden, ob jemand Jude ist oder nicht. Gegen jüdische Religionsstellen.

Das ist jedenfalls auch eine Frage des Vertrauens. Kann sich der Staat darauf verlas-

sen, dass jeder Pfarrer ernsthaft entscheidet, keinen Missbrauch unterstützt? Können religiöse Stellen darauf vertrauen, dass der Staat religiöse Normen richtig anwendet? Der Staat darf nicht in religiösen Fragen entscheiden. Er würde sich mit seiner eigenen Säkularität in Widerspruch setzen. Er würde die verfassungsrechtlich gebotene Neutralität verletzen. Das tut er aber in weitem Umfang.

Oder der Religionskundeunterricht. Die Schüler sollen möglichst viel über andere Religionen und Weltanschauungen lernen, unbedingt. Da werden viele neue Wege ausprobiert, mit meist guten Motiven. Aber wenn der Staat gegen die Religionsgemeinschaften über den Inhalt entscheidet, wird es problematisch. Der Staat kann nicht verbindlich feststellen, was richtig oder falsch in einer Religion ist, welche Aussagen über sie richtig oder falsch sind. Religiöse Wahrheit kann der Staat nicht postulieren – oder negieren. Das lief lange ganz gut mit dem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen nach Art. 7 GG.

Über vier Millionen Muslime, Millionen *Zuwanderung* innerhalb weniger Jahre. Da gibt es eine Verschiebung hin zu Vielfalt, zu intensiverem Glauben, wie er sich eben in der Diaspora regelmäßig entwickelt. Anderer Glaube mit anderer Kultur ist wirkkräftig geworden.

Das ist eine Herausforderung für Vertrauen. Mit den Muslimen, da gibt es noch immer wenige, auf Dauer bestehende verlässliche Ansprechpartner, immer noch ist es nicht selten schwierig mit muslimischen Religionsgemeinschaften. Wer organisiert sich? Wem kann man vertrauen? Insgesamt braucht man da Geduld. Die Integration ist nicht gescheitert. Die Integration braucht Zeit. Da gibt es auch immer wieder Rückschläge. Vertrauen ist ein Verhältnis auf Gegenseitigkeit.

Zugewanderte Muslime haben regelmäßig nicht die gleichen kulturellen, religiösen Voraussetzungen, die unser Religionsrecht prägen. Es gibt dabei keine Gemeinde, eben keine Kirche, keine Repräsentation der Gläubigen jenseits des Staates. Jesu Dictum „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Mk 12,17), die darin enthaltene Unterscheidung zwischen Säkularem und Sakralem, die darin angelegte Gewaltenteilung, Bändigung von Macht, ist in islamischer Kultur wenig präsent. Der

Staat entscheidet in Religionsangelegenheiten, deutlich in der Türkei, wo das staatlich gelenkte Religionspräsidium alle Imame anstellt und die Predigten für das ganze Land formuliert und vorschreibt.

In Deutschland ist das Staatskirchentum seit hundert Jahren abgeschafft. Allerdings ist das auch nicht ganz so lange her. Der Gegensatz von Papsttum und Kaisertum aber, der uns bis heute hinein prägt, den hat es in den muslimisch geprägten Ländern nicht gegeben. Eine Amtskirche gibt es nicht, keinen heilsnotwendigen Klerus. Vereinigungen von Muslimen in Deutschland sind weitgehend landsmannschaftlich geprägt. Das ist im Übrigen nicht viel anders als die deutschen Gruppen in Siebenbürgen oder an der Wolga, da war die Religion auch ein starkes Bindemittel untereinander und zur überkommenen Kultur.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wenigstens Anfänge der Zusammenarbeit zwischen Staat und muslimischen Verbänden geschaffen worden sind. Verständnis und Bereitschaft auf Seiten des deutschen Staates mussten erst wachsen, ebenso Verständnis und Bereitschaft auf Seiten muslimischer Betroffener. Die Staatsabhängigkeit und die landsmannschaftliche Bindung der Muslime, das menschliche Bedürfnis, sich der eigenen gewohnten Kultur nicht zu entfremden, seine Identität in fremder Umgebung zu wahren, das sind hohe Hürden des Sich-Einfindens auch in das deutsche Religionsrecht. Dieses Recht muss man auch erst einmal kennen und dann verstehen und dann sich anpassen. Dazu braucht man doch auch Juristen, die muslimische Theologie kennen. Und auch das deutsche Religionsrecht muss sich den neuen Gegebenheiten anpassen.

Dann kommt der unselige Konflikt innerhalb der Türkei hinzu, das Ausgreifen ins Ausland, der so ganz schräge Tonfall, das totalitäre Unrecht, das so überhand genommen hat. Das macht ausländischen Staatseinfluss in deutschen muslimischen Verbänden ernsthaft zum Problem.

Die Probleme sind nicht nur einfach technisch, sie haben auch theologische Dimensionen: Mitglied zu sein in einer Gemeinde, das gibt es im Islam nicht wie bei uns, Repräsentanten zu wählen ist eine Schwierigkeit. Mitgliederlisten mussten erst noch eingeführt werden.

Auf viel Verständnis, gar Wohlwollen in deutschen Amtstuben konnten Muslime da lange nicht wirklich zählen. Das ist ein Konfliktfeld auf Gegenseitigkeit. Sich aufeinander einstellen, sich aufeinander einlassen, das braucht Geduld. Man muss erst einmal Vertrauen aufbauen. Das braucht Zeit.

Da haben wir es: Geduld. Integration ist keine Frage von Monaten oder Jahren, sondern von Jahrzehnten, vielen Jahrzehnten.

Es gibt also viele Felder mit aktuellen Problemen neben Kirchensteuer, Religionsunterricht, Militärseelsorge, Staatsleistungen. Tatsächlich wohl besonders die Zuwanderung, die neue religiöse Vielfalt, manche Keckheit eines neuen landesherrlichen Kirchenregiments, die europäische Entwicklung.

Vertrauen muss erworben, erfahren, gebildet werden. Man muss sich kennen. Das braucht Zeit. Das braucht Geduld. Es bleibt eben spannend.

Das braucht nicht nur Vertrauen in die anderen. Das braucht auch Vertrauen in uns selbst. Daran fehlt es häufig. Am Vertrauen in unsere Werte, in unsere Kraft, in die Überzeugungskraft unserer Werte. Und viele wissen gar nicht, was diese Werte sind. Bildung auf allen Seiten, gegenseitiges Kennenlernen sind wichtig. Und sich selbst besser kennenlernen. Daran fehlt es oft. Und eben an Vertrauen in uns selbst, an die Überzeugungskraft unserer Werte. Dass Gleichberechtigung von Frauen und Männern besser ist als die Macht der einen über die anderen zum Beispiel. Dass Zwangsheiraten nur Unglück produzieren – das ist ein anderes Beispiel. Und dass Ehrenmord gar nicht geht. Man sollte auch nicht vergessen, dass es viel davon auch in Deutschland, in deutscher, europäischer Kultur vor gar nicht langer Zeit auch gegeben hat und an mancher Stelle immer noch gibt. Und dass das überwunden werden kann, das zeigt unsere eigene Geschichte. Die furchtbaren Terroranschläge im Namen des Islam diskreditieren diese Religion. Sie sind Gotteslästerung, Blasphemie, Missbrauch. Sie diskreditieren auch die Millionen Muslime, die ein friedliches, gutes Leben führen wollen und sich nun in gefährlicher Gesellschaft sehen. Diese, die große Mehrheit, die friedlichen, guten Muslime gilt es zu unterstützen. Man kann ja

verstehen, dass Muslimverbände sich nicht von jedem islamistischen Attentat distanzieren. Sie würden so indirekt eine besondere Nähe zu solchen Tätern indizieren. Aber es besteht eben doch die Gefahr der Identifizierung. Wenn der Islam zu solchen Verbrechen missbraucht wird, täten die guten Muslime gut daran, ihre Religion dagegen zu verteidigen. Und das zu zeigen. Tun sie das nicht, sind sie vor Missverständnissen nicht geschützt. Sie könnten sich ja in besonderer Weise mit den Opfern solidarisieren. Und es ist entscheidend, dass sie in ihrem eigenen Verband einen Islam predigen und vorleben, der friedfertig und freiheitlich ist.

Mit solchen Verbänden kann der Staat auch Verträge schließen. Das sollte der Staat auch tun. Es gilt, einen guten Islam zu stützen und zu fördern. Das fordert die Friedensaufgabe der Verfassung.

Solche Verträge sind keine Privilegierung. Sie fördern gegenseitiges Verständnis. Sie sind gegenseitige Verpflichtung im Rahmen und auf der Grundlage von Verfassung und Gesetz.

Gegen Gewalt muss der Staat schützen. Auch – und in besonderer Weise – gegen Antisemitismus. Der kommt mitten aus Deutschland. Das haben wir gerade wieder erlebt. Da kann man auch sagen: Wir müssen uns vor uns selbst schützen. Wir dürfen das Vertrauen in uns selbst nicht verlieren. Das Vertrauen in unsere eigenen Werte. Das Vertrauen in die Kraft unserer guten Traditionen. Dieses Vertrauen ist bedroht von Leuten wie dem Täter von Halle. Von ihrer wirren Dummheit und Bosheit. Vertrauen in uns selbst. Vertrauen in unsere eigenen Werte. Das muss gestärkt werden.

*Prof. Dr. Gerhard Robbers war bis zu seiner Emeritierung Professor für Öffentliches Recht, Kirchenrecht und Staatsphilosophie an der Universität Trier. Er war Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz und von 2014 bis 2016 Minister der Justiz und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz. - Der vorstehende Text geht zurück auf einen Vortrag beim „Theologischen Quartett Trier“ am 20. Oktober 2019. Der Vortragsstil wurde beibehalten.*

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Erneuter Wahlsieg der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)

Der 13. Oktober 2019 könnte sich für Polen als ein besonderer Schicksalstag erweisen. In diesem Sinn äußerte sich Olga Tokarczuk, nachdem ihr unmittelbar vor den Wahlen die Schwedische Akademie den Literaturnobelpreis zugesprochen hatte: In der Wahl, „die wir am Sonntag treffen [...] entscheiden wir darüber, ob Polen im Kreis der Zivilisation des westlichen Menschen verbleibt oder sich davon trennt und sich in die verlogenen Fänge des Autoritarismus, vielleicht sogar der Gewalt, begibt.“ Und weiter: „Am Sonntag haben wir Wahlen; ich bin der Meinung, es sind die wichtigsten seit '89. Von ihnen hängt es ab, ob wir in einem demokratischen Land leben werden, das zu Europa gehört, oder in einem solchen, das sich von Europa löst und den Weg in eine ungewisse Richtung einschlägt.“ Die Bürger waren aufgerufen, ein neues Parlament und einen neuen Senat zu wählen. Die Wahlbeteiligung war mit 61,74% die höchste seit 30 Jahren – ein Zeichen für die Bedeutung dieses Urnengangs. Woche für Woche sahen Umfragen die regierende PiS als vereinte Rechte unter Einschluss der kleineren Parteien von Zbigniew Ziobro (Solidarisches Polen) und Jarosław Gowin (Gemeinsames Polen) als klaren Wahlsieger. Ihr politischer Widerpart, die liberale Bürgerplattform (PO), konnte sich daher kaum Hoffnung auf einen Regierungswechsel machen. Immerhin zeigte man sich überzeugt, im Verein mit den übrigen Oppositionsparteien wenigstens die Alleinherrschaft von PiS zu beenden, von der die letzten vier Jahre geprägt waren. Doch selbst diese Erwartung sollte sich nicht erfüllen. Mit 43,59% der abgegebenen Stimmen gewann PiS die Sejmwahlen, 6% mehr als 2015. Die Bürgerkoalition aus Bürgerplattform und Moderne erreichte 27,4%. Das Linksbündnis SDL, das vor vier Jahren an der 8%-Hürde gescheitert war, kam, um die neu gegründete Partei „Frühling“ ergänzt, auf 12,56%. Des Weiteren

ren werden im neuen Sejm die Bauernpartei PSL (8,55%) und die nationalistische Konföderation für Freiheit und Unabhängigkeit (6,8%) vertreten sein.

Im 460 Sitze umfassenden Sejm verfügt PiS über 235 Abgeordnete; unter ihnen jeweils 18 Abgeordnete der Parteien von Ziobro und Gowin, die gegenüber 2015 die Zahl ihrer Abgeordneten erhöhen konnten und PiS überhaupt erst die Mehrheit im Sejm sichern. Dafür verlangen sie nun einen größeren Einfluss auf die Politik von PiS sowie auf die Regierungsbildung, was bereits zu internen Konflikten geführt hat. Dass PiS schließlich mit einem Stimmenanteil von 43,59%, wie 2015, die absolute Sejmmehrheit erringen konnte, hat seinen Grund darin, dass ihr nach dem polnischen Wahlrecht die Stimmen kleinerer Parteien angerechnet wurden, welche die 5%-Hürde, bzw. bei einem Bündnis mehrerer Parteien die 8%-Hürde, nicht zu überspringen vermochten.

Das von Parteichef Jarosław Kaczyński gesteckte Ziel einer 2/3-Mehrheit, das für die von ihm gewünschte neue Verfassung erforderlich wäre, wurde indes verfehlt. Auch gelang es PiS nicht, nach den Dörfern und Provinzstädten die Metropolen für sich zu erobern. In Warschau gewann die Partei lediglich 27,49% der abgegebenen Stimmen, in Breslau 28,92% und in Posen, eine Hochburg der Bürgerplattform, ganze 24,11%. Gleichfalls dämpfte die Siegesfreude bei PiS, dass die Partei im Senat ihre Mehrheit eingebüßt hat. Hier gewann die Opposition knapp mit 51 von 100 Senatoren, weil sie jeweils nur einen gemeinsamen Kandidaten pro Wahlbezirk ins Rennen schickte und so eine Aufsplitterung des eigenen Lagers vermied. Doch PiS will sich indes mit diesem Ergebnis nicht abfinden. Die Partei versucht, bislang allerdings vergeblich, mit Versprechungen Senatoren der Opposition zu bewegen, die Fronten zu wechseln. Und sie hat in der Hoffnung, doch noch die Senatswahlen zu gewinnen, beim Obersten Gericht für einige Wahlbezirke mit knappen Wahlergebnissen eine Neuauszählung der Stimmen beantragt. Zu den Kompetenzen des Senats gehört die Einflussnahme auf die Besetzung wichtiger Institutionen wie die der Finanzaufsicht. Für den Sejm ist jedoch die Senatsmehrheit der Opposition ein eher stumpfes Schwert. Sie kann mit ihrer einfachen Mehrheit

zwar die vom Sejm verabschiedeten Gesetze kurzfristig blockieren, aber nicht auf Dauer verhindern, solange Staatspräsident Andrzej Duda als Mann von PiS im Amt ist. Sollte allerdings im kommenden Jahr ein Kandidat der Opposition die Präsidentschaftswahl gewinnen, könnten unter Umständen Gesetzesvorhaben der regierenden PiS gänzlich gestoppt werden. Dies unterstreicht die Bedeutung der im kommenden Jahr anstehenden Präsidentschaftswahl.

### PiS in der Rolle einer sozialen Wohltäterin

Fragt man nach den Gründen für den erneuten Wahlsieg von PiS, dann muss an erster Stelle ihre Sozialpolitik genannt werden. Auf großen Plakaten präsentierten sich die PiS-Kandidaten, versehen mit den Hinweisen auf die monatlich 500 Zł. Kindergeld, eine 13. Rentenauszahlung, kostenfreie Medikamente für Rentner über 70 Jahre, Steuerbefreiung für junge Berufsanfänger, sukzessive Gehaltserhöhungen, Anhebung des Mindestlohns. Eine lange Liste sozialer Wohltaten. Millionen potenzielle Wählerinnen und Wähler profitieren von ihnen. Angesichts der guten Wirtschaftslage scheinen die für diese Sozialleistungen aufzubringenden Unsummen noch verkraftbar zu sein, zumal die Konsumfreude der Polen dafür sorgt, dass ein Gutteil des Geldes wieder in den Staatssäckel zurückfließt. Doch für notwendige Investitionen in die Infrastruktur, in das Gesundheits- und Bildungswesen sowie zur Abwehr der drohenden Umweltkatastrophe, fehlen die Mittel. Zumal letztere sind dringend erforderlich, wenn man bedenkt, dass nach dem jüngsten Bericht der Europäischen Umweltagentur Polen das Land in der Europäischen Union mit der höchsten Luftverschmutzung ist, der jährlich über 40 000 Bürger zum Opfer fallen. Und was wird, wenn angesichts der gegenwärtig weltweit schlechten Wirtschaftsaussichten Polen eine Rezession droht?

Im Übrigen geht es bei diesen Sozialleistungen nicht nur ums liebe Geld. PiS präsentierte sich mit ihnen als die Partei, die sich um das Wohl der Menschen sorgt, ihnen soziale Sicherheit garantiert und ihnen das Gefühl vermittelt, in ihrer Würde ernst genommen zu werden. Wobei ihnen gleichzeitig suggeriert wurde, dass im Falle eines Wahlsiegs der Bürgerplattform deren

liberale Politik ihren gewonnenen sozialen Besitzstand gefährde.

Ganz so selbstlos, wie es scheint, ist allerdings diese Sozialpolitik von PiS nicht. Sie konzentriert sich bewusst auf breite Wählerschichten. Kleinere, besonders bedürftige gesellschaftliche Randgruppen wie die geistig und körperlich Behinderten haben das Nachsehen. Ihre für sie sorgenden Angehörigen mussten in den zurückliegenden vier Jahren streiken und das Parlamentsgebäude besetzen, um Gehör zu finden und wenigstens einen Teilerfolg zu erstreiten. Anderen Gruppen wie Hebammen, Assistenzärzte und Lehrer erging es ähnlich.

## Die Wirksamkeit nationaler Rhetorik

Aus den letzten Regierungsjahren von PiS stammt das viel zitierte Wort der damaligen Ministerpräsidentin Beata Szydło, mit PiS sei die Zeit gekommen, sich von den Knien zu erheben. Als seien die Polen in den vergangenen Jahrzehnten ständig unterdrückt und gedemütigt worden – durch deutsche Arroganz und Dominanz, durch die Brüsseler Bürokraten; als wolle man ihnen durch den Einfluss westlicher Zivilisation die nationale Identität rauben. Mit dieser teilweise aggressiven Abwehrhaltung verbindet sich eine staatlich gelenkte nationale Geschichts- und Kulturpolitik, die keine Flecken duldet, keinen Prozess nationaler Selbstreinigung, keine nationale Scham. Katholisch und national hat der Pole zu sein, so der Tenor des von PiS geführten Wahlkampfes. Auf diese Weise lassen sich die „guten“ von den „schlechten“ Polen, den Liberalen, den westlich verseuchten, den Linken, unterscheiden, denen nichts weniger als Verrat am Polentum vorgeworfen wird. Im Verein mit der Kirche soll sich der „wahre“ Pole seiner nationalen Identität bewusst und sicher sein. Jarosław Kaczyński verstieg sich in diesem Zusammenhang sogar zu der Aussage, außerhalb der Kirche sei nichts als Nihilismus, und er rief damit den polnischen Primas, Erzbischof Polak, auf den Plan, der sich veranlasst sah, diese Aussage zu korrigieren.

## Militärische Sicherheit durch das Bündnis mit den USA

Was PiS den Wahlsieg beschert hat, ist daher vor allem das den Bürgern vermittelte

Gefühl der Sicherheit durch umfangreiche Sozialleistungen und Vermittlung eines nationalen Identitätsbewusstseins. Hinzu kommt die militärische Sicherheit gegen eine potentielle östliche Bedrohung. PiS sieht sie durch die Zugehörigkeit zur NATO allein nicht gewährleistet. Man setzt auf ein Sonderbündnis mit den USA. Dem dienten zahlreiche Reisen des polnischen Staatspräsidenten. Kein anderer europäischer Staats- oder Regierungschef traf Donald Trump so häufig wie Andrzej Duda. Er erreichte die Zusage der Stationierung von zusätzlich 1000 amerikanischen Soldaten auf polnischem Territorium sowie – besonders wahlkampfwirksam – die Befreiung von der Visapflicht bei Reisen in die USA. All das nährt den nationalen Stolz und dürfte PiS über den harten Kern ihrer Wählerschaft hinaus weitere Stimmengewinne gebracht haben. Dass die getroffenen Vereinbarungen für Trump vor allem ein Deal sind, weil sich Polen verpflichtet hat, Rüstungsgüter nicht bei den europäischen Verbündeten zu kaufen, sondern von amerikanischen Firmen zu erwerben, ein nachweislich kostspieliges Geschäft, bleibt eher unerwähnt.

## Politische Kontrolle als Voraussetzung des Wahlsiegs

Eine wichtige Voraussetzung für den Wahlsieg von PiS ist die von ihr in den letzten vier Jahren erreichte Kontrolle über die staatlichen Institutionen, in Sonderheit über das Fernsehen und das Justizwesen. So erwies sich das staatliche Fernsehen als ihr vorzügliches Propagandainstrument: „Täglich um 19.30 sehen fast zwei Millionen Polen den Bericht aus der belagerten Festung. Einer Festung, die von einer starken Regierung verteidigt wird, die sich um das Wohl und die Sicherheit ihrer Einwohner kümmert. Die Regierung hat immer recht und nur Erfolge vorzuweisen; unablässig wird sie von Feinden attackiert“ – Sätze aus einer die abendliche Nachrichtensendung „Wiadomości“ betreffenden und bis heute gültigen Analyse aus dem Jahr 2017. Entsprechend stand denn auch das staatliche Fernsehen monatelang ganz im Dienst des von PiS geführten Wahlkampfes. Ihre Kandidaten konnten sich öffentlich präsentieren, den Oppositionskandidaten blieben dagegen die Studios zumeist verschlossen. Gravierende Affären, die der

Partei hätten schaden und die Wahl negativ beeinflussen können, wurden entweder verschwiegen, zu Bagatellen heruntergespielt oder als verlogene Attacken der Opposition abgetan, die zudem allabendlich das Ziel aggressiver Angriffe waren. Von einer parteipolitischen Chancengleichheit konnte gemäß dieser Praxis keine Rede sein. Die Opposition war im öffentlichen Raum deutlich benachteiligt und beklagte dies auch entsprechend.

In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf Affären aus den letzten vier Jahren, von denen man hätte erwarten können, dass sie in den Wahlen zu hohen Stimmenverlusten für PiS führen würden, was offenbar nicht der Fall war: Korruptionswürfe gegen Premier Morawiecki und den Leiter des Rechnungshofes, geradezu mafiöse Verhältnisse im Justizministerium, wo es sich eine getarnte Gruppe von Mitarbeitern zur Aufgabe gemacht hatte, durch eine Mittelsperson ihnen missliebige Richter in den sozialen Medien zu diffamieren, um sie auf diese Weise zum Rücktritt zu nötigen. Von besonderer Brisanz ist eine Affäre, in die Jarosław Kaczyński offenbar persönlich verwickelt ist. Es handelt sich um das gescheiterte Warschauer Projekt eines bis in den Himmel ragenden Doppelturms, der als Parteizentrale gedacht war, durch Mietentnahmen die Partei finanziell absichern und nebenbei gleichsam als Denkmal den Zwilingsbrüdern Lech und Jarosław gewidmet sein sollte. Weil die Warschauer Stadtverwaltung die Baugenehmigung verweigerte, kam das Projekt nicht zustande. Doch der mit der Ausführung beauftragte, durch seine Frau mit Kaczyński verwandte Österreicher hatte bereits beträchtliche Mittel in dieses Projekt investiert, die er nun, wenngleich vergeblich, von Kaczyński zurückforderte; darunter 50 000 Zł., die er auf Geheiß von Kaczyński als Schmiergeld einem Priester gezahlt hatte. Nachdem der Staatsanwalt das Verfahren monatelang verzögert hatte, stellte er es zur Beruhigung des Hauptbelastungszeugen Kaczyński genau zwei Tage vor den Wahlen ein – ein eindrucksvolles Beispiel für den rechtswidrigen Zustand, in dem sich Polen unter der PiS-Herrschaft befindet.

Denn in einem Rechtsstaat wäre diese Affäre in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss geklärt und vor Gericht verhandelt worden. Nicht so im von PiS re-

gierten Polen. Gegen die absolute Mehrheit der PiS-Abgeordneten war im Sejm kein Untersuchungsausschuss durchsetzbar, und Justizminister Ziobro verhinderte, dass es in diesem Fall zum Prozess kam, in dem Kaczyński unter Eid hätte aussagen müssen.

Bei den Oktoberwahlen stand somit für Kaczyński auch persönlich viel auf dem Spiel, würde es doch in Falle eines Wahlsieges der Opposition zu dem von Ziobro verhinderten Prozess kommen – mit allen für ihn negativen Folgen.

## Im Zeichen des Kulturkampfes

In ihrem Wahlkampf griff PiS eine in der Bevölkerung herrschende, gegen jede Art von Homosexualität gerichtete und die Gesellschaft tief spaltende Stimmung auf. Eine Initiative der PiS nahestehenden Zeitung „Gazeta Polska“ hatte einen Aufkleber mit der Aufschrift „LGBT-freie Zonen“ in Umlauf gebracht, der von zahlreichen Gemeinden aufgegriffen wurde, die sich als homosexuellfrei erklärten. In Wahrheit bedeutete diese Aktion die Stigmatisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung einer Minderheitsgruppe. Dagegen richtete sich die Initiative „Kampagne gegen Homophobie“, die vor ihrem „Gift“ warnte, das letztlich „zu einer Jagd auf Menschen führt“. Unter dem Motto „ein Haus für alle“ formierten sich in manchen Städten Homosexuelle und Gegner jeglicher Homophobie zu einem von gewaltsamen Übergriffen begleiteten „Marsch der Gleichheit“, um gegen Homophobie und gesellschaftliche Ausgrenzung von Homosexuellen zu protestieren.

Angesichts dieser gesellschaftlichen Stimmungslage ließ Kaczyński verlauten, seine Partei werde im Wahlkampf als Verteidigerin nationaler und christlicher Werte auftreten, die von der LGBT unterstützenden Opposition negiert würden. Und so geschah es, wobei sich PiS insbesondere gegen die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Sexualerziehung wandte, in der die Partei – gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse – die Quelle der die Gesellschaft angeblich demoralisierenden Homosexualität sieht.

## Kirchliche Wahlhilfe

Auch wenn die Direktive der Polnischen Bischofskonferenz Wahlpropaganda in kirchlichen Räumen untersagt und den

Priestern verbietet, in Ausübung ihres Amtes, etwa während des Gottesdienstes, für eine Partei zu werben, so bedeutete doch der gegen LGBT geführte kirchliche Kulturkampf faktisch eine Unterstützung für PiS. So etwa, als der Krakauer Metropolit Erzbischof Jędraszewski von einer „Homopest“ sprach und im gleichen Atemzug die Opposition für die öffentlichen Aktionen homosexueller Vereinigungen verantwortlich machte. Mit seiner Aussage ermunterte er zahlreiche Priester, sich auf ähnliche Weise zu äußern. Aus deren zahlreich dokumentierten Aussagen sei beispielhaft eine zitiert, die des Lubliner Pfarrers Szymanski. Unter Hinweis auf die Aktivitäten von LGBT sagte er: „Die Zeit eines bequemen, vor sich hin dämmernden Katholizismus ist vorbei. [...] Wenn uns daran liegt, dass es den Menschen in Polen gut geht, das heißt würdig, sicher, dass man unsere Werte schätzt, die Werte der Polen und Katholiken, die uns heilig sind, dann nehmen wir an dieser Wahl teil und geben unsere Stimme Leuten, die ein den Geboten Gottes entsprechendes Gewissen haben.“ Und dann wurde er konkret, indem er die Namen einzelner PiS-Kandidaten nannte. Dass dieser kirchliche Kulturkampf dem christlichen Geist widerspricht, machte unlängst kein Geringerer deutlich als der päpstliche Sondergesandte zur Klärung klerikaler Missbrauchsfälle, der Malteser Erzbischof Charles Scicluna. In einem dem „Tygodnik Powszechny“ gewährten Interview. Auf den kirchlichen Kampf gegen die „LGBT-Ideologie“ angesprochen, erklärte er: „Man darf keine gesellschaftliche Gruppe, gleich welcher Art, stigmatisieren. Das ist eine äußerst schlimme Sache – diese oder eine andere Kategorie von Menschen verfolgen bzw. kriminalisieren. Oder mittels einer Ideologie Angst verbreiten. Angst ist der Feind der Hoffnung.“

### Eine Politik des weiter so?

Aus den Sejmwahlen geht Kaczyński und das von ihm geschaffene politische System gestärkt hervor. Denn es ist vor allem sein Sieg. Der Sieg eines ungekrönten Königs, der - ohne ein Regierungsamt zu bekleiden – die Geschicke Polens lenkt. Anders als Schetyna, der als Parteivorsitzender der Bürgerplattform die Wahlen verloren hat, der nicht einmal in seinem Wahlkreis das Mandat gewinnen konnte und seine Ablö-

sung befürchten muss, ist Kaczyński innerparteilich ohne Konkurrenz. Ein Alleinherrscher, der darüber entscheidet, wer Karriere macht und wer nicht. Er bestimmt die Minister und ersetzt sie durch neue, falls er dies für erforderlich erachtet. Er gibt die Richtlinien der Politik vor, die unter seiner Kontrolle von der Regierung umzusetzen sind, deren Entscheidungsspielraum damit sehr begrenzt ist. Das gegenwärtige politische System Polens ist ganz auf seine Person zugeschnitten. In Europa wird man Vergleichbares vergeblich suchen.

So ist zu erwarten, dass Kaczyński die Politik, die ihm den Wahlsieg gebracht hat, fortführen wird: Er wird, wo immer es ihm dienlich erscheint, weiterhin mit Verschwörungstheorien operieren, äußere Feinde ausmachen, die Polens Souveränität bedrohen, sei es Berlin, sei es Brüssel. Und er wird in der Opposition, der er „Verrat am Polentum“ unterstellt, den inneren Feind sehen. Damit wird er sich weiterhin als Garant äußerer und innerer Sicherheit präsentieren, indem er den Polen die von ihm selbst geweckten Ängste nimmt.

### Weiterhin eine Marginalisierung der Opposition?

Führt Kaczyński seine bisherige Politik fort, dann bedeutet dies eine Marginalisierung der Opposition im Sejm. Er ließ mit der absoluten Mehrheit seiner Abgeordneten in der nun geendeten Legislaturperiode die von ihm gewünschten Gesetze, mit denen er sich die Kontrolle über das Justizwesen sicherte, im Eilverfahren, oft zu nächtlicher Stunde, verabschieden, ohne dass die Opposition auf sie hätte Einfluss nehmen können. Ihr blieb nur ein letztlich wirkungsloser Protest, indem sie Ende 2016 wochenlang den Plenarsaal besetzt hielt. Dabei hatte Kaczyński vor 2015, als die Bürgerplattform die Regierung stellte und PiS in der Opposition war, demokratische Regeln eingefordert und bewilligt bekommen, die PiS im Sejm einen beträchtlichen Einfluss verschafften. Als PiS dann im Herbst 2015 die Wahlen gewonnen hatte, wanderten eben diese Richtlinien als erstes in den Papierkorb.

Zu einer funktionierenden Demokratie gehören lebendige, oftmals harte, aber von wechselseitigem Respekt geprägte Parlamentsdebatten, gehört der Austausch der

Argumente und Gegenargumente. Eine solche Debatte fand in den vergangenen vier Jahren nicht statt, und es ist eher unwahrscheinlich, dass Kaczyński ihr in dieser Legislaturperiode Raum gibt. Doch dann dürfte sich die innenpolitische Situation weiter verschärfen. Nicht ausgeschlossen, dass sich die vergiftete Atmosphäre zwei sich feindlich gegenüber stehender Lager hin und wieder mit schwer abschätzbaren Folgen entlädt – zum Schaden des politischen Ansehens Polens in der Welt.

### Eine Fortsetzung des Kulturkampfes?

Der Sejm beendete nach den Oktoberwahlen seine Legislaturperiode mit der Behandlung zweier Gesetzesvorhaben. Eines beinhaltet die Verurteilung „sämtlicher Akte des Hasses gegen Katholiken“. Es scheint, dass damit die von Erzbischof Gądecki, dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, stammende „Erklärung zu Akten des Hasses gegen Katholiken in Polen“ gleichsam in Gesetzesform gegossen werden soll. Mit ihr wurde die bis dahin lebhaft geführte öffentliche Diskussion um die klerikalen Missbrauchsoffer faktisch beendet und durch eine die öffentliche Meinung bestimmende Auseinandersetzung um eine angeblich in Polen grassierende, durch das LGBT-Milieu hervorgerufene Kirchenfeindschaft ersetzt. Und dies mit weitreichenden Folgen eines neuerlichen Kulturkampfes. Der neue Sejm wird sich mit diesem Gesetzesvorhaben befassen müssen, und man darf gespannt sein, ob der parlamentarische Prozess am Ende zu einem von der absoluten PiS-Mehrheit verabschiedeten Gesetz führt, das derlei „Akte“ näher definiert, und welche Strafen diese nach sich ziehen.

Sollte es zu einem derartigen Gesetzesbeschluss kommen, wäre dies nicht nur ein Signal, dass der Kulturkampf weiter geht, sondern dass damit auch das Bündnis zwischen Thron und Altar gefestigt würde. Dass dies eine ernste Gefahr für Polens Kirche wäre, ließ Erzbischof Grzegorz Ryś erkennen. Zwei Wochen vor den Wahlen berichtete er in seiner ständigen Rubrik im „Tygodnik Powszechny“, er habe vor kurzem bei seinem Papstbesuch die Versuchung einer engen Bindung der Kirche an die politische Macht zur Sprache gebracht, und Franziskus habe darauf mit einem ita-

lienischen Sprichwort geantwortet: „Heute Brot – morgen Hunger.“

Das zweite Gesetzesvorhaben, das auf der letzten Sitzung des Sejm behandelt wurde, steht gleichfalls in einem engen Zusammenhang mit dem derzeitigen Kulturkampf. Es betrifft ein Verbot der Sexualerziehung, das von PiS bereits im Wahlkampf gefordert wurde, wobei Sexualerziehung der Kaczyński-Partei sowie den nationalkatholischen Priestern und Bischöfen als Quelle einer Sexualisierung von Kindern und Jugendlichen gilt und von ihnen für Homosexualität und sexuellen Missbrauch verantwortlich gemacht wird. Das Gesetzespaket sieht bei Verstößen gegen das Verbot empfindliche Haftstrafen bis zu 3 Jahren vor. Der neue Sejm wird sich mit diesem Projekt befassen müssen, und auch hier kann man gespannt sein, ob es, und wenn, in dieser Schärfe verabschiedet wird.

Vor dem Sejm und in manchen Städten kam es zu Protesten. Auf Transparenten wurde den Befürwortern eines solchen Gesetzes Rückfall ins Mittelalter vorgeworfen – ein Vorgeschmack auf das, was Polen bevorsteht, wenn der neue Sejm die Beratungen zu diesem Gesetz aufnimmt oder gar das Gesetz im gewohnten Eilverfahren mit der absoluten Mehrheit an PiS-Abgeordneten ohne Rücksicht auf die Bedenken der Opposition verabschiedet werden sollte. Die Frage ist, wie sich Polens Kirche zu diesem Gesetzesvorhaben verhalten wird. Dass es von einer nationalkatholischen Stiftung forciert wird, bedeutet noch nicht, dass sich auch die Bischofskonferenz ein solches Gesetz wünscht. Sie wäre gut beraten, diese Initiative nicht zu unterstützen, die den Kulturkampf weiter anheizen und die ohnehin bestehende tiefe Spaltung in Kirche und Gesellschaft weiter vertiefen würde.

Was Kirche und Gesellschaft wirklich brauchen, ist nicht ein Verbot, sondern eine breite Diskussion um eine verantwortliche Sexualerziehung, die am Ende zu verbindlichen Richtlinien für den schulischen Bereich führt. Die Weltgesundheitsorganisation, die die Sexualerziehung allen Ländern empfiehlt, lädt die Kirchen ausdrücklich ein, sich an der Ausgestaltung der Sexualerziehung zu beteiligen – was allerdings in diesem Kulturkampf verschwiegen wird. Eine solche, ehrlich geführte Diskussion würde deutlich machen, dass Sexualerzie-

hung keineswegs die Quelle allen Übels ist. Eher führt ihr Mangel dazu, wie Untersuchungen belegen, dass Kinder bereits mit sieben Jahren ihr Wissen aus dem Internet beziehen, dass die sexuelle Reifung der Persönlichkeit erschwert und gar verhindert wird, und dies auch mit den fatalen Folgen von Pädophilie. Die polnische Kirche verfügt über genügend Laien und Priester, die in der Lage sind, sich mit Sachkompetenz an einer solchen Diskussion zu beteiligen und an der Erarbeitung entsprechender Richtlinien mitzuwirken. Ob sich Polens Kirche für diese Alternative entscheidet, statt einen Kulturkampf zu führen, der am Ende keine Sieger, sondern nur Verlierer kennt, wird die nahe Zukunft zeigen.

### Repolonisierung der Medien

Der Wahlsieg ermöglicht es Kaczyński und seiner PiS, die Politik des „guten Wandels“ fortzusetzen und weitere Bereiche gesellschaftlicher Institutionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Vorrangig ist bei diesem Bemühen die so genannte „Repolonisierung der Medien“. Dazu muss man wissen, dass nach dem Ende des Kommunismus und dem Beginn des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft viel Kapital nach Polen floss, so dass hinter weiten Teilen der polnischen Medienlandschaft ausländische, auch deutsche Kapitaleigner stehen. Kaczyński ist dies seit langem ein Dorn im Auge, sieht er doch, wie er immer wieder betont, durch diesen Tatbestand die Souveränität des Landes gefährdet. Doch dieses Argument, ob berechtigt oder nicht, verschleiert die wahre Absicht, mit der Kontrolle über die Medien die öffentliche Kritik an der eigenen Politik weitgehend auszuschließen und die eigene Macht zu festigen – die übliche Strategie aller autoritären und diktatorischen Systeme. Dass der Verdacht auf diese Absicht berechtigt ist, zeigt die Tatsache, dass auch Medien im Visier sind, die sich in polnischer Hand befinden, aus der Sicht von PiS aber als „antipolnisch“ eingestuft werden. So gab es bereits den Versuch, durch Übernahme der Aktien die gegenüber PiS äußerst kritisch eingestellte und einflussreiche „Gazeta Wyborcza“ des einstigen Dissidenten und Solidarność-Aktivisten Adam Michnik zu „polonisieren“, ein Versuch, der allerdings früh erkannt wurde und abgewehrt werden konnte.

Eine weitere Möglichkeit, gegenüber PiS kritische Medien zu einem Kurswechsel zu zwingen, besteht darin, ihre Reklameeinnahmen dadurch zu reduzieren, dass Firmen, die derlei Anzeigen in Auftrag geben, keine staatlichen Aufträge erhalten und sich daraufhin aus diesem Geschäft zurückziehen. Auch setzt die PiS-Regierung die von ihr kontrollierten Gerichte bereits jetzt gezielt dazu ein, um unabhängige Medien durch Finanzkontrollen und ähnliche Nadelstiche zu domestizieren. Dies dürfte nun verstärkt der Fall sein.

Man wird sehen, wie die seit langem angekündigte „Repolonisierung“ nunmehr praktisch vor sich gehen soll. An ihre Verstaatlichung ist offenbar nicht gedacht, sondern an die Zerschlagung ausländischer Mediengruppen, um es polnischen Verlagen und loyalen Investoren durch eine solche Zerstückelung zu erleichtern, einzelne Medien zu erwerben. Aufgrund der Erfahrungen mit dem öffentlichen Fernsehen dürfte indes eines klar sein, dass mit einer „Repolonisierung“ und „Pluralisierung“ der Medien eine weitgehende Beschneidung unabhängiger und kritischer Berichterstattung einhergeht.

Die einzige Möglichkeit dieser nach den Oktoberwahlen absehbaren Entwicklung Einhalt zu gebieten, wäre der Sieg eines Kandidaten der Opposition bei der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr. Doch um überhaupt diese Chance nutzen zu können, müssten die Oppositionsparteien in der zu erwartenden Stichwahl den Gegenkandidaten zu PiS geschlossen unterstützen. Das müsste möglich sein.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

### Massive Vorwürfe gegen den Danziger Erzbischof Głódź

Im Oktober lief in der Reihe „Schwarz auf Weiß“ des unabhängigen Fernsehsenders TVN24 eine dem Danziger Metropoliten Sławoj Leszek Głódź gewidmete Dokumentation. Sie vermittelt von ihm das Bild eines

seines Amtes unwürdigen Bischofs. Priester kamen zu Wort, allerdings wohl aus Angst bis auf einen an der Wahrschauer Stefan-Wyszyński-Universität lehrenden Theologieprofessor anonym, dazu solche, die ihr Priestertum aufgeben haben. Sie berichteten von ihren persönlichen Erfahrungen mit dem Erzbischof. Bei einem Pfarrer stieg nach einer Begegnung mit ihm der Blutdruck auf 200. Seine innere Verfassung beschrieb er mit den Sätzen: „Vielen Menschen habe ich im Beichtstuhl zu einer Therapie geraten; am Ende war ich nahe daran, mich einer Therapie zu unterziehen, wurde ich doch von Selbstmordgedanken geplagt.“ Ein anderer Priester erklärte: „Demütigungen, öffentliche Erniedrigungen, das weckt Ängste. Und darauf versteht er sich bestens.“

Ein besonderer Fall ist der von dem Theologieprofessor bezeugte Fall des Bischofskaplans, der es gerade einmal sechs Wochen bei seinem Ordinarius aushielt. Ihn nötigte Erzbischof Głódź zu einem Eid, der das Versprechen enthielt, nichts nach außen zu tragen, was er in seiner Residenz zu sehen und zu hören bekomme. Und das war vor allem die Behandlung, die er von seinem Dienstherrn zu ertragen hatte und die allen christlichen Grundsätzen und mitmenschlichen Umgangsformen Hohn sprach. War der Erzbischof, zu Recht oder zu Unrecht, mit seinem Kaplan unzufrieden, dann bedachte er ihn mit vulgären und obszönen Schimpfworten, die zu wiederholen der menschliche Anstand verbietet. So wurde er beispielweise einmal unmittelbar vor einem feierlichen Gottesdienst in der Sakristei in Anwesenheit anderer auf diese Weise übel beschimpft, weil der Erzbischof mit der Zubereitung des morgendlichen Frühstücks, auch dies gehörte zu den Aufgaben des Kaplans, unzufrieden war: „Nicht einmal ein Ei kannst du kochen, du ...“

Der Tropfen, der für den Bischofskaplan das Fass zum Überlaufen brachte, fiel an einem Abend, als er wie gewöhnlich bei einem der üblichen Gelage den Tischdienst zu versehen hatte und vor den Gästen von Erzbischof Głódź gedemütigt wurde, woraufhin er *stante pede* die Residenz verließ und zu seinen Eltern zurückkehrte. Auf Drängen der Kurie war er indes bereit, mit einer anderen Aufgabe betraut, seinen priesterlichen Dienst auszuüben, stellte aber

die Bedingung einer kurialen Anhörung. Die fand denn auch statt. Dabei zeigte es sich, dass der Kaplan über die erfahrenen Demütigungen Buch geführt hatte. Die las er nun den engeren Mitarbeitern des Erzbischofs unter Angabe des Datums und des Wortlauts der Beschimpfungen vor. Der Erzbischof schwieg dazu, und seine Mitarbeiter verließen schweigend und betroffenen Raum. Mit ihm nunmehr allein, hat der Kaplan als letztes diese Worte seines Erzbischofs in Erinnerung: „Sub secreto – du ... du bist nichts wert, du Hohlkopf.“ Seitdem versieht der Kaplan seinen Dienst in einer der Danziger Pfarreien.

### Bereits in der Vergangenheit Vorwürfen ausgesetzt

Głódź, der seit 2008 die Danziger Erzdiözese leitet, steht seit längerem in der Kritik. Dem früheren Militärbischof ging der Ruf eines autoritären Kirchenmanns voraus. Und der sollte sich in Ausübung seines Danziger Hirtenamtes bestätigen. Zudem zählt er in Zusammenhang mit den klerikalen Missbrauchsfällen zu den polnischen Bischöfen, die schuldig gewordene Priester gedeckt haben und deren Abberufung in der öffentlichen Debatte, wenngleich vergeblich, gefordert wurde.

Erstmals hatte die Zeitschrift „Wprost“ 2013 unter dem Titel „Cäsar der Dreistadt“ die unwürdige Behandlung von Priestern durch den Danziger Metropoliten offengelegt. Im Untertitel hieß es fragend: „Schafft der neue Papst Ordnung in der polnischen Kirche?“ Im Text wird behauptet, es gebe eine schwarze Liste mit Beschuldigungen gegen den Erzbischof. Die Angaben würden von anonymen Zeugen und Opfern stammen. Erzbischof Głódź wird als Alkoholiker beschrieben, der sich betrunken in der Öffentlichkeit zeige. Unter den angeführten Beispielen findet sich auch eine in dem Dokumentarfilm „Sag es nur keinem“ beschriebene Szene, wonach der Erzbischof zur nächtlichen Stunde seinen Kaplan geweckt und befohlen habe, ihm zur Erheiterung mit dem Akkordeon aufzuspielen. Die sensationelle Aufmachung dieses Berichts und die Anführung etlicher nicht ausreichend beglaubigter Fakten waren wohl der Grund, dass er keine sonderliche Wirkung hervorrief. Zudem solidarisierten sich die engeren Mitarbeiter des Erzbi-

schofs sowie 24 Dekane mit ihrem Dienstherrn. Sie wandten sich gegen seine „Herabwürdigung“, betonten die von ihm vertretenen „patriotischen Werte“ und forderten einen „Widerruf der Beleidigungen, die die Würde kirchlicher Personen sowie die der kirchlichen Gemeinschaft verletzen.“

### Geldgier und Lebensstil des Erzbischofs

Als besonders skandalös empfinden Priester und Gläubige die Geldgier und den pompösen Lebensstil des Danziger Metropoliten. Visitiert er eine Pfarrei, dann erwartet er, dass ihm ein – wie es unter Pfarrern heißt – „stehendes Kuvert“ überreicht wird, eines, das mit Banknoten so prall gefüllt ist, dass man es aufstellen kann. Äußert ertragreich sind für ihn die Firmungen. So sei es üblich, dem Erzbischof pro Firmling 50 Zł. auszuhändigen. In größeren Pfarreien mit beispielweise 150 Firmlingen kommt dann schon mal die hübsche Summe von 7 500 Zł. zusammen.

Dabei ist Erzbischof Głódź finanziell bestens abgesichert. Als ehemaliger Militärschof im Generalsrang erhält er monatlich 10 000 Zł. Doch diese Summe reicht ihm nicht für seinen aufwändigen Lebensstil sowie für den Unterhalt einer bäuerlich geprägten, seiner Herkunft entsprechenden zweiten Residenz, in der er sich besonders wohl zu fühlen scheint. Dazu hat er auch noch ein Winterquartier in der Nähe von Białystok zur Verfügung, wo er die Tage zwischen Weihnachten und Epiphanie zu verbringen pflegt.

Doch damit nicht genug. Erzbischof Głódź steht zudem in Verdacht der Simonie. 20.000 – 50.000 Zł. sei der Kaufpreis für eine bessere, das heißt ertragreiche Pfarrei. So brüstete sich ein Neupriester damit, die Stelle in einem von finanzkräftigen Polen bevorzugten Ferienort verdanke er seiner Mutter, die dafür ein Stück Land verkauft habe.

Über all diese schwerwiegenden Vorwürfe wurden einige Bischöfe sowie der Nuntius bereits seit längerem in Kenntnis gesetzt, ohne dass etwas gegen den Danziger Metropoliten unternommen worden wäre.

### Verstärkter Protest

Haben die gegenwärtigen Bemühungen, Erzbischof Głódź zum Amtsverzicht zu be-

wegen, Erfolg? 16 Priester bestätigten mit ihrem Namen gegenüber dem Nuntius und der Polnischen Bischofskonferenz die Glaubwürdigkeit der ausgestrahlten Dokumentation. Wie 2013, so reagierten auch diesmal die engsten Mitarbeiter des Erzbischofs „mit Empörung“ auf die gegen ihn erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe. Sie seien ein „Anschlag auf den Hirten der Erzdiözese und zugleich ein Angriff auf ihre Priester und Gläubigen.“ Angesichts der drückenden Beweislage ist diese Art der Solidarisierung wohl nur dadurch erklärbar, dass diese Prälaten im Falle einer Ablösung des Erzbischofs selbst um ihre Posten fürchten müssen, sind sie doch als seine Befehlsausführer selbst belastet, wie der Fall des inzwischen verstorbenen Priesters Jan Kaczkowski zeigt (vgl. imprimatur 3/2019).

Nun wurden auch die Gläubigen aktiv. Unter dem Motto „Wir wollen unsere Kirche zurückhaben“ rief eine Gruppe Danziger Katholiken dazu auf, sich in der Mittagsstunde des 3. November vor der Kurie zu versammeln und den Amtsverzicht des Erzbischofs zu fordern. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Wir fühlen uns durch die mehrfach in den Medien beschriebene Situation, durch die Art und Weise, wie unsere Erzdiözese geleitet wird, durch den Mangel an Fürsorge des Erzbischofs für die Priester sowie durch Fälle von Mobbing, durch den fehlenden Dialog und den Lebensstil des Erzbischofs beschämt.“

Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, verfasste diese Gruppe einen Brief an Papst Franziskus, in dem die Unterzeichner betonen, nicht weiter schweigen zu können. „Seit längerer Zeit sind wir tief überzeugt, dass Erzbischof Sławoj Leszek Głódź, der Danziger Metropolit, die zur Erfüllung des Dienstes eines Diözesanbischofs erforderliche Glaubwürdigkeit eingebüßt hat und den Gläubigen ein Ärgernis ist.“ Unter Hinweis auf Kanon 401§2 bitten die Briefschreiber den Papst, Erzbischof Głódź den Amtsverzicht dringend naheulegen. Sie begründen ihre Bitte zudem damit, dass er der Pädophilie schuldig gewordene Priester über viele Jahre geschützt und auf entsprechende Mitteilungen nicht reagiert habe. Dass der Erzbischof nach Bekanntwerden der Vielzahl klerikaler Missbrauchsfälle keinerlei Bedauern zum Ausdruck brachte, habe unter Gläubigen „eine große

Empörung hervorgerufen.“ Zudem zeigten sie sich über den herrschaftlichen Lebensstil des Erzbischofs verbittert. Beklagt wird von den Briefschreibern auch sein beleidigendes und unwürdiges Verhalten den ihm unterstellten Priestern wie den Laien gegenüber, das im deutlichen Widerspruch zu Kanon 378 stehe, der die für einen Bischof erforderlichen Eigenschaften definiert. Gegen Ende des Briefes heißt es: Wir sind tief überzeugt, dass eine weitere Erfüllung der Amtspflichten der Danziger Metropole durch Erzbischof Sławoj Leszek Głódź dem Geist des Evangeliums widerspricht, der Kirche schadet und die Spaltung in der Danziger Kirche vertieft. Zudem ist dies eine Ursache für den Verzicht von Geistlichen auf ihr Priestertum, für das Ausscheiden von Gläubigen aus der kirchlichen Gemeinschaft sowie für die Marginalisierung der Kirche im gesellschaftlichen Leben. Der Brief an Papst Franziskus wurde in Kopie dem Nuntius in Warschau, dem polnischen Primas, Erzbischof Wojciech Polak, sowie Erzbischof Głódź zur Kenntnisnahme zugestellt.

Ob all diese Aktionen die erhoffte Wirkung zeigen, ist eher fraglich. Aus der Zeit, als Głódź in Rom am Päpstlichen Orientalischen Institut promovierte und anschließend 10 Jahre Mitarbeiter der Kongregation für die orientalischen Bischöfe war, verfügt er über gute Kontakte zu heute einflussreichen Kardinälen, die ihn auch in seiner Danziger Residenz besucht haben. Zudem wird er am 13. August nächsten Jahren 75 Jahre alt und muss dann aus Altersgründen sein Rücktrittsgesuch einreichen. Auf diese Weise könnte der Danziger Metropolit in ein paar Monaten in allen Ehren und Würden in den Ruhestand verabschiedet werden.

*Dorota Karaś, Księża potwierchają oskarżenia przeciwko abp. Głodzowi i piszą do nuncjusza (Priester bestätigen die Anschuldigungen gegen Erzbischof Głódź und schreiben an den Nuntius), Gazeta Wyborcza v. 29.10.2019; gesi, Przeróżajscy obraz akp. S. L. Głodzia (Ein erschreckendes Bild von S. L. Głódź), ebd. v. 24.10.2019.*

\*\*\*

Dorothee Bohr / Werner Müller

## Erfahrungen einer deutschen katholischen Ärztin mit der Kirche in Indien

Aus Indien erreichen uns in unregelmäßigen Abständen immer wieder Rundbriefe. Sie stammen von einer ehemaligen Klassenkameradin und Mitabiturientin an einem von Ordensschwwestern geführten Mädchengymnasium im Rheinland. Felicitas R., die nach dem Abitur Medizin studiert und als Chirurgin gearbeitet hat, hält zu ihren Mitschülerinnen und deren Partnern Kontakt, bei Klassentreffen und eben durch Rundbriefe.

Ihre Kontakte nach Indien beschreibt sie selbst in Stichworten folgendermaßen:

„1973, nach dem Ende meiner Medizinalassistentenzeit, habe ich mich meinem Bruder angeschlossen und eine Rundreise von 10 Wochen durch Indien gemacht. Zwei Jahre später habe ich 2 Monate eine Ärztin, Schw. Dr. Luka Kolencherry, im Mercy Hospital in Poreyahat (damals Bihar, heute Jharkand) vertreten. Schwester Luka hat damals in Deutschland Pfarreien besucht und Geld für die Arbeit ihrer Kongregation gesammelt.

Seitdem habe ich etwa alle 2 – 3 Jahre Freunde in der Diözese Bhagalpur besucht. Nachdem 2006 das Krankenhaus in Essen, in dem ich als Chirurgin vor allem Tumorpatienten behandelte, geschlossen wurde, habe ich auf der Suche nach weiterem Engagement die NGO Anamed gefunden. 2009 habe ich diese NGO nach Indien gebracht. Es finden einmal im Jahr sechstägige Seminare in Ranchi, der Hauptstadt des Bundesstaates Jharkand, statt, organisiert durch Chabij (Catholic Health organisation of Jharkand and Bihar).

Ich führe einmal im Jahr dreitägige Seminare in der Diözese Diphu in Assam und Berhampur und Rayagada in Orissa durch, um die Umsetzung des in den Seminaren Erlernten vor Ort zu begleiten.

Ich weiß, man kann nicht allen helfen, aber gar nicht erst anfangen?

Durch diese Kontakte mit der katholischen Kirche vor Ort, vor allem mit engagierten Schwestern und Priestern, ist mir ein gewisser, nicht unbedingt umfassender Einblick in die Strukturen möglich.“

Was dieser jahrzehntelange „Einblick“ ergeben hat, teilt Felicitas R. in ihren Rundbriefen mit. Es wird im Folgenden, nach Stichworten geordnet und nur leicht redigiert, wiedergegeben:

## Theologie

Während meines Aufenthaltes in Assam habe ich eine Familie mit zu einem Krankenhaus begleitet. Ein junger Priester, der dabei war, erzählte, dass er 2013 sein Theologiestudium beendet habe, und zwar in Poona. - Poona, das ist eine der renommierten Theologiefakultäten in Indien. Ich dachte, frag doch mal nach:

Was ist mit der Jungfrauengeburt? Ich erklärte, dass nach Ansicht europäischer Theologen und Katholiken die Aussage über die „Jungfrau“ Maria ein Symbol ist. Zur Zeit, in der die Evangelien geschrieben wurden, gab es in der griechischen Mythologie viele herausragende Menschen bzw. Halbgötter, denen zugeschrieben wurde, von einer Jungfrau geboren worden zu sein. Dies war ein Charakteristikum für etwas Besonderes, Bedeutendes an diesen Personen.

Die Antwort des Priesters: Das sei eine Sache des Glaubens, er habe noch nie darüber nachgedacht, was das konkret bedeuten könne. - Das heißt, bei Fragen des Glaubens wird der Verstand ausgeschaltet, auch heute noch.

Ich habe dann hier in Orissa darüber mit einem Priester gesprochen, der in der Diözese Berhampur die Organisation SWAD (Society for welfare, animation and development - Wohlergehen, Animation und Entwicklung) leitet. Er bestätigte mir, dass Priester und Laien in Indien alles ungefragt annehmen, was die Hierarchie oder die offizielle Theologie verlauten lassen.

## Ehemoral

Die Familie sind Stammesangehörige, da „finden“ sich die Jugendlichen schon mit 15 oder 16 Jahren, und das sogenannte „Weglaufen“ besteht darin, dass die Mädchen in das Haus ihres Freundes ziehen und die beiden dann zusammenleben. Bei

katholischen Paaren wird dann irgendwann die Ehe „rectified“ (schwierig zu übersetzen, vielleicht: „in Ordnung gebracht“). Man hat ja gegen das Kirchenrecht verstoßen, und einige müssen dann auch noch Strafe zahlen. So ist das hier in Indien.

## Macht der Bischöfe

Dann sprachen wir noch über die Macht der Bischöfe: keine Kontrolle von wem auch immer. Der neue Bischof von Rayagada baut eine riesige Kathedrale, er ist ja neu und hat noch keine Kathedrale. In Rayagada gibt es etwa 100 christliche Familien, die Kathedrale soll 1000 Plätze haben. Unterdessen leben seine Priester in Räumen, wo es durchregnet, Schwestern, die für die Diözese arbeiten, in winzigen gemieteten Häusern.

Der Bischof entscheidet, und die auswärtigen Geldgeber haben keine Übersicht und finanzieren.

Die Bischofsernennungen sind oft Kungeleien, da hat der Papst leider nichts geändert.

Dann noch eine Info aus dem katholischen Rundbrief UCA News, den ich regelmäßig bekomme. Die Indischen Bischöfe waren alle im Vatikan im September. Im Vorfeld hatten die Dalits, die Unberührbaren in der hinduistischen Kastengesellschaft, über die Diskriminierung auch in der katholischen Kirche geklagt und eine Stellungnahme des Papstes erwartet. Kein Wort!

Ich will mir nur mal Luft machen, die katholische Kirche in Indien ist manchmal schwer auszuhalten für mich.

Dann aber erlebe ich eine Messe in einem Dorf in Assam, bei der mir wieder deutlich wird, wie wichtig die gemeinsamen Lieder im Gottesdienst sind, und erinnere mich dankbar an Lyskirchen [gemeint ist offenbar St. Maria in Lyskirchen, die kleinste der zwölf großen romanischen Basiliken in der Altstadt Kölns, die Heimatpfarre von Felicitas R.].

## Armut und Reichtum

Auch in Deutschland ist die Sterblichkeit höher bei Armen, aber hier in Indien ist das noch viel schlimmer. Es gibt eine Pfarrei aus Winnenden, die Geld sammelt und eine Schule in der Diözese Berhampur unterstützt. Ich habe mal vorsichtig ange-

fragt, ob man von ihren Spendengeldern vielleicht auch einen kleinen Fond für die medizinische Behandlung von armen Patienten bilden kann. Die von beiden Diözesen betriebene Nicht-Regierungs-Organisation mit dem Wahlspruch „Walking with the poor“ könnte dieses Geld verwalten, sie hat Kontakt zu diesen Armen.

Er war nur kurz, mein Ausflug in die Schulmedizin im Medical College. So viele Kranke, so wenig Ärzte! Immerhin werden hier auch die Armen behandelt.

Ich habe noch einen wesentlichen Aspekt vergessen: der Reichtum der Kirchen in Kerala und Tamil Nadu und die fehlende Bereitschaft, die armen Kirchen im Norden zu unterstützen.

Ich erinnere, dass vor Jahren die Erzdiözese Köln mit viel Tamtam den Bau eines Priesterseminars in einer Diözese in Kerala finanziert hat. Völlig unnötig! Die kriegen so viel Geld von ihren Gläubigen, manchmal ist es fast Erpressung, was die von denen einfordern, um große Feste zu feiern, riesige Kirchen zu bauen.

Ich weiß von einem Priester aus Tamil Nadu, der voller Stolz die Vertreterin der österreichischen Fastenaktion in seine Gemeinde einlud zur Weihe der neuen Kirche. Auf dem gleichen Gelände gab es ein Waisenhaus. Dafür hätte er gern Unterstützung gehabt. Die für ihn überraschende, aber für mich sicher richtige Antwort: Wenn Ihr solch eine Kirche bauen könnt, dann müsst Ihr auch Geld haben für die Waisenkinder!

Ich will damit nicht sagen, dass wir von Misereor oder anderen Organisationen keine Unterstützung mehr leisten sollten. Ich tue es ja auch. Aber wer kann und will die Solidarität der reichen südindischen Kirchen einfordern? Die Priester, auch die aus Kerala, die im Norden Indiens arbeiten, haben resigniert.

### Postscriptum

Es gibt sicher auch andere Einschätzungen der katholischen Kirche in Indien, ich wollte nur meine Erfahrungen und Gedanken teilen. Es gibt auch viel Gutes, z.B. Reaching the unreached (die Unerreichten erreichen) in der Nähe von Theni, über die ich 2017 berichtet habe.

\*\*\*

Karl-Heinz Novotny

## Synodaler Weg – Evangelisierung

Die deutschen Bischöfe haben im März dieses Jahres beschlossen, einen „synodalen Weg“ zu gehen. Beraten werden sollen dabei ab Dezember die Themen Macht, Sexualmoral, priesterliche Lebensform und die Rolle der Frau in der Kirche.

### Kritik aus dem Vatikan

Und jetzt - 2019 – „erdreisten“ sich die Katholiken in Deutschland, einen „synodalen Weg“ zu gehen. „Wie kann sich eine Bischofskonferenz von einer Versammlung dominieren lassen, von der die meisten Mitglieder keine Bischöfe sind?“, so die Kritik aus dem Vatikan. Auch Laien sollen das Stimmrecht haben (wenn auch leider nur ein abgeschwächtes). Thomas Sternberg vom Zentralkomitee der Katholiken in Deutschland reagierte scharf: „Glaubt irgendjemand, man könne in einer solchen Krise der Kirche das freie Gespräch, das nach Ergebnissen und notwendigen Reformschritten sucht, unterdrücken?“

Der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf hat den von den Bischöfen geplanten „synodalen Weg“ für Reformen der Kirche in Deutschland gegen Kritik von konservativer Seite verteidigt. Die Entscheidung für den synodalen Weg sei „nicht aus Lust getroffen worden, sondern vor dem Hintergrund schlimmer Verbrechen“ in den eigenen Reihen, so Bischof Kohlgraf (KNA vom 7.9.2019). Verbrechen, Vertuschung, unmögliches Machtgebaren und mangelnder Wille zur Wahrnehmung der Realität lauten die Probleme. Die Kirche selbst sei „der Reinigung bedürftig“, bevor sie meine, andere belehren zu sollen. Kohlgraf kritisierte auch die Vorstellung, Evangelisierung mit Belehrung gleichzusetzen.

Diese Situation und der Blick auf Probleme und Missstände in der katholischen Kirche haben mich zu den folgenden Gedanken bewogen. Dies war Anlass für mich, mein Bücherregal anzusehen (auch ein Blick in die Vergangenheit).

In einer Reihe in meinem Bücherregal finden sich nebeneinander:

„Glaubensverkündigung für Erwachsene. Deutsche Ausgabe des Holländischen Katechismus“, Nijmegen-Utrecht 1966 mit der Ergänzung der „Erklärung der Kardinalskommission über den Neuen Katechismus“ von 1968.

Der Vatikan war sehr unzufrieden. Dieser Katechismus ging andere Wege als Folge des „Aggiornamentos“, d.h. Verheutigung (ital. *Giorno* = der Tag), ein „Auf-den-Tag-heute-bringen“ der Kirche durch das II. Vatikanische Konzil von 1962 – 1965. Angestoßen von Papst Johannes XXIII. wurde die Bedeutung der Reform. Die katholische Kirche findet in der Reform eine Entwicklung ihrer Identität (Echtheit). „*Ecclesia semper reformanda*“, d.h. Kirche ist immer eine zu reformierende. „Nachdem nun endlich dieses umstrittene Buch allen Interessierten zugänglich ist, empfiehlt es sich sehr, es als Arbeitsbuch für die theologische Erwachsenenbildung zugrunde zu legen. In der Tat lässt sich wohl kaum ein anderes Werk nennen, das für diesen Zweck gleich gut geeignet wäre“, Adolf Exeler in „Report über den Holländischen Katechismus“, Freiburg 1969 S. 189f.

Dieser Katechismus war wahrhaft erfrischend, bereichernd und Mut machend, aber leider: Wer kennt dieses Buch noch? Wo dürfen die Ausführungen heute noch ermutigen?

Nun zurück zu meinem Bücheregal, da steht auch „*Vamos Caminando. Machen wir uns auf den Weg! Glaube, Gefangenschaft und Befreiung in den peruanischen Anden*“, Freiburg (Schweiz)/Münster 1983. Dieser Katechismus nimmt die Welt der *Campeños*/Landarbeiter, die Welt der Menschen in den Blick und bezieht diese ein in das Heilsgeschehen in Jesus. Dieses Heilsgeschehen wird ausführlich mit den Worten und mit dem Verständnis der *Campeños* nacherzählt, sozusagen in ihr eigenes Leben eingepflanzt, damit sie sich dort vom Wort Gottes treffen lassen. Miteinander leben – miteinander glauben!

Ein weiterer Katechismus ist da, „*Katechismus der Katholischen Kirche*“, München 1993, 816 Seiten.

Ich musste mir dies damals antun, denn meine Neugierde war groß. Als ein Freund erfuhr, dass ich mir das Buch angeschafft hatte, war seine Antwort: „Wenn ich es

brauche, dann kann ich mir dieses Buch bei dir ausleihen“. Durch diesen Katechismus kam eine Blockade in das Prinzip: „*Ecclesia semper reformanda*“. Papst Johannes Paul II. und damals Kardinal Ratzinger wandten sich gegen den Wandel in der Kirche. Kirchliche Lehre wird durch diesen Katechismus festgeschrieben. Es wird zementiert, was Glauben zu sein hat.

### Was so ein Bücherregal alles so erzählt?

Ich habe ein Buch gelesen, für das ich in meinem Bücherregal noch keinen Platz gewählt habe. Vielleicht stelle ich dies zu meinen drei genannten.

Es ist das Buch von Michael Seewald: „*Dogma im Wandel. Wie Glaubenslehren sich entwickeln*“, Freiburg 2018. *Dogma im Wandel – Entwicklungen*, ein hoch interessanter Gang durch die Theologiegeschichte der Kirche, sehr bereichernd und ermutigend. Mit diesem Buch kann man, d.h. kann ich den „*Katechismus der Katholischen Kirche*“ ertragen.

Michael Seewald hat in Publik-Forum Nr.19/2019 ein Interview gegeben. Ich zitiere einige Sätze: „Aber auch lehramtliche Texte sind in bestimmten Situationen entstanden, sie kommentieren sich gegenseitig und widersprechen sich nicht selten. Warum sollten wir diese lebendige Geschichte nicht fortschreiben können? Ich habe den Eindruck, dass es bei der Verteidigung mancher lehramtsfundamentalistischer Position nicht um Theologie, sondern um den Willen zur Macht geht“. Zum Katechismus der Katholischen Kirche seine Kritik: „Bis 1992 war klar, dass der Papst in dem, was er dogmatisch lehrt, an die Offenbarung gebunden ist. Der Katechismus der katholischen Kirche von 1992 löst diese Verbindung und gibt dem Lehramt die Möglichkeit, auch das als Dogma zu definieren, was gar nicht geoffenbart ist, sondern von dem behauptet wird, dass es mit der Offenbarung irgendwie zusammenhänge. Das ist ein großer Zuwachs an Autorität. Das Lehramt wird zum Produzenten des Glaubens, statt dessen Zeuge zu sein“. Dank an Michael Seewald für seine mutigen, engagierten Worte.

Ein Beispiel für die starre lehramtliche Position ist die Nr. 1577 im Katechismus der Katholischen Kirche mit dem Verbot der Weihe von Frauen zum priesterlichen

Dienst, auch ein Thema des „synodalen Weges“.

### Der synodale Weg

Ein Blick in das griechische Wörterbuch: Im Griechischen steht „synodos“, d.h. Weggefährte (heute ergänzend Weggefährtin). Es geht darum, miteinander als Weggefährtinnen und Weggefährten einen Weg zu gehen. Im Unterwegssein können Erfahrungen gemacht werden, Veränderungen wahrgenommen werden, Altes und Neues miteinander reflektiert werden.

Ein synodaler Weg entspricht der Aussage von Apostelgeschichte Kapitel 9,2: Die ersten Christen werden „Anhänger des (neuen) Weges“ genannt, nicht Anhänger einer (neuen) Lehre.

### Evangelisierung

Evangelisierung heißt für mich, im Miteinander als Weggemeinschaft das Evangelium leben. Wenn das Evangelium gelebt wird, kann es auch im Wort verkündet werden. Charles de Foucauld ist ein Vorbild für Evangelisierung. Er lebte mit den Menschen (Tuaregs in der Wüste). Dann erzählte er ihnen, warum er so lebt, und er erzählte ihnen die Botschaft vom Evangelium. Diese Form des Lebens nennen wir die „Vor-Verkündigung“, genannt Praevangelisation. Diese kommt vor der Verkündigung des Evangeliums. Die Gefahr wäre Evangelisierung mit Belehrung gleichzusetzen (s.o. Bischof Kohlgraf). Es braucht auch keine Neuevangelisierung, wie es im Vatikan behauptet wird.

Wenn der Diener zweier Herren, der Kurienerzbischof Georg Gänswein, davon spricht, dass der emeritierte Papst Benedikt XVI. sich große Sorgen macht um die Lage der Kirche in Deutschland, dann ist dies ein Zeichen von andauernder Belehrung. „Am meisten bedrückt ihn (Benedikt) wohl jene Gottesfinsternis, von der er schon früh und warnend zu sprechen begonnen hat“, erklärte der Diener zweier Herren (Präfekt des Päpstlichen Hauses und Privatsekretär Benedikts). Viele Gläubige würden die Vorgaben des Katechismus kaum mehr ernst nehmen und sich nicht nach der Lehre der Kirche richten. Bezüglich der Neuevangelisierung warnte er davor, überlieferte Lehren aufzuweichen. Wie gut, dass es viele andere Stimmen in der Kirche gibt, wie z.B. die Stimme von

Michael Seewald (s.o.). Ich zitiere den Theologen Yves Congar aus dem letzten Jahrhundert: „Nur eine dienende Kirche dient der Welt.“ Bischof Jacques Gaillot: „Eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts“. Kirche hat viele Missbräuche erlebt durch Ausübung von Macht über Menschen. Ich plädiere für eine sympathische Kirche im Mitleiden und im Mitfreuen. Das „Mit“ ist entscheidend, nicht das von „Oben“ nach „Unten“.

Es gelten die Worte des Evangeliums im Brief an die Gemeinde in Ephesus (2,19-21): „Ihr seid also jetzt nicht mehr Fremde ohne Bürgerrecht, sondern Mitbürger der Heiligen und Hausgenossen Gottes. Ihr seid auf das Fundament der Apostel und Propheten gebaut; der Schlussstein ist Christus Jesus selbst. Durch ihn wird der ganze Bau zusammengehalten und wächst zu einem heiligen Tempel im Herrn. Durch ihn werdet auch ihr im Geist zu einer Wohnung Gottes.“

Im Alten Testament, im Buch Numeri (11,26-29), finden sich ermutigende Worte, im Vers 29: „Wenn nur das ganze Volk des Herrn zu Propheten (Ergänzung: Prophetinnen) würde, wenn nur der Herr seinen Geist auf sie alle legte.“

Der Blick in die Vergangenheit hilft in der Gegenwart für die Zukunft leben, Kirche gemeinsam zu gestalten. Wir sind das Volk! Wir sind das Volk Gottes!

1983 fand in Freiburg ein Deutscher Katechetischer Kongress statt mit dem Thema „Miteinander glauben lernen in Familie, Gemeinde, Schule“. „... gegen Resignation angehen – aufatmen – neuen Mut schöpfen – sich auf den Weg machen – miteinander reden – aufeinander hören – sich die Hand reichen – neu anfangen – verschiedene Charismen entdecken – sich von der Vielfalt begeistern lassen – dem Heiligen Geist nicht im Weg stehen – miteinander glauben lernen ...“

Das Gebet zu diesem Kongress, könnte auch heute zum Gebet der Weggemeinschaft Kirche werden.

*„Sei bei uns, Herr, auf unserem Weg. Geh mit uns Schritt für Schritt. Mach unsere tauben Ohren auf. Lass unsere blinden Augen sehen. Gib den verzagten Herzen Mut. Lass uns in Angst nicht untergehn. Gib uns von deinem Heiligen Geist: den Geist der Eintracht und der Weisheit, den Geist der Wahrheit und der Liebe, damit nicht einer*

*gegen den anderen kämpft. Lass uns in deinem Geist Gemeinde werden und weitersagen, was uns im Glauben stärkt. Lass uns dich finden in der Tischgemeinschaft, die um dein Brot versammelt ist. Damit im Zeichen des gebrochenen Brotes wir dich erkennen als den einen Herrn, der uns in Liebe auf dem Weg begleitet und uns als Boten (und Botinnen) ausschickt in die Welt. Wir bitten, bleibe bei uns, Herr, jetzt und an jedem Tag. Amen.*

(Gabriele Miller und Adolf Exeler)

Auch bei der Frage nach dem Sinn von Kirche kommen wir auf das Wort Weg oder gehen. Das Wort Sinn verweist in seiner Herkunft auf das Verb „sinnen“, welches ursprünglich „gehen, reisen“ bedeutete. Sinn verweist auf das alte Wort „Gesinde“, d.h. Weg-Gemeinschaft. Geblieben ist oft nur das Wort „Gesindel“.

Gesindel haben wir erfahren in den Missbrauchsfällen, und dieses Gesindel wurde oft von der Hierarchie gedeckt, geschützt. Täter und Vertuscher waren Gesindel und kein Gesinde, keine Weg-Gemeinschaft, welche dringend notwendig war und ist. Synodaler Weg kann den Blick schärfen für den Sinn von Kirche als Weg, als Weg-Gemeinschaft, als Anhänger des Weges, als Unterwegs-Sein. Der Blick in die Bibel zeigt viele Weg-Geschichten auf. Auch Jesus war auf dem Weg. Unterwegs-Sein ist der Gegenpol zur fundamentalistischen Position. Unterwegs-Sein lässt auch Zweifel zu. Zweifel öffnen den Weg zur Entfaltung. Reformen sind angesagt. Ecclesia semper reformanda!

**Es braucht den Mut zum Wagnis. Wagnis hat mit Weg zu tun.**

„Die Grundfrage mündet vielmehr in die spirituelle Existenzfrage: Wem vertrauen wir? Auf wen setzen wir die Hoffnung? Ist es das Vertrauen auf die Treue Gottes oder auf die scheinbaren Garantien der Kirche als Institution oder unsere Leistung? ... Kirche wird als solche da erfahren, wo Menschen sich miteinander auf den Weg und die Botschaft Jesu einlassen, ... In der Weite und Tiefe der konkreten Kirche mit all ihren Wunden und Wundern schenkte und schenkt es sich, Menschen zu begegnen, mit denen man in gemeinsamer Hoffnung unterwegs sein darf. Und diese Hoffnung möchte in unserem Alltag in vielen meist kleinen Schritten ‚auferstehen‘“ (Leo

Karrer, Theologe: Moralisches „Grounding“ der Kirche? Plädoyer für Trotzdem-Treue, in *imprimatur*. kritische Katholiken und ihre Zeitschrift Nr.3.2019, S. 139; s. auch Hermann Häring: „Ein Aufruf gegen Macher und erleuchtete Gruppen. Der Papst und seine Ghostwriter“ S. 140-144).

Vamos caminando. Machen wir uns auf den Weg! Miteinander leben lernen und so auch miteinander glauben lernen.

\*\*\*

Christa Jenal

## Christenverfolgung im Gewand von Musikkultur

Neueste Statistiken der Katholischen Kirche Deutschlands haben jüngst einen extremen Rückgang von Gläubigen in den nächsten Jahrzehnten prognostiziert. Auch im Bistum Trier stehen Kirchen zum Verkauf, sind Pfarreien verwaist oder Gebäude multifunktional genutzt für säkulare Gemeindetreffs.

Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit vollzieht sich jedoch nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eine antichristliche Spur, die die Werte des Christentums von Liebe und Respekt mit Füßen tritt, ja geradezu zur Zerstörung von selbigen und ihrer Symbole aufruft.

Die Gefahr für das Christentum weltweit scheint von innen zu kommen, angefacht durch neue Identitätstifter, die millionenfach junge Menschen erreicht: die Musik, speziell die satanistische „Black Metal“ Szene.

Ausgehend von den 90-er Jahren, in denen zum ersten Mal von Norwegen ausgehend antichristliche, satanistische Bands erste Europatourneen starteten, sind sie heute 2019 zu einem weltweiten Musikindustriezweig und zur Bedrohung christlicher Zivilisation geworden.

Leitfigur der norwegischen Black Metal, dem Satan gewidmeten, Musikszene, war **Varg Vikernes**, der seine Sympathie für

Friedhofsschändungen, Kirchenanzündungen nicht verheimlichte. So brannten in den 90-er Jahren einige Holzstabkirchen lichterloh unter der Freude der neuen „Jünger Satans“, die später sogar Platten-covers zierte, wie im Falle der „Fantofkirche“ bei der norwegischen Band „Dark Throne“.

Auftrittsorte sind nicht zufällig oft Bischofsstädte: Turin, Trier, Speyer, Paris, Termine christliche hohe Feiertage: „Dark Easter Festivals“ oder „Black Christmas“. Das menschenverachtende Weltbild dieser Gruppierungen schreckt sodann auch nicht vor der Umkehrung aller christlichen Werte zurück: aus Liebe sollte Hass werden, aus Respekt vor der Würde des Menschen wird Hass und Gewaltlyrik gegen Frauen, Homosexuelle, Christen – begründet auf einem angeblichen Überlegenheitsgefühl und dem vermeintlichen Recht auf Gewalt und Tötung Andersdenkender und -gläubiger. Vark Vikernes saß wegen Mordes im Gefängnis und wurde seither zu einer Kultfigur vieler Jugendlicher – vergleichbar mit dem Massen- und Ritualmörder Charles Manson. Auch Ende der 90-er Jahre gab es im Bistum Trier viele Konzerte satanistischer internationaler Bands, die mit umgedrehten Kreuzen und Pentagrammen ihre antichristlichen Weltbilder nicht verleugneten. In vielen Jugendzentren, ob in Trier, Bitburg oder auf dem Land in Otzenhausen oder Oberthal etc. wurden die Heroen gefeiert und als Vorbilder für lokale Bands kreiert.

Friedhofsschändungen in Riegelsberg z.B. sind polizeilich aktenkundig auf diese Szene zurückzuführen. Verurteilungen wurden nur auf Bewährung ausgesprochen, die Täter sind heute in echten satanistischen Bands aktiv, der Übergang zum politischen Rechtsextremismus ist fließend und an vielen Akteuren belegbar.

Was in den 90-er Jahren noch von den nordischen europäischen Ländern und einer dunklen, dem Germanenkult verschriebenen Musikszene ausging, ist 2018 und 2019 zu einer jenseits bloßer Provokation Jugendlicher sehr ernstzunehmenden Bewegung geworden mit meist eindeutig extremistischer Ausrichtung.

Kurz vor dem christlichen Fest Weihnachten hat die internationale „Blackmetal-Szene“ in Kiew, außerhalb der EU in der Ukraine zu einem großen „Asgardsrei-Festi-

val“ aufgespielt mit 12 Bands aus 8 Ländern, u.a. Deutschland, die zu einer „Wilden Jagd“ gegen das Christentum aufrufen unter dem Motto: „Spread heresy“ (Verbreite Ketzerei!), veranstaltet durch das Netzwerk „Militant Zone“. Im Jahr der Europawahl 2019 scheint das christliche Europa von außen kulturell bedroht und antichristlicher Hass nach innen gestreut, der sich nicht mehr durch satanistische Musik als Unterhaltung, sondern „Bewegung“ und neuem Kulturkampf zur Unterwanderung des christlichen Europas definiert. Symbolische Musiklabels wie „Christhunt Productions“ u.a. bieten per Internet den Kauf von CDs und T-Shirts satanistischer Bands von Brasilien bis Deutschland zum Kauf an - scheinbar ungeachtet und unterschätzt von den staatlichen Kontrollbehörden und kirchlichen Institutionen.

Zu Beginn 2019 startete in Deutschland die sogenannte **„Ecclesia Diabolica Europa 2019 e.V. Tour“**, die internationale satanistische Bands wie „Behemoth“, oder „Wolves in the Throne Room“ vereinte. Der Frontman von „Behemoth“ warb per Internet mit den Worten „Wir hören euer Flehen, Europa! ... wir werden die unheilige Dreifaltigkeit und einen Schwarm der Verwüstung über den alten Kontinent bringen!“ Oder wie die Musikpresse feierte: „It doesn't get more blasphemous than this“. Durchgeführte Tourneestationen waren zwischen Hamburg und München von Januar bis Februar: Blasphemie als Unterhaltung, offen unter das jugendliche Publikum gestreut.

Eine weitere Tournee konnte sich durch Europa wälzen im April, um die christlichen Festtage Palmsonntag und **Ostern: „Europe under Black Death Metal Fire“**: von Ludwigsburg über Luzern, Budapest bis München. Höhepunkt am 14.4. in Paris, im Glazard, unweit der Kathedrale „Notre Dame“.

Bands wie „Belphegor oder God Dethroned“ u.a. haben dort einen Tag vor dem Brand von Notre Dame dem Satan und dem Abfackeln von Kirchen gehuldigt. „The Flaming Arts proudly presents!“ war auf den Plakaten zu lesen. In der Liste der gespielten Songs der österreichischen Band „Belphegor“ ist die geistige Vorbereitung der folgenden Katastrophe abzulesen. Fotos und Beiträge auf einschlägigen Black Metal-Foren bejubeln die brennende Kathedrale,

dem bedeutenden spirituellen Symbol Europas.

An **Pfingsten 2019** konnten die internationalen Satansanbeter im Amphitheater in Gelsenkirchen aufspielen, veranstaltet von der Musikzeitschrift „Rock Hard“ unterstützt vom öffentlich-rechtlichen WDR. Topact dieser Show, bei der 7000 junge Menschen erwartet wurden, war die schwedische Band „**Watain**“, die bereits in Saarbrücken mit „**Rotting Christ**“ u.a. zusammen auftreten durfte. Sie huldigt in ihren YouTube Werbevideos Kirchenverwüstungen, ob durch Brände oder Zerstörung von Engelsfiguren. Die Band besingt in ihren Texten sogar Vergewaltigungen oder das Töten von Menschen wie in Liedern wie „Angelrape“, oder „Kill“. Die amerikanische Band „Cannibal Corpse“ konnte nur durch Androhen einer Strafanzeige davon abgehalten werden, 5 indizierte Lieder zu spielen, deren Menschenverachtung (speziell gegen Frauen und Kinder) nicht zu überbieten ist. Das Ignorieren demokratischer und christlicher Rahmenbedingungen scheint hier System zu sein.

So ist nicht verwunderlich, dass auch lokale Jugendgruppen im Bistum Trier sich anscheinend animiert fühlen, ähnliche Events durchzuführen, die die angebliche „Reconquista“ des christlichen Abendlandes im Sinne der germanischen vorchristlichen Kultur ankurbeln sollen. Beispiele: Im saarländischen Otzenhausen, der ehemaligen keltischen Siedlung, durfte Ende 2018 die schwedische Band „Unleashed“ auftreten, deren aktuelle CD „The Hunt for White Christ“ mit ihrem Hass auf das Christentum und andere Religionen in Texten nicht spart. Auch die deutsche Band „Vulture“ durfte mit Absegnung der lokalen Polizeibehörde und der saarländischen Staatsanwaltschaft eine Vergewaltigung einer Frau mit einem Messer an der Kehle als freie Fantasie besingen, angeblich im Einklang mit der vielbeschworenen „Freiheit der Kunst“, frei zugänglich ohne jedwede Altersbeschränkung.

Veranstalter in der lokalen Hunnenringhalle war der als gemeinnützig eingetragene Verein Celtic Warriors“ mit dem Motto „Stahl, Titten, Alkohol“ – steuerlich begünstigt, von kirchlicher Seite ignoriert. Kurz nach Pfingsten wurde dann ein Konzert u.a. mit der niederländischen Band „Heretic“ (Ketzerei) im saarländischen

Oberthal durchgeführt – auf dem idyllischen lokalen Wanderplatz zwischen Friedhof, Kapelle und altem Pilgerweg ... Selbst ein Offener Brief an den Bischof von Trier verhallte. Wie anders kann es sein, dass lokale Nachahmungstäter der antichristlichen Musikarmee sich ermutigt fühlen müssen.

Was sind die Ursachen? Was die möglichen Auswirkungen? Wie sollten wir damit umgehen? Darf dies nur als Provokation abgetan werden in einer Zeit der Ersatzreligionen und fehlenden Orientierungen für junge Menschen?

In einer Welt der fehlenden Spiritualität und materiellen Fokussierung auf unbegrenzten Konsum, Regellosigkeit und permissives Freiheitsstreben erodieren alte Autoritätsstrukturen wie Kirche und Staat. Schulen haben mit Disziplinproblemen zu kämpfen, Politiker mit Hassbeschimpfungen und Kirchen mit Aushöhlung ihrer Wertebasis.

Durch musikkulturelle Vorbilder kann die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, sinken.

Ein Anstieg des Verrohungspotentials und Infragestellung aller tradiert christlicher Wertvorstellungen und Institutionen wird beim affektiven Einüben durch „Black Metal Musik“ geradezu beschleunigt.

Was bereits in Kanada und Norwegen u.a. belegt ist, dass Black Metal als Straftäter gegen Kirchen aktiv wurden und zu Kultfiguren generierten, kann in Deutschland auch nicht ausgeschlossen werden und muss präventiv angegangen werden - gesamtgesellschaftlich, um diese weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachteten geheimen Miterzieher zu bekämpfen. d.h.:

- a) Aufklärung über Weltbilder dieser Musikkultur und ihrer geschichtlichen Kontexte,
- b) juristische Konsequenzen gegenüber Akteuren, Labels, Bands, Veranstaltern und
- c) Aufbau und Einüben eines Verantwortungsdenkens und christlicher Moral, die die Menschenrechte und Liebe statt Hass in den Vordergrund stellt.

Nichts weniger als das Zerstören einer ganzen Kultur steht auf dem Spiel, wenn derartige Ideologien als „dumme Junge-Streiche“ und pure „jugendliche Provokation“ verharmlost werden – auch von seiten kirchlicher Amtsträger.

Wenn wir diese neue kulturelle Christenverfolgung stoppen wollen, müssen deren menschenverachtende Dimensionen ernstgenommen werden und eine neue Wertediskussion auch von christlichen Amtsträgern deutlichst eingefordert werden. Das christliche Erbe muss den geistigen Brandstiftern der Musikindustrie des „Black Metal“ Einhalt gebieten, nicht noch mehr Freiheit gewähren. Das geistige Vermächtnis für eine ganze Generation steht auf dem Spiel.

\*\*\*

Markus Groß

## Nostra culpa?

– eine Rezension zu Michael Lüders: *Wer den Wind sät - Was westliche Politik im Orient anrichtet*, C.H. Beck, München 29. Auflage 2019<sup>1</sup>

Wer sich eine Woche die Nachrichten anschaut und Buch führt, wieviel Prozent der Sendezeit im weitesten Sinne den Konflikten im oder mit dem islamischen Kulturkreis gewidmet ist, der kann nicht umhin, die übergroße Bedeutung dieser Krisenherde für die internationale Lage anzuerkennen. Das Buch von Michael Lüders ist ein Streifzug durch eine Reihe dieser Konflikte, ihre Geschichte und ihre Ursachen, wobei als roter Faden die „Fehler des Westens“ betrachtet werden, die bei der Entstehung von Krisen bzw. deren Verschärfung eine maßgebliche Rolle gespielt haben.

Lüders scheint sein Buch als einen Beitrag zur öffentlichen Debatte, nicht als wissenschaftliches Buch konzipiert zu haben, wofür auch die mittlerweile 29 z.T. aktualisierten Auflagen sowie viele Vorträge des Autors zum Buch sprechen, und vor diesem Hintergrund ist es auch zu beurteilen. Um eines vorwegzunehmen: Mit lediglich 175

Seiten Text – auf Fußnoten, Quellenangaben und eine Bibliographie wurde verzichtet – ist das Buch eher dünn, wobei der Stil eingängig und lesefreundlich ist. Dem steht jedoch eine Informationsdichte gegenüber, die fast ihresgleichen sucht. An vielen Stellen hätte man das Buch leicht mit weiteren Beispielen, Zitaten etc. erweitern können, eine Kürzung dagegen hätte immer zum Verlust wichtiger Informationen geführt. Die Zusammenfassung des Inhaltes ist in Bezug auf die ersten Kapitel daher exemplarisch etwas ausführlicher als im Falle der späteren.

Zur Anlage des Buches lesen wir in der Einleitung auf S. 7: „Dieses Buch ist eine Abrechnung mit westlicher Politik, die gerne für sich in Anspruch nimmt, ‚werteorientiert‘ zu handeln, im Nahen und Mittleren Osten aber vielfach verbrannte Erde hinterlassen hat.“ Dabei kritisiert er im Westen ... „vor allem die Neigung, die Konfliktparteien in ‚gut‘ und ‚böse‘ zu unterteilen. ... Westliche Politiker vermeiden es nach Möglichkeit, von Interessen zu reden. Lieber erwecken sie den Eindruck, sie betreiben ein weltweit angelegtes Demokratisierungs- und Wohlfahrtsprogramm.“ Dazu am Ende mehr. Lüders erwähnt hierbei, dass die USA seit 2001 in sieben mehrheitlich islamischen Ländern militärisch interveniert seien und zieht folgende Bilanz:

„Gibt es eine einzige militärische Intervention des Westens, die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge gehabt hätte?“

Das erste eigentliche Kapitel ist dann chronologisch dem ersten direkten Eingreifen des Westens nach dem 2. Weltkrieg in die Politik eines orientalischen Landes gewidmet: „Putsch in Teheran: Der Sündenfall“ (S. 12). In ihm wird der Sturz der demokratisch gewählten Regierung des in Frankreich und der Schweiz ausgebildeten Rechtsanwaltes Mossadegh im Jahre 1953 und seine Ersetzung durch den dem Westen genehmeren Schah referiert. Nach vielen Gesprächen mit Iranern kann ich dabei seine Analyse bestätigen, dass dieser Eingriff, der in erster Linie eine Reaktion auf die Verstaatlichung der Ölindustrie war, bei der Bevölkerung auch Jahrzehnte danach als große Ungerechtigkeit wahrgenommen wurde, die alle späteren Ereignisse überhaupt erst möglich gemacht hat. Lüders macht hier zum ersten Mal eine Taktik der Anschwärzung des Gegners aus,

<sup>1</sup> 1.-8. Auflage 2015; mehrere Aktualisierungen, zuletzt für die 29. aktualisierte Auflage 2019.

die auch später oft angewandt wurde. So verglich der damalige britische Außenminister Antony Eden Mossadegh mit Hitler (S. 17) „...und beschreibt ihn in einer Sprache, die sich später fast wortgleich gegenüber Diktatoren wie Saddam Hussein, Gaddafi oder Baschar al-Assad wiederfindet...“. Mossadegh, der bis zu seinem Lebensende 1967 unter Hausarrest gestellt wurde (S. 19) „...ist sicher die tragischste Figur in diesem Drama: Er war ein überzeugter Anhänger des Parlamentarismus, ein Bewunderer Mahatma Gandhis, von Abraham Lincoln und der amerikanischen Demokratie. Heute hieße es wohl: Er teilte die westlichen Werte.“ Über seinen Gegenspieler, den Schah dagegen schreibt Lüders: „Er machte aus dem Iran einen amerikanischen Militärstützpunkt an der Südgrenze der Sowjetunion und zum wichtigsten Verbündeten Israels in der Region.“ In der Folge habe es dann zwei Hochburgen der Opposition gegeben: den Basar und den Klerus, mit dem sich auch die Linken – zu ihrem späteren Schaden – verbündeten. So sei die Religion das Sammelbecken der Unzufriedenen geworden.

Nach der Machtübernahme durch Khomeinis islamische Revolution kam es zu einer 404 Tage dauernden „Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Teheran, von 1979 bis 1981“. Dieses erscheine „den USA auch heute noch als der eigentliche Skandal, nicht der Putsch von 1953, der die Lunte entfachte für die Explosion eine Generation später. ... Ohne Putsch von 1953 keine Islamische Revolution 1979.“ (S. 21, 22) Lüders schildert jedoch auch kurz die Schrecken der Machtübernahme Khomeinis, von der Liquidation Zehntausender Regimekritiker bis hin zur Kleiderordnung für Frauen und kommt zum Schluss: „Der islamische Fundamentalismus erlebte als Folge der iranischen Revolution seinen Durchbruch auf Kosten säkularer, nationalistischer und pro-westlicher Strömungen...“.

Im nächsten Kapitel, ab S. 23, geht es um das „Endspiel am Hindukusch: Washington und Riad als Geburtshelfer von Al-Qaida“. Lüders beschreibt, wie Amanullah Khan, der erste König Afghanistans nach der Unabhängigkeit 1919 vergeblich versuchte, das Land zu modernisieren, – u. a. bemühte er sich, den Schulbesuch für Mädchen ein-

zuführen –, worauf es zu landesweiten Aufständen gekommen sei.

Hier könnte man einhaken und vorgreifen auf ein Zitat aus einem späteren Kapitel (S. 58): „Der im Westen vorherrschende Eindruck, diese Entwicklung sei wohl in erster Linie der Religion geschuldet, Islam sei gleich Mittelalter, verkennt die wirklichen Ursachen: Einflussnahme von außen bis hin zur Intervention sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die eher der Restauration als einer Revolution in die Hände spielen.“ Dies sieht auf den ersten Blick so aus, als ob Lüders der Meinung sei, Religion werde nur missbraucht, sei aber selbst kein Hauptgrund für die Krisen und die Rückständigkeit des Orients. Explizit wird diese Frage (leider) nirgendwo thematisiert, man muss ihm aber zugute halten, dass er – wie wir sehen werden, – an vielen Stellen des Buches sehr wohl an einzelnen Beispielen zeigt, wie sehr die Gewaltspirale durch religiöse Motivation in Gang gesetzt oder zumindest beschleunigt wird. Das eigentliche Thema des Kapitels ist jedoch die Geschichte des Afghanistankrieges, der mit der sowjetischen Besatzung begann und von dem Lüders meint, dort sei die Saat für den 11. September gelegt worden. Im Unterkapitel „Narziss und Goldmund“ (S. 24) zitiert er den „Architekt des marchiavellistischen Lehrstücks“, den damaligen Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter Zbigniew Brzezinski aus einem Interview mit dem französischen „Nouvel Observateur“ aus dem Jahre 1998: Brzezinski gibt dabei zu, dass Militärhilfe für die afghanischen Mudschahedin nicht, wie offiziell verlautbart, erst nach dem Einmarsch der Sowjets am 24. Dezember 1979 gewährt worden sei, sondern bereits im Juli davor. Ziel sei die Schwächung der Sowjetunion gewesen.

An dieser Stelle hätte Lüders vielleicht auch den Besuch Brzezinskis am Kyber Pass, bei dem damals mit den USA verbündeten pakistanischen Diktator Zia ul-Haq erwähnen können<sup>2</sup>. Zu den geflohenen Rebellen sagte er damals: „Das Land dort drüben ist euer Land. Ihr werdet eines Tages heimkehren in eure Häuser und Moscheen,

<sup>2</sup> *Konfrontation am Khyber-Paß, Noch ist Pakistan unschlüssig: Wie soll es sich gegenüber den Sowjets verhalten?*, von Andreas Kohlschütter, Die Zeit, 8. Februar 1980; digital abrufbar unter: <https://www.zeit.de/1980/07/konfrontation-am-khyber-pass>

denn Gott ist auf eurer Seite ... Niemand in der Geschichte hat das afghanische Volk je unterdrücken können. Euer Kampfgeist ist wichtiger als Hubschrauber und Panzer.“ Wer den kurze Zeit später herausgekommenen Film *Rambo III*, der in Afghanistan spielt, anschaut, wird sehr schnell feststellen, dass die Verbündeten des amerikanischen Helden hier Leute sind, unter denen auch ein Osama bin Laden gut hinpassen würde. Wie man an diesem Beispiel sehr schön sehen kann: Der Feind meines Feindes ist – wenn überhaupt – meist nur für kurze Zeit mein Freund! Interessant ist hier auch, dass man offensichtlich den Islam als solchen für eine „verbündete Ideologie“ im Kampf gegen den Kommunismus sah. Doch zurück zum Buch: Anders als man vielleicht denken könnte, bereut Brzezinski, der für das Eingreifen der Amerikaner und damit mittelbar für das Hochkommen der Taliban mitverantwortlich war, im Interview nichts (S. 26): „Was ist für die Weltgeschichte von größerer Bedeutung? Die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetreiches? Einige fanatisierte Muslime oder die Befreiung Zentraleuropas und das Ende des Kalten Krieges?“

Ein Unterkapitel (S. 26) ist der Allianz zwischen der USA und Saudi-Arabien gewidmet. Dabei erinnert Lüders daran, dass 15 der 19 Attentäter des 11. September aus diesem Land stammten. Von der dortigen Variante des Islam schreibt er (S. 27): „In Saudi-Arabien ist der Islam Staatsreligion, genauer gesagt, eine erzkonservative, theokratische Strömung: der Wahhabismus.“ Dann folgt ein historischer Abriss zur Entstehung. Er zitiert den Gründer, Muhammad Abdul Wahhab (S. 28): „Wer sich diesem Glauben nicht anschließt, dessen Besitz möge beschlagnahmt, dessen Frauen und Töchtern Gewalt angetan werden, empfahl er. Apostaten haben ihr Recht auf Leben grundsätzlich verwirkt. Zu den Muslimen, die den Tod verdient haben, gehörten für ihn grundsätzlich Sufis, religiöse Mystiker also, Schiiten und generell alle Nichtsunniiten – von Nichtmuslimen ganz zu schweigen.“

Im folgenden Unterkapitel (ab S. 29), „Der Schoß, aus dem der Fanatismus kroch“, beschreibt er unter anderem die erste, im Jahre 1803 erfolgte Eroberung und Zerstörung schiitischer Gebiete und Heiligtümer und stellt über den heutigen Staat fest (S.

30 f.): „...verfolgt Riad das politische Ziel, den Wahhabismus in der gesamten islamischen Welt zu verbreiten und den Islam zu ‚wahhabisieren‘ ... Der Salafismus in seiner heutigen Form ist ‚Wahhabismus light‘.“ Für ihn ergibt sich somit eine „schizophrene Situation“: Einerseits verbreitet die Regierung – im Ausland – den Wahhabismus, andererseits bekämpft sie den IS, der aber von reichen Saudis finanziell unterstützt wird.

Hier muss man einhaken: So schizophren ist die Situation nicht! Ideologisch sind zwischen der saudischen Staatsreligion und dem IS zwar kaum Unterschiede festzumachen, aber von einem besonders frommen Lebenswandel der Königsfamilie mit ihren unzähligen Prinzen kann kaum die Rede sein: und das ist im Volk seit Jahrzehnten bekannt! Um dem gärenden Widerwillen der Bevölkerung ein Ventil zu geben, hat die saudische Regierung die Verbreitung des Wahhabismus *im Ausland* unterstützt und sich damit das Ausbleiben einer Rebellion im Inneren erkaufte. Auch Lüders sieht die Haltung der Bevölkerung kritisch (S. 31): „Dennoch, viele Saudis sympathisieren wie generell viele Golfaraber mit gewalttätigen islamistischen Gruppen.“

Im nächsten Kapitel „Arabische Afghanen“ und ihr Basisregister“ beschreibt er dann, sozusagen als Synthese der Kapitel über Saudi-Arabien und Afghanistan, wie al-Qaida (die „Basis“) in Afghanistan mit einem von Osama bin Laden 1982 im pakistanischen Peshawar eingerichteten Dienstleistungsbüro die Organisation der Freiwilligen Kämpfer gegen die Sowjets in Pakistan übernahm. Diese „Verbündeten“ wurden, ausgelöst durch die Präsenz von US-Truppen in Saudi-Arabien (d.h. unweit der heiligen Stätten von Mekka und Medina) nach dem Golfkrieg 1990 – und dem Untergang des gemeinsamen Feindes Sowjetunion –, einige Jahre später zu einem Hauptfeind der USA.

Auch an guten Beziehungen zu dem später zweiten großen Feind im Land, den Taliban, waren laut Lüders die USA lange interessiert, da Interesse an einer Pipeline von Usbekistan nach Pakistan bestand (S. 36). Zwar habe man mittlerweile die Auslieferung Osama bin Ladens verlangt, dies jedoch 1998 durch einen vorschnellen Angriff auf ein Ausbildungslager von al-Qaida in Afghanistan verhindert, was letztendlich

zum 11. September geführt habe. Lüders sieht hier zudem einen Zusammenhang mit der amerikanischen Innenpolitik (S. 36), denn „der amerikanische Angriff erfolgte auf dem Höhepunkt der Lewinsky-Affäre, ... Die meisten Kommentatoren waren sich einig, dass dieser Angriff auch als Befreiungsschlag nach innen diene... Hätte Clinton auf die Affäre mit seiner Praktikantin verzichtet, wären den Amerikanern möglicherweise 3000, den Irakern und Afghanen Hunderttausende tote Zivilisten erspart geblieben.“

Die Entstehung des IS wird im nächsten Kapitel „Mission accomplished“ „Die Amerikaner schaffen die Grundlage für den ‚Islamischen Staat‘“ (ab S. 37) behandelt. Zu Beginn des Kapitels meint Lüders: „Ohne Zweifel war Saddam Hussein ein verbrecherischer Despot. Doch verdankte sich sein Aufstieg maßgeblich der Unterstützung, die er vor allem von den USA, aber auch von europäischer Seite und den Golfstaaten erfuhr.“ Das Folgende ist dann eine Chronik seines Aufstieges und Falls. Lüders beschreibt anschaulich die Brutalität der Golfkriege, die Verlogenheit des Westens, die Saddam Hussein unterstützte, obwohl bekannt war, dass er 1983 gegen kurdische Aufständische Giftgas eingesetzt hatte. Gleichzeitig hätten die USA auch im Rahmen der Iran-Contra-Affäre den Iran mit Waffen beliefert (S. 39).

Doch nicht alles Unglück sei auf strategische Planung zurückzuführen. Lüders berichtet, wie Saddam Hussein die unbedachte Äußerung der amerikanischen Botschafterin im Jahre 1990 missverstanden habe. Sie hatte auf dem Höhepunkt des Konfliktes mit Kuwait, nach Drohungen mit Krieg gegen den kleinen Nachbarn, zum irakischen Diktator gesagt: „Wir haben keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, auch nicht zu Ihren Grenzstreitigkeiten mit Kuwait (...).“ Er habe dies als Freibrief für eine Eroberung verstanden, die letztendlich zum zweiten Golfkrieg geführt habe.

Nach seiner Niederlage sei im Irak durch amerikanische Embargo-Maßnahmen, v.a. bei Medikamenten und Nahrungsmitteln, eine humanitäre Katastrophe heraufbeschworen worden, der mindestens eine Million Iraker zum Opfer gefallen seien. Den Entwicklungsstand des Landes vor dem Krieg sieht er recht positiv (S. 45): „Betrug

die Alphabetisierungsrate 1989 noch 95 Prozent, die höchste in der arabischen Welt, war sie 2000 um mehr als die Hälfte gefallen.“ Leider werden hier – wie im gesamten Buch – keine direkten Quellen genannt, obwohl ein Faktencheck die Zahlen grob bestätigte<sup>3</sup>.

Der neue Plan sei dann gewesen, Saddam Hussein zu stürzen (S. 48). Was Lüders nicht erwähnt: Bush Senior hatte einige Jahre vorher, nach dem zweiten Golfkrieg (wenn man den iranisch-irakischen als den ersten ansieht) einen Sturz des Diktators noch mit der Begründung abgelehnt, er wolle keine Zerstückelung Iraks herbeiführen, da dies zu einem Machtvakuum führen würde.

Der Plan, einen Regime-Wechsel herbeizuführen, eine Haltung, die in den letzten Jahren in mehreren Konflikten zu beobachten ist, ist nach Lüders erst 1998 in der neokonservativen Denkfabrik „Project for the New American Century“ geboren worden (S. 48): „Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit werden ideologisch instrumentalisiert, um sie als Rammbock machtpolitischer Interessen einzusetzen. So soll die amerikanische Hegemonie weltweit durchgesetzt und verteidigt werden, in Verbindung mit einem so weit wie möglich deregulierten, deutlich am Finanzkapital ausgerichteten Wirtschaftssystem. Weniger freundlich gesagt: Sozialdarwinismus gepaart mit Größenwahn und Zynismus.“

Umgesetzt sei der neue Plan des Regimewechsels unter George W. Bush Junior worden, der die Bedenken seines Vaters nicht hegte. Was Lüders nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass bei den Vorbereitungen zu diesem Krieg Bush Sr. erstaunlich still blieb, hatte er seinen Sohn doch im Wahlkampf zuvor mit allen Kräften unterstützt. In der Folge beschreibt Lüders den Sieg der Amerikaner im Krieg und deren Niederlage während der Besatzung, wobei er folgende

<sup>3</sup> So liegt der durchschnittliche Schulbesuch aktuell (2018) bei 6,8 Jahren, die Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen (2006-16) liegt bei 43,7% (Frauen: 48,6; Männer: 57,0). Die Zahlen stammen aus dem vom United Nations Development Programme herausgegebenen „Human Development Report“, Download 2018 Statistical Update; digital verfügbar unter: <http://hdr.undp.org/en/2018-update/download>. Die Zahlen stammen v.a. von Tabelle 9: Education Achievements.

drei Kardinalfehler als Gründe angibt (S. 51 ff.)

1. „Das Machtvakuum unmittelbar nach dem Einmarsch in Bagdad beförderte die Ausbreitung von Anarchie und Chaos.“ Vor allem den von Bush eingesetzten Zivilverwalter Paul Bremer macht Lüders – und man darf hinzufügen: nicht nur er – für das Chaos verantwortlich. Bremers Versuche seien zum Scheitern verurteilt gewesen, aus einem völlig zerstörten Land „einen neoliberalen Modellstaat zu schaffen, mit Privatisierungen allenthalben, zerstörten die Reste an funktionierender Zentralstaatlichkeit.“

2. Paul Bremer und die amerikanische Besatzungsmacht hätten keinen Versuch unternommen, religiöse bzw. ethnische Konflikte durch einen „nationalen Dialog“ für die Neuordnung zu überbrücken. Er sieht die Spaltung in religiöse und nationale Gruppen vor allem als Folge der amerikanischen Besatzungspolitik. Hier dürften nicht alle zustimmen. So hatte er nur wenige Seiten vorher von massakrierten kurdischen Aufständischen gesprochen, und man könnte ihm auch die jahrzehntelange Bevorzugung von Sunniten, die er knapp eine halbe Seite später als „Machtelite im Irak über Jahrhunderte“ bezeichnet, entgegenhalten. Das Nicht-Vorhandensein eines irakischen Nationalbewusstseins kann man m.E. nicht in erster Linie den Amerikanern vorwerfen, wenn sie auch zum Abbau der Spaltungstendenzen nichts beigetragen haben.

3. „Der gravierendste Fehler aber war die von Paul Wolfowitz, dem stellvertretenden Verteidigungsminister, initiierte Entscheidung, die irakische Armee aufzulösen und die Baath-Partei als ‚kriminelle Vereinigung‘ zu verbieten.“ Auch hier ist Lüders mit seiner Analyse nicht allein und man könnte hinzufügen, dass die USA bei der Abwicklung der Hinterlassenschaften einer Diktatur von der deutschen Wiedervereinigung sich Einiges hätte anschauen können. Es ist nicht sinnvoll, alle Mitläufer des alten Regimes, von denen die meisten keine Verbrechen begangen haben, in Bausch und Bogen zu entlassen und auszugrenzen. Es folgt ein Kapitel: „‚Gute‘ und ‚böse‘ Dschihadisten: Wie der Westen vermeidet, aus seinen Fehlern zu lernen“. Lüders spricht hier von einer „Häutung der arabischen Welt“, die jedoch zu keinen revoluti-

onären gesellschaftlichen Veränderungen führe, da dafür die bürgerlichen Mittelschichten zu schwach ausgeprägt seien. Zudem gebe es in den Golfstaaten eine „Rentierwirtschaft“, d.h. man lässt andere (Ausländer) für sich arbeiten: Man könnte dem hinzufügen: Pakistanis und Filipinos für niedrigere, Europäer und andere Westler für qualifizierte Tätigkeiten.

Zu den kulturellen Unterschieden zwischen der arabischen Welt und Europa schreibt er auf S. 62: „Die Identität des Einzelnen ist in der Regel Teil der jeweiligen Gruppenidentität. Ein Individualismus, wie er im Westen gelebt wird ... kann sich in einer blockierten gesellschaftlichen Entwicklung kaum entfalten...“ Darauf folgt dann ein wichtiger Nebensatz: „Ebensowenig ein reformatorisches Denken, das den Koran anders als möglichst buchstabengetreu liest.“ Als Mitglied einer Forschergruppe, die die Ursprünge des Islam aus historisch-kritischer Sicht zu erforschen sich bemüht, kann ich ihm da nur beipflichten.

Zu den westlichen Träumen von einer Demokratisierung Syriens fragt er auf S. 63: „Worauf beruht die Annahme, nach dem Sturz Assads würden sich in Syrien Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einstellen?“ Seine Antwort ist klar, denn er meint, es „... würden die Sunniten die Macht übernehmen, weil sie 60% der Bevölkerung stellen. Weswegen sollten sie anders agieren als die Schiiten im Irak unter Maliki, nämlich Rache zu nehmen an jenen Teilen der Bevölkerung, die Assad unterstützten...“.

Dem ist zuzustimmen, aber es stellt sich schon die Frage, die er vermeidet: Wer ist an diesen Zuständen schuld? Man kann den Westen nicht für mittelalterliche Gesellschaftsstrukturen, die auch und vor allem auf Religion beruhen, verantwortlich machen.

In der Folge beschreibt er den Verlauf des Bürgerkrieges, wobei er m.E. völlig richtig darauf verweist, dass die Unterstützung der „Freien Syrischen Armee (FSA)“ durch den Westen auf der Selbsttäuschung beruht habe, dass es sich hierbei um eine demokratische Bewegung handelte. Hier muss man Lüders, nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Ereignisse, recht geben: Das Image der FSA zu Beginn des Krieges („Freiheitskämpfer“) hat sich spätestens seit dem Einmarsch der Türkei in die Kur-

dengebiete mit massenhaften Vertreibungen und Morden geändert. Mittlerweile wird die FSA als eine islamistische Söldnertruppe wahrgenommen.

Im nächstes Kapitel: „Im Herzen der Finternis: Was den ‚islamischen Staat‘ so erfolgreich macht“ (ab S. 81) unterstreicht er einen weiteren Fehler des Westens, m.E. zurecht: Dem fiktiven Unterschied zwischen „guten“ und „bösen“ Islamisten, der bereits im Titel des vorangehenden Kapitels anklang: Die Waffen, die man hier den vermeintlichen Verbündeten („guten Islamisten“) geliefert hat, tauchten wenig später in den Händen der „bösen Islamisten“ wieder auf. Auch liegen die religiösen Wurzeln islamistischer Kämpfer klar zu Tage (S. 86): „Weltanschaulich passt kaum ein Blatt Papier zwischen den Wahhabismus und die Ideologie des IS.“ Auf S. 90 f. erklärt er dann sehr anschaulich die Anklänge des Kalifatsstaates IS an die arabische Traditionsliteratur, allein schon bei der Namensgebung des neuen Kalifen *Abu Bakr* (Name des ersten Kalifen und direkten Nachfolgers des Propheten) *al-Baghdadi* („der aus Bagdad“, der Hauptstadt der Abbasiden). Auch die Kalifatsidee selbst hält er zurecht für einen geschickten ideologischen Schachzug. Was er hier hätte erwähnen können, ist die Tatsache, dass es auch in Deutschland schon vor vielen Jahren diese Idee gegeben hat: Der „Kalifatsstaat“ war eine 1994 in Köln gegründete islamistische Organisation, die 2001 verboten wurde. Sehr instruktiv sind seine psychologischen Erklärungen der Attraktivität des IS (S. 95): „Sie wännen sich zunächst in einer ‚Win-win‘-Situation. Töten sie Gegner und Feinde, erhalten sie gewissermaßen Bonuspunkte für ihren Aufstieg in den siebten Himmel, die höchste Stufe des Paradieses. Sterben sie als ‚Märtyrer‘, landen sie sofort ganz oben, wo glutäugige, vorzugsweise blonde oder blondierte Jungfrauen es kaum erwarten können, die furchtlosen Helden leidenschaftlich zu verwöhnen.“ Als Schuldige am Entstehen des IS sieht er jedoch die Amerikaner (S. 100): „Der IS war und ist die Quittung für den ebenso völkerrechtswidrigen wie sinnlosen, US-geführten Einmarsch im Irak 2003...“ Dem könnte man entgegenhalten: Der Einmarsch hätte aber niemals diese Konsequenzen haben können, wenn es die Brutalität, den Hass, den religiösen Fanatismus

nicht schon vorher gegeben hätte. Wer einen Mörder auf die Menschheit loslässt, trägt Schuld. Dies bedeutet aber nicht, dass der Haupttäter nicht immer noch der Mörder selbst ist.

Auf das Kapitel „Heilige Allianz“: Die USA setzen auf Diktatoren- und Feudalherrscher“ (ab S. 111), in dem er u.a. die Isolierung des Iran kritisiert, kann aus Platzgründen hier nicht näher eingegangen werden.

Das letzte Kapitel, und eines, mit dem er sich vielleicht am meisten dem Widerspruch von Politik und Medien aussetzt, behandelt den Fall Israels (S. 143-175): „Freibrief für Israel? Der Gazakrieg 2014“. Gleich zu Beginn macht er eine Rechnung auf: „Allein während des 50-tägigen Krieges im Gazastreifen sind im Juli und August 2014 rund 2200 Palästinenser getötet worden, die meisten von ihnen Zivilisten, darunter fast 500 Kinder. Auf israelischer Seite starben 71 Menschen, darunter sechs Zivilisten.“ Ganz allgemein prangert Lüders die seiner Meinung nach einseitige Parteinahme des Westens für Israel an, da dieser „Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte im Orient“ desavouiere, da sie mittlerweile „als Synonyme gelten für Heuchelei und Doppelmoral.“ (S. 144) Auf der Folgeseite beklagt er, dass weder „die gezielte Vertreibung von rund der Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im Zuge der israelischen Staatsgründung...“, noch die Siedlungspolitik von westlichen Regierungen offen angesprochen werde. Dem muss man im Prinzip zustimmen, zur Wahrheit gehört jedoch auch ein weiteres Faktum: Zur Zeit der Staatsgründung nach dem 2. Weltkrieg wurden die orientalischen Juden auch vertrieben – meist aus arabischen Staaten. Die Anzahl entsprach grob der der vertriebenen Palästinenser. Während man erstere aber in Israel integrierte, wurden letztere in den Nachbarstaaten z.T. bis heute in „Flüchtlingslagern“ (arabisch: *muhayyama*, abgeleitet von *hayma* - „Zelt“) geradezu gefangen gehalten. Im Libanon beispielsweise durften bis vor einigen Jahren die dorthin geflohenen Palästinenser Dutzende von Berufen nicht ausüben. So wurde der Hass künstlich am Leben gehalten und ein durch die Opferrolle geprägtes Nationalbewusstsein geschaffen, das es vor der Staatsgründung Israels gar nicht gegeben hatte.

In einem Unterkapitel: „Die Hamas erkennt Israel nicht an?“ (S. 151) erwähnt er zudem die Hamas-Charta von 1988, die die Zerstörung Israels fordert. Dem gegenüber zitiert er den Hamas-Führer Ismail Haniyya, der 2006 in einem Interview der Washington Post sagte: „Wenn Israel erklärt, dass es den Palästinensern einen Staat und ihre Rechte zurückgibt, dann ist auch die Hamas bereit, Israel anzuerkennen.“ Und auf der Folgeseite dann: „Wir sind bereit, uns auf einen langjährigen Waffenstillstand zu verpflichten.“

Lüders lässt dies unkommentiert und erweckt den Anschein, als ob die Hamas prinzipiell zur Anerkennung Israels bereit sei. Dem muss leider widersprochen werden: Zunächst einmal gilt die Charta der Hamas, ein durch und durch religiöses und geradezu endzeitliches Dokument, bis heute. Es gibt mittlerweile zwar eine Art politisches Programm, von dem Marc Frings von der Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah in einem Interview im Deutschlandfunk<sup>4</sup> Folgendes sagt: „... dass wir noch gar nicht genau wissen, ob es wirklich die Charta ersetzt wird. Das ist aus meiner Sicht bislang noch nicht der Fall. Die Indizien sind unterschiedlich gelagert. ...die Charta ... hat durchaus militantere Positionen, versucht, damit natürlich auch radikalere Kreise weiterhin zu erreichen, wo hingegen dieses neue Programm, das nun vorgestellt wurde, wesentlich moderater ist und damit vermutlich auch eine andere Zielgruppe erreichen soll, nämlich insbesondere das Ausland, ...“

Der zweite Satz bei Lüders, der von der Hamas in Aussicht gestellte „langjährige Waffenstillstand“, wird ebenfalls nicht kommentiert, kann aber ohne religiöse Erklärung nur missverstanden werden. Nach islamischer Vorstellung besteht die Welt aus zwei Teilen: dem „Haus des Islam“ (*dār al-islām*) und dem „Haus des Krieges“ (*dār al-ḥarb*), dem Rest der Welt, man könne auch sagen, den *noch nicht* islamischen Gebieten. Dabei ist es undenkbar, dass ein Gebiet, das einmal islamisch war, wieder an das „Haus des Krieges“ – beispielsweise an Israel – abgegeben wird. So versteht sich auch die Forderung vieler Fundamentalisten an den Westen, die ehemals islami-

schen Gebiete Andalusien und der Balkan müssten wieder zurückgegeben werden. Ein Friedensvertrag, der eine Rückgabe beinhaltet, ist nach islamischem Rechtsverständnis ungültig. Was aber möglich ist, ist ein zeitlich begrenzter Waffenstillstand (arabisch: *hudna*). Dies wurde hier von Seiten der Hamas angeboten.

Allerdings muss man Lüders auch recht geben, wenn er schreibt (S. 154): „PLO und Farah haben Israel übrigens schon 1988 anerkannt. Was hat es bewirkt? Ist deswegen eine Siedlung weniger gebaut worden?“ Auf S. 168 kommt er zu dem Schluss: „Vor diesem Hintergrund spielt sich die jüngste Eskalationsstufe ab, die Verlagerung des nationalen Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern auf eine religiöse Ebene.“ Das Abschlusskapitel „Die neue Weltordnung: Ein Ausblick“ (ab S. 169) zeichnet ein aus westlicher Sicht düsteres Bild (S. 171): „Die Ära globaler Hegemonie, die nach 1945 zunächst von den USA und der Sowjetunion geprägt wurde, seit 1989 von Washington und seinen Verbündeten, hat sich überlebt.“ Dem langsamen Niedergang des Westens gegenüber sieht er einen Aufstieg Chinas und der BRICS-Staaten. Auf der Folgeseite rät er dann dem Westen: „Diese neue Unübersichtlichkeit verlangt nach Diplomatie, Interkulturalität und Pragmatismus.“ Er kommt bei seiner Analyse zu dem Ergebnis (S. 174): „Einen ‚Kampf der Kulturen‘ gibt es nicht. Wohl aber einen Kampf um die Fleischtöpfe.“ Hier würde ich ihm vehement widersprechen. Die Tausende von jungen Menschen, viele davon westlicher Abstammung, die sich dem IS angeschlossen haben, taten dies nicht, um ein besseres *materielles* Leben zu haben, sondern um ihrem Leben einen *höheren Sinn* zu geben, als wie unmenschlich und dumm sich dieser letzten Endes auch herausstellte.

Auf der letzten Seite (S. 175) zieht er dann folgendes Resümee: „Ein gutes Miteinander braucht klare Regeln, die für alle gelten: namentlich das Bekenntnis zu Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit. Patriarchale Lebensformen, die dem Einzelnen, vor allem Mädchen und Frauen, keinen oder nur wenig Freiraum lassen, sind in diesem Zusammenhang ebenso abzulehnen wie etwa Antisemitismus...“, und damit die Aussage nicht etwa als fremdenfeindlich verstanden

<sup>4</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/neues-papier-der-hamas-wir-wissen-nicht-ob-es-wirklich-die.694.de.html?dram:article\\_id=385145](https://www.deutschlandfunk.de/neues-papier-der-hamas-wir-wissen-nicht-ob-es-wirklich-die.694.de.html?dram:article_id=385145)

werden kann, fügt er hinzu: „...oder Islamhass.“

Mein abschließendes Urteil über das Buch ist durchaus positiv. Obwohl ich in einigen Punkten dezidiert anderer Meinung bin, hat er alle Fakten m.E. richtig dargestellt. Doch stellt sich immer noch die Frage, ob solche Fehler in anderen Weltgegenden (ohne Islam) nicht auch begangen wurden, man denke nur an die Schrecken des Vietnamkrieges, ohne dass auch nur annähernd vergleichbare Nachwirkungen zu beobachten gewesen wären. Neben der Religion kommt hier noch eine Unerbittlichkeit hinzu, eine Unfähigkeit zu Kompromissen, die Peter Scholl-Latour, der alte Doyen der Nahost-Berichterstattung einmal so beschrieb: „Im Orient gibt es keine Guten und Bösen, sondern nur Starke und Schwache: Und wehe den Schwachen!“

Ein Wort noch zu der Weigerung des Westens, die eigenen Interessen anzuerkennen: Dieser Vorwurf wurde in der Vergangenheit in der englischsprachigen Welt speziell deutschen Politikern gegenüber gemacht, auch beispielsweise dann, wenn es um die EU ging. Dadurch, dass diese sich weigerten, überhaupt *eigene Interessen* auch nur zuzugeben, und statt dessen angaben, ihr Ziel sei die Wahrung von „Werten“ wie Frieden, Menschlichkeit, Freiheit, Demokratie, Solidarität etc. haben sie der jeweiligen Sache immer mehr geschadet als genutzt. Eine solche Haltung mag vordergründig als

Bescheidenheit daherkommen – immerhin eine auch christliche Tugend – wirkt aber wie das genaue Gegenteil. Wenn zwei Kontrahenten klar definierte *Interessen* haben, kann es durch Verhandlungen, vielleicht auch unterstützt durch Empathie auf beiden Seiten, zu einem *Interessenausgleich*, einem Kompromiss kommen. Wenn aber einer der Kontrahenten abstreitet, eigene Interessen zu verfolgen und sich stattdessen als der Anwalt „höherer Werte“ hinstellt, wertet er damit sein Gegenüber automatisch moralisch ab: „Während ich für das moralisch Gute stehe, verfolgst du egoistische Ziele!“

Was soll man also tun: Entweder ehrlich sein und Interessen vertreten: Wir wollen Öl, sichere Investitionen und Eure Länder als Märkte – das ist nicht einmal unmoralisch. Oder man will Werte vertreten: Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit, Frieden – und ich würde hier zwei weitere Punkte hinzufügen, an denen viele weitere hängen: die Gleichberechtigung der Frau und die sexuelle Selbstbestimmung jedes Individuums. In diesem Falle sollte man dann aber auch etwas mehr für die tun, die in diesen Ländern solche Werte – oft unter großen Risiken – vertreten, Raif Muhammad Badawi beispielsweise, der einen Blog über Politik und Religion in Saudi-Arabien schrieb und dafür 2013 wegen „Beleidigung des Islam“ zu 10 Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben verurteilt wurde.

\*\*\*

– Im Vatikan fand vom 6. – 27. Oktober 2019 die lange und breit vorbereitete, mit hohen – unterschiedlichen – Erwartungen verbundene **Amazonas-Synode** statt.

Papst Franziskus hatte diese Sondersynode einberufen, um den mit seiner Umwelt- und Sozialzyklika „Laudato Si“ beschrifteten Weg fortzusetzen. Das Themenspektrum umfasste: Ökologie Amazoniens, Lebensbedingungen der Indigenen (3 Millionen Menschen auf rund 7,5 Millionen qkm in 9 Staaten) und kirchliche Seelsorge. Die 263 Teilneh-

mer, darunter 35 Frauen, aus 9 Ländern verabschiedeten ein 45-seitiges Schlussdokument. Es enthält interessante Vorschläge, für den innerkirchlichen Bereich – der in den Medien hierzulande am meisten Beachtung gefunden hat - z.B. die Möglichkeit, in entlegenen Gegenden eventuell ältere, angesehene Familienväter zu Priestern zu weihen (ohne Verwendung des Begriffs *viri probati!*). Was davon in der noch für dieses Jahr zu erwartenden post-synodalen Exhortation des Papstes aufgegriffen wird,

bleibt abzuwarten. Insgesamt scheint die Amazonas-Synode den Papst gegenüber seinen Kritikern / Gegnern im Vatikan gestärkt zu haben.

– Papst Franziskus hat am 5. Oktober **13 neue Kardinäle ernannt** und damit die Internationalisierung des Kardinalskollegiums weiter vorangetrieben. Es umfasst nun (papstwahlberechtigte) Mitglieder aus 68 Ländern, bei der letzten Papstwahl 2013 waren es noch 48; aus Europa kommen 52 Kardinäle; Tonga, Papua-Neuguinea

nea und die Kapverden sind erstmals vertreten.

– Aus Europa wurde der **Erzbischof von Luxemburg und Präsident der EU-Bischöfskommission (COMECE) Jean-Claude Hollerich** (61) zum Kardinal ernannt. Hollerich gilt laut dem in unmittelbarer Nachbarschaft erscheinenden „Trierischen Volksfreund“ (4.10.2019) als Mann der leisen Töne, der sein unmittelbar dem Hl. Stuhl unterstelltes Erzbistum seit 2011 leitet und es nach dem Regierungswechsel 2013 – von den Christsozialen zu den Liberalen unter Premierminister Xavier Bettel – durch schwierige Zeiten manövriert hat. Die alte staatsnahe Kirchenstruktur musste aufgegeben werden, was einschneidende Reformen nötig machte (neue Formen der Glaubensvermittlung nach der Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts, neue lokale Eigentums- und Finanzverhältnisse). Nach deren erfolgreicher Bewältigung übernahm EB Hollerich 2018 zusätzlich das Amt des COMECE-Vorsitzenden von Kardinal Reinhard Marx, der nicht mehr zur Wiederwahl antreten durfte. In der Europapolitik bezog Hollerich deutlich Position gegen die Abriegelung der europäischen Grenzen und in der Flüchtlingsfrage insgesamt sowie für eine Wiederbelebung der europäischen Integration. – Sein bisheriger Lebensweg scheint ihn für diese Aufgabe geradezu zu prädestinieren: Er wurde 1958 im luxemburgischen Differdingen nahe der deutschen Grenze geboren, studierte in Rom Theologie, trat 1981 in den Jesuiten-

orden ein (Noviziat im belgischen Namur), nach zwei Jahren in der heimatlichen Seelsorge setzte er sein Theologiestudium in Frankfurt und Tokio fort. Nach der Priesterweihe 1990 studierte er zusätzlich Germanistik in München und lehrte ab 1994 Deutsch, Französisch und europäische Studien an der Sophia-Universität der Jesuiten in Tokio, dort war er auch Seelsorger der deutschen Pfarrei („Die Erfahrung der kleinen, aber hoch anerkannten Minderheitskirche in Japan hat ... ihn immun gemacht gegen eine Haltung kirchlichen Machtanspruchs, wie sie früher vielen Luxemburger Klerikern eigen war“). Außerdem sei er, so wird berichtet, gewohnt, Gesellschaft und Religion aus einem „deutschen“ und einem französisch-laizistischen Blickwinkel zu betrachten. Es wird ihm auch ein dementsprechend großes diplomatisches Geschick nachgesagt, das in der aktuellen europäischen Lage sehr gefragt sein dürfte.

– Weiter auf der obersten kirchlichen Hierarchie-Ebene verbleibend, ist zu vermelden, dass die US-amerikanischen Bischöfe auf ihrer Herbstversammlung erstmals einen Latino zum Vorsitzenden ihrer Konferenz gewählt haben: **José Horacio Gómez (67), Erzbischof von Los Angeles**. Der aus Monterrey in Mexiko stammende Gómez leitet die mit 4 Millionen Gläubigen größte Diözese in den USA seit 2011. Er studierte zunächst Betriebswirtschaft und Philosophie, trat während des Studiums dem Opus Dei bei, studierte The-

ologie in Rom und Pamploña und wurde 1978 zum Priester geweiht. Er war von 1987 bis 2000 Priester in San Antonio in Texas, wurde 1995 amerikanischer Staatsbürger, 2001 Weihbischof von Denver, 2005 Erzbischof von San Antonio und sechs Jahre später von Papst Benedikt XVI. zum Erzbischof von Los Angeles bestimmt.

In Mexiko wurde die Wahl von Gómez mit großer Freude aufgenommen. Sie ist auch von eminenter politisch-gesellschaftlicher Bedeutung, wie sich schon unmittelbar nach der Wahl zeigte: Gómez setzte sich für die rund 700.000 in den USA geborenen Kinder illegaler Einwanderer ein, die sog. „Dreamer“, die Trump abschieben möchte, worüber aber zur Zeit das Oberste Gericht verhandelt. Inzwischen beträgt der Anteil der Latinos an den 70 Millionen US-Katholiken knapp 40%; ohne sie wäre die Kirche in den letzten Jahrzehnten geschrumpft. Sie hat wegen der hohen Zahl der Gläubigen und der Bischöfe (fast 470) und aufgrund ihres vielen Geldes – die Rücklagen wurden allerdings durch Entschädigungszahlungen an Gewaltopfer stark gemindert – großen Einfluss in der Weltkirche. Der amerikanische Kurienkardinal Raymond Burke ist einer der prominenten Gegenspieler von Papst Franziskus. Die engsten Verbündeten des Papstes unter den amerikanischen Bischöfen, die Kardinäle Blase Cupich (Chicago) und Joseph Tobin (Newark), wurden bezeichnenderweise nicht in Führungsämter gewählt. Matthias Rüb von der FAZ sieht

die Wahl dennoch positiv: „Grundsätzlich dürften der ‚linke‘ Jesuit Franziskus und der ‚rechte‘ Opus-Dei-Mann Gómez weltanschaulich und theologisch eher in entgegengesetzten Lagern stehen. Aber als Brückenbauer zwischen dem Papst und der amerikanischen Bischofskonferenz dürfte Gómez ... der richtige Mann zur rechten Zeit sein“ (FAZ 14.11.2019, S.8).

– Wenn wir schon in den USA sind: Dort hat am 27. Oktober Pfarrer Robert Morey von der St. Anthony-Kirche in der Diözese Charleston, South Carolina, dem katholischen ehemaligen Vizepräsidenten und möglichen Präsidentschaftskandidaten der US-Demokraten, **Joe Biden (76), die Kommunion verweigert**. Seine Begründung: „Jede Person des öffentlichen Lebens, die sich für Abtreibung einsetzt, stellt sich außerhalb der Lehre der Kirche“. Wenn jeder, der außerhalb der Lehre (!) der Kirche steht, nicht mehr zur Kommunion zugelassen wird, ...!?

– **John Henry Newman (1801 – 1890)** wurde am 13. Oktober 2019 heilig gesprochen. Newman gilt als der bedeutendste moderne Theologe des katholischen England. Newman, der mit seinem Werk von über 80 Bänden auch als „Augustinus der Neuzeit“ bezeichnet wird, war 2010 von dem ‚Augustinisten‘ Papst Benedikt XVI. selig gesprochen worden. Sein Lebensweg ist gekennzeichnet durch seine Konversion von der anglikanischen Kirche - in der er als Geistlicher und Universitätsprediger in Oxford gro-

ßen Einfluss hatte, aber mit seinen Reformbestrebungen nicht durchdrang - zur römisch-katholischen Kirche, in der sein Übertritt aber auch Misstrauen und Verdächtigungen auslöste. Er wurde 1847 in Rom zum Priester geweiht und trat in den Orden der Oratorianer ein; dort gründete er das erste englische Oratorium, das er bis zu seinem Tod leitete. Sein Einsatz für eine offene Kirche, gegen die Getoimentalität, in die sich die katholische Kirche Englands zurückgezogen hatte, stieß auf viel Widerstand.

„So wurde das religiöse Genie durch das Mittelmaß seiner frommen Vorgesetzten in die Untätigkeit eingesperrt und über Jahre in die dunkle Nacht der Läuterung getrieben“ (Günter Bimer). 1864 hat er eine in ganz England vielbeachtete Rechtfertigungsschrift verfasst: *Apologia pro Vita sua* (Verteidigung seines Lebens). 1879 wurde er von Papst Leo XIII. zum Kardinal ernannt, 140 Jahre danach zum Heiligen.

– **Ein Bischof gesteht Fehler ein, ein anderer erhält einen Haftbefehl:**

Der emeritierte **Hamburger Erzbischof Werner Thissen** hat in einem Interview mit der Bistumszeitung „Kirche und Leben“ eingestanden, als Personalverantwortlicher im Bistum Münster, wo er 20 Jahre lang Leiter der Hauptabteilung Seelsorge – Personal und Generalvikar war, schwere Fehler in der Missbrauchsfrage begangen zu haben. Es sei ein „großer Fehler“ gewesen, dass er „mit den Betroffenen kaum Kontakt“ gehabt habe; die Personalkonferenz

hätte Fachleute hinzuziehen müssen. Vor allem hätte es „auch einer größeren Distanz zu den Tätern bedurft“.

– Dem 2013 von Papst Franziskus zum Bischof von Orán ernannten **Gustavo Oscar Zanchetta** wurden sexueller Missbrauch und Unterschlagung vorgeworfen. Nach seinem erzwungenen Rücktritt hatte Franziskus für ihn, mit dem er seit seiner Zeit als Erzbischof von Buenos Aires 1998 - 2013 freundschaftlich verbunden ist, einen Posten in der vatikanischen Vermögensverwaltung geschaffen. Nach einer Anhörung im Juni in Argentinien ist Zanchetta nach Rom zurückgekehrt und verweigerte seither die Kommunikation mit den Behörden. Die Staatsanwaltschaft in der nordargentinischen Provinz Salta hat nun einen internationalen Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Auch im Vatikan wird gegen ihn ermittelt.

– **„Katholikinnen und das Zweite Vatikanische Konzil“**

– Unter diesem Titel ist eine ausgezeichnete kommentierte Dokumentation erschienen, herausgegeben von den beiden Kirchenhistorikerinnen Regina Heyder (Mainz) und Gisela Muschiol (Bonn), Aschendorff Verlag, Münster 2018. Darin enthalten sind bisher unveröffentlichte Petitionen, Berichte, Korrespondenzen und Fotografien von Frauen, die schon vor über 50 Jahren auf die „Frauenfrage“ in der katholischen Kirche hingewiesen haben, in geradezu prophetischer Weise: „Nehmen Sie die Frauen ernst und für volle Glieder der Kirche, solange es noch

Zeit ist, solange sie noch am Gottesdienst teilnehmen! Wenn die Frauen en gros erst einmal die Konsequenz daraus gezogen haben, dass sie in der Kirche dauernd negiert werden [- was heute mit Maria 2.0 zu beginnen scheint! - ], ist es zu spät“, schrieb die Theologin **Josefa Maria Münch** 1965 an die deutschen Konzilsväter. Insgesamt sieben Eingaben richtete sie an das Konzil, u.a. zu einer inklusiven Sprache im Gottesdienst und zu einer geschlechtergerechten Revision des Kirchenrechts. Zusammen mit anderen Frauen – der Schweizer Juristin **Gertrud Heinzemann**, den Theologinnen **Iris Müller** und **Ida Raming** (die in dieser Zeitschrift schon öfter zu Wort kam!) und **Marianne Dirks** – „hat sie entscheidend zu einer Sensibilisierung für die Thematik ‚Frauen und Kirche‘ beigetragen“ (Heyder). Weitere Frauen werden in diesem Zusammenhang genannt: **Helene Weber**, Bundestagsabgeordnete, **Gertrud Ehrle** vom „Zentralverband der Katholischen Frauen- und Müttergemeinschaft“, **Schwester Marianna Schrader**, Benediktinerin der Abtei St. Hildegard. Ihrer prophetischen Warnung „... ehe es zu spät ist!“ entgegeneten selbst aufgeschlossene Vertreter des Episkopats mit dem ‚Gegenargument‘, die Zeit sei noch nicht reif.

– Die ehemalige Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, **Rita Waschbüsch**, die zusammen mit anderen Mitgliedern des ZdK vor 20 Jahren, nach dem Ausstieg der katholischen Kirche aus der

Schwangerschaftskonfliktberatung, den Schwangerenberatungsverein „Donum Vitae - zur Förderung des Schutzes des menschlichen Lebens e.V.“ mit Sitz in Bonn gegründet hat und seitdem dessen Bundesvorsitz innehatte, hat sich aus dem Vorstand zurückgezogen. Waschbüsch war, wie der Verein insgesamt, trotz ihrer konziliant-verbindlichen Art jahrelang Anfeindungen aus der „Fundie-Ecke von Laien und von einer Minderheit der „Amtsträger“ ausgesetzt. Weniger beschönigend muss festgehalten werden, dass Donum Vitae in allen deutschen Diözesen durch einen Beschluss der Bischofskonferenz 2006 als außerhalb der Kirche stehend erklärt und kirchlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen das Engagement bei Donum Vitae untersagt wurde (bis zum Hausverbot in kirchlichen Bildungshäusern, Akademien usw.); in jüngster Zeit erhält er mehr Anerkennung auch von amtskirchlicher Seite.

Rita Waschbüsch hat den Verein zu seiner heutigen Größe geführt; er berät an über 210 Orten bundesweit und unterhält auch Online-Beratungsstellen. Ihr Ausscheiden wurde auf der Jubiläumstagung 2019 in Karlsruhe als Ende einer erfolgreichen Ära gewürdigt. Ihr bisheriger Stellvertreter, **Dr. Olaf Tyllack** (München), wurde zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

– Papst Franziskus hat im November eine fast einwöchige **Reise nach Thailand und Japan** unternommen. In beiden Ländern machen die Christen nur etwa ein

halbes Prozent der Bevölkerung von 69 bzw. 126 Millionen aus. In Bangkok unterstützte der Papst die thailändische Regierung in ihrem Kampf gegen die „Plage“ der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern durch Sextourismus. Er traf sich auch mit dem 92-jährigen **Obersten Patriarchen der thailändischen Buddhisten Arivavongsa-gatanana IX**. Er warb dabei für ein friedliches Zusammenleben der Religionen und übergab das Dokument „Geschwisterlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben“, das er im Februar in Abu Dhabi gemeinsam mit dem Großimam Mohammad al Tayyeb aus Kairo unterzeichnet hatte.

In Japan, dem „Land der päpstlichen Sehnsucht“ (Matthias Rüb in FAZ vom 20.11.2019) – der 30-jährige Jesuit Bergoglio hatte den Wunsch, als Missionar nach Japan zu gehen, was von der Ordensleitung aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt wurde – stand das Thema Nuklearenergie im Vordergrund. Er forderte eine nukleare Abrüstung und stellte auch die zivile Nutzung von Atomenergie in Frage, an der die japanische Regierung auch nach der Fukushima-Katastrophe von 2011 festhält.

– In der Frage der künftigen **Entschädigung für Missbrauchsoffer** sind die deutschen Bischöfe noch zu keiner Entscheidung gekommen, weder was die Höhe der Zahlungen „zur Anerkennung des Leides“ angeht, noch wie entsprechende Mittel aufgebracht werden sollen. Einigkeit besteht lediglich darin, dass diese

Fragen gemeinsam mit den Betroffenen gelöst werden sollen – deshalb soll auf der Ebene der Bischofskonferenz ein „Betroffenenbeirat“ eingerichtet werden – und auch gemeinsam mit anderen betroffenen Organisationen wie der evangelischen Kirche oder aus dem Bereich des Sports.

– Der Vorschlag bzw. „Gedankenspiele“ des Missbrauchsbeauftragten der DBK, **Bischof Stephan Ackermann** von Trier, dazu notfalls Kirchensteuern zu verwenden, stieß auf breite Ablehnung. Sowohl die Vizepräsidentin des ZdK, **Claudia Lücking-Michel**, als auch Maria 2.0 etwa wiesen seinen Appell an die Solidargemeinschaft der Gläubigen zurück. Die Solidarität gelte den Opfern und nicht den Verantwortlichen und „einem System, das durch seine Strukturen systemisch den Missbrauch erst hervor gebracht und die Täter teilweise vor Strafverfolgung geschützt hat“ (Pressemeldung von Maria 2.0). Das ZdK begründete seine Ablehnung des Vorschlags Ackermanns außerdem mit der mangelnden Mitbestimmung von Laien; es könne nicht sein, dass Laien für Straftaten von Klerikern haftbar gemacht würden, obwohl sie praktisch keine politische und rechtliche Handhabe besäßen, um Machtmissbrauch zu verhindern. Bischof Ackermann hat seinen Vergleich mit dem durch das Scheitern der PKW-Maut entstandenen Schaden, den ja auch die Solidargemeinschaft der Steuerzahler tragen müsse, inzwischen als „zu salopp und unpassend“ zurückgenommen.

– Der Trierer **Bischof Stephan Ackermann** steht auch noch von anderer Seite unter Druck: Am Tag, nachdem er die Dekrete für die erste Etappe der Umsetzung der von der Bistumssynode beschlossenen Strukturreform, für die Errichtung von 15 Großpfarreien im Bistum erlassen hatte, erreichte ihn ein Schreiben des **Kardinals Beniamino Stella** von der Kleruskongregation, mit dem die Reform bis zur Überprüfung durch Rom ausgesetzt wurde. Es „schlug im Trierer Generalvikariat wie eine Bombe ein“, weiß der „Trierische Volksfreund“ vom 24./25.11.2019 zu berichten. Auch für den Vorsitzenden des Katholikenrats **Manfred Thesing** kommt die verfügte Aussetzung „zum absolut falschen Zeitpunkt“. Gegen das sog. Synodengesetz waren in Rom mehrere Beschwerden eingegangen, von der Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“ und der Priestergemeinschaft „Unio Apostolica“. Diese nach eigenen Angaben älteste Priestergemeinschaft der Welt, die im Bistum Trier ca. 50 und weltweit 500 Mitglieder hat, klagte gegen das Synodengesetz aus theologischen Gründen: Die Umstrukturierung mit ihren Großgemeinden und Leitungsteams höhle das priesterliche Weiheamt aus, das auch den Dienst der Leitung umfasse. Die Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“, die 2017 ausgehend von Prüm in der Eifel gegründet wurde und der sich gewählte Vertreter aus allen Teilen des Bistums Trier angeschlossen haben, argumentiert eher pastoralpragmatisch. Sie wendet sich gegen die Auflösung der

lokalen Gremien und die „Enteignung“ der Kirchengemeinden, wodurch das kirchliche Leben vor Ort mitsamt Ehrenamt „vernichtet“ werde. Der Trierer Bischof ist nun zu einer Stellungnahme aufgefordert. Bis die Kleruskongregation über die Rechtskonformität des Trierer Synodengesetzes entscheidet, können Monate ins Land gehen. Die scharfe Kritik des Katholikenrats an dem römischen Stoppchild in letzter Minute ist mehr als verständlich.

– Am 1. Advent (nach Redaktionsschluss für diese Ausgabe von imprimatur) beginnt in der katholischen Kirche Deutschlands der sog. „**Synodale Weg**“. Dabei sollen in den beiden kommenden Jahren zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken „auf Augenhöhe“ vier Problemkomplexe bearbeitet werden: die Stellung der Frauen in der Kirche, die Macht in der Kirche, die Sexualmoral und die Lebensform der Priester. Die kirchenrechtliche Verbindlichkeit des Synodalen Wegs, um die lange gerungen wurde, ist nach wie vor umstritten. Es wird kritisiert, dass es zu wenig Mitspracherecht für die Laien gibt und die Bischöfe und/oder Rom wiederum das letzte Wort hätten. Außerdem sind Frauen deutlich in der Unterzahl. Man kann nur hoffen, dass dieser erneute Versuch, die Kirchenkrise gemeinsam zu bewältigen, nicht wie frühere im Sande verläuft, sondern zu verbindlichen Beschlüssen und Voten führt.

\*\*\*

## Synodaler Weg braucht grundlegende Umkehr und Perspektiven

Reformgruppen kurz vor dem am 1. Dezember 2019 beginnenden Synodalen Weg

Katholische Reformgruppen erneuern kurz vor dem offiziellen Beginn am ersten Adventssonntag, dem 1. Dezember 2019, ihre Forderung, dass der Synodale Weg partizipativ, ergebnisoffen und transparent zu gestalten ist sowie zu konkreten und verbindlichen Beschlüssen führen muss.

Nach der von den deutschen Bischöfen als Zäsur bezeichneten MHG-Studie **bedarf es einer grundlegenden Umkehr auf allen Ebenen**. Dabei darf es keine Tabus geben, Ungewohntes zu denken und das Notwendige zu beschließen. Die **gemeinsame Verantwortung aller Glaubenden** für den Weg unserer Kirche in dieser Zeit muss im Vordergrund stehen. Der Synodale Weg sollte **ein Prozess der ganzen Kirche werden**, bis in die Pfarrgemeinden hinein, und auch das Gespräch mit Fernstehenden suchen. Dass das gegenwärtige Kirchenrecht z.B. mit einem Entscheidungsvorbehalt der Bischöfe rechtlich einen engen Rahmen setzt, darf nicht verhindern, dass die **überfälligen Debatten jetzt in aller Freiheit** in einer synodalen Streitkultur geführt werden; dies im Bewusstsein, dass auch das Kirchenrecht von Menschen gemacht und damit veränderbar ist.

Der Synodale Weg **braucht aber auch neue Perspektiven**, um zu zeigen: Eine andere Kirche ist möglich. Es geht um die Ermunterung, dass Getaufte und Gefirmte ihr Christsein in einer re-formierten Kirche leben können. Der **Brief von Papst Franziskus** an das pilgernde Volk Gottes in Deutschland vom 29. Juni 2019 spricht von einer Zeitenwende, „die neue und alte Fragen aufwirft, angesichts derer eine Auseinandersetzung berechtigt und notwendig ist“. Dieser Brief grenzt Themen weder ein noch aus.

Über die vier geplanten Foren hinaus sollten auch die **entscheidenden Kernpunkte der gegenwärtigen Kirchen- und Glaubenskrise** (kirchliche Hierarchie, Gottesfrage; Christologie, ...) angesprochen werden. Die von Papst Franziskus vom Synodalen Weg erwartete neue „Evangelisierung“ erfordert das Übersetzen der Botschaft Jesu in die Sprach- und Denkmuster der Welt von heute, damit die Menschen sie verstehen und aufnehmen können. Dies muss auch die Umkehr bei den von Franziskus so existentiell behandelten Themen wie Flucht und Migration, Wirtschaftsform und Klimawandel beinhalten. Damit ist der Synodale Weg **kein Alleingang der Kirche in Deutschland**, sondern kann im besten Falle – ebenso wie die Pan-Amazonien-Synode – wegweisend für die Weltkirche sein. Dazu ist es wichtig, die wesentlichen Schritte und Arbeitsweisen dieses Prozesses auch international zu kommunizieren.

Dabei ist immer wieder in Erinnerung zu rufen: Ausgangspunkt für den Synodalen Weg ist die notwendige Auseinandersetzung mit den systemischen Risiken, die die MHG-Studie benannt hat, und dem Versagen beim Schutz von Kindern und Jugendlichen im Raum der Kirche. Deshalb sind auch die Betroffenen sichtbar einzubeziehen. Die **Themen der vier Foren des Synodalen Weges** entsprechen auch genau den Punkten des ZdK-Papiers „Dialog statt Dialogverweigerung“ (1994) sowie des KirchenVolksBegehrens 1995 anlässlich des Missbrauchsskandals des Wiener Kardinals Groër.

Unter dem Aspekt einer Geh-hin-Kirche und der Frage, was die Menschen heute brauchen und was dem Evangelium gemäß ist, werden **für die inhaltliche Arbeit des Synodalen Weges folgende Punkte als zentral angesehen**:

- Die **Einheit** der Kirche wird nicht durch zeitgemäßes Fortschreiten und eine theologische Lehrentwicklung gefährdet, sondern vor allem durch die, die sich gegen jede Veränderung stemmen.
- Die Frage nach dem Umgang mit **Macht** in der Kirche kann nicht ohne eine kritische Auseinandersetzung mit dem Klerikalismus und nicht ohne die Frage nach der Rolle der Frauen in der Kirche angegangen werden.

- Das Beharren auf dem **Pflichtzölibat** darf nicht länger dazu führen, dass immer mehr Gemeinden die Feier des eucharistischen Mahles vorenthalten wird.
- Für die Zukunft der Kirche wird es notwendig sein, **Frauen** den Zugang zu allen kirchlichen Ämtern zu gewähren, denn der Weihe-Ausschluss lässt sich theologisch nicht begründen.
- Bezüglich des alle Menschen betreffenden Themas **Sexualität** muss der Synodale Weg von einer positiven, wertschätzenden Haltung zu den verschiedenen Lebensformen und einer einvernehmlichen Sexualität ausgehen.

Die Reformgruppen unterstützen die **Petition „#Amazonien auch bei uns!“** an die deutschsprachigen Kirchenleitungen ([www.amazonien-auch-bei-uns.com](http://www.amazonien-auch-bei-uns.com)) und sehen den verbindlichen Synodalen Weg als zwingende Chance, die existenzielle Krise der römisch-katholischen Kirche, die ja nicht nur in Deutschland gegeben ist, zu überwinden.

**An die Teilnehmenden der Synodalen Versammlung richten die Reformgruppen erneut den Appell: Seien Sie mutig, jetzt, damit wir als Glaubensgemeinschaft Jesu auch in Zukunft glaubwürdig und freudig Zeugnis geben können!**

**Das Kirchenvolk will endlich Reform-Taten sehen, keine vertröstenden Ankündigungen hören.**

22. November 2019

KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche*  
Aktion „Lila Stola“ und Frauenwürde e.V.  
– Projektgruppen von *Wir sind Kirche*  
Aktion „Maria 2.0“

Aktionsgemeinschaft von 160 Pfarrern und Diakonen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart (AGR)

Freckenhorster Kreis

Gemeindeinitiative.org

Initiativgruppe vom Zölibat betroffener Frauen

Institut für Theologie und Politik

Laienverantwortung Regensburg e.V., eine Vereinigung von Gläubigen nach CIC c. 215

Leserinitiative Publik-Forum e.V.

Münchner Kreis – Initiative von in der Pastoral Tätigen in der Erzdiözese München-Freising

Münnerstädter Kreis

Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e.V.

OrdensFrauen für MenschenWürde

Pfarrer-Initiative Deutschland

Priester im Dialog, Dr. Edgar Büttner

pro concilio

Redaktion *imprimatur*, Prof. Karl-Heinz Ohlig, Irmgard und Prof. Dr. Benno Rech.

Vereinigung katholischer Priester und ihrer Frauen

Die Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch“ unterstützt diesen Aufruf.

\*\*\*

## Freckenhorster Ermutigungen

Die biblische Botschaft vom „Gott des Lebens“ lässt uns sagen:

**Eine andere Welt ist möglich.**

**Eine andere Kirche ist möglich.**

**Wir laden ein** zu einem Weg, der kreativ, spirituell und strukturell **jetzt und heute** anliegt!

In Respekt vor der Vielfalt menschlicher Wirklichkeiten und Wege ermutigen wir: empathisch zu hören und zu sehen, an der Lebenswirklichkeit und Alltagswirklichkeit der Menschen anzudocken, und wir ermutigen zu Eigenverantwortung im Glauben, Denken und Handeln.

**Unser Blick ist gerichtet auf die Welt**

- das Leiden der Menschen angesichts der Ungerechtigkeiten und der Klimakatastrophe:

Wir ermutigen zu einem „Mehr“ an Gerechtigkeit hier und weltweit.

Wir ermutigen zu schöpfungsbewusstem und schöpfungsverantwortetem Handeln.

**Unser Blick ist gerichtet auf die Kirche**

- das erloschene Feuer in der amtlichen Gestalt unserer Tage:

Wir ermutigen dazu, dem Licht der Taufe zu trauen und in Selbstermächtigung die biblische Botschaft, das Christ- und Kirchesein alltäglich zu leben.

Wir ermutigen zu einer Re-Form der amt-  
imprimatur, Heft 4, 2019

lichen Kirche, zum synodalen Element des Anfangs und zu einer menschengerechten Form in liturgischer Sprache, ökumenischer Haltung und im Blick auf die Geschlechtergerechtigkeit.

Diese Ermutigungen sind für uns Kraft zu konstruktivem Widerstand gegen unfriedliche Strukturen und Wirklichkeiten in Welt und Kirche.

Diese Ermutigungen sind für uns Kraft für Vernetzung, Solidarität, eine Welt in Teilhabe aller und für einen geschwisterlich gelebten Glauben an den „Gott des Lebens“.

Verabschiedet vom Freckenhorster Kreis am 03. 10. 2019

\*\*\*

## Fundsachen

„Man muss sich bewusst machen, dass über 4.000 Jahre betrachtet jeder Mensch mit jedem Menschen auf der Welt blutsverwandt ist. Und dann versuchen wir zu kategorisieren, obwohl wir eine große Familie sind? Das ist verrückt.“

(Johannes Krause, Paläogenetiker und Direktor des Max-Planck-Instituts für Menschheitsgeschichte an der Universität Jena, in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, 23./24. Nov. 2019, S. 33: „Wir waren alle mal schwarz“)

Eine „Fundsache“ im wörtlichen Sinn ist die Entdeckung von 11,62 Millionen Jahre alten Fossilien einer bisher unbekanntem Primatenart in einer Tongrube im Unterallgäu. Aus den 37 Einzelfunden, insgesamt 15% eines Skeletts, konnten die Forscher um Madelaine Böhme von der Universität Tübingen und des Senckenberg Center for Human Evolution and Palaeo-environment rekonstruieren, wie sich *Danuvius guggenmosi* fortbewegte, wahrscheinlich sowohl auf zwei Beinen als auch kletternd. Danuvius, der etwa einen Meter groß gewesen sein dürfte, war ein Menschenaffe, kein Mensch. Die bislang äl-

testen Belege für den aufrechten Gang sind rund sechs Millionen Jahre alt und stammen aus Kreta und Kenia. „Das ist eine Sternstunde der Paläoanthropologie und ein Paradigmenwechsel“, jubelte die Forscherin Böhme. Die Funde stellen die bisherige Sicht auf die Evolution der großen Menschenaffen und des Menschen in Frage. Ihr Kollege David Begun von der Universität von Toronto ergänzt: „Danuvius kombinierte die von den hinteren Gliedmaßen dominierte Zweibeinigkeit mit dem von den vorderen Gliedmaßen dominierten Klettern“. -

Diese Fundsache gibt viel zu denken, nicht nur den Evolutionsbiologen, sondern vielleicht auch den Philosophen des „aufrechten Gangs“ und allen, die „Rücken haben“ – es sollen etwa 10% der Deutschen sein -: Vielleicht sollten wir uns wie Danuvius auf zweierlei Art fortbewegen! (Quelle: dpa 6.11.2019)

Das Domforum Köln teilte am 7. November der erstaunten Öffentlichkeit mit, dass „demnächst“ auf dem Roncalliplatz neben dem Dom eine Segensdusche installiert wird. Den dürren Worten dieser Meldung war nur ungefähr zu entnehmen, wie diese bahnbrechende pastorale Erfindung funktionieren wird: Auf dem Boden und auf den Körpern der Teilnehmer – unbekleidet, wie beim Duschen üblich? – leuchten Segenssprüche auf, z.B.: „So sei mit Dir der lebendige Gott!“. Die Aktion soll in der dunklen Jahreszeit Licht in das Leben der Menschen bringen. Wer Näheres erfahren möchte, kann ab sofort „segensduschen“; die „Dusche“ ist seit dem 14. November installiert. - Wir enthalten uns jeden weiteren Kommentars, da dieser leicht in Satire abgleiten könnte.

Noch eine veritable „Fundsache“, die in die Kirchengeschichte eingehen wird: In der evangelischen Johanniskirche in Mainz wurden bei Ausgrabungen in einem steinernen Sarg menschliche Überreste und Textilreste gefunden. Durch fünf Monate dauernde Untersuchungen unter der Leitung von Guido Faccani konnten sie „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ als Erzbischof Erkanbald identifiziert werden. Die Untersuchungen

ergaben interessante Details zur Person des Bestatteten und zu seiner Begräbniskirche.

Der im Jahr 1021 verstorbene Erzbischof Erkanbald muss im Alter zwischen 40 und 60 Jahren verstorben sein, war etwa 1,82 Meter groß und wog um die 70 Kilogramm, vermutlich litt er an Wohlstandskrankheiten! Die gefundenen Textilreste – eine Kassel, ein Pallium und „Pontifikalschuhe“ – sprechen ziemlich eindeutig dafür, dass es sich um den von 1011 bis 1021 amtierenden Erzbischof Erkanbald handeln muss. Seine Begräbnisstätte, die Johanniskirche, die im Volksmund bisher schon „Alter Dom“ genannt wurde, muss die erste Mainzer Kathedrale gewesen sein. Der heutige Dom St. Martin, der 1036 geweiht wurde und St. Johannes als Kathedrale ablöste, ist nur einen Steinwurf entfernt. „Mainz hat nun zwei Dome“, sagte der evangelische Dekan Andreas Klodt. Es sei etwas Besonderes, dass der Alte Dom nicht abgerissen und an gleicher Stelle ein Neubau errichtet wurde; die Mainzer Stadtgeschichte müsse nun neu geschrieben werden. – Dass Mainz nun zwei Dome hat, verschafft der Stadt einen uneinholbaren Vorsprung gegenüber ihrer traditionellen rheinischen Rivalin Köln – nicht nur im Karneval! Aber Köln hat dafür ein „Segensdusche“ (siehe oben)!

\*\*\*

Karl-Heinz Ohlig

## Unbefragte Mythen

Die Katholische Akademie in München lädt einen Islamwissenschaftler ein

---

Am 07.12.18 referierte bei der Katholischen Akademie in München Prof. Dr. Georges Tamer, Ordinarius für Orientalische Philologie und Islamwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, über den Koran unter dem Thema „Ein vielstimmiges Buch“. Dieser Vortrag ist in Heft 1, 2019 ("Zur Debatte" S. 9 – 14) bei

den Themen der Katholischen Akademie in Bayern publiziert worden.

Es ist schon seltsam, dass ein solcher Vortrag in der Katholischen Akademie, die sich ansonsten um wissenschaftlich begründete Referate und Diskussionen bemüht, widerspruchlos durchgehen konnte.

Georges Tamer setzt, ohne kritische Fragen, den muslimischen Gründungsmythos voraus: Der Koran geht auf die Verkündigung Mohammeds zurück, die er nach muslimischer Auffassung als göttliche Offenbarung erhalten hat. Obwohl es zum Koran und zu Muhammad noch keinen Konsens in der Wissenschaft gibt, kann man dann so verfahren, als wenn man das Nibelungenlied als Wiedergabe realer Ereignisse referiert?

Zur Untermauerung seines Themas bezieht er sich auf einen spätmittelalterlichen muslimischen Gelehrten: „Der große Koranglehrte as-Suyuti (gest. 1505 in Kairo) stellt in seinem summarischen Kompendium ... fest, dass Muhammad die Offenbarung unter Glockengeläut, durch Inspiration des Heiligen Geistes in sein Herz, durch Gabriel in Menschengestalt oder unmittelbar von Gott im Traum oder im Wachzustand erhalten hat. Die Genese des Korans ist also (!, Ohlig) schon auf der allerersten Ebene der ursprünglichen Mitteilung der Offenbarungen durch Vielstimmigkeit gekennzeichnet. Daher kann Muhammad mit Recht als der erste Interpret der offenbarten Mitteilungen betrachtet werden ...“. Dann fügt er mit Stolz über seine ‚gewagte‘ These hinzu: „Dass dies der traditionell-islamischen Auffassung widerspricht, Muhammad sei bloß ein passives Medium der Offenbarung und Analphabet gewesen, sei im gegenwärtigen Zusammenhang dahingestellt“ (S. 9).

Dann entfaltet er breit die Vielstimmigkeit des Koran: es redet Gott, aber auch der Prophet: er spricht Schwüre aus und schwört „bei Naturphänomenen, wie der Nacht, dem Morgen, der Sonne, dem Mond ... Solche Schwüre könnten eine Fortsetzung des Brauchtums vorislamisch-arabischer Wahrsager sein ... der koranische Sprecher (eignet sich) offenkundig diese heidnische Praxis an ..., um seinen Zuhörern Glauben an seine Aussagen abzugewinnen. Muhammad predigte zwar in der Wüste; er wusste jedoch genau, wie er sein

Publikum ansprechen sollte“ (S.10) (Das große Publikum in der Wüste war sicher bald überzeugt). Dann sprachen auch Engel, Dämonen und Gegner des Propheten, und es gibt altarabische und biblische Übernahmen.

Tamer sieht in dieser Vielstimmigkeit einen Reiz: Die Rede „ist nicht einstimmig, sondern mehrstimmig, sie ist nicht monologisch, sondern dialogisch“ (S. 13). Tamer gerät ins Schwärmen: „An manch einer Stelle gleicht die Rede dem Operngesang. Solosänger und Chöre erheben ihre Stimmen: einmal nacheinander, dann wieder gleichzeitig ... Nimmt man die Vielstimmigkeit des Korans zum Ansatzpunkt der Betrachtung, erscheint er als dichtes Kommunikationsnetzwerk ...“ (S. 13). Wenn auch „immer Gott und seine Gesandten die besseren Argumente liefern“, sieht er in dieser Vielstimmigkeit ein „großes Potential für eine bessere Verständigung zwischen den Muslimen und anderen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen“ (S.14).

Nun ist es mit dem Koran so eine Sache. Wie kann ein Universitätsprofessor derart naiv die im Islam traditionelle Entstehungsgeschichte des Koran, der sich ja nicht einmal selbst auf einen Propheten Muhammad zurückführt – dies tun erst die islamischen Schriften des 9. und 10. Jahrhunderts – referieren? Und wie kann er die „Vielstimmigkeit“ des Korans als große Entdeckung feiern? Schon Johannes von Damaskus (gest. 749) wird eine Kritik an dieser Vielstimmigkeit, dem unverbundenen Nebeneinander von Aussagen unterschiedlicher Thematik zugeschrieben: Die Zusammenordnung sei lächerlich: „*Und... er (Mamed) verbreitete immer wieder, dass auf ihn aus dem Himmel eine Schrift herabgekommen sei. Welche Zusammenordnung aber er diesem von ihm stammenden Buch aufprägte – sie ist lachenswert –, er übergab es ihnen so zum Gegenstand der Verehrung.*“<sup>1</sup>

Diese Vielstimmigkeit macht das Buch schwer lesbar, und sie hat auch einen einfachen Grund: Der Koran hat eine lange Entstehungsgeschichte von rund 200 Jahren und viele Autoren. Er ist ein Sammelwerk, in dem unterschiedlichste Textstü-

cke und Einzelverse zusammengestellt wurden, ohne einen thematischen Zusammenhang und offensichtlich ohne eine spätere redaktionelle Bearbeitung. Anzunehmen, dass ausgerechnet diese Vielstimmigkeit zu solchen hymnischen Wertungen führen soll, ist intellektuell nicht nachzuvollziehen.

An der Akademie wie auch in der Publikation schließt sich noch ein „Lektürekurs“ einer Mitarbeiterin von Tamer, Frau Dr. Katja Thörner, an, die sich in denselben Gedankengängen bewegt. Sie führt noch weiter die traditionelle These aus, dass es eine „Urschrift“ des Korans bei Gott gibt; der Koran ist nur die „Niederschrift“ bzw. Rezitation („Vortrag“) des Urkorans, sie kommt zu dem Ergebnis: „In welchem Verhältnis „Urschrift“ und „Niederschrift“ ... „zueinander stehen, ist Gegenstand zahlreicher Debatten, die vermutlich niemals abgeschlossen sein werden und im Kontext der unterschiedlichen Stimmen der drei großen monotheistischen Religionen, Judentum, Christentum und Islam nochmal eine Neubewertung erfahren“ (S. 15). Naja, warten wir ab, bis wir das göttliche Original haben, dann kann man bestens über das Verhältnis sprechen.

Es ist schon seltsam, wie beim Thema Islam meist jegliche wissenschaftliche Untersuchung ausbleibt, Märchenerzählungen als universitäre Wissenschaft ausgegeben werden und diese von ansonsten durchaus kritischen Akademien ihrem Publikum vorgesetzt werden.

\*\*\*

Robert M. Kerr

## Der Islam: eine missverstandene Herausforderung.

Es ist dreizehn Jahre her, der Überlieferung zufolge, dass der damalige Bundespräsident sagte, der Islam gehöre zu Deutschland, eine Aussage die seitdem für Gemütererregung sorgt. Die Aussage aber kann verschieden ausgelegt bzw. verstan-

<sup>1</sup> Johannes Damascenus, Liber de haeresibus 100; ed. B. Kotter, 60, Z. 14, -61, Z. 2.

den werden. Faktisch stimmt sie ja – gemäß den Angaben der deutschen Islamkonferenz (Stand 2009) sollen in Deutschland 4.760.000 Muslime leben, also 5,8% der Bevölkerung irgendwie muslimischen Glaubens sein – so gesehen, leben Muslime in Deutschland, es gibt Muslime mit deutscher Staatsbürgerschaft, man könnte also sagen, der Islam gehöre zu Deutschland. Es wäre aber angebrachter und zudem prägnanter, spräche hier man von Muslimen, die Deutschland zugehören. Diese Unterscheidung ist wichtig, wie hier deutlich gemacht werden soll.

Logischerweise dann, da Muslime Deutsche sind – Einwände ohne den liberal-demokratischen Rechtsstaat aufgeben zu wollen sind zugleich unerfüllbar und abträglich – gibt es ‚den Islam‘ in Deutschland. Aber wenn der Islam zu Deutschland gehört, könne man ja auch invers behaupten, Deutschland gehöre zum Islam bzw. müsste dem Dār al-Islām zugerechnet werden. Da aber die Politik beschlossen hat, dass der Islam, bedeutsamerweise ist hier nicht von Muslimen die Rede, zu Deutschland gehört, entsteht hierzulande, wie auch anderswo im Westen, was man nur mit dem Begriff Kulturkampf bezeichnen kann. So gibt es u.a. Streitigkeiten über Halal-Essen in Schulkantinen, ob Mädchen an Sport- und Schwimmunterricht teilnehmen dürfen, wo und wann man (voll)verschleiert auftreten darf – die Fronten sind verhärtet: wer gegen die Akzeptanz islamischer Vorstellungen ist, sei eigentlich ein Nazi, bestenfalls ein Rassist; wer auf der anderen Seite Stellung bezieht, ist ein Volksverräter und strebt gar des Vaterlandes Umvolkung an. Wie immer bei solchen gesellschaftlichen Kollisionen wird der Gegenstand der Debatte erst inhaltlich entleert, um so das eigene Recht im darauffolgenden Gemetzel durchsetzen zu können. Die Debatte aber, ob und in wieweit der Islam zu Deutschland gehören könnte, ist wichtig und muss geführt werden. Zunächst jedoch ist es wichtig, den Unterschied zwischen Islam und seinen Anhängern, den Muslimen, vorab deutlich zu machen. Andererseits ist ein liberal-demokratischer Rechtsstaat per definitionem neutral und atheistisch (was aber nicht heißt, dass Glauben keine Rolle im öffentlichen Leben haben soll) und, er besteht lediglich durch und mit der Zustimmung

seiner Bürger, ohne Rücksicht auf Hautfarbe, Geschlecht, Glauben usw., die wiederum Rechte und Pflichten genießen (dies im Gegensatz zu Kunden oder Klienten bzw. neudeutsch *Clients*, Schutzbefohlene, die einem *Patronus* Gehorsam schulden). Das einzige Recht, das ein Bürger eigentlich nicht hat, ist es, diese bürgerlichen Freiheiten, einschließlich Pflichten, zu verweigern (das Leben in einer Diktatur war und ist immer einfacher und effizienter). Ausnahmen können und dürfen für bestimmte Gruppen nicht gemacht werden: Frauen wie Männer sind gleichberechtigt, und wenn dies nicht so ist oder einer Frau Unrecht geschähe, soll dies mit der vollen Härte des Gesetzes ausnahmslos verfolgt werden, weil eine Schuld vorliegt: Justitia muss blind bleiben, positive Diskriminierung („me too“ usw.) verzerren sie nur. Wer etwa Mädchen die Gleichbehandlung in schulischer Bildung entziehen will, nimmt ihnen Bürgerrechte, und dies, ungeachtet irgendeiner Motivation, kann ein Rechtsstaat niemals dulden. Ein Rechtsstaat darf solche, die für sich mehr Rechte beanspruchen, weil sie sich einer selbstdefinierten Minderheit zurechnen, kein Gehör geben – Minderheitenschutz, eine westliche Tugend, ist etwas anders. In einem vorherigen Beitrag (*imprimatur* 48/4, 2015, 237-238), geschrieben nach den schrecklichen Ereignissen des islamischen Terrors am Ende von 2015, habe ich versucht, deutlich zu machen, dass jemand, der den Islam so auslegt, dass solche Angriffe gerechtfertigt bzw. nötig sind, derselben Lehre zufolge nicht in einem nichtislamischen Lande, also einem Land, das nicht gemäß der Scharia geführt wird, leben kann (und darf). *Hier ist exegetische Konsequenz vonnöten*. Wer meint, dass Kopftuch (Hidschab, Niqab, Burka usw.) durch Frauen getragen werden soll, muss konsequenterweise auch dessen Rechtfertigung in den relevanten islamischen Texten nachlesen – das dazugehörige Frauenbild entmenschlicht Personen weiblichen Geschlechtes. Wenn Studentinnen islamischen Glaubens, scheinbar widernatürlich (s.u.) zusammen mit selbsternannten Feministinnen, wie zu Frankfurt letzten Mai, gegen eine wissenschaftliche Tagung um den Schleier demonstrieren, ist dies eine Bedrohung, nicht nur für die akademische Freiheit. Hier muss man den Islamischen

Staat, Taliban & Co. recht geben: wenn Verschleierung ein kategorischer Imperativ für eine Muslimin darstelle, dann hat sie auch nichts an einer Bildungseinrichtung verloren. Dieselbe exegetische Konsequenz muss auch bei anderen Debatten wie etwa um den Burkini angewendet werden – ‚islamische Badekultur‘ ist ein Phantom, Strandurlaub wurde durch westliche Touristen in die islamischen Welt eingeführt – Hamam ist nicht dasselbe wie Gestade! Das Tragen eines solchen Gewandes macht die Sache nicht besser, da in islamischer Logik die ganze Sache, Leichtbekleidete verschiedener Geschlechter im freien Umgang an einem öffentlichen Ort, nur *Haram* sein kann. Und sie wirft neue Probleme auf – was, wenn eine Burkini-Trägerin schwimmend in Seenot geriete, um darauf folgend von einem strammen, guttrainierten völkischen Muskelprotz ans Land gezerrt zu werden, der ihr, die hilflos in seinen Armen liegt, mittels Wiederbelebung durch Mund-zu-Mund-Beatmung Tabus verletzt? In Ägypten, vor ungefähr zehn Jahren, erzielte ein gläubiger Muslim deswegen die Scheidung von seiner Gattin in einem berüchtigten Prozess (das Gericht stellte fest, ihr Ertrinken wäre für alle Beteiligte besser gewesen).

Häufig hört man immer wieder bei solchen Geschehnissen wie auch nach terroristischen Akten, dass dies nicht der wahre Islam sei (oft dieselben, die früher meinten, der Kommunismus war ideal, der Sowjetstaat sei aber nicht der richtige Kommunismus). Auch das Christentum, das Judentum wie auch andere Religionen haben ihre Schandflecken in Geschichte und Gegenwart (übrigens ein defätistisches non-Argument). Was aber ist dann der „wahre Islam“? Wer die Zerwürfnisse bei den von der Bundesregierung veranstalteten Islamkonferenzen beobachtet, sieht gleich, dass diese Frage es in sich hat. Großenteils liegt die Ursache darin, dass der deutsche Staat nur im Stande ist, einen Umgang mit „Kirchen“ im christlichen Sinne (woran das Judentum sich uniformiert hat) zu haben. Das fundamental autokephale Wesen des Islams macht ein vergleichbares Verfahren mit ihm eigentlich unmöglich – der einzige Ansprechpartner wäre der Kalif, den es nicht mehr gibt. Zudem, wer sich die Mühe macht, die Schriften von Al-Qaida, IS und ähnlichen Gruppierungen zu lesen, wird

nicht behaupten können, dass solche „Radikale“, „Fundamentalisten“, Salafisten“ usw. den „Islam“ falsch verstünden. Ihre Weltanschauungen (es gibt deutliche Unterschiede) sind im historischen Verständnis des Korans und der Hadithe gut fundiert. Sie bezeugen vielleicht eine unerwünschte Auffassung des Islams, aber keinesfalls eine missverstandene, fehlgeleitete oder unbegründete. Man sollte ja nicht vergessen, dass der Unterschied zwischen u.a. Saudi Arabien und dem Wahn des erst jüngst erloschenen Islamischen Staates in Syrien und Irak allein einer der Quantität und nicht der Qualität ist.

Ist dies dann der „wahre Islam“? Diese Frage ist nicht so ganz einfach zu beantworten. Um ihr aber einigermaßen gerecht zu werden, müssen wir zuerst einmal unsere „abendländische“ Brille abnehmen und das Subjekt nicht in unserem Verständnis betrachten. Häufig, besonders in der inhaltlosen Ätherfüllung allabendlicher Talkshows, wird in Bezug auf den Islam mit Begriffen wie „Schwesterreligion“ (d.i. von Christentum und Judentum), „die drei monotheistischen Religionen“, „Kinder bzw. Religionen Abrahams“, „Buchreligionen“ usf. verständnislos argumentiert. Des Weiteren findet eine anachronistische Religionsumschreibung aus dem 19. und 20. Jh. Anwendung: Religion bringe das Gute in Menschen aus, erziehe sie zu Besserem – Atheisten widersprechen hier zurecht –, und „Glaube“ sei einzig eine Privatangelegenheit. Wer solche unhaltbaren Plattitüden als Ausgangspunkt nehmen will, begeht einen Fehler und wird darum die Sache nie fassbar machen können. Auch wenn sie wahr wären, hülfe sie nicht weiter, da nicht aus den Gemeinsamkeiten, sondern gerade kontrastiv aus der Sonderung eine Entität selbständige Gestalt annimmt. Alle diese Behauptungen sind nur aus christlicher und westlicher Sicht vorstellbar, und macht das Fach „Islamische Theologie“ (eigentlich ein Oxymoron, mehr hierzu später) an deutschen Universitäten erst möglich. Der heute praktizierte islamo-christliche Dialog ist nur aus christlicher Sicht mit ausreichender Unkenntnis möglich. Das Christentum ist aus dem Judentum entstanden, hat aber letzteres nie abgelöst oder ablösen wollen (Römer 11,17-24). Für den Islam aber haben Christen und Juden die jeweils

an sie gegebene Offenbarung verfälscht, diese Irrtümer sind mit der Offenbarung an Muhammad und mit dem Islam ein für allemal bereinigt und berichtigt – dies ist etwas ganz anders als die von Cusanus vorgestellte *una religio in varietate rituum!* So gesehen ist der Islam ein *Nachchristentum* – die wahren Christen sind somit die Muslime, solche Wechselreden können also nur zwischen ‚echten‘ Christen, den Muslimen, und vermeintlichen Christen stattfinden. Im islamischen Verständnis des Korans wird deutlich, dass jede Seele vor dem Anbeginn der Zeit Muslim geworden war; 7, 172f: „Und als dein Herr aus den Kindern Adams – aus ihren Lenden – ihre Nachkommenschaft hervorbrachte und sie zu Zeugen wider sich selbst machte (indem Er sprach): ‚Bin Ich nicht euer Herr?‘, sagten sie: ‚Doch, wir bezeugen es.‘ (Dies,) damit ihr nicht am Tage der Auferstehung sprecht: ‚Siehe, wir waren dessen unkundig.‘ Oder sprecht: ‚Es waren bloß unsere Väter, die vordem Götzendiener waren, wir aber waren ein Geschlecht nach ihnen. Willst Du uns denn vernichten um dessentwillen, was die Verlorenen taten?‘ Also machen Wir die Zeichen klar, auf daß sie sich bekehren möchten“ – womit deutlich wird, warum so etwas wie eine Taufe als Initiationsritus im Islam gänzlich unnötig ist – diese Hyperprädestination kann eigentlich nicht mit einem christlichen Verständnis (vgl. den Anfang des Epheser-Briefes) harmonisiert werden. Auch der weitverbreitete Schwachsinn abrahamischer Abkunft ist aus islamischer Sicht nicht zutreffend, siehe Sure 3,67: „Abraham war weder Jude noch Christ; doch er war immer (Gott) zugeneigt und (Ihm) gehorsam, und er war nicht der Götzendiener einer.“ Dass manche aus der Bibel bezeugte Figuren auch im Koran erscheinen, wie hier Abraham, ist zwar zutreffend, aber Namensgleichheit bedeutet nicht, dass die Namensträger vergleichbar sind (im Sinn des Spruchs: „Die Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit biblischen Personen wären rein zufällig“) wie hier am Beispiel Abrahams deutlich wird, das auch den großen Unterschied im Wesen der Prophetie verdeutlicht. In Genesis 18,22-33 fleht er Gott an, Sodom und Gomorrha zu schonen, was im Koran 11,74 lediglich im Vorübergehen angedeutet wird. Zudem ge-

braucht der Sprecher im Koran (in islamischer Exegese wird hier Gott/Allah vorgestellt) häufig die Befehlsform (*qul* „Sprich!“), was auch den Unterschied im Wesen des Korans zu der hebräischen Bibel – aus der das jüdische Volk hervorging und die seitdem seine „tragbare Heimat“ (Heine) ist – und zum neuen Testament – nicht der Text sondern das Erscheinen und Handeln Christi, wovon der Text berichtet, sind von Bedeutung – ausmacht, die wiederum auch ganz unterschiedliche Offenbarungsgeschichten aufzeigen. Strikt genommen gibt es nur ein Buch, die *umm al-kitāb* im Himmel (ein platonischer Archetyp), wovon der Koran eine eigentlich unvollständige Abschrift darstellt – darum, obwohl der Islam mit dem Begriff *ahl al-kitāb* u.a. Christen und Juden, sich selber ausschließend, andeutet, kann sensu stricto eigentlich nur der Islam hiermit gemeint sein; Christen sehen im Neuen Testament die Erfüllung und nicht die Ersetzung des Alten Bundes, der Islam hingegen im Koran die absolute Offenbarungssuperiorität, d.i. die Nachordnung der Bibel. Zum Schluss, das Frühchristentum behauptete nie das Monopol eines moralischen Lebens oder der Gerechtigkeit zu haben, die Behauptung Religion sei eine Garantie für ein gutes Leben kam erst im 19. Jh. im Streit gegen die Entkirchlichung und den Atheismus auf, das eigentliche Ziel des Christentums war es immer, Kenntnis von Gott und seinem Handeln in der Geschichte und ein Leben in Übereinstimmung mit dieser Kenntnis zu verbreiten (εὐαγγελίζω). Im Laufe des 20. Jh. kam dann die teilweise Verbannung von Glauben und Religion aus dem öffentlichen Leben.

Ein Dialog kann nur stattfinden, wenn er von beiden Parteien gewollt und ermöglicht wird. Abraham, wie wir gerade sahen, aber auch Mose und die alttestamentlichen Propheten konnten sich mit Gott auseinandersetzen, ja selbst Christus als Teil der christlichen Gottesvorstellung konnte mit seinem Vater im Dialog sein (z.B. Markus 14,36; Lukas 22,42; besonders aber die sieben Kreuzworte). So gesehen ist „Theologie“ als besonnene und vernunftgemäße Erkundung des Göttlichen eine christliche Eigentümlichkeit, somit auch eine Befreiung von Fanatismus. Dies ist etwas anders als das Versammeln von

Wissen über einen oder mehrere Götter, ihre Mythen, Kulte und dazugehörige Riten – Religion haben ist etwas anders als ein Wissen von religiösen Dingen besitzen. Die Tatsache, dass der Islam ein Monotheismus ist, sollte man nicht überbewerten, da dies nicht ausschließlich das Merkmal einer Religion ist, man könnte hier den νοῦσως νόησις des Aristoteles erwähnen oder den Kult des höchsten Wesens der französischen Revolution (Culte de l'Être suprême) – eine Religion hat nicht per se einen Gott nötig (s. z.B. Richard Dawkins), genauso wenig wie Philosophien und Ideologien gottlos sein müssen. Hier angekommen wäre es vielleicht angebracht, weiter rückwärts in die Geschichte, zu den vermeintlichen Ursprüngen des Monotheismus im religiösen Sinne zurück zu schreiten.

Der Monotheismus, d.h. der Glaube an einen einzigen Gott, der die Existenz anderer Götter ausschließt, hat eine lange Entwicklungsgeschichte. Im Gegensatz zum Koran, der (s.o.) ihn von Anfang an voraussetzt, ist dies im Alten Testament nicht ursprünglich vorgegeben (vgl. die Worte der Rut: „Rede mir nicht ein, daß ich dich verlassen sollte und von dir umkehren. Wo du hin gehst, da will ich auch hin gehen; wo du bleibst, da bleibe ich auch. Dein Volk ist mein Volk, und dein Gott ist mein Gott.“), der Jahwe-Kult in Israel war ursprünglich ein Reichskult des Königshauses, und er hatte eigentlich nur eine abgestimmte Einflusssphäre (vgl. 1Kö 20,28: „Jahwe sei ein Gott der Berge und nicht ein Gott der Gründe“; 2Kö 3,27 usf.). Die biblische Erzählung hat manchen dazu verleitet, Moses Wirken mit dem ägyptischen Sonnenkult des Aton unter Amenophis IV., später Echnaton, im 14. Jh. v.Chr. in Verbindung zu bringen, was aber textgenetisch und inhaltlich unmöglich ist. Ohne hier eingehend diese schwierige Thematik behandeln zu können, ist es durchaus möglich, diese Neugestaltung der offiziellen ägyptischen Religion nicht als einen Monotheismus (bzw. Henotheismus), sondern als einen Atheismus zu sehen, da Echnaton, der sich als dieses Gottes Sohn ansah und Atons einziger Vermittler war – eine Gottheit als eine totalitäre Abstraktion:

„Nach der Staatstheologie eroberte der König die Welt für den Gott, und die Hilfe des

Gottes wurde erbeten, um die eroberte Welt, die Gottesherrschaft zu vergrößern. Da der König Gott ist, gehen die göttliche und die menschliche Sphäre ineinander über“ (E. Voegelin, Die polit. Religionen, 1939, 24). Der Einfluss auf biblische, dem Mose zugeschriebene Vorstellungen, wie dies u.a. Sigmund Freud zu beweisen versuchte, bleibt strittig bzw. unwahrscheinlich. Viel wichtiger für die hebräische monotheistische Entfaltung ist der Einfluss oder vielmehr die Reaktion auf Entwicklungen in Assyrien. Im neuassyrischen Reiche, grob gesehen während der ersten vier Jahrhunderte des ersten Jahrtausends v.Chr., entstand eine in etwa vergleichbare Gottesvorstellung. Assur, der Gott dieses Reichs fing seine Karriere an nicht als *deus persona*, sondern als die Vergöttlichung der Stadt Aššur (heute in Nordirak gelegen, etwa 100 km südlich von Mossul); bei seinem ersten Auftreten besaß dieser *deus novus ex abrupto* keine göttliche Familie im mesopotamischen Pantheon, um erst später dann integriert zu werden, indem er als die *interpretatio assyriaca* des akkadischen Hauptgottes Enlil verstanden wurde, seine Familie und Funktionen übernahm, eine Art „Himmelreich“ –, sein eigentliches Heiligtum in der gleichnamigen Stadt, das ursprünglich *bit aššur* „Haus bzw. Tempel des A.“ hieß, wurde dann nachträglich in É.KUR („Berghaus“), wie der Tempel Enlils zu Nippur, umbenannt. Später, am Ende des 8. Jh.s im sargonidischen Zeitalter, fing man an, seinen Namen AN.ŠÁR, „Himmelsgesamtheit“, zu schreiben - ein keilschriftliches Orthographiespiel -; dies war eigentlich ein urzeitlicher Gott frühbabylonischer Theogonien, also eine Usurpation (oder „Assurpation“?). Mit dieser Begrifflichkeit wurde also nicht nur die (Haupt-)Stadt, das Reich (wie z.B. Rom) und der Gott, notabene der Herrscher/Besitzer des Reiches, genau genommen der Gesamtheit, angedeutet, treffender vielleicht ist hier der Begriff *Kosmokrator*. Der irdische „König“ (häufig mit dem Gottesnamen als theophores Element, z.B. Aschurbanipal) wurde nicht mehr mit der gebräuchlichen Amtsbezeichnung *šarrum* („König“ - sumerisch LÚ.GAL) - angedeutet; dieser Titel war für den Gott vorbehalten, stattdessen hieß sein Amt *iššiak* (sumerisch *Ensi*) *Assur* „Verwalter bzw. Vikar Assurs“, dem gegenüber er sich jährlich beim sog. Neu-

jahrsfest verantworten musste, dessen Oberpriester er zugleich war und *nichts anders als der Ḥalīfat Allāh* avant la lettre! Sein eigentlicher Kult war die Welteroberung, er wurde nicht wie die anderen Götter des Zweistromlandes verehrt. Dies war ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Monotheismus – durch seine Totalität wurden die anderen Götter eigentlich zweitrangig. Während die Assyrer eroberte Völker, wie die berühmten zehn Stämme des Nordreiches, deportierten, gewährten sie ihren Göttern, die in assyrischer Vorstellung ihre Verehrer verlassen hatten, Zuflucht, in den Worten Asarhaddons: *ilāni mātāte ša ana māt Aššur ihīšūni* „Die Götter der Länder, die nach Assyrien eilten ...“ Die unterworfenen Staaten und Völker mussten *Assur* Treue (als Gott, Stadt, Reich usw.) bei ihren *eigenen* Göttern schwören: ein Eidbruch beim eigenen Gott ist faktisch Apostasie (im Islam *Irtidād* bzw. *Takfīr*). Vereinfacht gesagt: in Juda wurde dies dadurch umgangen, dass die Subsistenz aller Götter außer Jahwe einfach verneint wurde (und später, nach der Tempelzerstörung, ihn im Himmel zu verorten). Wie bei Aten (oder Hobbes: Gott des Gemeinwesens in seinem Buch *Leviathan*), war Aššur kein Gott, sondern die vergöttlichte assyrische Staatsraison – Assurbanipal, der Sohn Asarhaddons und letzter großer Herrscher des assyrischen Reiches wurde in Plastik verewigt, wie er allerlei Aktivitäten ausführte, nur nicht bei Kulthandlungen und Tempelgründungen. Hier wiederum sehen wir ein totalitäres Prinzip als Gottheit kaschiert, die totalitäre Umsetzung von Hegels These, dass das Volk als Staat der Geist in seiner unmittelbaren Wirklichkeit und daher die absolute Macht auf Erden sei bzw. bei Voegelin (a.a.O. 13): „Die vollständig ausgegliederte Schöpfungsordnung wird durch sie gleichsam dekapitiert und an die Stelle des welttranszendenten Gottes tritt der Staat als die letzte Bedingung und der Ursprung des eigenen Seins“; die Menschen „sinken in das unpersönliche Nichts ihrer Instrumentalität.“ *Einfacher ausgedrückt: Es gibt einen großen Unterschied zwischen Reichsgott und dem Reich Gottes.*

Man kann im Islam die Fortsetzung altorientalischer Reichsreligion sehen. Der Geist, einmal der Flasche entsprungen, stellt die Götterwirksamkeit in den

nachfolgenden Reichen mehr oder weniger als eine Fortsetzung dieser Tradition dar. Wie die Forschungen von Inārah gezeigt haben, entstand der Islam, just in dieser Gegend in Nordmesopotamien, und nahm Gestalt an im Abbasidenreich im 8./9. Jh. n. Chr. – des Reiches Hauptstadt war Bagdad. Sie liegt wahrscheinlich auf den Ruinen der bisher nie gefundenen historischen Hauptstadt Mesopotamiens Akkad –. Der Islam entstand nicht etwa als eine persönliche Frömmigkeit, sondern als die Reichsreligion der Abbasiden. Allah, obwohl etymologisch verwandt mit hebräisch *’ēlohīm* und syrisch *alāhā* (möglicherweise gar eine Entlehnung von letzterer Form bzw., schwieriger, von *al-ilāh* ‚der Gott‘), hat *inhaltlich gesehen* viel mehr gemeinsam mit Aššur: gleiche Etymologie bedeutet nicht Funktionsgleichheit. Historisch gesehen waren die Kalifen wie die assyrischen Könige totalitäre Herrscher, die ein Amt im Namen ihres Gottes wahrnahmen: nur zu ihnen spricht Gott, sie allein kennen seinen Willen, und sie allein sind berechtigt, Wort und Willen Gottes zu interpretieren – der irdische Herrscher wird zum Gottesmittler; ihm allein offenbart sich Gott; er allein vermittelt den Willen Gottes an das Volk (mit einem einzigen Reservat, dass in privater Frömmigkeit ein Überrest der unmittelbaren Persönlichkeit Gottes übrigbleibt). In beiden Systemen bestanden keine ‚Bürger‘ im eigentlichen Sinne, höchstens Untertanen, wovon manche bestimmte Privilegien erhalten konnten, ein egalitäres System in kommunistischer bzw. faschistischer Auffassung.

Wie oben angedeutet, dass ein „Monotheismus“ nicht unbedingt eine Religion sein muss, und eine Religion keinen Gott benötigt (ein Prinzip wie just beschrieben reicht aus). Es ist auch deutlich, dass eine Philosophie (z.B. der Buddhismus) oder eine Ideologie (z.B. Nationalsozialismus oder Kommunismus) faktisch zu einer Religion werden kann, genauerhin eine „politische Religion“, wie dies Voegelin (a.a.O. 12) zum Ausdruck brachte: „Um die politischen Religionen angemessen zu erfassen, müssen wir daher den Begriff des Religiösen so erweitern, daß nicht nur die Erlösungsreligionen, sondern auch jene anderen Erscheinungen darunter fallen, die wir nicht in der Staatsentwicklung als religiöse zu erkennen glauben; und wir

müssen den Begriff des Staates daraufhin prüfen, ob er wirklich nichts anderes betrifft als weltlich-menschliche Organisationsverhältnisse ohne Beziehung zum Bereich des Religiösen“ – er hatte vor allem den deutschen Nazistaat (wie auch die Sowjetunion) im Visier, was dann Speer 1954 in seinen Erinnerungen des Reichsparteitages von 1938 unbewusst bestätigte: „Tatsächlich begann er sich zu Gunsten des Ritus einzuschränken, die Möglichkeiten der Selbstdarstellung in Nürnberg nicht mehr ganz voll auszuspielen, Architektur und Massenelemente in den Vordergrund zu rücken, bis die gewaltige Szenerie der Feier gewissermaßen zur Feier selber geworden war. Meine anfängliche Verwunderung hatte vielleicht damit zu tun, daß ich soviel bescheiden wirkendes Zurücktreten mit dem ungeheuren Anspruch, den Hitler erhob, nicht recht in Einklang bringen konnte. Wahrscheinlich kommt mir unterdessen vor, daß er den kleineren Anspruch des gefeierten Volkshelden aufgab, um den weit größeren des Religionsgründers zu erringen“ (Spandauer Tagebücher, 403f.).

Hitler war natürlich nicht der erste inspirierte Bandenführer, der sich zum Religionsgründer umwandelte. Umgekehrt kann sich dann auch eine Religion zu einer Ideologie umwandeln, bzw. in der Auffassung Voegelins sind diese eigentlich nicht zu trennen (a.a.O. 62f.): „Die Gemeinschaft ist auch ein Bereich religiöser Ordnung, und die Erkenntnis eines politischen Zustandes ist in einem entscheidenden Punkt unvollständig, wenn sie nicht die religiösen Kräfte der Gemeinschaft und die Symbole, in denen sie Ausdruck finden, mit umfaßt, und sie zwar umfaßt, aber sie nicht als solche erkennt, sondern in a-religiöse Kategorien umsetzt.“ In seiner Auffassung ein morphologisches Kennzeichen solcher totalitären Religionsideologien ist die sog. *Gnosis*, „eine angebliche direkte, unmittelbare Wahrnehmung oder Vision der Wahrheit, ohne dass es einer kritischen Reflexion bedarf; das besondere Geschenk einer geistigen und kognitiven Elite“, also eine Kaste von Experten, mit Geheimwissen ausgestattet, die besser bzw. am Besten wissen, wie man zu leben hat (wie etwa die Klimaaktivisten und wie allerlei andere Experten, Coaches und Berater heutzutage), meistens durch die Ein-

schränkung freier Wahl – wie auf der *Farm* („Wir Schweine sind Kopfarbeiter. Das gesamte Management und die Organisation dieser Farm hängen von uns ab. Tag und Nacht überwachen wir ihr Wohlergehen. Es ist DEINetwegen, dass wir diese Milch trinken und diese Äpfel essen“), im Islam die sog. *‘Ulamā*. Allen gemein ist zudem der Gedanke einer „Apokalypse als Offenbarung des Reiches“, als Kulmination oder Überwindung der Geschichte, indem man den Himmel auf Erden zustande bringen will.

In diesem Licht betrachtet, sollte man den Islam als Spätableger altorientalischer Reichstheologien (keine Theologien im christlich-westlichen Sinne) so betrachten, wie die vielen eingangs angedeuteten Streitigkeiten um den Platz des Islams in westlichen Gesellschaften verdeutlichen. Einfachheitshalber zitieren wir hier Paragraph 24 der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam: „Alle in dieser Erklärung festgelegten Rechte und Freiheiten unterliegen der islamischen Scharia.“ Und es gibt viele ‚Experten‘, die bereit sind, dies zu verdeutlichen, was die „Scharia“ (ein breiter Begriff) über jegliche Lebenssituation zu sagen hat. Das Verhältnis liberal-demokratischer Freiheit als Grundrecht von Menschen mit dem Islam ist sehr problematisch, dieses Problem verstehen Muslime sehr wohl, wie auch die Flüchtlingsämter westlicher Länder, wo kritische Stimmen aus dem Dār al-Islām ihr Heil suchen – dass manche Linke, die selber implizit bzw. explizit die Universalität solcher Grundrechte, weil angeblich „westlich“ bzw. „imperialistisch“, ablehnen, ist nicht weiter verwunderlich, da sie eine andere *Gnosis* verabreichen (wollen). Hierin sehen wir wohl auch den Grund, warum kritische Islamforschung, wie u.a. die von Inārah, so problematisch ist für den Islam – man muss nicht mit allen unseren Forschungsergebnissen einverstanden sein, man kann aber, sicherlich nicht in der universitären Wissenschaftsarchitektur solches a priori versagen und sich alleinig auf die (widersprechenden) Überlieferungen berufen. Die Verweigerung historisch-kritischer Forschung seitens des Islams, nicht aber vieler Muslime, ist einerseits durch eine Sprachkrise verursacht, die angebliche Unübersetzbarkeit des Korans verhindert philologische Stu-

dien und bewahrt das Monopol selbster-nannter „Experten“ bzw. Gnostiker – zu-gegeben kein Übersetzen kann das Original ersetzen, aber gerade die Bestrebung nach einer Übersetzung fordert Ringen mit dem Textinhalt und der Textaussage des Originals, hieraus entsteht Kenntnis. Arabisch ist für die meisten Muslime eine Fremdsprache, Koranarabisch hingegen für alle eine Geheimsprache. Das enge Bündnis von Bildung und Glauben, mit wenigen beschämenden Ausnahmen, das eigentlich immer im Christentum besteht – gerade weil ein Christ nicht zum Glauben prädestiniert ist, muss er im Stande sein, Rechenschaft über sein Glauben abzulegen – hat die Wissenschaft später erst ermöglicht. Die vielen Debatten darum, wie ein „islamisches Schulcurriculum“ aussehen müsste (vergl. die jüngste Auseinandersetzung in den Niederlanden, z.B. die Titelseite des *NRC-Handelsblads* von 10.09.2019: „Salafistische scholen leren kinderen zich af te keren van Nederland“) bestätigen nur die Bildungsmisere in der islamischen Welt. Das Festhalten an islamischen Überlieferungen als geschichtliche Wahrheit erklärt sich auch hieraus, dass, wie eigentlich in allen „politischen Religionen“, die Geschichte überflüssig ist, weil determiniert –. Wer sich vermeintlich auf dem Wege zum Endsieg, zur Revolution oder Apokalypse befindet, hat sie nicht nötig: wo gehobelt wird, fallen Späne, Punkt aus bzw. in den Worten des sehr einflussreichen Gelehrten Abū l-A‘lā Maudūdī in einem seiner verbreitetsten Werke (1903-1979): „Das größte Opfer für die Sache Gottes wird im Dschihad dargebracht, denn in diesem Kampf gibt der Mensch nicht nur sein eigenes Leben und sein Hab und Gut hin, sondern er vernichtet auch Leben und Eigentum anderer. Doch wie bereits dargelegt, ist einer der Grundsätze des Islams, daß wir einen geringeren Verlust auf uns nehmen sollten, um uns vor einem größeren Schaden zu schützen. Was bedeutet der Verlust einiger Menschenleben, selbst wenn es einige Tausende oder mehr sein sollten, gegenüber dem Unheil, das die Menschheit befallen würde, wenn das Böse über das Gute und der aggressive Atheismus über die Religion Gottes den Sieg davontragen würde?“ (*Weltanschauung und Leben im Islam*, München 1994, 156f.). Der Islam, genauso wenig wie u.a. der

Kommunismus oder der Faschismus, kann ohne sich selber zu verleugnen, den Unterschied zwischen Geschichte und Heilsgeschichte machen: „Am Ende bleiben aus unserer Geschichte nur noch Widukind, Heinrich der Löwe und Rosenberg übrig. Das ist ein bißchen wenig. Da geht Mussolini viel klüger vor. Er okkupiert die ganze Geschichte Roms von der frühesten Antike angefangen, für sich. Wir sind demgegenüber nur Parvenüs“ (Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Band 5, München 2000, 334). Ein Totalitarismus beansprucht und (be)nötigt alles für sich, eben auch die Geschichte, die dann für seine Zwecke instrumentalisiert wird. Auch unmöglich ist eine Machtteilung, Grundlage der Freiheit. Dies ist, wie schon des öfteren angemerkt, die eigentliche Inkompatibilität des Islams mit liberal-demokratischen Gebilden. Die Unterscheidung zwischen „Kirche“ und „Staat“ ist nicht gegeben in der Zweiteilung von ‘Ulamā’ und Emirate, da diese in *dīn wa-dawla* („Religion und Politik“) untrennbar bleiben. Letztgenannte stellt zwar eine Trennung dar, in etwa wie die von Partei und Staat in vergleichbaren Systemen – nicht alle Sonderungen aber sind gleichwertig wirksam. Freiheit kann nur im Spannungsfeld zweier Pole, wie die der Weltlichkeit und die der Ewigkeit bzw. temporal und spiritual bestehen, wie dies Augustin in seinem Werk *De civitate Dei* behandelte. Die freiheitliche Abgrenzung von Kirche und Staat ist ein Erbe des Christentums, das von Anfang an separat vom römischen Staat war, der nicht nur schon existierte, sondern zudem Christen verfolgte – im Judentum hingegen entstand eine politische Macht, weil man sich der Thora näherte und eine Barriere errichtete, um das einzige nach dem Verschwinden des jüdischen Staates erhalten gebliebene Prinzip, nämlich das der Identität zu schützen; das heißt, das Fehlen einer politischen Dimension macht das Judentum aus. Das Christentum hat somit nie aufgehört, einen konkreten Modus vivendi zwischen der religiösen und der politischen Dimension zu verhandeln. Wie dies geschehen ist, ist ein Paradox: Die Kirche hat den mittelalterlichen Staat säkularisiert, indem sie ihm einen eigenen Bereich zugewiesen hat, um den Frieden zu wahren. Was der Staat nicht wollte, da er seinerseits nur von Sakralität träumte.

So befremdend es auch sein mag, es ist die Handlung der Päpste, die ab dem 11. Jahrhundert dazu tendierte, die politische Macht zu ‚laizifizieren‘, indem sie ihr jede Initiative in spirituellen Angelegenheiten wegnahm. Erst aus dieser Unterscheidung ist es zudem möglich, Geschichte von Heilsgeschichte zu trennen. Hiermit soll nicht das Christentum verherrlicht werden, sondern lediglich an die historische Entwicklung kurz erinnert werden.

Die Überwindung der Geschichte, um den Himmel auf Erden zu schaffen, also der Glaube an der *perfectibilitas* menschlicher Vernunft, führt utopisch zum Eschaton, um die letzte, himmlische Stufe der Geschichte, in der immanenten Welt herbeizuführen. Die Endzeiterwartung, das dritte Reich Joachims von Fioris, das fortlebt in den drei Reichen der Marx-Engel'schen Geschichtsphilosophie, im dritten Reich der Nationalsozialisten und im faschistischen dritten Rom, aber eben auch im Glauben an das jüngste Gericht, im Islam der *yaum al-qiyāma*. Das Christentum lehnt die Idee eines solchen immanentisierten Eschatons (nach Voegelin) direkt ab. Die Vorstellung aber erklärt die hohe Gewaltbereitschaft im Islam sowie in anderen Ideologien: man muss die Menschen zu ihrem Glück zwingen, der determinierte Lauf der Geschichte lässt sich nicht durch persönliche Befindlichkeit aufhalten (s. das obige Zitat von Abū l-A‘lā Maudūdī). Die Dschihadisten von heute waren die marxistischen Revolutionäre und Weggefährten der RAF-Terroristen in den 70er und 80er Jahren ... Wer unbedingt das Eschaton immanentisieren möchte, findet immer eine Rechtfertigung und Weggefährten ...

Der Vergleich von Islam mit totalitären Ideologien der Vergangenheit wird vielleicht manchen Leser stören. Es soll aber hier wieder deutlich gemacht werden: dies sagt nichts über Muslime aus. Die Debatten um die Ausgestaltung der Islamkonferenzen zeigen, wie wenig sie sich eigentlich durch den *Islam* als Institution des Glaubens vertreten fühlen; aber auch in der sog. islamischen Welt, dank der neuen Medien, kündigt sich eine Geistesänderung an, besonders unter Jugendlichen. Kann dann der Islam *reformiert* werden? Die Frage könnte vielleicht am Besten frei nach Christa Wolf beantwortet werden,

„Was bleibt?“ Der Kern des Islam besteht aus dem Koran in überlieferter Auslegung und den Hadithen, woraus die Scharia sich trinkt („Die Scharia basiert auf dem Koran und auf der sich ab der Mitte des 7. Jahrhunderts herausbildenden Überlieferung vom normsetzenden Reden und Handeln Mohammeds“ -T. Nagel, Kann es einen säkularisierten Islam geben? in: Reinhard C. Meier-Walser und Rainer Glagow (Hgg.): *Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen*, München, 2001, 15).

Nun es gibt Reformen, die meinen, man sollte nur die sog. mekkanischen Suren des Korans berücksichtigen, worin Muhammad zu Mekka als ein Prophet agiert haben soll; die nachfolgenden medinischen könnten keine dauerhafte Geltung für sich beanspruchen, da Muhammad in Medina ein Staatsmann war, und das Haltbarkeitsdatum dieses Gebildes längst abgelaufen ist. Hiermit aber wird die in der Exegese (oft willkürlich) angewendete Abrogation außer Wirkung gestellt (vgl. i.a. Sure 2,106; 16,101), womit dann aber die Offenbarungsanlässe, also die Biographie des Propheten de facto ungültig gemacht wird. Die Dschihadisten hingegen bevorzugen gerade die medinischen Texte, weil sie für sie zweckerfüllender erscheinen. Man kann nicht behaupten, dass Letztere falsch liegen. Andererseits kann man aus der Fülle der Hadithe eine Auswahl treffen (s. z.B. ‚Unauflösliches, wer löst es?‘, *FAZ* 31. Juli 2019, Seite N3: „Reformen des islamischen Familienrechts haben eine eindeutige Agenda. Sie machen sich die Mehrdeutigkeit der traditionellen Rechtslehren zunutze“). Beschrieben hier wird eine Art Rosinenpicken, um so islamisches Recht an die heute geltenden (westlichen) Normen anzupassen. Hiergegen ist nichts einzuwenden – nur kann man aber nicht ohne Weiteres behaupten, dass andere, strengere, Auffassungen somit ungültig wären. Man sollte dabei aber bedenken, dass der Islam gestalterische Freiheiten erlaubt, so gab es z.B. hinsichtlich des Schleierverbotes in Frankreich keinen offiziellen Protest, Mädchen entledigen sich ihrer Kopftücher beim Betreten der Schule. Vielleicht aber bleibt der Protest aus, weil gerade bei der Schulung für Mädchen das Problem liegt? Die Begrifflichkeit von „Reform“ ist beim Islam nicht ganz passend, wie Rémi Brague (Sur le « vrai » islam, *Commentai-*

re, 189, 2015, 11) bemerkte: „Das westliche Gewissen versteht eine Reform daher spontan als Rückkehr zu nicht verfälschten Quellen: Der reine Ursprung wurde durch Verrat verfälscht, die Inbrunst zur Gentrifizierung und so weiter“, und Reform ist zudem nicht punktuell, sondern prozessual, wie die Kirchengeschichte und die Evolution des Rechtsstaates sehen lassen. Ein Islam *ad fontes* ist eigentlich das, was Al-Qaida, IS & Co. konsequent ausführen – die „normsetzenden Reden und Handeln Mohammeds“ stellen aber etwas anders dar als die *Imitatio Christi*. Die Scharia abschaffen hieße auch, die Hadithe ihrer Rechtsverbindlichkeit zu entledigen und faktisch den Koran zu entkanonisieren, also Muhammad dem Müllhaufen der Geschichte zuführen. Aber wäre dies so schlimm? Zwischen den Weltkriegen war der Faschismus populär, spätestens nach 1945 hatte er abgedankt. So auch der Kommunismus bis zum Ende des Kalten Krieges. Gewiss haben diese heute immer noch Befürworter – in einem Freiheitsstaat kann man denken und glauben, was man will – jedoch die Praxis, die Wirklichkeit des Lebens selbst hat sie entkräftet. Die jüngsten Ereignisse im Mittleren Osten haben gezeigt, was der Islam erzeugt, wenn er regiert – die islamische Utopie ähnelt schrecklicherweise denen von Kommunisten und Nazis – Staaten mit muslimischer Mehrheit, in denen der Rechtsstaat einigermaßen funktioniert, sind entweder säkular oder haben säkulare Verfassungsorgane, die aber von selbigen bedroht werden. Verdient der Islam wirklich mehr Respekt, nur weil wir ihn ausschließlich für das ansehen wollen, was er niemals sein kann, eine Religion im Sinne einer privat ausgelebten Glaubensüberzeugung? Dass wir weiterhin friedlich mit muslimischen Bürgern zusammenleben, steht nicht zur Diskussion, aber nur, wenn wir uns auf unsere westlichen Werte zurückbesinnen – wobei ‚westlich‘ hier vielmehr universell auf hellenistisch-christlicher Grundlage heißen sollte – sogar Nietzsche sah das Christentum an als Platonismus für's Volk. Immerhin war der hl. Augustin, quasi der Erfinder des Abendlandes, ein punischsprachiger Berber aus dem Maghreb. Borniertheit ist immer Dummheit.

\*\*\*

## In eigener Sache

Das bisherige Mitglied unserer Redaktion, Horst Hohmann, gehört ihr von diesem Heft 4, 2019, nicht mehr an. Wir bedauern das und danken ihm für seine bisherige engagierte Mitarbeit und für seine vielen Beiträge, die in imprimatur publiziert wurden.

\*\*\*

## Die Glosse

Lieber Sepp, alter Sozi,

jetzt kann ich mir vorstellen, wie Du zum Gewerkschafter mit Deiner radikalen Gesinnung geworden bist.

Wenn unsere Kirch mit ihren elenden Entscheidungen weitermacht, geh auch ich auf die Barrikaden. Ich nenne Dir nur zwei von ihren neueren Klöpsen.

1. Wenn Pastöre sich an Kindern derart vergreifen, dass sie für ein Leben lang hilfsbedürftig sind und monatlich auf Unterstützung mit Geld angewiesen, hat die Hierarchie vor, zu einem Patentrezept zu greifen. Nicht die Pastorenklicke mit ihrem dicken Gehalt im Vergleich zu meinem muss für die „Brüder“ einstehen, sondern ich armer Kirchensteuerzahler soll wie auch beim Mautdebakel der daran völlig unschuldige Steuerzahler für das von Scheuer in den Sand gesetzte Projekt berappen.

Sepp, wer soll noch die Scheuerpartei wählen, und wer mag noch zu dieser Kirch gehören?

Wichtiger aber ist mir das

2. Beispiel mit der Synode zum seelsorgerlichen Elend am Amazonas. Der Österreicher Erwin Kräutler, der dort unten seit Jahren Bischof ist und die Misere wie kein zweiter unter den Synodalen kennt. Dem hörte in der Synode kaum einer zu, wenn er sagt „was brauchen wir viri probati, wir haben die Frauen, die halten seit Jahren dort unten die Kirche am Leben. Die muss man zu

Priestern weihen!“ Der Mann hat recht! Ich kann das nicht leiden, wenn sie die Frauen von Eva an durch den Dreck der Sündigkeit ziehen. Diese Hierarchen bilden sich tatsächlich ein, sie wären würdig fürs Priestertum und die Frauen wegen ihrer Weiblichkeit auf gar keinen Fall.

Sepp, was mich empört, die machen dann noch Jesus zum Komplizen für ihre Geringschätzung der Frau. Der Pater Gescheitle, sicher kein Revolutionär, hat neulich eine Predigt gehalten mit dem Thema „Jesus und die Frauen“. Er hat aus der Bibel vorgelesen und erklärt, wie kameradschaftlich fair der Umgang von Jesus mit den Frauen war. Jesus hätte gehäht, dass sich die Apostel, sogar der Petrus, sobald es brenzlich würde, ihm zu folgen, alle verdrücken täten, aber die Frauen sind ihm bis unters Kreuz gefolgt.

Daraus ziehen aber die alles bestimmenden zölibatären Moralapostel in der Kirche keine Schlüsse, wohl weil sie ein Leben lang wegen dem Zölibat gegen ihre unausrottbaren normalmännlichen Zuneigungen zu Frauen kämpfen gemusst haben. Erfahrungsgemäß klappt dieser Kampf am besten, wenn man die Frauen schamlos herabwürdigt und auf Abstand hält, d.h. z.B. ihnen das Amt verweigert. Dann braucht man auch keines der schönen kirchlichen Ämter mit den Frauen zu teilen.

Sepp, mich packt die Wut, ich mach dieses unfaire Spiel nicht weiter untätig mit. Sag mir, wie tät ein Gewerkschafter den Kampf in dieser Sache anpacken? Soll unsereiner sich einfach in die Front der kämpfenden Frauen einreihen, oder soll ich mich mit Gleichgesinnten zu einer Männerbrigade zusammenrotten, und dann die morschen Zölibatären Mores lehren.

Sepp, wir müssen im Kampf für Gerechtigkeit gegenüber den Frauen in die Bresche springen. Wie könnten wir sonst unseren Frauen noch ungeniert in die Augen schauen!

Sepp, sei Kamerad und springe mir bei!

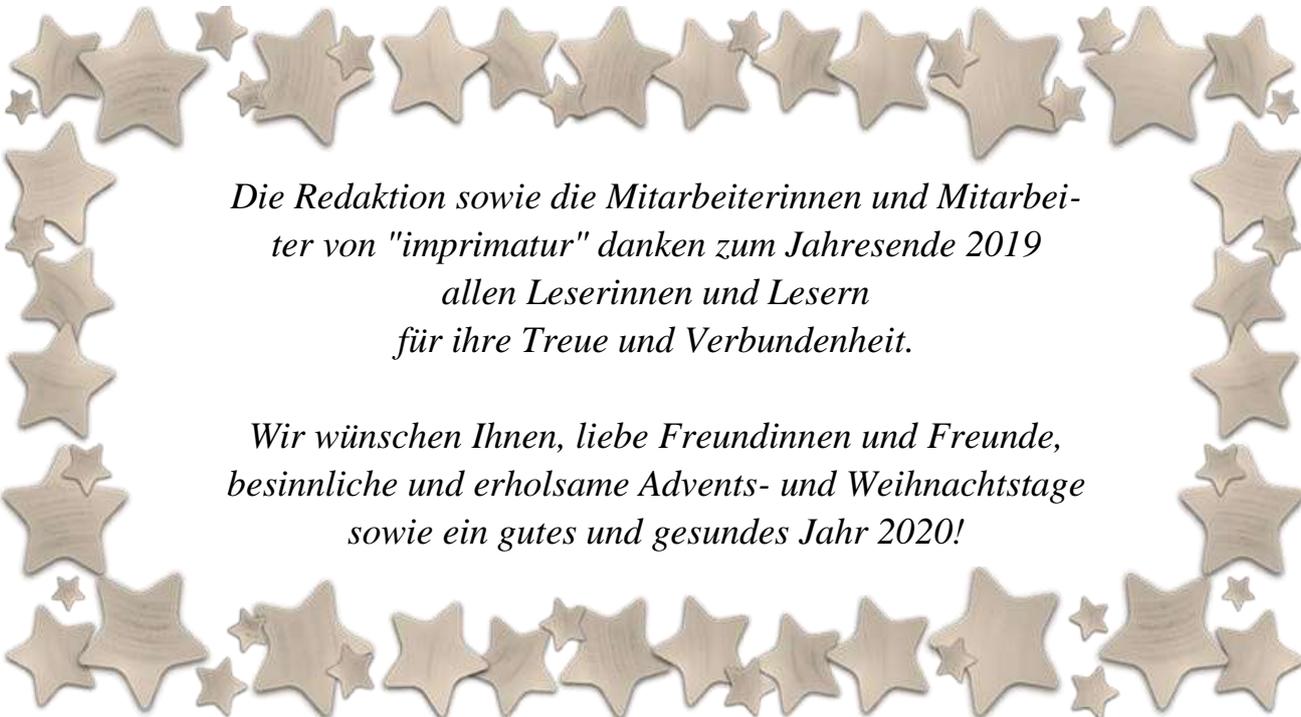
Es hofft auf Dich

Dein Joseph

P.S.: Was sind eigentlich *viri probati*?

Sind das Männer, die alles Mögliche die kreuzunddiequer ausprobiert (*probat*) haben und dabei irgendwie wirr (*viri*) zu keiner Lebensentscheidung gekommen sind, am Schluss dann aber im Priesteramt als Notnagel Verwendung finden sollen?

\*\*\*



*Die Redaktion sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von "imprimatur" danken zum Jahresende 2019 allen Leserinnen und Lesern für ihre Treue und Verbundenheit.*

*Wir wünschen Ihnen, liebe Freundinnen und Freunde, besinnliche und erholsame Advents- und Weihnachtstage sowie ein gutes und gesundes Jahr 2020!*